Mittwoch, 5. November 1986 - D * * *
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 258 - 45.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 5,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 6,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts, Türkei 350 TL

Heute in der WELT



Bleibt unsere Währung stabil?

Neue Instrumente und die Internationalisierung der Finanzmärkte revolutionieren das Bankgeschäft. Aber sie bergen ein noch unerforschtes Risikopotential in sich. Für Banken, für Anleger und für die Geldpolitik. Bleibt unsere Währung stabil? Mit diesen Themen, die jeden Sparer interessieren, mit Fragen der Geldanlage und der Entwicklung an den wichtigsten Finanzmärkten beschäftigt sich der umfangreiche WELT-Report Geld & Anlage. Seiten I bis XII

POLITIK

Lebenshaltung: Die Preise in der Bundesrepublik geben weiter nach. Von September zu Oktober gingen sie um 0,3 Prozent zurück und lagen damit im Oktober um 0,9 Prozent unter dem Stand des gleichen Vorjahresmonats. In den beiden Monaten zuvor betrug der Abstand jeweils 0,4 Prozent.

Ladenschluß: Die CDU/CSU lehnt weiterhin eine allgemeine Liberalisierung des Ladenschlußrechts ab. Begründet wird dies mit dem Widerstand des mittelständischen Handels und der zuständigen Gewerkschaft.

Abgefangen: Zwei sowjetische Aufklärungsflugzeuge sind vor der Küste von Neufundland von kanadischen Maschinen abgefangen worden. Sie hatten eine dem kanadischen Luftraum vorgelagerte „Sicherheitszone" verletzt.

Neue Heimat: Die Gewerkschaftsholding BGAG kauft die NH-Regionalgesellschaften in Nordrhein-Westfalen und Hessen mit zusammen 73 000 Wohnungen voraussichtlich schon heute für 300 Mio. Mark zurück. Damit erfüllt sie vertragliche Verpflichtungen gegenüber dem neuen Eigentümer der Neuen Heimat, Horst Schiesser. Die Holding hatte sich verpflichtet, diese Wohnungen bis spätestens zum 31. Dezember zu diesem Preis zurückzunehmen.

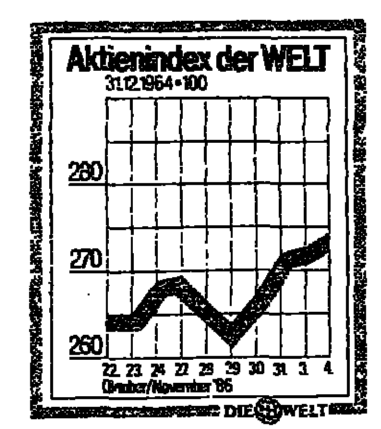
Kirche: Der EKD-Ratsvorsitzende Martin Kruse hat an die Pfarrer und Gemeinden appelliert, Kirchenaustritte nicht einfach hinzunehmen: „Eine Kirche, die hier nicht reagiert, hat versagt." Mit Ausgetretenen sollte das persönliche Gespräch gesucht oder über einen „geistlichen Brief" Kontakt aufgenommen werden. (S. 2)

WIRTSCHAFT

Steuern: Mit der großen Steuerreform will Finanzminister Stoltenberg nicht nur den Grund- und den Kinderfreibetrag deutlich anheben, sondern auch die Erhöhung des Ausbildungs- und Haushaltsfreibetrages für Alleinerziehende überprüfen. (S. 11)

Finanzausgleich: Bayerns Finanzminister Streibl reagiert scharf auf die Bonner Pläne zur Neubemessung der Bundes-Ergänzungszuweisungen an die finanzschwachen Länder. Bayern und Nordrhein-Westfalen, fürchtet Minister Streibl, gingen nämlich leer aus. (S. 12)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte tendierten am Dienstag freundlich. Der Rentenmarkt schloß etwas fester. WELT-Aktienindex 274,12 (272,52). BHF-Rentenindex 106,016 (105,964). BHF-Performance-Index 106,839 (106,757). Dollarmittelkurs 2,0580 (2,0735) Mark. Goldpreis je Feinunze 408,00 (406,20).



KULTUR

Filmtage: Gute Figur machten im Grunde alle, auch wenn man vergeblich nach formalen Kühnheiten suchte: Die „Nordischen Filmtage" in Lübeck mit auffallender Beziehung zur Literatur. (S. 19)

„Jazzfest": Was in Berlin auf die Bühne gebracht wurde, hat eine Bandbreite, die Soul, Country, Pop, Rock, Folklore und Gospel nicht verschmäht – oft mit einem Hauch von Geschichte. (S. 19)

SPORT

Europapokal: Der heutige Spieltag wird auch wieder zum Großeinsatztag für die Polizei gegen Rowdies. Die Sicherheitsvorkehrungen in Wien (gegen München) und Rotterdam (gegen Gladbach) werden verstärkt. (S. 8)

Fußball: Uwe Seeler, Ehrenspielführer der deutschen Nationalmannschaft, feiert in Hamburg seinen 50. Geburtstag. Der Mittelstürmer, „uns Uwe", ist längst zu einem Fußball-Idol über Deutschland hinaus geworden. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Waffen: Die Zündung einer Handgranate an Bord eines Flugzeuges hat die Vermutung bestätigt, daß die Route Bangkok–Manila–Tokio dem Waffenschmuggel von Gangsterbanden dient. (S. 20)

Rausschmeißer: Eine Benimm-Schule in Birmingham will diese Männer „in sanfte Riesen verwandeln"; sie sollen die „hohe Kunst der Situationsentschärfung durch Diplomatie" erlernen. (S. 20)

Karlsruhe: Auch Privatfunk ist möglich, aber in Grenzen

Niedersächsisches Landesmediengesetz in Teilen verfassungswidrig

DW. Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner gestrigen Entscheidung zum niedersächsischen Landesmediengesetz grundsätzlich Möglichkeiten und Grenzen des privaten Rundfunks definiert und die besondere Rolle der öffentlich-rechtlichen Anstalten für die „Grundversorgung" der Bevölkerung betont. Die Karlsruher Richter kommen in ihrem Urteil zu dem Schluß, daß das Gesetz vom 23. Mai 1984 zwar in den Grundlinien mit dem Grundgesetz vereinbar sei, doch würden einige Vorschriften die im Artikel 5 garantierte Rundfunkfreiheit nicht gewährleisten. Diese Passagen seien ganz oder zum Teil verfassungswidrig.

In dem Urteil des Normenkontrollverfahrens, das 201 Bundestagsabgeordnete der SPD angestrengt hatten, erkannte der erste Senat unter Vorsitz von Roman Herzog die Einführung privaten Rundfunks unter bestimmten Bedingungen als verfassungsmäßig an. Grundsatz für den privaten Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland müsse ein Mindeststandard an Meinungsvielfalt, Ausgewogenheit und Staatsferne sein. Eine Konzentration einseitiger Meinungsmacht müsse verhindert werden.

Die notwendige Zurückhaltung des Staates sehen die Karlsruher Richter in dem Landesmediengesetz allerdings nicht verwirklicht. Sie beanstanden, daß die Regelungen über die Zulassung privater Rundfunksendungen über die Auswahl der Veranstalter und über die Zuweisung der Sendezeiten den staatlichen Behörden eine indirekte Einflußnahme auf den Inhalt des Programmangebots ermöglichten.

SEITE 4:
Aus den Leitsätzen

Das Verfassungsgericht hält es für gerechtfertigt, im privaten Rundfunkbereich nicht die gleichen Anforderungen zu stellen, da es die „Grundversorgung" als Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Anstalten definiert. Allerdings müsse der Gesetzgeber auch bei den Privaten ein möglichst hohes Maß „gleichgewichtiger Vielfalt" erreichen und sichern. Dazu gehöre, daß alle Meinungsrichtungen und damit auch diejenigen von Minderheiten die Möglichkeit hätten, „im privaten Rundfunk zum Ausdruck zu gelangen".

Unbeanstandet blieben die Vorschriften über die Finanzierung privaten Rundfunks durch Werbeeinnahmen. Die damit verbundene Kommerzialisierung könne hingenommen werden.

Der SPD-Rechtsexperte Alfred Emmerlich zeigte sich zufrieden mit dem Urteil, da es die Pflicht zu gegenseitiger Rücksichtnahme aller Beteiligten und die Bestandsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks betont habe. Die niedersächsische Landesregierung kündigte an, sie wolle jetzt eine Novellierung des Gesetzes vornehmen.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth (CDU) nahm das Urteil zum Anlaß, die Regierungschefs der anderen Bundesländer zu unverzüglichen Verhandlungen über einen Staatsvertrag über die Nutzung der neuen Medien aufzufordern. Die Diskussion hierüber sei „an die Politik zurückgegeben" worden.

DER KOMMENTAR

Orientierung

HENNING FRANK

Die Gefahr eines Rückfalls in die medienpolitische Kleinstaaterei ist gebannt. Karlsruhe hat mit seinem 4. Rundfunkurteil nicht nur seine eigene Rechtssprechung an die neuen Entwicklungen im Medienbereich angepaßt, sondern auch einen Schnittmusterbogen für ein geregeltes Nebeneinander von Öffentlich-Rechtlichen und Privaten geliefert. Nach ihm werden sich künftig alle Länder bei der weiteren Ausgestaltung ihrer Rundfunkordnung richten müssen.

Dies wird auch die Verhandlungen über den überfälligen Medienstaatsvertrag wesentlich erleichtern, der bisher vor allem am Widerstand der rot-grünen Koalition in Wiesbaden gescheitert ist. Die Landesregierung in Wiesbaden wird wohl oder übel auf die Linie der anderen Bundesländer einschwenken müssen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf eines Verstoßes gegen den Grundsatz des bundesfreundlichen Verhaltens einhandeln will. Und die Regierung Börner wird sich auch kaum mehr gegen die Zulassung von privaten Veranstaltern von Rundfunksendungen wehren können.

Sie können ebenso mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zufrieden sein wie die Öffentlich-Rechtlichen, deren Sonderstellung von Karlsruhe nochmals bestätigt wurde. Und daran wird sich auch nichts ändern, so lange nur ihre Programme von der gesamten Bevölkerung empfangen werden können.

Der sich durch diese „Bestands- und Weiterentwicklungsgarantie" der öffentlich-rechtlichen Anstalten ergebende Wettbewerbsvorteil gegenüber dem privaten Rundfunk wird allerdings dadurch ausgeglichen, daß bei diesem nicht so hohe Anforderungen an die Breite des Programmangebots und die Sicherung der Meinungsvielfalt gestellt werden müssen. Trotzdem sind die Hürden, die private Veranstalter im Rundfunkbereich nach wie vor überwinden müssen, noch immer hoch genug.

Moskau zeigt sich in Wien versöhnlich

Freundliche Begegnung zwischen Genscher und Schewardnadse auf der KSZE-Folgekonferenz

BERNT CONRAD, Wien

Die Moskauer Verärgerung über das „Newsweek"-Interview von Bundeskanzler Helmut Kohl scheint das deutsch-sowjetische Verhältnis nicht nachhaltig zu belasten. Auf dem KSZE-Folgetreffen, das der österreichische Außenminister Franz Vranitzky gestern in der Wiener Hofburg eröffnete, gingen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein sowjetischer Amtskollege Eduard Schewardnadse lächend aufeinander zu, schüttelten sich herzlich die Hand und plauderten aufgelockert miteinander. Wenige Stunden später war ihr offizielles Gespräch in der sowjetischen Botschafterresidenz angesetzt.

Offensichtlich hatte das Interview Helmut Kohls in der WELT, in dem er sich vom Vergleich zwischen dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow und Goebbels distanziert hatte, zu der in Wien sichtbaren Entspannung beigetragen. Auch deutsche Journalisten stellten im Gespräch mit sowjetischen Diplomaten keine Gereiztheit fest, wie sie noch am vergangenen Wochenende in der Ausladung des Bundesforschungsministers Riesenhuber und des Leiters der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, Witte, zum Ausdruck gekommen war. Sonderbotschafter Lomeiko und der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerasimow, zitierten – auf Kohls umstrittene „Newsweek"-Äußerungen und seine Richtigstellung in der WELT angesprochen – lächelnd das russische Sprichwort:

SEITE 5:
Träume der Freiheit

„Ein Vögelchen, das entflogen ist, kann nur schwer wieder eingefangen werden." Anscheinend hatten sie noch keine endgültige Sprachregelung aus Moskau.

Genscher jedenfalls fühlte sich durch die freundliche Begrüßung Schewardnadses in seiner Absicht bestärkt, mit dem sowjetischen Politbüromitglied ein sachbetontes Gespräch über die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen, den KSZE-Prozeß und die Aussichten der Abrüstung nach dem Reagan/Gorbatschow-Treffen von Reykjavik zu führen. Daß dies auch nach der vorübergehenden Trübung des politischen Klimas möglich sein könnte, hatte der neue politische Abteilungsleiter des Auswärtigen Amtes, von Richthofen, schon am Donnerstag und Freitag bei Konsultationen in Moskau gespürt. Er hatte sogar den Eindruck gewonnen, daß die Sowjets auch zur Erörterung konkreter humanitärer Fragen bereit sein könnten. Auf dem Wiener Konferenzforum allerdings dominieren für den Kreml ganz unzweideutig die Abrüstungsfragen.

Der britische Außenminister Howe unterstrich als Sprecher der Europäischen Gemeinschaft den Zusammenhang zwischen den drei KSZE-„Körben" Sicherheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Menschenrechte. Der Nobelpreisträger und Dissident Sacharow sei „einer von jenen, die die Flamme des menschlichen Geistes lebendig erhalten".

Hoechst vor größtem Kauf der Nachkriegsgeschichte

Sechs Milliarden Mark für US-Chemiekonzern angeboten

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der Chemiekonzern Hoechst schickt sich zu einer der größten Firmenübernahmen der deutschen Nachkriegsgeschichte an: Den Aktionären der US-amerikanischen Celanese Corporation wurde ein Kaufangebot für ihre Aktien zum Preis von 245 Dollar je Stück unterbreitet. Würden alle Aktionäre dieses Angebot annehmen, dann ergäbe sich eine Kaufsumme von insgesamt 2,85 Milliarden Dollar, nach derzeitigem Kurs also knapp 6 Milliarden Mark.

Wird den Hoechstern bis zum 3. Dezember dieses Jahres die Mehrheit der Aktien angeboten und stimmt auch die US-Wettbewerbsaufsicht der Federal Trade Commission (FTC) dem Geschäft zu, dann ist die Übernahme abgeschlossen. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht: Das Übernahme-Angebot erfolgte auf „freundlichem" Wege, also in Abstimmung mit dem Celanese-Management, das seinen Aktionären den Verkauf empfiehlt. Und auch die Voraussetzungen für das FTC-Placet seien „nicht ungünstig", so Wolfgang Hilger, Vorstandschef der Frankfurter Hoechst AG.

Mit der Celanese, aus der die BASF schon 1985 den für sie attraktiven Bereich der Verbundwerkstoffe herausgekauft hatte, gewänne der Frankfurter Chemie-Riese auf einen Schlag einen dicken Geschäfts-Brocken hinzu: Der US-Konzern setzte 1985 gut 3 (1984: 3,3) Milliarden Dollar (und weitere 850 Millionen Dollar in Beteiligungsgesellschaften, die nicht in die Konzernrechnung einbezogen sind) um, erzielte dabei einen Nettogewinn von 178 (161) Millionen Dollar und beschäftigt 18 500 Menschen (zusätzlich 10 000 in Beteiligungen).

Viel wesentlicher als solche beeindruckenden Zahlen ist für die Hoechst AG indessen, daß sie mit dem Neuerwerb, der zwei Drittel seiner Geschäfte in den USA macht, ein gutes Stück auf dem „größten geschlossenen Chemiemarkt der Welt" vorankommt, auf dem die Hoechster in diesem Jahr einen Umsatz von 1,7 Milliarden Dollar erreichen werden. Und nicht zuletzt geht es auch darum, Zugang zu den Quellen der „high technology" zu bekommen – Celanese hat hier bei den zukunftsträchtigen Spezialkunststoffen die Nase vorne.

Seite 12: US-Brocken finanzieren

Wörner entläßt Chef des Heeresamtes

Generalleutnant Wachter sieht „Planungshorizont nicht weit genug in die Zukunft gespannt"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Wegen offenbar unüberbrückbarer sachlicher Differenzen in der Beurteilung der Planung des Heeres hat der Amtschef des Kölner Heeresamtes, Generalleutnant Gerhard Wachter, Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner um die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand gebeten. Nachdem der Minister gestern ein rund einstündiges Gespräch mit dem General in „sachlicher und von gegenseitigem Respekt" geprägter Atmosphäre geführt hatte, entsprach Wörner dem Wunsch Wachters und schlug dem Bundespräsidenten dessen vorzeitige Pensionierung vor.

Wahrscheinlich wird der General die Entlassungsurkunde bereits am heutigen Mittwoch erhalten und zum Ende des Monats vom Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Henning von Sandrart, mit den militärischen Ehren eines Großen Zapfenstreiches aus dem aktiven Dienst der Bundeswehr verabschiedet werden. Wachter war im vergangenen August 57 Jahre alt geworden.

Wachter hatte, so Wörner, seinen Schritt mit sachlichen Differenzen begründet. Der „Bild"-Zeitung sagte er weiter, politische Gründe habe der General, der jahrelang in der sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Vorstand mitgearbeitet hatte, ausdrücklich ausgeschlossen und hinzugefügt, es gebe auch keine persönlichen Differenzen. Demgegenüber erklärte der SPD-Verteidigungsexperte Erwin Horn – ebenfalls in der „Bild"-Zeitung –, Wachters Rücktritt sei ein Signal. Die deutschen Sicherheitsinteressen stünden auf dem Spiel, weil Wörner sich bei der Bundeswehrplanung „mit seinen Zahlenspielen selbst belügt". Nach den Worten des SPD-Abgeordneten werde die Verteidigungsfähigkeit nur bei einer Umstrukturierung der Streitkräfte gewährleistet bleiben.

In einem von der Hardthöhe herausgegebenen Kommuniqué, an dessen Formulierung auch Wachter beteiligt gewesen sein soll, hieß es, der General komme zu einer anderen Bewertung der konzeptionellen und strukturellen Grundvorstellungen der Heeresplanung als das Ministerium. Insbesondere sehe Wachter „den Planungshorizont nicht weit genug in die Zukunft gespannt".

Auch der Heeresinspekteur bedauerte Wachters Schritt. General von Sandrart fügte vor Journalisten hinzu, Wachter habe Sorgen geäußert, die jetzt noch nicht abschließend zu beurteilen seien, da die Planung des Heeres noch laufe. Ihr „Kassensturz" sei erst für den Herbst des nächsten Jahres vorgesehen. Die Planungsarbeit müsse sich „zunächst" schwerpunktmäßig auf die Bewältigung der Aufgaben des nächsten Jahrzehnts konzentrieren. Darüber hinaus würden vom Heer konzeptionelle Überlegungen über das Jahr 2000 hinaus angestellt. Der Sprecher des Ministeriums, Kapitän zur See Hundt, warnte die SPD davor, den Schritt Wachters „parteipolitisch auszuschlachten". Der General sei ein „drängender Offizier", der es wohl lieber gesehen hätte, wenn die Planung „schneller und präziser" realisiert würde.

Arbeitslosen-Zahl geht weiter zurück

DW. Nürnberg

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober dieses Jahres gegenüber dem Vormonat um 19 830 auf 2 026 290 (das sind 1 032 665 Männer und 993 625 Frauen) zurückgegangen. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, sagte dazu gestern in Nürnberg, für einen Monat an der Saisonwende sei dies eine befriedigende Entwicklung. Die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik Deutschland beträgt jetzt 8,1 Prozent.

Seite 11: Niedrigste Zahl seit 1982

Schröder verzichtet „im GdP-Interesse"

DW. Bonn

Der Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Günter Schröder, wird nicht mehr für das Amt des Bundesvorsitzenden kandidieren. Er hatte am 19. Oktober auf dem Kongreß der IG Metall in Hamburg im Zusammenhang mit der Verhaftung des Gewerkschaftsmanagers Lappas den umstrittenen Satz gesagt: „Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen wird." Wie die GdP-Pressestelle mitteilte, verzichtete Schröder „im Interesse der GdP" auf eine erneute Kandidatur.

Wie das Ohr zum Maß der Dinge wird

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Polizeibeamte können ein Lied davon singen: Wie oft haben sie schon versucht, mit ihrem Lärmmeßgerät einem Mopedfahrer, der ihnen durch den Krach seines Zweirades aufgefallen war, nachzuweisen, daß er sein Gefährt „frisiert" hatte. Erstaunt stellten sie dann fest, daß ihr Gerät sogar niedrigere Werte anzeigte, als in den Fahrzeugpapieren angegeben war. Ähnlich geht es Anwohnern vielbefahrener Straßen: Obwohl die Behörden ihnen schwarz auf weiß nachweisen, daß die Schutzwände an der Straße den Lärmpegel verringern, haben sie dennoch das Gefühl, der Verkehr sei immer noch so laut wie vorher.

Ursache für diese Verwirrung sind die Geräte, die heute für alle Lärmmessungen verwendet werden: Sie registrieren ausschließlich den sogenannten Schallpegel, der in Dezibel gemessen wird. Wissenschaftler haben jedoch nachgewiesen, daß dieser Meßwert der subjektiven Hörempfindung des Menschen nicht entspricht. Einem lärmgeschädigten Bürger muß es da geradezu absurd erscheinen, daß sich unsere gesamten Lärmschutzbestimmungen auf das alte Meßverfahren stützen.

Abhilfe könnte nun ein neuartiger „Lautheitsmesser" schaffen, den Ingenieure der Technischen Universität München entwickelt haben. Seine Anzeige entspricht der subjektiven Empfindung des menschlichen Gehörs. Doch bis heute haben sich die zuständigen Behörden und Ministerien nicht entschließen können, das neue Verfahren einzuführen. „Vor allem in der mittleren Bürokratie gibt es Widerstand", so Projektleiter Professor Eberhard Zwicker.

Die wahrgenommene Lautstärke eines Geräusches wird nicht nur vom Schallpegel, sondern auch von der Dauer und der Bandbreite („Klangfarbe") bestimmt. Diese Eigenschaften können von den Schallpegelmessungen überhaupt nicht erfaßt werden. Das neuartige Gerät ist dagegen nach neuesten Erkenntnissen über die Funktionsweise des menschlichen Gehörs konstruiert und berücksichtigt, daß der Mensch Schallfrequenzen zwischen etwa 20 und 16 000 Schwingungen pro Sekunde (Hertz) wahrnehmen kann. Das Gerät mißt daher nicht nur den höchsten Schallpegel bei einer einzelnen Frequenz, sondern addiert die Lautstärke bei insgesamt 20 Frequenzen im ganzen Hörbereich.

Auf diese Weise entsprechen die Anzeigen des Gerätes (in der Einheit „sone") direkt den Empfindungen des Gehörs. Lärmschutzmaßnahmen könnten mit seiner Hilfe nach ihrem tatsächlichen Wert für die Betroffenen beurteilt werden. Das Gerät ist allerdings zur Zeit noch erheblich teurer als die herkömmlichen Schallpegelmesser. Daher empfehlen die Münchener Techniker, es zunächst nur bei grundlegenden Messungen einzusetzen. Man könnte damit etwa die Lärmgrenzwerte für Kraftfahrzeuge neu definieren.

Demonstrationen in China zeugen von Unzufriedenheit

Beobachter sprechen von 20 Millionen Arbeitslosen

DW. Peking

In China häufen sich offenbar Demonstrationen, bei denen zumeist Jugendliche gegen Arbeitslosigkeit und steigende Lebenshaltungskosten protestieren. Wie gestern aus sicherer Quelle in Peking bekannt wurde, haben Anfang September mehr als 2000 Menschen in Nanking nach einem Fußballspiel ihrem Unmut Luft gemacht und mehr als zwei Stunden lang den Verkehr in dem Geschäftsviertel Yinjiekou lahmgelegt. Offizielle Stellen machten zu den Demonstrationen keinerlei Angaben.

Westliche Beobachter schätzen, daß es in China etwa 20 Millionen Arbeitslose gibt. Davon sollen vor allem junge Menschen betroffen sein. Die offiziellen Statistiken sprechen dagegen lediglich von drei Millionen Menschen „in Erwartung einer Anstellung". Doch bereits im Mai vergangenen Jahres war es zu spontanen Protestmärschen gekommen. Nach einer Niederlage ihrer Fußball-Nationalmannschaft gegen Hongkong hatten mehrere tausend Zuschauer einen Demonstrationszug gebildet. Die Aktion lief nicht gewaltfrei ab. Bei den Ausschreitungen, die die Presse als die schwersten seit der Gründung der Volksrepublik bezeichnete, waren 127 Personen festgenommen worden.

Im folgenden Herbst demonstrierten Studenten in Peking, Xian und anderen Städten gegen wirtschaftliche Verflechtungen mit Japan. Im Frühjahr dieses Jahres verlangten Hunderte vor dem Parteisitz in der Hauptstadt Entschädigungen für die „vielen Ungerechtigkeiten". Vor dem Regierungssitz von Tianjin im Nordosten des Landes versammelten sich im Juni mehrere tausend Fischer, um höhere Löhne durchzusetzen. Am 19. Juli kam es zu Ausschreitungen in Xian.

Bei der jetzt im Westen bekannt gewordenen Protestaktion vom September sangen die Demonstranten offenbar ein Lied einer Fernsehserie, in dem der Held warnt: „Mein Hut ist in Fetzen, meine Schuhe sind durchlöchert. Meine Kleidung ist abgenutzt und Ihr lacht über mich. Aber überall, wo Unrecht waltet, werdet Ihr mich finden."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Aufrichtig Schluß

Von Herbert Kremp

Die Sozialdemokraten müssen es sich gut überlegen, ob sie den Bundeskanzler im Zusammenhang mit dem verunglückten Newsweek-Interview weiter bedrängen wollen. Inzwischen ist viel Wasser den Rhein und die Moskwa hinuntergeflossen. Schewardnadse führte ein sachliches Gespräch mit dem deutschen Außenminister. Da können die Sozialdemokraten nicht sowjetischer sein als die Sowjets. Wer jetzt noch „draufsattelt", setzt sich im Publikum dem Verdacht aus, er wünsche aus parteipolitischen Gründen eine Störung der deutsch-sowjetischen Beziehungen herbei.

Man hat sowieso den Eindruck, daß sich die deutsche Seite tief genug gebeugt hat. Gleich dreimal erwähnte Hans-Dietrich Genscher gestern morgen in einem kurzatmigen Interview aus Wien die „aufrichtigen Bemühungen" der Bundesregierung, „die durch die Veröffentlichung entstandene Lage zu überwinden". Der Kanzler „hat in den letzten Tagen es ja an aufrichtigen Bemühungen nicht fehlen lassen," formuliert der deutsche Außenminister, als gelte es die Besserungswilligkeit eines Schülers herauszustellen. Hier rutscht das Gouvernementale ins Gouvernantenhafte aus. Genug, genug, möchte man ihm zurufen, der Herr Direktor ist ja garnicht so böse.

Nachdem die Bundes-Schadenbegrenzungsräte den außenpolitischen Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde wieder einmal vorgeführt haben, kann man den Newsweek-Fall ad acta legen. Facit: Es ist so unnötig wie ein Kropf, Herrn Gorbatschow mit irgendeiner Vergangenheits-Größe zu vergleichen. Ein Mann, dessen Regime in Afghanistan explosives Kinderspielzeug unter die Menschen streuen läßt (wie der UNO-Bericht von Professor Ermacora ausweist), kann aus der Gegenwart beurteilt werden. Es gibt deutsch-sowjetische Interessen. Die Sowjetunion ist eine militärische Weltmacht und eine wirtschaftlich/technologische Mittelmacht. Bei der Bundesrepublik verhält es sich genau umgekehrt. Nur das zählt.

Mister 892 Prozent

Von Dankwart Guratzsch

Mit wortreichen Erklärungen suchte Umweltminister Matthiesen in Düsseldorf die Vorhaltungen zu entkräften, die ihm und der gesamten Regierung Rau wegen ihrer umweltpolitischen Versäumnisse, Falschankündigungen, Beschwichtigungen und Verschleierungsversuche im Fall der Betriebsgenehmigung für das Kohlekraftwerk Ibbenbüren gemacht wurden. Er hat sich dabei die Freiheit genommen, von einer Wahlkampfkampagne, „gebogenen Fakten" und „falschen Zusammenhängen" zu sprechen.

Nun war es nicht die Öffentlichkeit, sondern Matthiesen selbst, der den Zeitpunkt für neue Vereinbarungen mit den Betreiberfirmen der „größten Stickoxidschleuder der Welt" mitten in der Wahlkampfzeit gewählt hat. Aber der Umweltminister benutzte die Gelegenheit, um auch noch eine Gegenrechnung aufzumachen, die nun allerdings tatsächlich aus „gebogenen Fakten" besteht. Ärger kann die Umweltpolitik der Regierung Rau kaum demontiert werden.

Matthiesen präsentiert eine Tabelle, die beweisen soll, daß trotz Verzögerung des Einbaus einer im Dezember 1985 der Öffentlichkeit verbindlich zugesagten Entstickungsanlage um ein Jahr die damals vereinbarten Emissionen nach den neuen, aufschiebenden Vereinbarungen mit den Betreiberfirmen sogar noch um eine Tonne unterschritten werden. Tatsächlich jedoch steigen sie nach den nun, einen Monat nach der Festsetzung, endlich erstmals vorgelegten konkreten Zahlen von 16 207 auf 33 721 Tonnen in zwei Jahren, also auf 208 Prozent der ursprünglich genannten Marge. Das allerdings steht nicht ausdrücklich in Matthiesens Tabelle – der Leser muß es sich selbst mühsam herausrechnen.

Statt dessen klopft sich Matthiesen auf die Schulter: Die Grenzwerte der Großfeuerungsanlagen-Verordnung würden selbst jetzt noch um 48 Prozent, diejenigen des nordrhein-westfälischen Emissionsminderungsplans um 23 Prozent unterschritten. Kein Wort jedoch darüber, daß die aus Sorge um den Wald von allen Umweltministern, auch Matthiesen, 1984 verabschiedete Zielvorstellung, die Stickoxidemissionen auf 200 Milligramm pro Kubikmeter Rauchgas abzusenken – das entspräche in Ibbenbüren einem Jahresausstoß von 1700 Tonnen –, durch nun in Ibbenbüren auch noch 1988 erlaubte 16 860 Tonnen um – 892 Prozent überschritten werden.

Ein Kamm für Glatzköpfe

Von Günter Friedländer

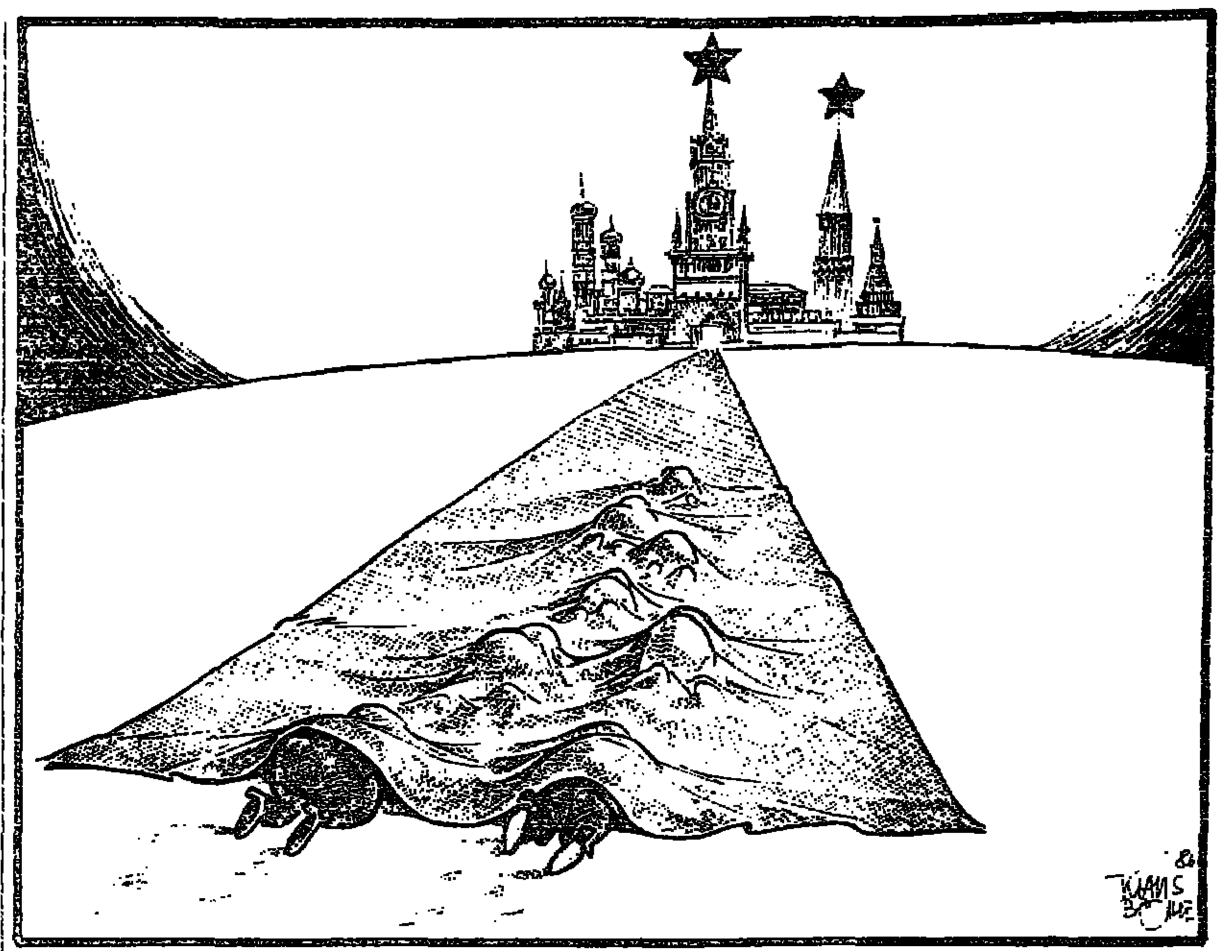
Plötzlich ist die Diskussion über die Falklandinseln oder die Malvinen wieder ausgebrochen. Je nachdem, wer über sie diskutiert, nennt sie beim englischen oder spanischen Namen. Die praktische Bedeutung dieser Debatte von anderthalb Jahrhunderten hatte Argentiniens kürzlich verstorbener Nationaldichter Jorge Luis Borges mit den Worten eingefangen: ein Kampf von zwei Glatzköpfen um einen Kamm.

Der Falklandkrieg von 1982 – ein Verzweiflungsschritt der damaligen Militärregierung, Argentiniens Probleme wieder in den Griff zu bekommen – schien auf dem besten Weg, wenn nicht vergessen, so doch überwunden zu werden. Die Vereinten Nationen hatten soeben im Südatlantik eine „Zone des Friedens und der Zusammenarbeit" errichtet. Einer der Gründe war der Schutz des Fischreichtums dieser Meeresgegend.

Der gut gemeinte Vorsatz wird nun zum Angelpunkt des neuen Konfliktes: England hat seine „Schutzzone" auf 150 Meilen um die Falklandinseln erweitert. Argentinien hat seine verbesserten Beziehungen zur Sowjetunion zu einem Abkommen über Fischereirechte benutzt, gegen das sich England durch seine Erklärung angeblich schützen mußte.

Aber Argentinien protestiert und klagt die Engländer an, die Fischereirechte nur als einen Vorwand gebraucht zu haben, um abermals „Souveränitätsrechte auf die Malvinen zu erheben". In aller Eile trafen sich in Buenos Aires die Außenminister Argentiniens, Brasiliens und Uruguays und beschlossen eine Beschwerde Argentiniens beim Ständigen Rat der Organisation Amerikanischer Länder. Perus Präsident Alan Garcia ging noch einen Schritt weiter: Er reiste überraschend nach Buenos Aires, um seine Solidarität persönlich vorzutragen.

Andere Akteure des Streites im Südatlantik haben die des Jahres 1982 abgelöst. Ein militärisches Abenteuer ist nicht zu befürchten. Die diplomatischen Fronten aber werden härter und stellen die USA vor die unangenehme Entscheidung, zu ihrer Rolle als Sprecher für amerikanische Hoheitsrechte zurückzukehren – oder sie aufzugeben. Alfonsin hat vergeblich um einen „politischen Dialog" mit Amerika und Europa gebeten. Nun hat er ihn mit eigenen Spielregeln begonnen.



Deutsche Politik unterwegs nach Moskau KLAUS BÖHLE

Gott sagen, Textil meinen

Von Henk Ohnesorge

Wer die mediale Wiedergabe der Synodenversammlung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Bad Salzuflen verfolgt, der mag sich fragen, wo denn hier der liebe Gott bleibt. Mit dieser Frage tut man jedoch den 120 Synodalen, welche den westdeutschen Protestantismus in seinen 17 Landeskirchen vertreten, insofern unrecht, als jeder Tagungsmorgen mit Andacht und Bibelarbeit beginnt: am Ende jedes Beratungstages stehen Lied und Gebet. Von den Medien werden andere Vorgänge auf der Synode registriert. Das Ergebnis ist, hat man auch den Eröffnungsgottesdienst im Fernsehen nicht gesehen, der Eindruck draußen im Land, daß die EKD-Synode nicht den Glauben, sondern allein politische Alltagssorgen im Sinn hat.

Etwas, was ebenfalls fast nirgendwo Erwähnung fand, wurde gleich zu Beginn der Tagung vom Ratsvorsitzenden, dem Berliner Bischof Martin Kruse, so angesprochen: „Wie wird heute einer Christ? Und wie kann er Christ bleiben? Die Selbstverständlichkeit der Weitergabe des Glaubens von einer Generation zur nächsten ist geschwunden." Ein Kirchenbesuch an irgendeinem Sonntag bestätigt dies: In den meist großen Gotteshäusern sitzt eine kleine Schar und nimmt am Gottesdienst teil. Man schätzt, daß etwa 15 Prozent der Protestanten die Kerngemeinde bilden. Man weiß aus Erhebungen, daß 11 Prozent sobald wie möglich – wann immer das ist – aus der Kirche austreten wollen.

Eine der vielen Erklärungen dafür, warum bei katholischen Christen in der Bundesrepublik Deutschland noch halb so viele Mitglieder austreten, ist ihr Verständnis von der Kirche als einer mit dem Glauben unlöslich verbundenen Heilsinstanz. Zudem spielt das Gemeinschaftselement in der evangelischen Lehre von der Kirche nicht die Rolle wie in der katholischen.

Was auch immer die Gründe für diese Entwicklung sein mögen: Die Bundesrepublik Deutschland ist kein christliches Land mehr, versteht man darunter ein Land, in dem noch Normen der christlichen Lehre stark in das tägliche Leben hineinwirken. Der EKD-Ratsvorsitzende sieht hier eine Kernfrage. Er spricht von der missionarisch-diakonischen Herausforderung der Kirche und jedes einzelnen Christen. Gespräche mit Ausgetretenen zeigen, daß Distanz nicht Feindschaft oder Ablehnung des christlichen Glaubens bedeuten muß. Man hat oft nur Ärger mit der Institution Kirche, mit einem der Geistlichen oder mit Äußerungen der Institution gehabt und daraus die letzten Konsequenzen gezogen.

Auf diesem Hintergrund allerdings hat man Mühe, einiges von dem zu verstehen, was derzeit in Bad Salzuflen unter dem Thema „Entwicklungsdienst als Herausforderung ... für die EKD und ihre Werke" verhandelt wird. Mission, die Verbreitung der frohen Botschaft, gehört zu den Pflichten der Christen. Gleiches gilt für tätige Hilfe am Nächsten. Auch ist nicht strittig, daß die Menschenwürde gewahrt und verteidigt werden muß.

Doch was soll auf einer EKD-Synode eine Formulierung wie diese: „Was können die Gewerkschaften tun, um unter ihren Mitgliedern Verständnis für entwicklungspolitisch notwendige Umstrukturierungsmaßnahmen, wie zum Beispiel in der Textilindustrie, zu wecken?". Nicht allzuweit von Bad Salzuflen entfernt ist das ostwestfälische Textilgebiet mit seinen vielen Arbeitslosen, darunter auch Kirchenmitgliedern. Kritik an der westlichen Wirtschaftsordnung ist wohlfeil, besonders, wenn man in ihr gut lebt. Sätze wie „Machtmißbrauch durch internationale Konzerne ... erschweren den Menschen in der Dritten Welt das Leben ebenso wie hohe Rüstungsausgaben und die Übertragung des Ost-West-Konflikts auf die Dritte Welt" (nach einem Vorlage-Entwurf der EKD) sind schnell formuliert. Schuldzuweisungen nach dem Motto „Der industrielle Norden ist an allem schuld" machen sich in bestimmten Kreisen immer gut, während die Frage etwa nach der Selbstverantwortung der Dritten Welt kaum Beifall findet.



„Wir erfahren, daß vieles auseinandertreibt": Bischof Kruse mit Gast FOTO DPA

Kirche kann und darf den Menschen nicht nach dem Munde reden. Ihre Pflichten sind vorgegeben und müssen im Zusammenhang mit den jeweiligen Zeitumständen immer wieder neu bedacht werden. Aber Kirche ist für ihre Gläubigen da und kein Vehikel für die Ideen einiger.

In Bad Salzuflen läuft als Unterströmung zur Hauptthematik die Auseinandersetzung um „Heil" und „Wohl", darum, ob Mission in erster Linie geistlich sein soll oder ob es richtig ist, die Veränderungen der Verhältnisse gleichwertig neben der Verkündigung zu sehen. Nur predigen allein wollen auch nicht die Evangelikalen, die Bibelgebundenen, die inzwischen eigene Parallelstrukturen zu denen der EKD für Mission und Entwicklung aufgebaut haben. Nur verändern allein wollen auch nicht die Organisationen der EKD. Dennoch ist die verschiedene Akzentuierung trotz des meist moderaten Tons in den Aussprachen unüberhörbar.

„Wir erfahren, daß vieles auseinandertreibt, daß die Einheit der Evangelischen Kirche auf allen Ebenen heute besonderen Belastungen ausgesetzt ist", sagte der EKD-Ratsvorsitzende in seinem Rechenschaftsbericht. Dazu gehört auch die parteipolitische Polarisierung bis hinein in die Gemeinden und in den Gottesdienst.

Nach ihrem eigenen Verständnis ist die Evangelische Kirche in Deutschland eine Volkskirche, eine Kirche für das ganze Volk. Nach mancher Predigt am Sonntag, aber auch nach manchem Referat jetzt in Bad Salzuflen versteht man, warum sich viele nicht mehr angesprochen fühlen und den Trennungsstrich zur Institution (nicht unbedingt zum Glauben) ziehen. Und das sind nicht nur arbeitslose deutsche Textilarbeiter.

IM GESPRÄCH Joaquim Chissano

Ein Weltmann folgt Machel

Von Monika Germani

Zum Nachfolger des vor zwei Wochen tödlich verunglückten moçambiquanischen Staatspräsidenten Samora Machel wurde am Montag in Maputo dessen langjähriger intellektueller Kampf- und Weggefährte Joaquim Alberto Chissano gewählt. Beide stammen aus dem gleichen Dorf, Chibutu in der südmoçambiquanischen Provinz Gaza; sie sind jedoch von Erziehung und Ausbildung her grundverschieden. Der Pragmatiker Machel hat immer den geschliffenen Intellektuellen und Weltmann Chissano bewundert, der neben Portugiesisch auch Französisch, Deutsch, Englisch – und auch wohl Russisch spricht.



Ursprünglich in Salazars Jugend: Chissano FOTO AP

Chissano, geboren am 22. Oktober 1939, hatte jedoch einen völlig anderen Start als Machel. Er war ein exzellenter Schüler und gehörte der Jugendorganisation des Diktators Salazar an, der „Moçidade Portuguesa", wo er bald zum „Comandante de Castel", einer Art Ortsgruppenleiter, aufstieg. Ein Foto in der portugiesischen Zeitung „O' Diabo" vom 24. Juli 1977 zeigt ihn zu Beginn der sechziger Jahre in der Uniform der Jugendorganisation im damaligen Lourenço Marques (heute Maputo), umgeben von seinen weißen Kameraden. Chissano war einer der ersten schwarzen Schüler an der Oberschule in der Hauptstadt und erhielt als einer der ersten ein Stipendium, um in Lissabon Medizin zu studieren.

Der Beginn der sechziger Jahre brachte die Gründung der angolanischen MPLA durch die KP Portugals und auch der Frelimo, der heutigen Regierunspartei von Moçambique. In diese Zeit fällt Chissanos Umschwenken. Er ging nach Frankreich ins Exil.

Auf dem ersten Parteikongreß wurde er zum Exilminister für Sicherheit und Verteidigung ernannt. Er schloß sich bald dem anderen Intellektuellen und Gründer der Frelimo, Edoardo Mondlane, an. Auf dem zweiten Kongreß wurde Machel das Ressort für Verteidigung übertragen, Chissano blieb für Sicherheit, und damit für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, verantwortlich. Nach dem ungeklärten Tod Mondlanes – dadurch kam der harte marxistische Flügel unter Machel an die Spitze – rettete Chissano nur seine enge Freundschaft mit dem späteren Präsidenten.

Als 1974 das portugiesische Kolonialreich zusammenbrach, wurde er Premierminister der Übergangsregierung. Er handelte den Vertrag von Algier mit der portugiesischen Junta aus, wonach Wahlen in Moçambique stattfinden sollten, die später nie abgehalten wurden. Seit der Unabhängigkeit war Chissano Außenminister. Er gilt als Gegner des Nkomati-Vertrages mit Südafrika, den er kurz nach dem Abschluß scharf in Harare kritisierte.

Chissano ist mit der Tochter eines wichtigen Häuptlings der Makonde aus dem Norden Moçambiques verheiratet. Diese standen zu Beginn des Kampfes gegen die Portugiesen auf seiten der Frelimo, bis Machel ihre Unterstützung verspielte. Die Makonde fördern heute teilweise die Widerstandsbewegung der Renamo. Somit kommt dem neuen Präsidenten die Rolle des Vermittlers in dieser Frage zu. Professor André Thomashausen von der Universität von Südafrika beschreibt ihn als „einen Mann der Dritten Welt mit einem tiefen Mißtrauen gegen den US-Wirtschaftsimperialismus". Aber dem westlichen Lebensstil ist Chissano durchaus zugetan.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Die Essener Zeitung gibt zum finalen Rettungsschuß zu bedenken:

Die Polizei beruft sich – gestützt durch Staatsanwälte vor Ort – auf den Grundsatz der Nothilfe. Er gilt dann, „wenn eine dritte Person", hier eine Geisel, in höchster Lebensgefahr ist. Doch was ist höchste Lebensgefahr? Die Entscheidung darüber fällt schwer. Denn sie bedeutet gleichzeitig das Todesurteil ohne Gerichtsverhandlung für einen Menschen. Auch wenn er ein Verbrecher ist.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie kommentiert die Kronzeugen-Debatte in der FDP:

Der Parteivorsitzende Martin Bangemann und sein Generalsekretär Helmut Haussmann haben nach den bayrischen Wahlen offenbar die Nerven verloren.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie geht auf den Zitaten-Streit ein:

Es wäre wohl zuviel verlangt von einer Opposition, die Gelegenheit, dem Regierungschef am Zeuge zu flicken, verstreichen zu lassen, auch wenn das den Schaden für die deutsch-sowjetischen Beziehungen allenfalls vergrößert. Die harte Reaktion der Sowjets – die sie bemerkenswerterweise in der UdSSR selbst nicht, sondern nur vor ausländischem Publikum bekanntmachen – verfolgt wohl genau die Absicht, die Angelegenheit zum innenpolitischen Streitgegenstand in Bonn werden zu lassen.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung meint zum Nachfolger Samora Machels:

Die Ankündigung von der Wahl Chissanos dürfte Moskau nicht schmecken. Dort hatte man auf die Wahl von Marcelino dos Santos gehofft, des loyalen Stellvertreters von Machel und noch loyaleren Anhängers von Karl Marx.

KURIER

Die Wiener Zeitung schreibt über den KSZE-Gastgeber Österreich:

Wir können zeigen, daß wir zwar den Prozeß der Entspannung zwischen den Supermächten voll unterstützen, daß wir mit dem Osten ein korrektes bis gutes Verhältnis haben wollen – aber daß wir geistig im Lager der westlichen Demokratie stehen.

BERNER ZEITUNG

Sie präsentiert Forderungen nach dem Baseler Chemieunfall:

Nötig sind detaillierte Studien über die Gefahren, die in der industriellen Produktion und Lagerung lauern (was für jede Kopfwehtablette verlangt wird). Diese Analysen müssen amtlich geprüft und veröffentlicht werden. Nur so können die Bürgerinnen und Bürger – die möglicherweise gefährdeten – entscheiden, ob sie dieses Risiko tragen wollen.

Kurzstreckenwaffen sind kein Ersatz für die Pershing 2

Soll die NATO signalisieren, daß ein beschränkter Krieg möglich ist? / Von Cay Graf Brockdorff

Bei der Rüstungskontrolle, über deren Wert es keinen Streit geben kann, darf nicht vergessen werden, welchem Ziel sie dienen soll. Sie hat den Zweck, die Rüstungsaufwendungen zu senken, zugleich aber der Strategie zu dienen, mit der die Staaten den Frieden bewahren wollen. Mehr noch aber sollte sie der Erhaltung politischer Unabhängigkeit dienen. Niemand möchte sich politischer Erpressung beugen müssen, die mit der Androhung von Waffengewalt durchgesetzt werden könnte.

Der Zusammenhang von Rüstungskontrolle und Sicherheitspolitik wird allerdings gelegentlich von denen übersehen, die sich mit einer der Seiten der geschilderten Medaille befassen. Bei uns gibt es Beispiele dafür. Nun ist Präsident Reagan dem zum Opfer gefallen. Sein Angebot an Gorbatschow, alle Mittelstreckenwaffen in Europa zu beseitigen, Moskau jedoch 100 Atomsprengkörper auf Mittelstreckenraketen östlich des 80. Längengrades in Asien zu gestatten – bei 100 Waffen dieser Kategorie auf US-Territorium –, war Ausdruck einer Unsicherheit über die Grundlagen der Abschreckung in Europa. Inzwischen haben die europäischen Alliierten Amerikas reagiert, der Kanzler war im Weißen Haus, es gibt Anzeichen dafür, daß in Washington ein Prozeß des Nachdenkens eingesetzt hat.

Eine Garantie, daß dieser oder ein ähnlicher Fehler sich nicht wiederholen kann, gibt es freilich nicht. Es gibt nur ein Korrektiv, das allerdings eine Stärke unseres Systems ausmacht: Im Westen, besonders in Amerika, kann frei diskutiert und kritisiert werden. Fehler kann man wiedergutmachen.

Reagan hatte der Sowjetunion ein Angebot serviert, das die kühnsten Hoffnungen des Kreml übertreffen mußte: Sie würde 100 mobile und rasch verlegbare Atomwaffen in Asien sowie in Europa rund 700 Raketen mit Reichweiten zwischen 150 und 1000 Kilometern behalten dürfen. Die sowjetischen Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite würden weite Teile Westeuropas bedrohen können; dort aber stünde keine einzige amerikanische Atomwaffe mehr, die sowjetisches Staatsgebiet unter Risiko zu stellen in der Lage wäre.

Die politischen Konsequenzen hätten Westeuropa erschüttern müssen: Der Sowjetunion wäre klar geworden, daß sie die nukleare Verwüstung Westeuropas unter kalkuliertem Risiko würde androhen können. Amerikanische Streitkräfte in Europa, unfähig, ihre Abschreckungsaufgabe erfüllen zu können, wären das einzig verbleibende Restrisiko geblieben. Ob Washington für das Schicksal von 326 400 US-Soldaten in Europa mit seinen interkontinentalen Nuklearwaffen eintreten würde, bliebe ein undeutliches Signal, verführerisch für den Kreml.

Die politischen Konsequenzen hören damit nicht auf. „Bring the boys home", wäre unter solchen Umständen der konsequente Ruf, der uns aus Amerika erreichen würde. Warum Gorbatschow die Gelegenheit, Europa aus der Atlantischen Allianz herauszubrechen, nicht ergriffen hat, bleibt ein Rätsel. Die Furcht vor SDI, vielleicht nicht allein die militärische, sondern auch die technologische, mag ihn abgehalten haben. Vielleicht aber werden die Sowjets doch noch das von Gorbatschow geschnürte Paket aufmachen und dem Westen die Nullösung anbieten, die in Reykjavik auf dem Tisch lag. Was dann?

Als Ausweg wird empfohlen, die NATO mit Mittelstreckenwaffen kürzer Reichweite „nachzurüsten". Doch wen würde das Bündnis mit Waffen abschrecken, die nicht in der Lage wären, sowjetisches Staatsgebiet zu erreichen? Die nichtsowjetischen Warschauer-Pakt-Staaten Polen, Tschechoslowakei und „DDR" lägen in deren Reichweite. Die Sowjetunion bliebe von der Bedrohung dieser Waffen unberührt: Sie wäre am Ziel ihrer langfristigen strategischen Politik angelangt, ihren Staat zu einem Sanktuarium zu machen, von dem aus sie bei gesicherter Unverletzlichkeit Westeuropa mit Krieg drohen kann. Immer schon hat Moskau Atomwaffen als strategisch betrachtet, die sein Territorium zu erreichen in der Lage sind. Sowjetische Atomwaffen die Westeuropa, nicht aber Amerika bedrohen, werden vom Kreml als „operativ-taktisch" definiert.

Daraus folgt, daß westliche Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite vom Kreml als lediglich „taktisch" eingestuft werden, da sie sowjetisches Gebiet nicht erreichen: Mit dieser Orwellschen Herabstufung müssen Moskaus Bruderländer leben.

Wir müssen erkennen, daß Kurzstreckenwaffen eine herausgeschlagene Sprosse aus der Leiter nuklearer Optionen nicht ersetzen können. Mehr noch: Als Ersatz für Pershing 2 und Cruise Missiles würden sie signalisieren, daß die NATO die Möglichkeit eines separaten Krieges in Europa ins Auge zu fassen beginnt. Eine Nachrüstung mit Kurzstreckenwaffen würde ihren Zweck nicht nur verfehlen, sie würden uns jenem Kriegs- und Erpressungsszenario näherbringen, das zu vermeiden bisher Sinn der NATO war.

Kein ständiger Berater, aber ein gefragter Ratgeber

Helmut Maucher ist der erfolgreiche Boss des größten Nahrungsmittelkonzerns der Welt. Doch er ist auch ein gefragter Ratgeber und gesuchter Gesprächspartner von Bundeskanzler Helmut Kohl. Das Credo für den Deutschen auf dem Schweizer Chefsessel: Glaubwürdigkeit ist die Basis der Motivation.

Von HANS J. MAHNKE

Sinnvoll, sagt Helmut Maucher, sei es doch wohl, wenn sich die Regierenden „mit ein paar solcher Leute unterhalten wie mit mir, wenn sie fragen, wie siehst du die Welt". Sie brauchten das ja nicht zu machen. „Aber ich glaube in aller Bescheidenheit, daß ein Politiker auch ein bißchen was anreichert, wenn er mit politisch interessierten Unternehmern spricht", vor allem mit solchen, die nicht nur vom eigenen Absatz stark beeindruckt sind, sondern das gesamte Feld im Visier haben, betont Maucher, zurückgelehnt im Sessel, die Beine übereinandergeschlagen.

Ein „sogenannter ständiger Berater von Herrn Kohl" sei er nicht. Man träfe sich sporadisch; spontan, „wenn ich einmal in Bonn bin und der Kanzler Zeit hat". Herr Kohl sei auch zweimal in Vevey, der kleinen Stadt am Genfer See, gewesen, dort, wo der Nestlé-Konzern seine Zentrale hat.

Helmut Maucher ist „Mister Nestlé". Seit fünf Jahren führt er als erster Deutscher den größten Nahrungsmittelkonzern der Welt, einen Konzern, der immerhin auch das größte Unternehmen der Schweiz ist.

Den Kontakt zu Kohl hat der heutige Umweltminister Wallmann vermittelt, den Maucher in Frankfurt kennengelernt hatte, als er Nestlé-Deutschland leitete und mit dem er seitdem befreundet ist. Warum, fragt Maucher, solle sich nicht der Kanzler mit jemandem unterhalten, der ein „Multi" führt, „von dem er weiß, daß er keine opportunistisch gefärbten Antworten erhält", der zwar seiner Partei nahesteht, aber unabhängig ist. „Wir sind keine engen Freunde, aber wir verstehen uns gut. Wir haben einen netten Kontakt." Und Herr Kohl habe auch schon einem Minister gesagt, er solle mit dem Maucher über die Entwicklung in der Dritten Welt sprechen.

Immerhin: Nestlé verfügt über 362 Fabriken auf allen Kontinenten. Und Maucher „saust auf der ganzen Welt herum". Die Hälfte seiner Arbeitszeit ist er auf Reisen, informiert sich vor Ort, motiviert.

Helmut Maucher hat sein Büro dort, wo viele Besucher gern Urlaub machen würden. Früher war dort, wo sich jetzt die Konzernzentrale mit ihren rund 1500 Angestellten aus 52 Ländern befindet, auch ein Hotel. Bis zum Wasser des Genfer Sees sind es nur ein paar Meter, unverbaute Grünfläche. Von seinem Schreibtisch aus blickt er auf die Bergkette am Ostufer des Sees. Der Besucher schaut an ihm vorbei auf sanfte Berghänge. Die Weinstöcke reichen tief bis nahe an den See herunter, eine beinahe italienische Landschaft.

Der 58jährige entspricht nicht dem Klischee des Bosses eines multinationalen Unternehmens. Die Härte, die für eine solche Aufgabe notwendig ist, strahlt er nicht aus. Er wirkt verbindlich, und trotzdem antwortet er sehr präzis, weicht nicht aus. Er nimmt sich Zeit für das Gespräch, obwohl er ungemein aktiv ist. Er könnte Landrat in seiner Allgäuer Heimat sein, was er als Abiturient gern werden wollte.

Es kam anders. Maucher begann 1948 eine Lehre bei einem deutschen Nestlé-Werk. Das Unternehmen zahlte ihm dann auch das Betriebswirtschaftsstudium. Mit 36 Jahren wurde er 1963 bereits Marketingdirektor der Deutschen Nestlé, ein Jahr danach Geschäftsführer der Tochter Findus.

Als 1969 Nestlé und Unilever ihre Tiefkühlkost-Aktivitäten in der Bundesrepublik fusionierten und er nicht Geschäftsführer werden konnte, wechselte er als Chef der damaligen Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften (GEG) nach Hamburg. Doch schon 1972 holte ihn Nestlé zurück. Drei Jahre später war er der Deutschland-Chef.

Ob er den jetzt 120 Jahre alten schlafenden Riesen mit seinen inzwischen gut 155 000 Beschäftigten wachgeküßt habe, als er 1981 das Ruder über den gesamten Konzern übernahm? Immerhin: Bis 1985 hat sich der Umsatz von Nestlé unter seiner Regie auf 42,2 Milliarden Schweizer Franken verdoppelt. Maucher wiegelt etwas ab. Der Riese habe nicht geschlafen, auch wenn er sich in den Jahren zuvor weniger bewegt hat. Da seien aber auch die Ölkrisen, die Rezession und Stagnation gewesen. „Sicher, wenn nun ein Neuer kommt, der tut auch etwas und mobilisiert die Dinge."

Rationalisierung, Konzentration auf das Wesentliche, weniger Bürokratie, einfachere Arbeiten, direktere Kommunikation. „Ich selbst bin viel gereist, ich habe mit vielen gesprochen, habe vielen Leuten zugehört, mir Sachen angesehen, möglichst viele direkte Schienen hergestellt und habe meine Kollegen ermutigt, dasselbe zu machen. Wir haben den Stil unkomplizierter, direkter, persönlicher aufgebaut, um rascher und direkter unsere Ideen durchzukriegen", erläutert Maucher. Es sei auch das abgebaut worden, was traditionell mitgeschleppt wurde und Verluste brachte. So sei es in der ersten Phase relativ rasch gelungen, Gewinne und Liquidität zu erhöhen.

Geld für Forschung und Marketing

In der zweiten Phase sei das Geld in konstruktive Bereiche hineingesteckt worden, um die Zukunft zu sichern – „in Qualität, in Forschung, in Marketing statt in Overheads und Bürokratie". Das habe Impulse gegeben. Zu seinen besten und befriedigendsten Erlebnissen zählt Maucher, wie schnell das gegangen sei. Das zeige, es sei sehr viel guter Wille und Know-how vorhanden gewesen, „so daß man mit der Mannschaft wirklich losmarschieren konnte". Maucher will eigentlich nicht darüber reden. Aber: „Vielleicht ist es schon ein wenig so, daß ich mit meiner Art der Führung qualitativ sicher auch einen Beitrag leisten konnte."

Das vergangene Jahr stand bei Nestlé im Zeichen der Akquisition, vor allem in Nordamerika. Dort wurde mit „Carnation" der zweitgrößte US-Lebensmittelkonzern erworben. Auch im Bereich Bohnenkaffee hat das Unternehmen, das mit Nescafé groß geworden ist, seine Aktivitäten verstärkt. So wurde in der Bundesrepublik eine Beteiligung von 50 Prozent an Dallmayr gekauft. Und Nestlé engagierte sich dort, wo die Firma bisher schwach vertreten war. So bei „Herta", einem deutschen Hersteller gekühlter Fleischwaren.



Nestlé-Chef Helmut Maucher: Das Interesse an der Politik ist notwendig, um das Umfeld zu erkennen, in dem das Unternehmen agiert FOTO: DIE WELT

Für Neuerwerbungen und Beteiligungen gab Nestlé im vergangenen Jahr 8,1 Milliarden Franken aus, nahezu zehnmal so viel wie ein Jahr zuvor. Die Kritik, er habe beispielsweise „Carnation", den größten Brocken, zur falschen Zeit gekauft, als der Dollarkurs und die Zinsen hoch waren, weist Maucher zurück. Zum einen müsse man zugreifen, wenn ein solches Unternehmen angeboten werde. Warten könne man nicht. Zum anderen habe man sich für den Erwerb zunächst kurzfristig in der US-Währung verschuldet und ihn erst später, als der Dollar abgewertet und die Zinsen gesunken seien, endgültig finanziert. Überdies hätten andere, die später auch amerikanische Nahrungsmittelunternehmen erworben hätten, „nicht mehr so billig gekauft". Er habe dreizehnmal den Jahresgewinn gezahlt. „Das heißt, wir haben von Anfang an bei unseren Synergien (Vorteile aus dem Zusammenschluß) eine Rendite, die an die zehn Prozent heran ging".

Maucher läßt keinen Zweifel aufkommen, Nestlé werde weiter expandieren. Die Liquidität beziffert er schon wieder auf vier Milliarden Franken. Er werde aber nicht alles, was ihm angeboten wird (und das sei fast täglich der Fall), auch kaufen. „Wir wollen ein Welt-Unternehmen sein, aber kein Allerweltsunternehmen. Wir wollen Sachen betreiben, von denen wir etwas verstehen." Daher bleibe es bei der Konzentration auf Nahrungsmittel.

Ein Multi wie Nestlé gerät nicht nur wegen seiner Größe in die Schußlinie der Kritik. In den siebziger Jahren wurde der Konzern in die Kontroverse um die Verwendung industrieller Säuglingsmilchnahrung in der Dritten Welt hineingezogen. Für Nestlé sei das, so Maucher, ein Schock gewesen. Danach sei nicht nur die Information verbessert worden, sondern die zuständige Abteilung habe auch die Aufgabe, die Unternehmensleitung zu sensibilisieren hinsichtlich möglicher Reaktionen in der Öffentlichkeit. Ein Konzern stehe in einem politischen Umfeld und damit müsse es leben.

Nach Tschernobyl sei die Produktion in Bayern blockiert worden, obwohl nach Einschätzung des Unternehmens keine Gefährdung für die Gesundheit bestanden habe. Das habe zwar Millionen gekostet, es sei aber auch unter dem Aspekt des Qualitäts-Images notwendig gewesen. Und bei einem Netto-Gewinn von 1,8 Milliarden Schweizer Franken sei das wohl auch verkraftbar.

„Der Manager braucht auch politisches Gespür"

Für Maucher folgen aus all dem aber auch neue Anforderungen an Manager: Der Fachmann reiche nicht mehr, „er muß sich mit seinem Umfeld befassen". Er müsse ein politisches Gespür für das haben, was auf der Welt vor sich geht und was davon in die Firma einbezogen werden muß. „Das gehört heute dazu genauso wie die Fähigkeit zur Kommunikation und zur Motivation."

Für die wichtigste Führungseigenschaft hält Maucher heute „die Glaubwürdigkeit nach innen und außen, die Einheit von Sprechen und Handeln". Das schlimmste sei, wenn jemand große Sprüche mache und nachher sich niemand daran halten könne. Die Öffentlichkeit und die eigenen Mitarbeiter ließen sich nicht für dumm verkaufen. Kredibilität sei die Basis für Motivation.

Maucher ist ein politischer Mensch. „Politik ist für mich nicht ein Mittel, um die Lobby zu verstärken." In dieser Beziehung sei er sehr vorsichtig, das sollte sich in Grenzen halten. Es könne sein, daß Nestlé über den Berufsverband für die Änderung von Steuergesetzen oder des Lebensmittelrechts eintritt. Damit sollte es genug sein.

Das Interesse an der Politik sei notwendig, um das Umfeld zu erkennen, in dem das Unternehmen agiert. Dazu gehöre auch das Gespräch mit Politikern, nicht nur mit Helmut Kohl, „zur eigenen Anreicherung des Verständnisses und damit sie ab und zu einmal hören, wie wir denken".

In Wien vereinen sich die Träume der Freiheit

Wien, das ist in diesen Tagen nicht nur ein Treffpunkt der Politiker, die über Menschenrechte und Abrüstung reden. Wien, das ist in diesen Tagen auch Treffpunkt der Unterdrückten, der Kämpfer für Recht und Freiheit.

Von CARL G. STRÖHM

Ein Fiaker – eine jener in Heurigenliedern oft besungenen und von Touristen gern benutzten Pferdekutschen – fährt durch die nächtliche Wiener Innenstadt. Doch am Vorabend der KSZE-Eröffnung befördert er keine romantisch gestimmten ausländischen Gäste. Vom Kutschbock bis über die Hinterachse hat der Fahrgast ein Transparent aufgespannt: „KSZE – Ärztin Schumann seit 7½ Jahren in DDR-Haft."

Christa-Karin Schumann, die gemeinsam mit einem Admiral der „DDR"-Volksmarine in den Westen flüchten wollte und dabei verhaftet wurde, ist nur eines der unendlich vielen Schicksale, die angesichts des Wiener Treffens der Politiker und Diplomaten an die Öffentlichkeit kommen. Auf dem Heldenplatz vor der Wiener Hofburg, zwischen den imposanten Reiterstatuen des Prinzen Eugen und des Erzherzogs Karl – in Sichtweite des Konferenz-Eingangs – hat sich eine bunte Schar von Menschen versammelt, die auf Einzelpersonen und auf ganze Nationen oder Religionen aufmerksam machen möchten, denen die Menschenrechte vorenthalten werden.

Während japanische Mönche in weißen Gewändern stundenlang auf dem Boden kauernd monotone Gebete sprechen – es geht hier offenbar um die Atombombe und um Hiroshima –, hat eine Gruppe junger Juden Transparente mit der Aufforderung an Gorbatschow entfaltet, den sowjetischen Juden endlich die Freiheit der Ausreise zu gewähren. Seltsames Zusammentreffen: Gleich neben den Juden haben sich einige stämmige Südtiroler in ihrer malerischen Tracht postiert. Sie fordern „Freiheit und Selbstbestimmung für Südtirol". Einer der Tiroler hat eine gelbe Plakette auf seinen Lodenjanker geheftet, die er offenbar von seinen jüdischen Demonstrations-Nachbarn erhielt: „I spoke out for Soviet Jews."

Von irgendwoher tauchen dunkelhaarige Männer auf und entfalten ein Transparent, das Freiheit für Kurdistan verlangt. Einen Schritt weiter hat sich eine ältere, leidend aussehende Frau ein Plakat umgehängt: „Seien Sie menschlich, Herr Gorbatschow. Ich bin krebskrank. Lassen Sie, bevor ich sterbe, meine Tochter aus der Sowjetunion zu mir ausreisen."

Einige Rumänen halten zwei große Pappkartons in die Höhe. Sie fordern, Ceausescu möge endlich ihre Familienangehörigen freilassen.

Während auf der gegenüberliegenden Seite des Platzes die Delegierten des offiziellen Treffens – meist in schwarzen Mercedes-Limousinen – vorfahren, tauchen zwischen Protestierern, Neugierigen, Polizisten und Journalisten zwei prominente Exil-Russen auf: der Schriftsteller Wladimir Maximow und der berühmte Theaterregisseur Jurij Ljubimow.

Sie repräsentieren hier das „andere Rußland". Ljubimow – der Mann, der das Moskauer Taganka-Theater groß machte, blickt hinüber zur Hofburg und sagt: „Da sitzt jetzt vielleicht der junge Andropow – der Sohn des verstorbenen Generalsekretärs – unter den sowjetischen Delegierten. Wissen Sie, der wollte einmal Schauspieler werden und hat sich bei mir in Moskau beworben. Ich aber habe ihn abgelehnt. Und sein Vater hat sich sehr bei mir bedankt, daß ich ihn zurückwies. Ein Parteichef und Politbüromitglied kann bei uns einfach nicht einen Sohn haben, der Schauspieler oder Artist ist."

Die russischen Dissidenten haben unter der Bezeichnung „Internationale des Widerstandes" im Wiener Messepalast – gleich gegenüber dem KSZE-Tagungsort – die Ausstellung „Helsinki-Spiegel" eröffnet. Hier stellen Menschenrechtsgruppen und Bürgerrechtler aus vielen kommunistisch beherrschten Ländern ihre Dokumente und Schriften aus. Hier ist es vor allem gelungen, auch sonst eher verfeindete Nationen unter einen Hut zu bringen – Russen und Ukrainer, Bulgaren und Jugoslawen.

Ein gemeinsamer Stand aller jugoslawischen Exilorganisationen – der Kroaten ebenso wie der Serben und Slowenen – ruft besonderes Aufsehen hervor, weil diese Gruppen bisher nie zu einem gemeinsamen Auftritt zu bewegen waren. Auch das litauische Informationszentrum ist vertreten – wie überhaupt die im Westen lebenden Esten, Letten und Litauer in Wien eine ganz außerordentliche Aktivität entfalteten.

Dienstag mittag: Eine Demonstration der Balten zieht durch die Kärntner Straße – von der Staatsoper bis zum Stephansdom. Es sind ganz andere Demonstranten, als man sie in Wien oder auch in der Bundesrepublik sonst gewöhnt ist: Keine abenteuerlich vermummten oder im Zottel-Look gekleideten Gestalten, sondern adrette junge Leute, Mädchen in den Volkstrachten des Baltikums mit romantischen Stirnbändern, aber auch ältere Leute mit Fahnen und Luftballons in den Nationalfarben der baltischen Länder. Vor dem Zug werden die Fahnen, die blau-schwarz-weiße Fahne Estlands, das Dunkelrot Lettlands mit dem weißen Streifen und das Gelb-Grün-Rot Litauens, getragen. Dann folgen Spruchbänder mit den Forderungen: „Freie Wahlen für Lettland!" und „Demokratie und Selbständigkeit für Estland, Lettland und Litauen". Ein Transparent zieht einen besonders interessanten Vergleich: „Lettland will frei sein wie Österreich!"

Unter den Demonstranten sieht man einen Mann, der als sowjetischer Bär verkleidet ist – mit einem großen Sowjetstern auf dem Kopf. Er führt eine Frau in gestreifter Häftlingskleidung an der Kette – ein Symbol für „das versklavte Estland", so die Organisatoren.

All diese Menschenrechtsaktivitäten am Rande des Wiener Treffens – und weitere Aktionen sind für die nächsten Tage bereits angesagt – zeigen, daß der „Korb 3" der KSZE-Schlußakte einesteils der schwache Punkt des gesamten Helsinki-Prozesses ist, daß aber andererseits die Menschenrechtsfrage ein immer größeres Gewicht bekommt (übrigens auch dann, wenn es einzelnen westlichen Politikern, die das Verhältnis zur Sowjetmacht am liebsten durch Kabinettsdiplomatie regeln wollen, keineswegs paßt).

Die Dynamik, die das Problem der Menschenrechte seit Unterzeichnung der Helsinki-Schlußakte gewonnen hat – eine Dynamik, die nicht zuletzt durch die ständigen Verletzungen von sowjetischer Seite ausgelöst wurde –, läßt heute bereits die Frage aufkommen, ob der Kreml Helsinki in seiner jetzt entstandenen Form überhaupt gewollt hat. Daher auch die Vermutung, die Sowjets wollten in Wien durch besonders starke Betonung des Abrüstungs-Aspekts die gesamte Menschenrechtsfrage (hinter der dann ja auch die Frage nach der Selbstbestimmung ganzer Nationen auftaucht) in den Hintergrund drängen. Das von Moskau bereits anvisierte Ziel, etwa die KSZE mit den militärischen Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) zu koppeln, hat bei neutralen Vertretern schwere Bedenken ausgelöst, ob hier nicht eine Minderung an Sicherheit das Ergebnis sein müßte.



Ob europäischer Demonstrant oder japanischer Buddhist, die Forderungen an die KSZE sind die gleichen FOTO: APA

Sieben von zehn Umweltdelikten aufgeklärt

mr. Bonn

Die Zahl der Umweltdelikte in der Bundesrepublik Deutschland hat sich 1984 nach Angaben des Umweltbundesamtes auf [illegible] Fälle erhöht. Die Umweltkriminalität weist mit einem Zuwachs von 30,6 Prozent die höchste Steigerungsrate auf. Aus dem gestern in Bonn vom Umweltbundesamt veröffentlichten Jahresbericht 1985 geht hervor, daß die Zahl der Delikte um 2220 anstieg. An der Spitze lagen dabei Verstöße gegen den Gewässerschutz (293), die an der Gesamtzahl einen Anteil von 71,9 Prozent haben.

Nach Angaben des Berichts konnten 71,5 Prozent aller Umweltstraftaten aufgeklärt werden. Die höchste Aufklärungsquote wurde mit 96,1 Prozent beim unerlaubten Betreiben von Anlagen registriert, die niedrigste mit 41,2 Prozent bei der „schweren Gefährdung durch Freisetzen von Giften".

Ausschluß der HIAG gefordert

dpa, Berlin

Der Landesverband Berlin des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat an die Verbandsspitze appelliert, die Aufnahme des Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) als korporatives Mitglied in den Volksbund rückgängig zu machen. Der Berliner Landesverband distanziere sich mit aller Entschiedenheit von dem Beschluß des Kasseler Bundesvorstandes, hieß es in einer Pressemitteilung.

Der Geschäftsführer des Berliner Landesverbandes, Volkmann, sagte dazu, es gehe um die „Rettung der sauberen Sache, die die Kriegsgräberfürsorge zu leisten hat". Allein in Berlin hätten fünf Schulen ihre Friedensarbeit für den Volksbund für den Fall abgesagt, daß die HIAG weiter korporatives Mitglied bleibe.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS INC. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Republikaner meiden die Bundestagswahl

Schönhuber sieht Wahl in Bremen als Dominostein

PETER SCHMALZ, München

Von einem zweiwöchigen Türkei-Urlaub kehrte Franz Schönhuber rotbraun getönt und mit der Erkenntnis zurück, daß es für ihn und seine Republikaner besser wäre, die Bundestagswahl diesmal noch zu meiden und die beschränkten Kräfte der erst drei Jahre alten Rechts-Partei lieber auf das überschaubare Feld der Bremer Bürgerschaft zu konzentrieren.

Leicht sei ihm wie auch seinen Landesvorsitzenden, deren Votum am *Montagabend* per Rundruf eingeholt wurde, dieser Verzicht nicht gefallen, erklärte Schönhuber gestern in München. Denn nach seinem überraschenden Drei-Prozent-Erfolg bei der Bayernwahl traut ihm die Meinungsforscherin Professor Elisabeth Noelle-Neumann immerhin einen ähnlichen Prozentsatz bei der Bundestagswahl zu. Und der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß macht ihm sogar die Freude, dem „Spiegel" zu verraten, der Schönhuber könne es bundesweit auf fünf Prozent bringen.

Aber wo ein politischer Wille ist, da ist nicht immer auch schon ein organisatorischer Weg. Es komme nun darauf an, Vernunft und Augenmaß zu zeigen und den Aufbau nicht durch Zeitzwänge zu gefährden, erklärte Schönhuber gestern. In Bayern hatte er noch ein relativ leichtes Heimspiel: Hier kennt man ihn als einst populären Fernsehmann, hier war sein Name von Aschaffenburg bis Berchtesgaden schon lange vor der Parteigründung ein Begriff. Aber der Westerwald oder die Lüneburger Heide sind Neuland für ihn. Zudem wäre ein Bundestagswahlkampf weit anstrengender als der Wahlgang in Bayern, den der 63jährige bereits als physische Belastung empfand.

So konzentriert er sich vorerst auf den überschaubaren Stadtstaat Bremen. Von dort aus, so verkündete Schönhubers Generalsekretär gestern vollmundig, werde man nach der Domino-Methode handeln: „Bremen ist der erste Stein, dann werden wir systematisch Land für Land für die Republikaner gewinnen." Auch an der Oberbürgermeisterwahl in Nürnberg im Oktober 1987 werde man sich mit einem Überraschungskandidaten beteiligen.

Selbstgefällig betrachtet Schönhuber unterdessen die Auswirkungen des 12. Oktobers. Sogar in Australien habe man dem Republikaner-Erfolg Bedeutung beigemessen. Ihn amüsiere zu beobachten, wie die CSU nun versuche, Plätze zu besetzen, die sie jahrelang vernachlässigt habe. Die deftigen Worte des CSU-Vorsitzenden machen ihm Freude: „Der Strauß ist unser bester Wahlhelfer."

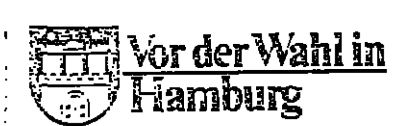
Femininer GAL-Vorstoß

Die Grünen planen den „Einbruch in die Männerwelt"

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Hamburger Grünen sind angetreten, ein – wie sie es nennen – „Naturgesetz" aufzuheben: Die seit über 100 Jahren bestehende Gewohnheit, daß Männer im Parlament den Ton angeben. „Einbruch in die Männerwelt" heißt die Parole: 30 Kandidatinnen – doppelte Besetzung, da man nach zwei Jahren rotieren will – lassen auf einem rosaroten Wahlplakat ihr zerzaustes Haar von einer hanseatischen Brise hochwirbeln.

Rosarote Zeiten brechen mit dem femininen Vorstoß nicht an – im Gegenteil. Die GAL wird in der nächsten Legislaturperiode die Politik fortsetzen, die sie in den vergangenen vier Jahren exekutiert hat. Ihre Kernelemente sind Verweigerung, Totalforderung, Gewalt.



Vor dem Landesparlament prägte Innensenator Alfons Pawelczyk die Formel: „Wo die GAL in der Stadt auftritt, ist auch schnell Gewalt, und wo Gewalt ist, ist auch schnell die GAL." Gewalt bei Demonstrationszügen, die mit Brandstiftungen und Plünderungen endeten; Gewalt in der Hafenstraße, wo die Grün-Alternativen fest an der Seite der Hausbesetzer stehen.

Daß „Die Grünen/GAL" am Sonntag erneut den Einzug in dieses Haus schaffen, wird von keiner Partei der Hansestadt bezweifelt. Das Potential von rund 70 000 Wählern (1982: 6,8 Prozent der Stimmen) erscheint als eine solide Größe. Ein Thema wie die „Neue Heimat" dürfte eher noch Zugewinn aus dem Reservoir ehemaliger SPD-Wähler bringen. Und die lupenreine Frauenliste hat zweifellos viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen, was durch eine geschickte Plakatierung noch unterstützt wird.

Optisch frech bis frivol gestylt, zieht die Damenriege in den Wahlkampf, angeführt von der 42jährigen Dozentin Christina Kukielka, gefolgt von zwei parlamentserfahrenen Frauen, der Sportlehrerin Thea Bock und der Frauenreferentin Ulla Jelpke. Diese „Verpackung" der GAL-Politik mag ansprechbar sein, der Inhalt spricht für sich: „Dieser Staat ist nicht unser Staat", heißt die Begründung für die Forderung nach einer „radikalen Demokratie".

Radikal ist vor allem der Griff in die Kasse: Sämtliche Stelleneinsparungen im öffentlichen Dienst sollen zurückgenommen werden. Der Steuerzahler soll für die Entwicklung einer alternativen Wirtschaft den stolzen Betrag von 100 Millionen Mark hinblättern. Die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, die Zurückdrängung des Individualverkehrs mit dem Ziel einer autofreien Stadt, die Abschaffung des „Jugendknastes" und die „Absicherung selbstverwalteter Wohnprojekte" gehören zu den Hauptforderungen der GAL. Was bedeutet, daß die Hafenstraße als eine Brutstätte der Gewalt auf Dauer konserviert werden soll.

Die hartnäckige Weigerung der GAL, sich von der Gewalt zu distanzieren, brachte auch den letzten schwankenden Genossen der SPD auf die Linie Klaus von Dohnanyis: „Keinen Millimeter mit der GAL!"

Franke: Im Norden verarmen Hochschulen

Westdeutsche Rektorenkonferenz fordert Chancengleichheit

PAUL F. REITZE, Bonn

Der Präsident der Kultusminister-Konferenz, Bremens Kultus-Senator Horst-Werner Franke (SPD), sieht die Gefahr, daß sich schon in den nächsten Jahren die Hochschulen im Norden zu Armenhäusern der Nation entwickeln, während sie im Süden prosperieren. Zum Auftakt der 150. Plenarsitzung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), in der 190 Hochschulen organisiert sind, appellierte er in Bonn an den Bund, für „Chancengleichheit" Sorge zu tragen. Auch die WRK drängt darauf, daß die Länder zumindest in Teilbereichen entlastet werden.

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) lehnte gleichfalls einen verschärften Sparkurs ab. Rückläufige Studienanfänger-Zahlen müßten vielmehr dazu genutzt werden, Forschung und Lehre deutlich zu verbessern. Wer die Etats nun zusammenstreichen wolle, „streicht damit unsere Hoffnungen". Vor allem müßten die Studienzeiten auf in der Regel vier Jahre verkürzt werden.

Ein Notprogramm?

In einem Sieben-Punkte-Programm präzisierte der WRK-Präsident, Professor Theodor Berchem, die Forderungen, die in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden müßten. Zwar sei mit Bundeshilfe der Ausbau nun im wesentlichen abgeschlossen, jedoch dürfe Bonn sich nicht aus der Mitverantwortung zurückziehen. Für den „Erhalt der Substanz" seien erhebliche Anstrengungen notwendig, vor allem bei der Nachrüstung mit Großgeräten.

Berchem regte an, ein Notprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs, das es bisher nur in einigen Ländern gibt, aufzulegen, um eine „kollektive Vergreisung" des Lehrkörpers zu verhindern. „Nach neuesten Untersuchungen hat zur Zeit nur noch jeder 6. oder 7. Habilitierte die Chance der Berufung auf eine Professoren-Dauerstelle", bemerkte er. „Das hat mit Qualitätsauswahl nichts mehr zu tun."

Aus dem Etat des Bundesministeriums für Forschung und Technologie kämen lediglich fünf Prozent der Mittel den Hochschulen zugute. Dies sei zwar mehr als zu Zeiten früherer Regierungen, doch müsse dieser Anteil deutlich vergrößert werden. Der WRK-Chef kritisierte, daß neuerdings die Tendenz bestehe, Forschungsinstitute außerhalb der Universitäten zu gründen.

Mehr Autonomie

Berchem appellierte an den Bundesgesetzgeber, das BAföG so zu verbessern, daß auch Studenten aus Familien mit mittlerem Einkommen gefördert werden könnten. Er erwartet von der neuen Bundesregierung Impulse, die es Stiftungen wieder ermöglichen, Rücklagen zu *bilden*. *Die* Autonomie der Hochschulen bedürfe der Stärkung. Auch für die Vertiefung internationaler Kontakte müsse ein neuer finanzieller Rahmen gefunden werden.

Während Berchem dafür plädierte, die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund in Etappen aufzulösen, brachte Senator Franke hier deutliche Reserven an. Er befürchtet dann, daß nicht nur eigene Eingangsprüfungen der Hochschulen das Abitur entwerten, sondern sieht die „prinzipielle Gleichheit aller Universitäten" gefährdet, wenn je nach Beliebtheit unterschiedliche Anforderungen für den Studienbeginn verlangt werden sollten.

Soldaten in Quarantäne

Afghanische Sowjetverbände sind vorerst in der „DDR"

WERNER KAHL, Bonn

Einheiten von aus Afghanistan abgezogenen Regimentern der Sowjetischen Invasionsarmee sind nach Berichten von „DDR"-Reisenden in Garnisonen nach Mitteldeutschland verlegt worden.

Die aus dem Kampfgebiet zurückgezogenen Verbände wurden offiziellen Angaben zufolge im Rahmen der im Herbst üblichen Austauschaktion der Sowjettruppen in der „DDR" auf dem Luftweg nach Deutschland gebracht. Von sowjetischer Seite wurde weder über das Transportunternehmen, das ähnlich wie beim westlichen Truppenaustausch in Europa „Big lift" genannt wird, noch über die Verlegung und zahlenmäßige Stärke der Verbände aus Afghanistan etwas berichtet.

Eine vorübergehende Stationierung solcher Truppenteile in der „DDR" wird von Fachleuten als mögliche „Quarantäne" vor der Rückkehr in die UdSSR bezeichnet. Es gebe Anhaltspunkte dafür, daß das sowjetische Oberkommando es vermeiden wolle, eine Anzahl von den Strapazen und Leiden dieses Krieges erschöpfter Soldaten direkt zu ihren Angehörigen zu entlassen. Deshalb könne eine Verlegung in Garnisonen für einen bestimmten Zeitraum außerhalb der Sowjetunion durchaus angebracht sein. Hinzu kommt, daß die Rückkehrer aus *Afghanistan nicht oder nur in* wenigen Fällen Deutsch sprächen, so daß von den Vorgängen in dem besetzten Land keine frischen Eindrücke und Erlebnisse aus Kampfhandlungen vermittelt werden könnten.

Die Sowjetsoldaten in der „DDR" sind ausschließlich in Kasernen untergebracht. Mit Deutschen gibt es offiziell nur Kontakte auf gesellschaftspolitischen oder militärischen Veranstaltungen, bei denen Soldaten und Offiziere in Gruppen erscheinen.

Aus spärlichen Berichten über die Lebensverhältnisse der Soldaten wurde bekannt, daß ihnen persönliche Kontakte zu Deutschen, insbesondere zu Frauen, untersagt wurden. Das Alkoholverbot seit dem Amtsantritt von Parteichef Gorbatschow hat dem Vernehmen nach zu schweren Disziplinarverstößen geführt, die hart geahndet werden. Über die Aufenthaltsdauer der Einheiten, die von Afghanistan in die „DDR" verlegt wurden, heißt es, daß die Soldaten vermutlich bis zum Jahresende zu ihren Familien entlassen würden.

„Möglichst hohes Maß gleichgewichtiger Vielfalt"

Die Leitsätze aus dem Karlsruher Medien-Urteil

DW/dpa. Karlsruhe

Der Erste Senat des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts hat in seinem weit über das eigentliche Thema hinausreichenden Urteil zur Frage der Vereinbarkeit des niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes vom 23. Mai 1984 mit dem Grundgesetz folgende Leitsätze aufgestellt:

„1. a) In der dualen Ordnung des Rundfunks, wie sie sich gegenwärtig in der Mehrzahl der deutschen Länder auf der Grundlage der neuen Mediengesetze herausbildet, ist die unerläßliche ‚Grundversorgung' Sache der öffentlich-rechtlichen Anstalten, deren terrestrische Programme nahezu die gesamte Bevölkerung erreichen und die zu einem inhaltlich umfassenden Programmangebot in der Lage sind. Die damit gestellte Aufgabe umfaßt die essentiellen Funktionen des Rundfunks für die demokratische Ordnung ebenso wie für das kulturelle Leben in der Bundesrepublik. Darin finden der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seine besondere Eigenart ihre Rechtfertigung. Die Aufgaben, welche ihm insoweit gestellt sind, machen es notwendig, die technischen, organisatorischen, personellen und finanziellen Vorbedingungen ihrer Erfüllung sicherzustellen.

b) Solange und soweit die Wahrnehmung der genannten Aufgaben durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wirksam gesichert ist, erscheint es gerechtfertigt, an die Breite des Programmangebots und die Sicherung gleichgewichtiger Vielfalt im privaten Rundfunk nicht gleich hohe Anforderungen zu stellen wie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die Vorkehrungen, welche der Gesetzgeber zu treffen hat, müssen aber bestimmt und geeignet sein, ein möglichst hohes Maß gleichgewichtiger Vielfalt im privaten Rundfunk zu erreichen und zu sichern. Für die Kontrolle durch die zur Sicherung der Vielfalt geschaffenen (externen) Gremien und die Gerichte maßgebend ist ein Grundstandard, der die wesentlichen Voraussetzungen von Meinungsvielfalt umfaßt: die Möglichkeit für alle Meinungsrichtungen – auch diejenige von Minderheiten –, im privaten Rundfunk zum Ausdruck zu gelangen, und den Ausschluß einseitigen, in hohem Maße ungleichgewichtigen Einflusses einzelner Veranstalter oder Programme auf die Bildung der öffentlichen Meinung, namentlich die Verhinderung des Entstehens vorherrschender Meinungsmacht. Aufgabe des Gesetzgebers ist es, die strikte Durchsetzung dieses Grundstandards durch materielle, organisatorische und Verfahrensregelungen sicherzustellen.

2. Grundsätzlich genügt diesen und den übrigen Anforderungen der Rundfunkfreiheit eine Konzeption der Ordnung privaten, durch Werbeeinnahmen finanzierten Rundfunks, welche neben allgemeinen Mindestanforderungen die Voraussetzungen der gebotenen Sicherung von Vielfalt und Ausgewogenheit der Programme klar bestimmt, die Sorge für deren Einhaltung sowie alle für den Inhalt der Programme bedeutsamen Entscheidungen einem externen, vom Staat unabhängigen unter dem Einfluß der maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte und Richtungen stehenden Organ überträgt und wirksame gesetzliche Vorkehrungen gegen eine Konzentration von Meinungsmacht trifft.

3. Das Niedersächsische Landesrundfunkgesetz vom 23. Mai 1984 ist in seinen Grundlinien mit dem Grundgesetz vereinbar. Doch vermag eine Reihe seiner Vorschriften die Freiheit des Rundfunks nicht in der verfassungsrechtlich gebotenen Weise zu gewährleisten; diese Vorschriften sind mit dem Grundgesetz ganz oder zum Teil unvereinbar. Darüber hinaus bedarf es zur Sicherung der Rundfunkfreiheit ergänzender gesetzlicher Regelungen.

I. 1. § 3 Absatz 3 Satz 4 des Niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes vom 23. Mai 1984 (Niedersächsisches Gesetz und Verordnungsbl. S. 147) ist mit Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes unvereinbar und nichtig. § 3 Abs. 3 Satz 3 des Gesetzes wird *damit* gegenstandslos.

2. Mit Art. 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes unvereinbar und nichtig sind ferner

a) § 3 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 5 Abs. 4 sowie § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 6 Abs. 3 Satz 1 des Niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes soweit danach für die Prüfung und Entscheidung die staatliche Erlaubnisbehörde zuständig ist,

b) § 6 Abs. 3 Satz 4 des Niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes, soweit danach für die Zuweisung von Sendezeiten die Erlaubnisbehörde zuständig ist,

c) § 28 Abs. 2 Satz 2 des Niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes, soweit er in Niedersachsen veranstaltete Programme betrifft.

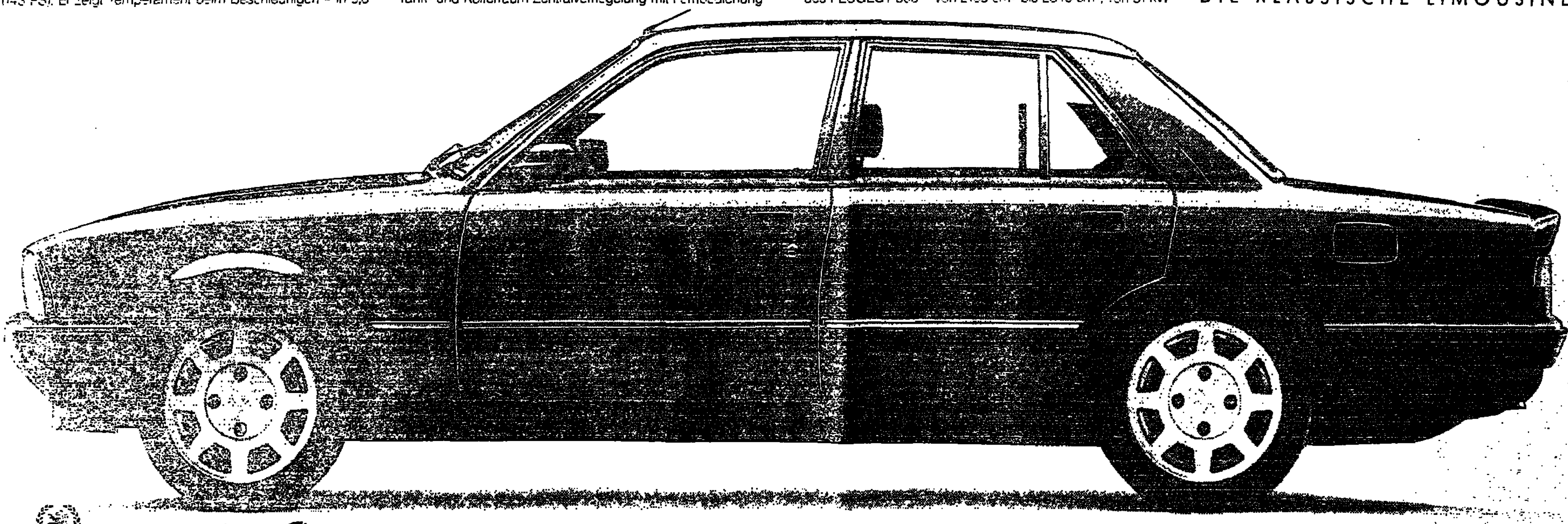
3. Mit Artikel 5 Abs. I Satz 2 des Grundgesetzes unvereinbar sind

a) § 5 Abs. 2 des Niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes, soweit die in der Vorschrift getroffene Regelung auf im Lande veranstaltete Vollprogramme beschränkt ist,

b) § 15 des Niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes, soweit er keine nähere Bestimmung der Voraussetzungen enthält, unter denen die Ausgewogenheit der nach § 2 zugelassenen Programme in Verbindung mit anderen Programmen gewährleistet ist,

c) § 44 Abs. 3 Satz 1 des Niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes, soweit er für die Programme nach Abs. 1 keine Verpflichtung zu *sachgemäßer, umfassender* und wahrheitsgemäßer Information begründet.

4. § 44 Abs. 3 des Niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes ist mit Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes unvereinbar, soweit er keine Sicherung des Rechts auf Gegendarstellung bei ausländischen, in Niedersachsen verbreiteten Sendungen vorsieht . . ."



Neue Vorschläge zur Terrorabwehr

Ministertreffen des Europarats / Konzertierte Aktion für „europäischen Justiz-Raum"?

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Auf europäischer Ebene geht man nun mit etwas mehr Entschlossenheit gegen den Terrorismus vor. Gestern kamen in Straßburg die für Terrorbekämpfung juristisch oder operationell zuständigen Minister der 21 Mitgliedstaaten des Europarats zusammen, um Möglichkeiten eines gemeinsamen, engeren Vorgehens zu erörtern. Die zweitägige Konferenz ist die erste, die die zuständigen Minister (Justiz- oder Innenressort) des gesamten demokratischen Europa zu diesem Thema an einen Tisch bringt. Aus Bonn kam Justizminister Engelhard.

Auf der Tagesordnung stehen „politische Aspekte" und „internationale Maßnahmen" der Terrorbekämpfung sowie ein Treffen der Minister mit Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, die in jüngster Zeit ihre Regierungen besonders zu konzertierten Aktionen auf Europa-Ebene aufgerufen hatten.

Konkrete Maßnahmen

Zu dieser Aktion sollten nach Vorstellung der Parlamentarier gehören: Die Verurteilung des Terrorismus als Verbrechen gegen die Menschheit, die Einsetzung einer politischen Anti-Terror-Gruppe auf Ministerebene, die Ausarbeitung eines „Verhaltenskodex" für den Umgang mit den Medien in Sachen Terror.

Die Sitzung der 21-Minister findet hinter geschlossenen Türen statt. Für heute ist eine Pressekonferenz vorgesehen. Aus dem Bemühen des Generalsekretärs des Europarats und früheren spanischen Außenministers, Marcelino Oreja, der an der Sitzung federführend teilnimmt, sind auch konkretere Schlüsse in bezug auf die allgemein gehaltene Tagesordnung zu ziehen.

Es wird unter anderem erwartet, daß Frankreich, Griechenland und Irland eingeladen werden, die Konvention des Europarats aus dem Jahre 1977 über die Auslieferung, Verfolgung und Bestrafung von Terroristen zu ratifizieren. Diese drei Staaten haben nur unterzeichnet, siebzehn dagegen schon ratifiziert (Österreich, Belgien, Spanien, Portugal, die Bundesrepublik Deutschland, die Türkei, die Niederlande, Großbritannien, Liechtenstein, Luxemburg, Norwegen, Zypern, Dänemark, Schweden, Island, Schweiz, Italien). Die Konvention ist der einzige europäische Vertrag dieser Art, der juristisch auch in Kraft gesetzt ist. Politische Beobachter in Straßburg meinen, daß Frankreich die Ratifizierung nicht länger auf die lange Bank schieben wird, daß Griechenland jedoch sich zu diesem Schritt nicht entschließen will.

Athens Argument sei, daß die Bekämpfung des Terrorismus – zumindest in Nahost – mit der Beseitigung seiner politischen Ursachen zusammenhänge. Dem stehe jedoch die historische Tatsache entgegen, daß der Terrorismus gerade aus dieser Region sehr viel älter sei als das Palästinenserproblem, man denke nur an die Assassinen, die schon im Mittelalter auch in Europa ihr Unwesen trieben. Außerdem würden gemäßigte Palästinenser von radikalen Elementen gerade wegen ihrer Kompromißbereitschaft ermordet, so daß sich den Griechen die Frage stelle, ob sie mit der Beseitigung der Ursachen so wie diese terroristischen Elemente auch die Beseitigung Israels meinten.

Informationsaustausch

Die über diese eher festgefahrene Diskussion hinausgehende Absicht des Generalsekretärs zielt indessen auf eine Verbesserung des Automatismus bei der Auslieferung von Terroristen und auf Maßnahmen gegen den Mißbrauch diplomatischer Immunität ab. Auf diese Weise solle ein effektiver Beitrag zur Schaffung des „europäischen Justiz-Raums" geleistet werden. Terroristen sollen, ganz gleich welcher Herkunft, nicht mehr in dem einen oder anderen „Hinterland" Unterschlupf finden können.

Desgleichen schweben den Straßburgern eine Harmonisierung des Strafmaßes für Terrorakte und ein direkter, unkomplizierter Austausch von Informationen zwischen den 21 Staaten über die Bewegungen, Pläne, Ausbildungsplätze und Verbindungen unter den Terroristen vor. Zu diesem Zweck soll Oreja eine „pragmatische Konzertation auf hohem Niveau" vorgeschlagen haben.

Kollision von Militär und Regierung in Spanien

Generäle protestieren gegen Unterwanderung von links

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der Abtritt zweier Generale läßt eine aktuelle Verschlechterung des anfänglich guten Klimas zwischen der sozialistischen Regierung und den spanischen Streitkräften erkennen. Mit der Niederlegung ihres Kommandos beziehungsweise ihrer einvernehmlichen Enthebung äußern die hohen Militärs ihren Mißmut über politische Maßnahmen, die die spanische Linke stets forderte, die die Regierung jedoch immer wieder hinausgeschoben hatte.

Die Demonstration der Generale erregte besonderes Aufsehen, weil beide einen wesentlichen Beitrag zur Demokratisierung des Landes geleistet hatten, wie führende Politiker, unter anderem Innenminister Barrionuevo und der katalanische Landesministerpräsident Pujol ihnen ausdrücklich bescheinigten.

Vor zwei Wochen provozierte Brigadegeneral Andres Casinello seine Ablösung als Generalstabschef der Guardia Civil durch einen Zeitungsartikel. Es sah aus, als habe er nur seinem Herzen Luft machen wollen. Den „hochwürdigen Einfaltspinseln" in Politik, Justiz und Presse hielt der ehemalige Abwehroffizier vor, die Guardia Civil in ihrer Schlagkraft gegen denm in jüngster Zeit erschreckend angestiegenen Terrorismus zu schwächen – nicht zuletzt durch Massenverhöre von Polizisten, die bereits zu ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Innen- und Justizminister führten.

Streit um Guardia Civil

Bei diesen Verhören geht es nur oberflächlich um den Vorwurf der Mißhandlung gefangener Terroristen. Das Ziel der radikalmarxistischen Herri Batasuna, die als der politische Arm der Terrororganisation ETA gilt, ist in Wahrheit das öffentliche Auftreten von Polizisten, die als Fahnder anonym arbeiten müssen.

Der General erboste sich außerdem über das Bemühen linker Zeitungen, eine illegale Gewerkschaft in der Guardia Civil zu legalisieren. Abgesehen von dem Gesetz, das eine solche Gewerkschaft verbietet, befürchtet Casinello offensichtlich das verstärkte Einsickern kommunistischer Kräfte, wie dies in der Nationalpolizei beobachtet wurde, seit diese vor Jahren von der Armee getrennt wurde.

Die 90 000 Mann der Guardia Civil bleiben auch in Zukunft dem Heer unterstellt. In dieser Woche übernahm jedoch zum ersten Mal in der 150jährigen Geschichte der Guardia ein Zivilist den Posten des Generaldirektors dieser spanischen Gendarmerie. Casinello wurde das Kommando über die Einheiten in der spanischen Enklave Ceuta auf marokkanischem Boden übertragen.

Nur Befehlsempfänger

Offensichtlich von diesen Vorgängen beunruhigt bat am Montag ein Generalleutnant – höchster Dienstgrad der spanischen Armee – um seine Abberufung als Generalkapitän (Regionalbefehlshaber) in Katalonien. Generalleutnant Fernando Rodriguez Ventosa stammt selber aus Katalonien und hatte während seines Kommandos für ein betont gutes Verhältnis zwischen Armee und der autonomen Landesregierung gesorgt.

Mit seinem überraschenden Schritt protestiert er gegen die bevorstehende Wiedereingliederung von acht Offizieren, die in der ausgehenden Franco-Ära trotz Verbots eine politische Vereinigung gründeten, die Demokratische Militär-Union (UMD). In Regierungskreisen heißt es dagegen, der General habe sich geärgert, weil er bei der routinemäßigen Neubesetzung der Führung der Streitkräfte übergangen wurde.

Die spanischen Offiziere hatten sich mit Enthusiasmus an die neue Aufgabenstellung im Rahmen der NATO gemacht – auch wenn dies auf Kosten einer Reduzierung der Planstellen geht. Sie schluckten das Eindringen in der Sache ungeschulter – aber wesentlich besser bezahlter Zivilisten – in Logistik und Verwaltung. Sie wehren sich aber dagegen, auch in Verteidigungsfragen nur Befehlsempfänger zu sein. „Um unsere Zustimmung hat uns bisher niemand gefragt", schrieb General Casinello.

Skepsis über Nachfolger von Machel

-ni, Johannesburg

Gutinformierte Kreise in der südafrikanischen Regierung warnen vor zu großem Optimismus anläßlich der Wahl des bisherigen moçambiquanischen Außenministers Joaquim Alberto Chissano zum Nachfolger Samora Machels. Sie bezeichnen den neuen Präsidenten als einen harten Marxisten, der allerdings zum Nkomati-Vertrag stehen will. Diesen Vertrag, der praktisch einem Nichtangriffspakt zwischen Moçambique und Südafrika gleichkommt, hatte er noch im Frühjahr 1984 scharf verurteilt. Das deutet auf eine pragmatische Politik hin.

Der neue Präsident will vermeiden, daß Südafrika im Fall einer Aufkündigung des Nkomati-Vertrags seine Unterstützung für die antikommunistische Widerstandsbewegung Renamo wiederaufnimmt und dann gleichzeitig erneut militärische Präventiv-Maßnahmen gegen ANC-Basen in Moçambique ergreift.

Entsprechend sind die Warnungen des südafrikanischen Verteidigungsministers Malan nach dem Vorfall in Osttransvaal am vergangenen Wochenende zu verstehen, als bei einer Minenexplosion ein südafrikanischer Soldat ums Leben kam.

In den gleichen Kreisen ist man überzeugt, daß die Sowjetunion mit der Wahl Chissanos übereinstimmt. Er hatte als Außenminister sämtliche Freundschafts- und Beistandsverträge mit dem Kreml ausgehandelt und gilt als engagierter Marxist.

Sein Bestreben wird sein, dringend benötigte Wirtschaftshilfe aus den USA zu erhalten. Damit verbunden wird eine Lockerung der streng sozialistischen Marktwirtschaft sein, die das Land unter Machel in den totalen Bankrott getrieben hatte. Chissano will auf diesem Weg eine Verbesserung der katastrophalen Lebensverhältnisse der Bevölkerung erreichen.

Die Sowjetunion ist nicht gewillt, ein zweites Angola mit einem jahrelangen Bürgerkrieg zu finanzieren. Darum wird der neue Präsident von Moçambique bemüht sein, Wirtschaftshilfe aus dem Westen zu erhalten – unter dem Vorwand einer vorsichtigen Demokratisierung.

Plötzlich zweifelt Frankreich

PETER RUGE, Paris

Ein Minister ist wütend, ein Bürgermeister verschnupft und die Presse mobilisiert: Das sind die Folgeerscheinungen des Chemieunglücks von Basel – Tage nach der Explosion breitet sich eine Wolke des Unmuts über Frankreich aus. Die Zeitungen in Paris berichten von der Unruhe im Elsaß, in der Bevölkerung, vor allem aber in den lokalen Behörden.

Sie fühlen sich von den Schweizern versetzt, von guter nachbarschaftlicher Zusammenarbeit könne nicht mehr die Rede sein. Daß die Basler ihre Grenze nach dem Feuer im Chemiewerk Sandoz dichtmachten und erst Stunden später die angrenzenden Gemeinden auf französischer Seite zu informieren begannen, hat Empfindlichkeiten ausgelöst, über die man sich bisher in der 5. Republik erhaben glaubte.

Aufklärung verlangt

Umweltminister Alain Carignon hat ohne Verzug den Präfekten der Region Haut-Rhin beauftragt, bei den Verantwortlichen im Kanton Basel-Land energisch Aufklärung zu verlangen, warum grenzüberschreitende Alarmpläne nicht sofort ausgelöst wurden.

Der Pariser Minister zeigt sich damit von einer neuen Seite: Wenn nämlich Rhein-Anlieger bei ihm vorstellig wurden, um über die Verschmutzung durch Kali-Salze aus dem Elsaß zu protestieren, dann blieb eine Entrüstung seinerseits aus.

Genausowenig beeindruckte der Marsch der Grünen auf das Kernkraftwerk Cattenom im Drei-Länder-Eck an der Mosel. Ein nationales Thema ist daraus für die Franzosen nicht geworden. Zwischen den Zeilen ließ sich allenfalls ein gewisses Erstaunen über die Aufregung in der Bundesrepublik oder in Luxemburg herauslesen. Dabei fühlte man sich im Recht, denn die Ausbaustufen waren jahrelang vorher in allen Details diskutiert worden, mit den Deutschen und den Luxemburgern.

Tschernobyl hat da kaum etwas verändert. Gewiß machen sich die Franzosen Gedanken darüber, ob ihre alten Atomkraftwerke sicher sind. Industrieminister Madelne hat eine Expertise in Auftrag gegeben, die bald vorgelegt werden soll. Aber trotz dieser Anstrengungen – generell läßt sich sagen, daß das Umweltbewußtsein in Frankreich unterentwickelt geblieben ist. Doch nun, gewissermaßen über Nacht, hat die Chemiewolke von Basel die Verletzlichkeit des französischen Territoriums bewußt gemacht. Jetzt reicht es nicht mehr aus, stolz auf die Beherrschung der Technik zu vertrauen, mit der bislang aufkommende Sorgen und Bedenken zerstreut wurden.

Ablenkungsmanöver?

Die Gefahr drohe von außen, suggeriert der Minister, entsprechend sensibilisiert zeigt sich nun die 5. Republik. Daß ausgerechnet die Schweiz attackiert wird, die doch in Europa als Musterbeispiel für technische Sicherheit gilt, macht die französische Empörung weniger glaubwürdig. Was sich für die einen als Veränderung im Umweltempfinden ausnimmt, halten andere in Paris schlichtweg für eine Finte: Frankreich wolle eigentlich nur davon ablenken, daß es selbst als Umweltsünder bei den Nachbarn gelte.

Am 24. November wird eine Drei-Länder-Kommission zusammentreten, um Konsequenzen aus dem Basler Unglück zu ziehen.

Die Mafia: Die Kirche tut sich schwer / Fünfter und letzter Teil der WELT-Serie

Der Pate kassiert auch im Beichtstuhl

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Als Johannes Paul II. im November 1982 als erster Papst Sizilien besuchte, verurteilte er mehrfach in seinen Reden Gewalt, Ungerechtigkeit und das „Mafia-Phänomen". In Palermo sagte er: „Die barbarischen Gewaltakte, die schon allzulange die Straßen dieser wunderschönen Stadt mit Blut beflecken, beleidigen die menschliche Würde." Vor Priestern in der Kathedrale erinnerte er daran, daß zu den Instrumenten des Apostolats auch die „Drohung" mit der Hölle gehöre, die gegenüber „Bösewichtern" und Hoffärtigen angebracht sei. Dies wurde allgemein als höchste Billigung eines Dokuments aufgefaßt, mit dem der sizilianische Episkopat einen Monat zuvor ausdrücklich die uneingeschränkte Gültigkeit eines jahrzehntelang nie mehr erwähnten Dekrets bestätigt hatte, das allen Mafia-Verbrechern die Exkommunizierung androht.

Nicht immer in der Vergangenheit hatte die katholische Kirche so eindeutig Stellung bezogen. Oft genug erweckte sie den Eindruck, als scheue sie die offene Konfrontation mit der „ehrenwerten Gesellschaft", in deren Ambiente sie hineingestellt ist. Manchem Sizilianer war auch Johannes Paul II. noch zu vorsichtig. War er doch von seinen vorher mit Sperrfrist verteilten sizilianischen Redetexten in einigen Fällen abgewichen und hatte beispielsweise die offene Verurteilung der „omertà", der die Mafia schützenden Verschwörung des Schweigens, weggelassen.

Trotzdem: Die Zeiten, in denen Mafia-„Paten", wie „Don" Vanni Sacco, den Ruf guter Katholiken und kirchlicher Mäzene genossen und vom Klerus oft auch als solche respektiert wurden, sind wohl ein für allemal vorbei. Eine Episode, die Pantaleone in seinem Buch „Il sasso in bocca" aus dem Leben dieses „Paten" berichtet, ist heute in ihrem Ausgang kaum noch denkbar:

Während der Wahlkampagne des Jahres 1948 hatte der junge Pfarrer von Camporeale, das zu Saccos Herrschaftsbereich gehörte, die von der palermitanischen Kurie ausgegebene Direktive zur Wahlwerbung für die Democrazia Cristiana auf eigene Weise interpretiert. Er hatte von der Kanzel herab nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen den damals politisch noch liberalen „Paten" gewettert, wobei er diesen ausdrücklich beim Namen nannte.

Eine neue Kirchenglocke

„Für gewisse von ihnen ins Werk gesetzte politische und wahlkämpferische Methoden", so hatte er gedroht, „werden die Mafia-Größen früher oder später von der weltlichen und göttlichen Justiz zur Verantwortung gezogen werden." Wenige Tage später waren die Fensterscheiben des Pfarramtes das Ziel einer MP-Salve, die auch einige über einer Heiligenstatue am Kirchenportal schwebende Engel in Mitleidenschaft zog.

Am nächsten Morgen fuhr der Priester mit dem Bus nach Monreale, um seinem Bischof Bericht zu erstatten. 14 Tage später wurde die neue große Glocke der Kirche von Camporeale geweiht und auf den Namen Giovanna getauft. Taufpatin war Giovanna Sacco – die Tochter des „Don" Vanni.

Unvorstellbar ist heute auch, was sich noch Anfang der sechziger Jahre ereignet hatte: Vor einem Schwurgericht in Messina hatten damals Kapuzinermönche des Klosters von Mazzarino zugegeben, im Beichtstuhl auf einen – dann ermordeten – Großgrundbesitzer und einen Apotheker dahingehend eingewirkt zu haben, daß diese eine von der Mafia geforderte „Schutzgebühr" zahlten. Sie selbst, so gestanden sie, hätten von den Opfern Geld in Empfang genommen und an den Klostergärtner weitergegeben, der allgemein als Verbindungsmann zwischen Kloster und Mafia galt. Dieser war übrigens noch vor Eröffnung des Prozesses im Gefängnis auf mysteriöse Weise ums Leben gekommen.

Damals noch waren alle Mafiosi von der ewigen Gültigkeit eines kirchlichen Dokuments aus dem 15. Jahrhundert überzeugt, das ihnen über die tätige Buße den Weg zum Freispruch von zumindest einigen ihrer Sünden durch die Kirche aufzeigte. In dem vom damaligen Erzbischof von Palermo, Giovanni Battista dei Conti Naselli, auf Sizilien verbreiteten „Taxae cancellariae et poenitentariae Romanae" war unter anderem festgesetzt worden, daß Diebstahl durch Zahlen von Almosen an die Kirche legitimiert, falsche Zeugenaussage vor Gericht vergeben und Bestechung eines Richters in bestimmten Fällen gerechtfertigt werden könne.

Spätestens seit dem Amtsantritt des jetzigen Kardinal-Erzbischofs von Palermo, Salvatore Pappalardo, weht von der Kirche her ein ganz anderer Wind. Pappalardo, Sohn eines sizilianischen Karabiniere, sagte 1970 bei seiner Rückkehr auf die Insel nach Jahren der Tätigkeit in der vatikanischen Diplomatie nicht nur der Mafia sofort den Kampf an, er appellierte auch an Staat und Parteien, endlich entschiedener gegen die Verbrechenorganisation vorzugehen.

Trauer um Palermo

Am Christkönigsfest des Jahres 1981 rief er in einer Predigt in der Normannenkathedrale von Palermo zur Mobilisierung der Gewissen auf. Er sagte: „Wir müssen dafür sorgen, daß Diebe, Verbrecher, Mörder, Gesetzesbrecher aller Art, Unehrenhafte und Mafiosi jeden Schlags, von der menschlichen Justiz erreicht werden können."

Am 15. August 1982 ließ er von seinen Priestern im sogenannten Todesdreieck von Palermo, in dem damals kaum ein Tag ohne einen Mafiamord verging, den „Skandal" geißeln, daß „an Begräbnissen bekannter Mafiosi Politiker in Massen teilnehmen".

Und weit über Sizilien hinaus drang am 4. September desselben Jahres der Alarmruf, den er in der Santa Domenico Basilica vor den Särgen des von der Mafia ermordeten Karabinieri-Generals Dalla Chiesa und seiner jungen Frau ausstieß: „Dum Romae consulitur Saguntum expugnatur" (Während man in Rom darüber nachdenkt, was zu tun sei, wird Saguntum erobert). Dieses Saguntum sei heute „unser armes Palermo".

ENDE

Der Manager der Zukunft wird häufig eine Frau sein

EWMD-Präsidentin Stödter: Familie und Karriere sind möglich

M. SCHLINGMANN. Bonn

Die Wirtschaft braucht Frauen in Führungspositionen, weil sie besser ausgebildete und einsatzfähige Manager braucht und sich außerdem Führungsstile ändern. Zu diesem Schluß kommt Helga Stödter, Präsidentin des „European Women's Management Development Network" (EWMD). Sie sagt eine Entwicklung zu einem völlig neuen Manager-Typ voraus. Dem „Karrieristen" trete der „Allround-Manager" zur Seite, und dieser könne ebensogut weiblichen Geschlechts sein.

Experten aus Politik und Wirtschaft untersuchen von heute an beim EWMD-Kongreß in Hamburg, wie die europäische Wirtschaft und das Berufsbild des Managers im Jahr 2000 aussehen werden, und welche Rolle Frauen dabei spielen können. Die EWMD-Präsidentin hat in ihrem Aufsatz „Warum die Wirtschaft Frauen in Führungspositionen braucht" (aus: Heiner Geißler. Abschied von der Männerwelt) bereits einige Argumente angeführt.

Der neue Manager-Typ wägt, so Helga Stödter, die Vorteile von Berufsalltag und Privatsphäre gegeneinander ab. Dabei bewertet er die Erwartungen des Arbeitgebers, Macht, Status und Einkommen geringer als die Bereicherung seines Lebens durch die Familie oder ehrenamtliche Arbeit und gibt seinem Familienleben häufiger den Vorrang. Die EWMD-Präsidentin: „Management-Karrieren dieser Art werden für einige Zeit vorwiegend von Frauen wahrgenommen werden, die sich nicht zwischen Familie und Karriere entscheiden, sondern, ähnlich wie Männer, beides haben wollen." Schließlich seien eine Führungsposition in der Wirtschaft und ein intaktes Fami*lienleben miteinander vereinbar.*

Dabei wird allerdings deutlich, daß die Schwierigkeiten einer berufstätigen Frau, die eine Führungsposition erlangen möchte, vornehmlich als Problem der verheirateten Frau gesehen werden. Geschaffen wird ein neuer Typ: Die Mutter in wirtschaftlicher Führungsposition, die Frau, die sich einer zweifelsohne unausweichlichen Doppelbelastung aussetzen will.

Neue Rolle für den Mann

Die EMWD-Präsidentin nennt als wesentliche Voraussetzung für diesen gesellschaftlichen Wandel eine neue Rolle des Ehemannes. Sie stützt sich auf eine Untersuchung der „Gesellschaft zur Förderung der wissenschaftlichen Erforschung der Lage der Frau in internationaler Zusammenarbeit" (FIDA). Danach hat eine Frau nur die Möglichkeit, in einer Führungsposition erfolgreich zu sein, wenn sie „keine Störung durch einen in seinem Wertgefühl verletzten Ehemann befürchten muß".

Diese Einschätzung stammt von weiblichen Befragten der FIDA-Studie. Diese Differenzierung ist möglich, da der jetzt vorgelegte Abschlußbericht die Antworten der befragten 400 Unternehmer, Personalleiter, Betriebsratsmitglieder und Angestellten geschlechtsspezifisch auswertet. Dabei wird sogleich die heutige Situation deutlich: 70 Prozent der Antworten stammen von Männern – in Führungspositionen.

Einigkeit bei den Geschlechtern besteht nach der Studie darin, daß ein Antidiskriminierungsgesetz Frauen den Weg in die Chefetagen nicht ebnen kann. „Die Frauen wollen selbstbewußt und selbständig Karriere machen", urteilt Helga Stödter. Gerade durch Schutzgesetze fühlten sie sich diskriminiert.

An erster Stelle eines Maßnahmenkatalogs zur Verbesserung der Erfolgschancen muß, so die Meinung der befragten Männer und Frauen, eine bessere Berufsberatung für Schulabgängerinnen stehen. Einhelligkeit gilt auch für die Forderung, bessere Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern zu schaffen.

Erfolg ohne Schutzgesetze

Frauen fordern darüber hinaus eine Umwandlung des Mutterschaftsurlaubs in einen geschlechtsneutralen Familienurlaub. Männer führten an, die Arbeitsschutzbestimmungen, wie das Nachtarbeitsverbot für Frauen, seien zu überprüfen.

Nach den größten Hemmnissen für die *Karrieren von Frauen befragt*, steht ein Antidiskriminierungsgesetz bei Frauen, ein Gleichstellungsamt bei Männern an erster Stelle. Von Mindestbeschäftigungsquoten halten beide Gruppen gleichermaßen wenig. Schadenersatzleistungen sind nach einhelliger Meinung beider Gruppen kein Ersatz für verpaßte Berufschancen. Frauen halten es dennoch eher als Männer für vertretbar, die Karriere einzuklagen. Sie fordern außerdem, daß die Betriebe von der Angst zusätzlicher Kostenbelastung – durch Schwangerschaft – befreit werden müßten.

Männer sehen dann Chancen für Frauen in Führungspositionen, wenn „die volle Einsetzbarkeit der Frau im Berufsleben" gewährleistet ist. Auch sie geben an, daß zur Verwirklichung dieser Bedingung ein neues Rollenbild für den Mann geschaffen werden muß. Darüber hinaus erklärten viele Männer, es liege an den Frauen selbst, ob sie bereit seien, ausreichendes Engagement zu zeigen.

Mangelnder Ehrgeiz und unzureichende Belastbarkeit sind nach Meinung von Helga Stödter unhaltbare Argumente. Frauen seien weniger streßanfällig. Außerdem hätten sich Frauen im Management schon überall dort bewährt, wo Phantasie und taktvoll diplomatischer Umgang mit Menschen verlangt würden. Helga Stödter: „Oft genügt schon eine einzige Frau in einer *Männergruppe*, um die Kreativität zu fördern und Problemlösungen zu erreichen."

NATO bildet Tiefflieger in der Türkei aus

rmc. **Bonn**

Die Aussicht, daß die NATO in der Türkei ein neues Zentrum für die Tiefflug-Ausbildung einrichtet, wird immer klarer. Damit eröffnet sich auch die Chance, daß ein großer Teil der Tiefflüge über der Bundesrepublik Deutschland in das neue Zentrum verlagert werden kann.

Die Planungsarbeiten für das „NATO Tactical Fighter Weapons Training Centre" in der Nähe der türkischen Stadt Konya sind dem Vernehmen nach soweit abgeschlossen, daß die Verteidigungsminister des Bündnisses auf ihrer nächsten Sitzung im Dezember in Brüssel das „Projekt Konya" positiv bescheiden dürften.

Um dem Plan vorher noch weitere politische Unterstützung zu verschaffen, hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus Francke für die Mitte November in Istanbul stattfindende NATO-Parlamentarier-Versammlung einen Antrag formuliert, in dem die Einrichtung des Trainingszentrums begrüßt wird. Außerdem wird die NATO aufgefordert, die Planungen dafür „in angemessener Zeit zu einem positiven Abschluß zu bringen".

Die Zustimmung zu dieser Resolution erscheint aus Bonner Sicht sicher, nachdem bei der NATO in Brüssel außer Griechenland alle größeren Mitgliedsländer ihr Einverständnis bekundet haben.

Über dem Gebiet der Bundesrepublik werden heute jährlich von allen alliierten Luftwaffen rund 134 000 Stunden Tiefflug geflogen. Mit der Einrichtung des Zentrums bei Konya von 1992 an rechnet man mit einer Verminderung dieser Zahl auf 71 600 Stunden. Das wäre fast eine Halbierung.

Zu dieser „Verlagerung von Fluglärm" in ausländische Gebiete würde auch das kanadische Projekt „Goose Bay" in den nächsten Jahren herangezogen. Die deutsche Luftwaffe will von 1989 an weitere 2400 Tiefflugstunden nach Neufundland verlagern.

Umweltvertrag mit Ost-Berlin in Reichweite

D. G. **Bonn**

Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth und ihr Ostberliner Amtskollege Ludwig Mecklinger haben bei ihrer ersten Begegnung die Beziehungen beider Staaten in Deutschland auf dem Gebiet des Gesundheitswe*sens positiv bewertet. Das deutsch*deutsche Gesundheitsabkommen von 1974 habe sich als Basis der gesundheitspolitischen Kontakte außerordentlich bewährt, erklärten beide Seiten nach Abschluß ihrer Gesprächsrunde in Bonn. Mecklinger lud die CDU-Politikerin zu einem baldigen Besuch Ost-Berlins ein. Außerdem wurde vereinbart, daß Experten aus beiden Staaten in Deutschland im Frühjahr 1987 Verhandlungen über die Zusammenarbeit in der Krebsforschung aufnehmen.

Nach Darstellung von Umweltminister Walter Wallmann ist der bisher in elf Verhandlungsrunden vorbereitete Text eines innerdeutschen Umweltabkommens „praktisch unter*schriftsreif". Wallmann hält eine Un*terzeichnung des Vertragswerks, das die Zusammenarbeit beider Seiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes regelt, noch in diesem Jahr für möglich. Positiv bewertete der Minister auch die Verhandlungen mit der CSSR über den Abschluß eines Umweltabkommens. Voraussichtlich Ende dieses *Monats sollen nach* Wallmanns Ankündigung Verhandlungen mit der Sowjetunion über ein Umweltabkommen beginnen.

In den Verhandlungen über ein Abkommen zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der „DDR" sind nach Angaben zuständiger Stellen überraschend politische Probleme aufgetreten. Nachdem die Einbeziehung West-Berlins in das Wissenschaftsabkommen bereits geregelt schien, machte Ost-Berlin in der jüngsten Verhandlungsrunde neue Vorbehalte geltend. Dazu verlautete aus Regierungskreisen, Bonn werde unter keinen Umständen einen Vertrag mit der „DDR" abschließen, der keine „politisch wasserdichte" Einbeziehung Berlins enthalte.

هكذا من الأصل

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

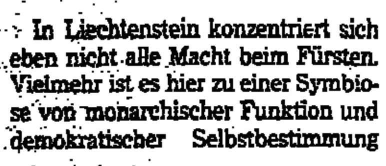
Demokratisches Fürstentum

„Die Operetten-Kulissen hat der Fürst von der Bühne abgeräumt"; WELT vom 28. Oktober

Walter Ruebs enthusiastischer Bericht über das Fürstentum Liechtenstein spricht zwar für das liebenswerte Land am Oberrhein, enthält aber einige Fehleinschätzungen.

Zwar gibt die Verfassung dem regierenden Fürsten durchaus einige Vollmachten, aber er hält keineswegs „alle Macht in den Händen".

Im Gegenteil, die durchaus selbstbewußten liechtensteinischen „Untertanen" regieren selbst viel energischer mit als die Bürger mancher Republik. Das in einem Kleinstaat ebenso praktikable wie notwendige System des direkten Bürgerentscheids wird genutzt und hat schon oft genug Entscheidungen der „Regierenden" wiederaufgehoben. Daneben trifft der 15köpfige Landtag die Entscheidung, wer die Regierung des Landes führt und wer in ihr Mitglied ist. Der Fürst selbst machte seit der Einführung der Verfassung vor beinahe 70 Jahren ein einziges Mal von seinem Vetorecht Gebrauch.



In Liechtenstein konzentriert sich eben nicht alle Macht beim Fürsten. Vielmehr ist es hier zu einer Symbiose von monarchischer Funktion und demokratischer Selbstbestimmung gekommen, die die eigentliche solide Basis des Fürstentums darstellt.



Gerhard Reddeman

Gerhard Reddeman, MdB/CDU, Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Die notwendige Aussöhnung

„Habsburg. Zuflucht für alle Europäer"; WELT vom 27. Oktober

Was von Adam Fergusson (England) und Maurice Druon (Generalsekretär der Académie Française) sowie hochrangigen Repräsentanten der Paneuropa-Union (Otto von Habsburg, Vittorio Pons) zum Thema Europa gesagt wurde, wäre es wert gewesen, in Ihrem Blatt ein Echo zu finden.

Auch bei Ihrer Berichterstattung über den deutsch-französischen „Kulturgipfel" in Frankfurt hätte sich einfügen lassen, daß der Gedanke von der Notwendigkeit einer Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich nicht erst von „unseren politischen Großvätern", „den Gründern der Nachkriegsordnung" (Rainer Barzel), in die politische Debatte eingebracht wurde, sondern daß bereits im Jahre 1923 ein junger Europäer namens Coudenhove-Kalergi schrieb, daß beide Völker den Weg der Versöhnung als verbündete Europäer beschreiten müßten, wollten sie nicht an den Wunden verbluten, die sie sich gegenseitig in ihrem Haß zufügten.

Rotraud Sonnabend, Erlangen

Ein kleiner Sterbeverein

„Leichenerfahrung kann ‚auch etwas Kostbares' sein"; WELT vom 27. Oktober

Sie berichten von einem Sterbeverein „Omega", der von sich behauptet, er habe circa 120 Mitglieder und 20 regionale Gruppen. Offensichtlich liegt hier eine bewußte „Verwechslung" zwischen den Begriffen Gruppen und Mitgliedern vor. Dieser Verein stellt nicht „20 Gruppen", sondern allenfalls ein Kaffeekränzchen von unter 50 Mitgliedern dar. Dies geht auch aus den eigenen Etatplanungen des Vereins für 1987 hervor. Dort hat man 3000 Mark als Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen veranschlagt. Bei einem Jahresbeitrag von 60 Mark geht man also von maximal 50 Mitgliedern aus.

M. Geistler, Referent der Bundesgeschäftsführung der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben e. V., Augsburg

Kazimierz Brandys

„Man hat uns um und um gepflügt ..."; WELT vom 27. Oktober

Valentin Polcuch hat geschrieben, daß der 70jährige Kazimierz Brandys „heute als einer der originellsten, kritischsten und ‚romantischsten' Sprachmeister erscheint". Natürlich – als Pole sehe ich es gerne, wenn über Landsleute von mir in westeuropäischen Zeitungen gute Rezensionen erscheinen. Was jedoch Polcuch über K. Brandys schreibt, das kann man schlechterdings nur als Scherz bezeichnen.

Ich kenne Kazimierz Brandys als großen Opportunisten: in der Stalinära war er einer der privilegierten Schriftsteller. Er empfing gerne staatliche Preise und materielle Vorteile. In den 70er Jahren hat er behauptet, daß das polnische Volk nur über das gute materielle Leben nachdenken würde. Im August 1980 enttäuschte ihn die große nationale Erhebung gegen die vielen Ungerechtigkeiten im polnischen Leben.

V. Polcuch behauptet, Brandys' Werk „wirkt ungemein modern und ist dennoch tief der Tradition des Mickiewicz und Slowacki verhaftet". Einen solchen Vergleich halte ich für geschmacklos. Was K. Brandys geschrieben hat, die sozial-realistische Novelle „Samson", „Briefe und Notizen", das sind nur sehr oberflächliche Beiträge und Erinnerungen. Vieleicht ist K. B. wirklich „auf der Suche nach der Identität" ..., aber dabei kann es sich nur um die Suche nach seiner eigenen Identität handeln. Denn das polnische Volk hat in den Jahren 1956, 1968, 1970 und 1980/81 bewiesen, daß es seine Identität hat.

Der Bruder von K. Brandys, Marian, ein bekannter Geschichtsschriftsteller, wird heute gerne in Polen gelesen, ähnlich wie Milosz (Nobelpreisträger), Herbert, Konwicki und Kisielewski.

Prof. Dr. R. Dyoniziak, Krakau/Polen

Wort des Tages

„Denken ist das, was viele Leute zu tun glauben, wenn sie lediglich ihre Vorurteile neu ordnen."

William James, amerikanischer Philosoph und Philologe (1842–1910)

Ungleiche Kantinen

Was würden wir sagen, wenn uns Herr Botha laufend – unter Androhung von Repressalien – zwingen wollte, die ungleiche Behandlung unserer eigenen Landsleute aufzugeben? Ist es eine Gleichbehandlung, wenn es zum Beispiel in den meisten Betrieben Kantinen für Angestellte und eine andere für Arbeiter gibt – in Großbetrieben häufig sogar noch eine dritte für die Geschäftsleitung?

Harald Fischer, Hamburg 52

„Eigener Kragen"

Nun plötzlich, wenn es ihren eigenen Leuten an den Kragen geht, will die FDP härteren Gesetzen gegen Terroristen endlich zustimmen, wenn auch wieder, wie schon so oft, in verwässerter Form.

Joachim Schneider, Ottensen

Wertschätzung

„Als Kavalier affrontiert"; WELT vom 1. November

Den bestimmten Artikel vor den Namen einer Künstlerin zu setzen ist nicht nur nicht unhöflich und beleidigend, sondern bedeutet im Gegenteil allerhöchste Wertschätzung und Auszeichnung. Erst wenn eine Frau als Künstlerin ein hohes Ansehen erringt, wird sie den Artikel erhalten; sie ist dann eben „die Hoppe", „die Knef", „die Callas" usw.

Werner Frehse, Lüneburg

Angstdruck

„Die Schüsse in Berlin"; WELT vom 29. Oktober

Sicher wollen Terroristen einschüchtern. Die Bevölkerung soll einem unentwegten Angstdruck ausgesetzt werden. Das gelingt mit Hilfe der Medien. Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen und Zeitschriften sind begierig auf Sensationen. Ohne dieses Verhalten wäre das Tun der Terroristen seiner Wirkung weitgehend beraubt.

Peter Huff, Großhansdorf 2

Schlag ins Gesicht

„Grundsätzlich, ausnahmslos"; WELT vom 29. Oktober

Diese Entscheidung ist ein Schlag in das Gesicht derjenigen, die mit Überzeugung unseren Staat verteidigen, sowie eine Beleidigung aller „echter" Wehrdienstverweigerer.

Detlef Schmitz, Aachen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. *Je kürzer die Zuschrift ist, desto* größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personen

VERNISSAGE

„Oskar", berühmter Berliner Karikaturist, geschätzt als Schnellzeichner in **Hans Rosenthals** „Dalli Dalli Show", ist mit seinen treffsicheren politischen Karikaturen jetzt in der Bonner Berlin-Vertretung zu Gast: Die Ausstellung des Karikaturisten, der mit bürgerlichem Namen **Hans Bierbrauer** heißt, eröffnete Berlins Senator **Rupert Scholz**, der wiederum für die Laudatio auf Oskar und dessen „Oskarriere" Berlins bekannten Schauspieler **Friedrich Schoenfelder** gewonnen hatte. Oskars Politiker-Porträts gingen in Bonn gleich unter den Hammer: In einer amerikanischen Versteigerung, die von Scholz mit flotten Sprüchen über die Runden gebracht wurde, fanden sich Freunde für die Köpfe von Bundestagspräsident **Philipp Jenninger** und Minister **Heinrich Windelen**, die beide vergeblich mitsteigerten. Bundespräsident **Richard von Weizsäcker**, der die Ausstellung besuchte, wurde von Oskar nachgezeichnet. Das Porträt wurde sofort für 1300 Mark versteigert. Insgesamt erbrachte die Aktion für „Dalli Dalli" rund 3500 Mark. Mit dem Geld werden notleidende Familien unterstützt.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Karl-Theodor Gehringer** von der Universität Passau ist an der Ludwig-Maximilians-Universität München auf den Lehrstuhl für Kirchenrecht, insbesondere Eherecht, Prozeß- und Strafrecht, sowie Staatskirchenrecht in der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität berufen worden. Professor Gehringer tritt die Nachfolge von Professor **Richard A. Strigl** an, der im März 1985 verstorben ist.

*

Professor Dr. **Hermann Hill** von der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaften und öffentliches Recht an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer erhalten.

GEBURTSTAGE

Sie ist klein (1,44 Meter genügten ihr für den Weltruhm), aber wenn sie sang, war sie immer weit mehr als nur oho: **Maria Stader**. Heute feiert sie ihren 75. Geburtstag. Maria Stader, gebürtig aus Budapest, als Kind in die Schweiz adoptiert, zählte zu den Sopranistinnen, deren Stimme sich tief in die Erinnerung grub. Sie sang makellos, auf schier körperlos instrumentale Weise. Ihr Singen verriet keine Nationalität: Das war wohl der Paß zum Erfolg. Es war neutral wie die Schweiz – und lehrte, daß Maria Stader offenbar mit jeder Regung des Herzens, des Kopfes wie des Kehlkopfs Schweizerin geworden war. Sie machte daraus einen bewunderungswürdigen Stil. Er hat sie durch die Konzertsäle der Welt geführt und sich zumal in den Schallplattenaufnahmen unter Friscay unvergänglich dokumentiert.



Maria Stader

*

Richard Frodl, Generalleutnant a. D., wird heute 65 Jahre alt. Bevor der gebürtige Sudetendeutsche vor fünf Jahren aus dem aktiven Dienst in der Bundeswehr ausschied und in den Ruhestand ging, war der General in seiner letzten Verwendung Amtschef des Luftwaffenamtes in Porz bei Köln. Er gehörte zu denjenigen in der Luftwaffe, die schon im März 1956 kurz nach Gründung der Bundeswehr trotz einiger Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft wieder Soldat werden wollten. Frodl war in der Wehrmacht als Kampfflieger eingesetzt worden. Nach einem Maschinenbaustudium bekam der Hauptmann in der Luftwaffe die erste Aufgabe, junge Flugzeugführer ausbilden. Später führte er auch ein Flugkörpergeschwader, die Fachhochschule der Luftwaffe und war Wehrbereichsbefehlshaber in München. In der Nachbarschaft der bayerischen Metropole, in Ottobrunn, hat er sich zur Ruhe gesetzt.

EHRUNGEN

Bundeskanzler **Helmut Kohl** hat im Auftrag von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** dem ehemaligen Generalsekretär und früheren Vorsitzenden des Nationalrates der Democrazia Cristiana, dem italienischen Abgeordneten Dr. **Flaminio Piccoli**, das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Dr. Piccoli erhielt die hohe Auszeichnung für seine Verdienste um die europäische Integration und die Entwicklung der deutsch-italienischen Freundschaft.

*

Der Marburger Mikrobiologe Professor Dr. **Rudolf Thauer** (47), der erst vor wenigen Tagen einen der zehn Leibnitz-Preise der Deutschen Forschungsgemeinschaft erhalten hat, ist mit dem Dannie-Heinemann-Preis der Akademie der Wissenschaften in Göttingen ausgezeichnet worden. Der mit 30 000 Mark dotierte Preis, der seit 1962 an weltweit anerkannte Naturwissenschaftler vergeben und in diesem Jahr am 21. November in Göttingen überreicht wird, ist bisher erst zwei deutschen Forschern zuerkannt worden. Professor Thauer erhält ihn in Würdigung seiner Entdeckung der Rolle von Nickel als an der Methanbildung beteiligtes Spurenelement.

*

Der Berliner Musikwissenschaftler Professor Dr. **Carl Dahlhaus** wird mit dem Frankfurter Musikpreis 1987 gewürdigt. Der 58jährige Wissenschaftler nimmt die mit 25 000 Mark verbundene Auszeichnung am 6. Februar, einen Tag vor dem Beginn der Musikmesse, im Frankfurter Römer entgegen. Nach dem Geiger **Gidon Kremer**, dem Organisten Professor **Edgar Krapp**, dem Pianisten **Alfred Brendel**, der Kammersängerin Professor **Brigitte Fassbaender** und dem Jazzposaunisten **Albert Mangelsdorff** erhält erstmals ein Musikwissenschaftler diesen Preis. Dahlhaus, der aus Hannover stammt, wurde 1967 auf den Lehrstuhl für Musikgeschichte an der Technischen Universität Berlin berufen.

GESTORBEN

Der Bischof von Reykjavik/Island, Dr. **Hendrik Hubert Frehen**, ist in Reykjavik gestorben. Der 69jährige Frehen, niederländischer Montfortanerpater, war seit 1968 katholischer Bischof von Reykjavik, der einzigen Diözese des Landes, zu der rund 1700 Katholiken, das sind 0,7 Prozent der Gesamtbevölkerung, gehören. Die Katholiken werden von zehn Priestern und 50 Ordensschwestern betreut.

EUROPAPOKAL / Meister München erwartet heute im Prater-Stadion eine aufgeheizte Stimmung

Lieb und brav – so hatten die Bayern nie Erfolg

ULFERT SCHRÖDER, Wien

Wer sie kennt, der erkennt sie nicht mehr wieder. Die Bayern haben keine Wut. Keiner bei ihnen hat eine Wut. Alles brav, alles friedlich. „Ruhe muß sein", hat Trainer Lattek befohlen. „Jawohl, eine Ruah", hat Manager Hoeneß hinzugefügt. Sonderbar, beängstigend.

Den Sonntag haben sie friedlich verbracht. Den Montag erst recht. Gestern morgen sind sie friedlich nach Wien geflogen. Den Tag haben sie ohne Aufregung hinter sich gebracht. Abends haben sie im Prater-Stadion trainiert. „Ein schönes Stadion, ein herrlicher Rasen", hat Lothar Matthäus gesagt.

Heute abend um halb acht werden sie gegen die Austria spielen. Friedlich. Und in Ruhe, so ist zu vermuten, schreiten sie zur Schlacht im Prater. Sie wissen, was sie erwartet. „Das Volk ist giftig", hat Lattek gesagt.

Doch die Bayern sind genießbar. Seit Samstag und trotz Samstag. Früher wäre nach solchen Niederlagen, nach solchen Blamagen, Latteks kalte Wut in die dunklen Wolken bayerischer Seelen gefahren wie ein Blitz. Keiner hätte sich mehr die Mühe gegeben, den Dolch im Gewande zu führen. Jeder hätte Haß und Messer blank getragen.

Heute ist alles anders. „Die waren besser als wir. Das muß man anerkennen", sagt Hoeneß. Und der Lattek habe in Leverkusen kein Feindbild. Deshalb sei er so ruhig geblieben. „Was soll's, wir müssen das Spiel vergessen", sagt Lattek. Und Lothar Matthäus ist auch zufrieden.

„Keiner hat dem andern Vorwürfe gemacht. Keiner den anderen angeschwärzt. Nicht ein Spieler den anderen. Nicht der Trainer die Spieler. Auch den Andy (Brehme, der Versager von Samstag, die Red.) haben sie in Ruhe gelassen."

Somit erhebt sich nun die Frage, woher die Bayern ihren Widerstandsgeist, ihre moralische Kraft, ihre Wut, ihre Aggressionen nehmen wollen, um heute abend um halb acht immun zu sein gegen das Wiener Gift. Jedenfalls hatten sie noch nie Erfolg, wenn sie nach Desastern so lieb und so sittsam waren.

Und eine Schlacht wird's geben im Prater. Die Wiener stehen seit Montag Schlange nach Karten. Fast 50 000 waren schon verkauft gestern nachmittag. Das Stadion wird voll. Und die Austria gebärdet sich, als sei sie Österreichs Nationalelf. Sie trainiert um die gleiche Zeit wie die vor einer Woche. Sie wohnt auch in Lindabrunn. Und der Koch will heute auch das gleiche auf den Herd stellen.

Von da aus geht der Wiener Traum als Hochrechnung weiter: Auch ein 4:1 gegen die Bayern, auch zwei Elfmeter, und Matthäus vom Platz. Noch ein Triumph.

Die Bayern grinsen, wenn sie das hören. „Ein Würmchen werden wir zuwege bringen", sagt Lattek. „Dann müßten Austria vier Tore machen und das schaffen sie nie", sagt Hoeneß. „Außerdem wird das ein ganz anderes Spiel", vermutet Matthäus.

„Mit der Nationalelf haben wir gestürmt. Schließlich wollten wir gewinnen. Heute abend führen wir beim Anpfiff 2:0 und stürmen muß nun die Austria. Wir lassen sie kommen und unsere Spitzen, Mathy und Wohlfarth, haben viel mehr Platz."

Ob sie nun krampfhaft ihr Gleichgewicht bewahren und so ruhig gar nicht sind, wie sie scheinen, oder ob sie sich wirklich so sicher und so unverletzlich fühlen, heute abend werden wir's sehen. Lattek jedenfalls spielt seine Rolle als der große Streichler bis auf den letzten I-Punkt.

Er läßt Gnade vor Recht ergehen. „Der Andy Brehme kriegt seine letzte Chance, die allerletzte", sagt er. „Bei uns wird mehr nach vorne gespielt, nicht quer und nicht zurück", rügt Manager Hoeneß.

Lothar Matthäus schwankt. Die Ursache seines plötzlichen Leistungssturzes nach einer Serie brillanter Spiele hat er erkannt: „‚Du bist auch nur ein Mensch, du kannst mal schlecht sein', hat meine Frau nach dem Spiel gegen Leverkusen zu mir gesagt, aber ich darf mir das nicht erlauben, habe ich geantwortet, doch sie hat darauf bestanden: ‚Du bist auch nur ein Mensch', und wahrscheinlich hat sie recht."

Dieser Mensch weiß allerdings nicht genau, wie er auf das Menschliche in der Arena reagieren wird. Im Grunde hält er sich für gefeit. Wenn sie ihn nämlich heute abend durch die Mangel drehen würden, auspfeifen, verhöhnen, erniedrigen, so mache ihm das gar nichts, meint er. An den Haß in der Arena sei er gewöhnt. „Als wir in Mönchengladbach spielten, zuletzt im Casio-Cup und vor einem Jahr in der Bundesliga, da haben mich die Pfiffe nicht fertig, sondern stärker gemacht."

Europapokal

Landesmeister: Austria Wien – München (0:2, 19.30 Uhr), Juv. Turin – Real Madrid (0:1), FC Porto – Vitkovice (0:1), Belgrad – Trondheim (3:0), Steaua Bukarest – Anderlecht (0:3), Kiew – Celt. Glasgow (1:1), Dynamo Ost-Berlin – Kopenhagen (1:2).

Pokalsieger: Stuttgart – Torpedo Moskau (0:2, 20.00 Uhr), Sion – Kattowitz (2:2), Leipzig – Rapid Wien (1:1), Wrexham – Saragossa (0:0), Mostar – Sofia (0:2), Bordeaux – Benfica Lissabon (1:1), Malmö – Tirana (3:0), Piräus – Amsterdam (0:4).

UEFA-Pokal: Feyenoord Rotterdam – Mönchengladbach (1:5, 20.00 Uhr), Uerdingen – Lodz (0:0, 20.00 Uhr), Xamax – Groningen (0:0), Bilbao – Beveren (1:3), Inter Mailand – Warschau (2:3), Atle. Madrid – Guimaraes (0:2), Gent – Sportul Bukarest (3:0), Györ – AC Turin (0:4), Sport. Lissabon – FC Barcelona (0:1), Plowdiv – Split (1:3), Lüttich – Tirol (1:2), Brandenburg – Göteborg (0:2), Sparta Moskau – Toulouse (1:3), Craiova – Dundee (0:3), Boavista Porto – Glasgow Rangers (1:2). – In Klammern die Hinspiel-Ergebnisse. – Am Freitag wird in Zürich die dritte Runde für den UEFA-Pokal (26. November und 10. Dezember) ausgelost.

EUROPACUP / Die Rowdies haben keine Chance

Für die Polizisten heute wieder ein Großkampftag

sid, Düsseldorf

Alarm im Welthafen Rotterdam, der Wiener Prater wird zur Burg: Der vierte Europacup-Mittwoch wird heute auch wieder zum Großkampftag für die Polizei. Die Sicherheitskräfte für die Gastspiele der Bundesligaklubs Bayern München bei Austria Wien und Borussia Mönchengladbach bei Feyennord Rotterdam haben vorgesorgt: keine Chance für Fußball-Rowdys!

Die gewalttätigen Ausschreitungen von niederländischen Randalierern in Gladbach, die noch die Gerichtsinstanzen der Europäischen Fußball-Union (UEFA) beschäftigen, sollen beim Rückspiel der zweiten Runde keine Fortsetzung finden. „Die Feyenoord- Fans sind zwar berüchtigt, aber die holländischen Ordnungskräfte sind für uns die besten in Europa", sagt der zuständige UEFA- Abteilungsleiter Rene Eberle.

Mönchengladbachs Führung will die Wogen glätten und verteilte mit jeder Eintrittskarte für Rotterdam Handzettel mit dem Aufdruck „Borussia-Fans sind fair". Die Holländer sind gewappnet, sie haben die Daten der schlimmsten Rowdys in einem Zentral-Computer gespeichert und greifen schon bei Vorkontrollen rigoros durch.

Ähnlich werden sich die Wiener beim Empfang der Bayern in Wien verhalten, denn nicht zuletzt durch das Länderspiel mit dem 4:1 der Österreicher über Deutschland sind die Emotionen aufgewühlt. „Das wird eine ganz heiße Kiste", weiß nicht nur Münchens Trainer Udo Lattek.

Österreichs Polizei wird die Busse mit Bayern-Fans schon auf der Autobahn abfangen und in einem Sicherheits-Cordon bis ins Prater- Stadion leiten. Nach strengsten Kontrollen werden die „Piefkes", wie die Österreicher die Deutschen nennen, in speziellen Blocks untergebracht.

Noch mehr Arbeit sieht die Turiner Polizei beim Schlager Juventus Turin gegen Real Madrid auf sich zukommen. Dort sind nicht nur die Sicherheitsmaßnahmen eines Endspiels würdig, die Einnahme ist es nicht minder. Turin vermeldet den neuen Rekord von umgerechnet 2,4 Millionen Mark allein aus dem Karten-Verkauf.

STAND●PUNKT

Klarheit

Sepp Wunderlich war eigentlich immer die Reizfigur des deutschen Handballs. Weil bei ihm immer eine Lücke klaffte zwischen eigenen Ansprüchen und seiner tatsächlichen Leistung. Zuweilen geliebt, dann wieder verstoßen – zwischen diesen beiden Extremen spielte sich seine Karriere ab. Der Normalfall, der galt nicht für einen wie ihn, der mit seinen 2,04 Meter Körpergröße alles überragte. Sepp Wunderlich, noch nicht ganz 30 Jahre alt, ist wieder an so einem Punkt angelangt, wo es um eine Entscheidung für oder gegen ihn gilt. Er möchte gerne wieder in der Nationalmannschaft spielen, der Bundestrainer Simon Schobel äußert sich nicht konkret dazu. Im Februar bei der B-WM in Italien geht es um die Qualifikation für die Olympischen Spiele in Seoul. Mit oder ohne Wunderlich?

Sepp Wunderlich macht das Zaudern nervös. Er sagt: „Keiner traut sich, offiziell zu äußern, was los ist. Ich weiß, was ich kann, was ich wert bin, und ich werde auch in Zukunft wissen, wo es lang geht." Zaudern, das war für ihn schon immer ein Fremdwort. Sepp Wunderlich hat immer das gemacht, was er wollte. Er ging des Geldes wegen nach Barcelona und wurde Profi. Geld hat er viel bekommen, sportlich mußte er einen Rückschritt hinnehmen. Dann kam er zurück – als Weltstar in die zweite Liga zum TSV Milbertshofen. Warum wohl? Weil ihm dort versprochen wurde, ihm alle Hilfe beim Aufbau einer Existenz zu geben. Heute sagt er über seinen Job: „Ich brauche mich nicht mehr verkaufen, es läuft." Da wäre es doch eine schöne PR-Sache nebenbei, wenn der junge Unternehmer zuweilen wieder in der Nationalmannschaft spielen würde. Daher seine Ansprüche.

Was Sepp Wunderlich aber immer wieder zu vergessen scheint, ist der Umstand, daß Handball ein Mannschaftssport ist. Daß diejenige Mannschaft am erfolgreichsten ist, die am besten miteinander harmoniert, die eingespielt ist. Ein Team aber mit ihm einspielen, ist schwer geworden. Einmal steht Wunderlich zur Verfügung, ein andermal nicht.

Wohl deshalb zögert der Bundestrainer so lange. Er weiß, daß er zwar einen international erfahrenen Spieler bekommt, dessen einzige Stärke noch seine Wurfkraft ist. Mehr aber dann auch nicht. ud

FUSSBALL / Das Idol Uwe Seeler feiert heute in Hamburg seinen 50. Geburtstag – Empfang beim Senat





Stationen im Leben des Uwe Seeler: Kraftvoll und dynamisch stürmte der Mittelstürmer (links) im Trikot des Hamburger SV, dem er zu Weltruf verhalf. Auch Uwe Seeler war geachtet und geschätzt in aller Welt. Der berühmte Pelé (Mitte) legte seine Hand vertraulich auf den Bauch von „Uns Uwe". Mit 50 Jahren kann der Hamburger (rechts) inzwischen auch auf ein erfolgreiches Geschäftsleben zurückblicken. FOTOS: DIE WELT

„Uns Uwe" – seine Beliebtheit reicht an Max Schmeling heran

Das ist Popularität. Auf dem Brief, so wird erzählt, habe damals keine Adresse, kein Name gestanden. Nur dies: An den besten, fairsten und sympathischsten Mittelstürmer Deutschlands. Die Post habe den Brief dennoch wie selbstverständlich einem Mann, einem Fußballspieler, zugestellt, dessen unnachahmliche Fähigkeiten auf dem *Spielfeld hierzulande noch heute der* Inbegriff dieses Sportes sind. Uwe Seeler – nicht nur ein Name, immer noch unser aller „Uns Uwe". Heute wird er fünfzig Jahre alt.

Ein Grund zum Feiern im großen Stil. Der Senat seiner Heimatstadt Hamburg, das hat er nicht verhindern können, gibt heute ihm zu Ehren einen Empfang mit gut 500 Ehrengästen. Heute abend bittet Uwe Seeler zur eigenen Geburtstagsparty ins Landhaus Scherrer. Übermorgen veranstaltet der private Fernsehsender SAT 1 eine Gala in der ausverkauften Alsterdorfer Sporthalle – „Uns Uwe wird 50 Jahre".

Auch ein Grund für Erinnerungen. An Zeiten etwa, als unter Autogramm-Sammlern ein Seeler nicht unter vier Adenauern zu haben war, an Zeiten, als die Nationalmannschaft mit „Uuwe – Uuwe"-Rufen angefeuert wurde. Vor allem aber Erinnerungen an großen Fußball. Denn dem verdankt Uwe Seeler seine gesellschaftliche Anerkennung.

Seine Popularität, die auch an die Beliebtheit eines Max Schmeling *heranreicht, verdankt er vor allem* der Art und Weise, wie er diesen Sport gelebt hat und wie er ihn noch hier und da in einer Prominenten-Mannschaft vorlebt. Einsatz über 90 Minuten heißt sein Spiel, dazu Kampf, Auf-die-Zähne-Beißen und Tore. Begeisternde Tore.

Seeler, 169 Zentimeter groß und 75 Kilogramm schwer, beim Kopfball seine zumeist größeren Gegenspieler überragend, Seeler auf dem Boden liegend, im Hechtsprung flach über den Rasen fliegend oder mit dem Rücken zum Tor zu einem akrobatischen Fallrückzieher ansetzend – von keinem anderen Fußballspieler gibt es so viele Bilder, die ihn beim spektakulären Torschuß zeigen.

„Der Uwe", erinnerte sich der Sportfotograf Otto Metelmann, „machte die wildesten Sachen". Uwe Seeler sah dies weniger kompliziert. „Einfach drauf," nannte er seinen Stil, „auch in unmöglichen Situationen die Chance zum Torschuß suchen".

So verblüffte Seeler 1960 in einem Gruppenspiel zur deutschen Meisterschaft den Herner Torhüter Hans Til*kowski noch auf dem Rücken* liegend mit einem Rückzieher in den Torwinkel. So überwand Seeler („Mein schönstes Tor") 1958 bei der Weltmeisterschaft in Schweden den überragenden nordirischen Torwart Harry Gregg zum 2:2 mit einem Zwanzig-Meter-Schuß, der schier das Tornetz zerriß und der in der Erinnerung der Beobachter mit der Zeit immer gewaltiger wurde. „Uwe ist ein Mann für das Vokabular eines Kriegstagebuches", sagte Jürgen Werner, Mannschaftskollege beim Hamburger SV.

Schon seit den schwierigen frühen fünfziger Jahren ein Vorbild im Fußballspiel, dem populärsten deutschen Sport, also. Ein Athlet, der sich nach vorne spielte und arbeitete, unkompliziert, fair, ausdauernd, mannschaftsdienlich und mit einem seltenen Instinkt für Torchancen. Der Typ des Torjägers aus Leidenschaft. *Niemand ackerte so auf dem Fuß*ballrasen. Und wer kann das Bild des Jammers vergessen, das Kapitän Seeler nach der Endspiel-Niederlage der Weltmeisterschaft 1966 bot? Aber *erklärt das schon ausreichend ein* solches Ausbund an Popularität?

Denn neben dem Spielfeld präsentiert sich ein anderer Uwe Seeler, freundlich und verbindlich zwar, aber zumeist auch im Wortsinn nichtssagend. Ein gutbürgerlicher Familienvater, der es als Geschäftsmann zu etwas gebracht hat, dessen Sache das deutliche Wort oder die Kritik aber nicht ist. „Keine Affairen und wenig Aufregung, immer hübsch solide und möglichst gemütlich", umschrieb er einmal seine Vorstellung vom privaten Glück, „gearbeitet wird genug. Und das darf ruhig so bleiben."

Auf dem Fußballplatz hielt er sich weniger zurück. Dort moserte und *maulte er über Entscheidungen des* Schiedsrichters oder über verpaßte Möglichkeiten. Dort ermahnte der Arbeiter Uwe Seeler („Das habt ihr nun von eurem Scheiß-Intelligenz-Fußball") bei einem Gegentor auch schon einmal heftig seine vermeintlich allzu laxen Abwehrspieler. Doch ohne Fußball verbreitet Seeler eher eine biedere Atmosphäre.

Populär wurde Seeler vor allem, weil er 1961 als 24jähriger die schon damals unglaubliche Summe von 900 000 Mark ausschlug und nicht zum italienischen Klub Inter Mailand wechselte. Sicherlich wurde Seeler von der Sportartikelfirma adidas, für die er heute noch tätig ist, entschädigt, wenn auch in geringerem Maße. Doch dieser Verzicht gilt nicht nur unter Fußball-Freunden als Treue-Beweis eines deutschen Weltklassespielers und Vorbildes.

Diese Popularität ist unverändert. „Uns Uwe", *brav, redlich, fleißig*, treu und dazu einer der besten Fußballspieler seiner Zeit – eine deutsche Sport-Legende wird fünfzig.

JÖRG STRATMANN

Kulik zum FSV Salmrohr

Frankfurt (sid) – Nach Torwart Wolfgang Kleff wechselt mit Mittelfeldspieler Christian Kulik ein weiterer ehemaliger Mönchengladbacher Spieler zum Fußball-Zweitligaklub FSV Salmrohr. Kulik spielte zuletzt beim Schweizer Drittligaklub FC Chur.

Präsidium bestätigt

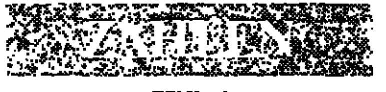
Hamburg (sid) – Neben Präsident Wolfgang Klein werden auch weiterhin Vizepräsident Helmut Kallmann und Schatzmeister Horst Becker das Präsidium beim Fußball-Bundesligaklub Hamburger SV bilden. Das wurde auf der Jahreshauptversammlung des Klubs am Montag abend bestätigt.

Langer neuer Kapitän

London (sid) – Der Anhausener Golf-Profi Bernhard Langer ist der Nachfolger des Spaniers Severiano Ballesteros als Kapitän der Europa-Auswahl bei den Kontinental-Meisterschaften ab 6. November in Tokio. Ballesteros gab am Montag in London seinen Verzicht auf eine Teilnahme in Tokio bekannt.

Brasilien bewirbt sich

Brasilia (dpa) – Brasilien bewirbt sich um die Austragung der Fußball-Weltmeisterschaft 1994. Staatspräsident Jose Sarney gab am Montag in Brasilia bei einem Gespräch mit dem Präsidenten des Internationalen Fußball-Verbandes, João Havelange, seine Zusage.



TENNIS

Benefiz-Veranstaltung in Bologna: Becker (Bundesrepublik Deutschland) – Sanchez (Spanien) 6:2, 6:2, McEnroe (USA) – Noah (Frankreich) 7:5, 7:6, Tulasne (Frankreich) – Borg (Schweden) 6:2, 6:2. – **Internationale Schwedische Meisterschaften in Stockholm,** erste Runde: Bergström (Schweden) – Westphal (Bundesrepublik Deutschland) 6:4, 6:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 230 077,50 Mark, 2: 81 979,40, 3: 9093,10, 4: 138,60, 5: 9,30. – **Toto:** 1: 14 816,70, 2: 606,20, 3: 84,80. – **„6 aus 45":** 1: unbesetzt, Jackpot: 224 222,60, 2: unbesetzt, Jackpot: 157 515,65, 3: 4425,40, 4: 85,70, 5: 7,50. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 963,70, 2: 90,70. – Rennen B: 1: 1285,00, 2: 127,40. – Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot: 151 210,20. (Ohne Gewähr)

Vor zehn Jahren warf die „DDR" Biermann raus

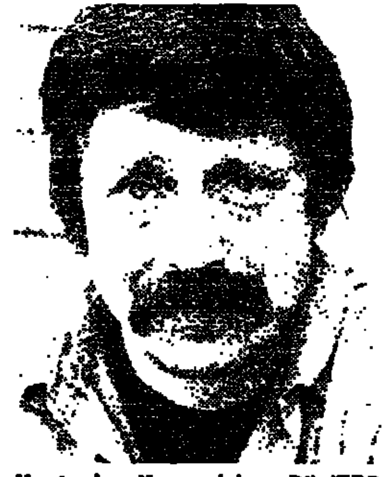
Wenn Oma Meume betet

Das Medium schreckt vor nichts *mehr zurück in seiner Gier*, irgendwelche runden Daten zu „feiern". Heute abend feiert es „Zehn Jahre Biermann-Ausbürgerung". Ebensogut hätten sie ein anderes Datum feiern können, das in dieselbe Zeit fiel: „Heute vor zehn Jahren begann Maria Schell, ihr erstes Buch zu schreiben".

Biermann war bereits ein intellektuelles Fossil, als er in den Westen kam. Er sang und klampfte von der Schönheit des wahren Kommunismus, den böse Buben in Ost wie West angeblich gemeinsam verhindern, und von der „Oma Meume", die unverdrossen an diesen Kommunismus glaubt – zu einer Zeit, da die Utopie sogar in den Augen ehemaliger SDSler fadenscheinig geworden war wie ein durchgewetztes Jogginghemd. Biermann-Liederabende glichen immer mehr den nostalgischen Traditionskonzerten original Egerländer Schrammel-Musikanten. Nur kamen weniger Leute.

Gäbe es das linke Fernsehen nicht, kein Hahn (auch kein gallischer) krähte mehr nach Biermann. Dabei *spricht manches dafür (zum Beispiel* sein Lobgesang auf die Solidarność und auf die Schwarze Mutter von Tschenstochau), daß der Mann selber längst reif ist für genauere politische Einsichten; aber er traut sich nicht, sie seiner Nostalgie-Klientel ungemildert zuzumuten. So heinelt und brechtelt er weiter durch die Lande, geriert sich als Mini-Klassiker, und manchmal gelingt ihm sogar ein niedliches Kinderliedchen („Nelly, mine Appelsnut ...").

Kein scharfer junger Kopf in der „DDR" würde heute überhaupt noch verstehen, was Biermann mit seiner Kommunismus-Singerei eigentlich will. Aber immerhin markierte die Ausbürgerung des Sängers für die „DDR" ein wichtiges Datum. In ihrem Gefolge begann ein beispielloser „brain drain", ein Auszug von Schriftstellern, Künstlern und anderen Intellektuellen, der bis zur Stunde anhält und bestimmte Kulturbereiche drüben bis auf den Grund austrocknet. „Seit Biermann" verfolgt die SED gegenüber dem hausgemachten Künstlernachwuchs die Taktik des präventiven Abschiebens. Wer aufmuckt, wird ohne viel Federlesens ausgebürgert. Denn: „Die Funktionäre sind im Widerstand" (Sascha Anderson).



Heute in „Kennzeichen D" (ZDF, 20.15 Uhr): Biermann FOTO: TIMPE

Niemand weiß, was daraus noch werden mag, aber soviel scheint festzustehen: Oma Meumes Gebet „Ach, Gott, laß Du den Kommunismus siegen!" wird nicht erhört werden. Denn der liebe Gott hält es wohl doch lieber mit der Schwarzen Madonna.

GÜNTER ZEHM

KRITIK

Super war nur der Titel

Das Milieu zwischen Betonklotz und Stahlwerk wirkte wie das aus Carpenters *„Klapperschlange"*, und die übrige Szenerie – Freihafennähe, Null-Demokratie, Radiaktivitäts-Durchsagen im Radio, dichte Grenzen und das zusammengewürfelte Häuflein Menschen, die da raus wollen, nach Ponga, wo sich Palmen wiegen und die rote Sonne im Meer versinkt –, das alles war auch nur ein *Vorsatzteillager* aus dem großen Buch verfilmter Endzeitstimmung.

In einem Motel machen ein Tankwart, seine Partnerin und die Alte für den Ausschank Geld mit Fluchthilfe, und deshalb kommen da ein versoffener Zahnarzt und seine reichlich lüsterne Gattin hin, dann ein junger, von der Polizei gesuchter Lümmel mit blonder Mieze und zu allem Unglück auch noch zwei Fahnder, die diesen illegalen Hort der Sehnsucht nach Freiheit ausheben sollen.

Denn nichts geht, wie es gehen soll in Adolf Winkelmanns 1983er Film **Super** (ARD). Denn der hat, mit bemerkenswert großer Besetzung (Wildgruber und Lause, Gottfried John, das hinreißend rheinische Spätlese-Herzchen Tana Schanzara, Hannelore Hoger und als Inga die vorzüglich zwischen cool und fragil lavierende Renan Demirkan) einen unübersichtlich geratenen Alptraum zu filmen versucht, den auch nicht die Tatsache retten konnte, daß Udo Lindenberg als Alex auftauchte, weil er Inga wiedersehen und auch noch *abtauen will.*

Das alles spielte Udo L. zwar erstaunlich un-macho und nicht ganz so abwesend wie sonst, fast bescheiden „unten durch", aber diese Fluchthelfer- und *Häßliche-neue-Welt-Ge*schichte mit reichlich schartigem Happy end fiel trotz aller Bemühtheit um Handlungslinie doch ebenso chaotisch, fragmentarisch und unverbindlich aus wie die Szenerie, die er anprangern wollte. Super war, leider, nur der Titel.

ALEXANDER SCHMITZ

Geknechtet in den BMW

Packend und pointiert waren zum Teil die Dialoge im ZDF-Fernsehspiel **Der Drücker**, glänzend die Schauspieler (vor allem Uli Krohm) – *neudeutsch triste die Geschichte. Da* ging es einem 22jährigen finanziell schlecht – er mußte gar sein Motorrad verkaufen, was offenbar ein Zeichen höchster Armut ist, er geriet in eine Kolonne von Zeitschriften-Abo-Händlern, die von Haustür zu Haustür ziehen. Den Mangel der Geschichte erkannte man an der offenbar notwendigen Überzeichnung des BMW- und Eigenheim-Reichtums des Kolonnenführers; eine Muskel- und Geld-Karikatur des bösen Kapitalisten. Er diente als Kontrast zu den armen Ausgebeuteten, die geschlagen werden, wenn sie nicht genug Scheine (Abo-Aufträge) einbringen oder zu fliehen versuchen, die geknechtet und eingeschlossen leben.

Ähnliche (Einzel-)Fälle gab es in der Tat in Wirklichkeit, man konnte gut eines der Hauptthemen nachvollziehen, wie für die „Drücker" (vom Klingelknopf-Drücken) die eingebrachten Scheine und nichts anderes über Wohl und Wehe entscheiden. Doch weiter entfaltete sich das Fernsehspiel nicht – dabei hätte jenseits der Zustandsbeschreibung viel Raum für die Entfaltung (auch der Persönlichkeiten) gelegen: Symptomatisch der Schluß dafür, als der Hauptdarsteller vor dem für ihn rettenden Arbeitsplatz seiner Schwester vom Kolonnenführer wieder eingeholt wird und zu ihm in den Wagen steigt. Nur geknechtet oder auf dem Wege, selbst *ein Kolonnenführer mit BMW zu wer*den? Doch solche Hoffnung hätte der Grundtendenz widersprochen – schließlich sind die Drücker ja gedrückt in eine Welt nackten Leistungsprinzipes, diese Welt hat nun einmal hoffnungslos zu sein.

DETLEV AHLERS

Wie ein Amulett gegen den bösen Blick der Mafia

Die Fernsehserie *„La Pievra"* (Allein gegen die Mafia) I und II hatte Italiens Zuschauer so geschlossen vor den Schirm gebannt, wie sonst allenfalls ein Spiel der Fußball-Nationalliga. *Die Dreharbeiten* für die Pievra III sind in vollem Gange. Florestano Vancini löste den Regisseur der ersten Serie, Damiano Damiani, ab, da die Handlung des zweiten Teils nicht mehr in Sizilien spielt sondern die Verzahnung der Mafia in ganz Italien zeigt. Darin sieht der Autor des Filmes, Ennio de Concini, das eigentliche Interesse für die Italiener. Luigi Perelli, der dritte Regisseur, arbeitet mit einem neuen Set von Schauspielern, denn die Personen der ersten beiden Serien sind fast alle von der Mafia umgebracht worden.

Nur der Kommissar (Michele Placido) darf nicht sterben, denn mit ihm würde ein Schauspiel enden, daß man in Italien dringend braucht. Man braucht es wie ein Amulett gegen den bösen Blick. Wie einen Schirm aus düsteren Bildern, die man behaglich im Sessel sitzend, vor das Grauen der Wirklichkeit schiebt. Für die Italiener ist „La Pievra" nicht eine gruselig-spannende Unterhaltung, wie für uns in Deutschland, sondern Psychotherapie. Die Ereignisse auf der Leinwand, so grausam sie auch sein mögen, reichen nie an das Grauen der Realität. Aber sie wirken wie die Katharsis der griechischen Tragödie: mit Furcht und Mitleid wecken sie Abwehrkräfte gegen Bedrohungen, die die Phantasie der Zuschauer und auch die des besten Drehbuchschreibers übersteigen.

Vor 20 Jahren noch hielt man die Mafia für ein Stück blutiger, sizilianischer Folklore, die die Menschen in Norditalien nichts angeht. Inzwischen kontrolliert sie die Märkte im ganzen Land, organisiert den Drogenhandel und deponiert ihre Milliarden in ausländischen Banken. Ihr Generalstab sitzt freilich wie eh und je in Sizilien und heute zum großen Teil hinter Gittern, im Gefängnis von Pa*lermo. Von dort werden die Bosse in* die Käfige des Gerichtsbunkers geführt, in dem im letzten Frühjahr der erste Großprozeß der Geschichte gegen die Mafia begann. Italien verfolgt ihn mit angehaltenem Atem, aber mit wenig Hoffnung.

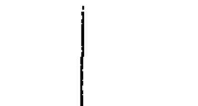
Denn wie der Hydra der Mythologie wachsen dem Kraken (La Pievra) *neue Köpfe. Am 29. Oktober legte* Innenminister Scalfaro der Anti-Mafia-Kommission im Parlament die „Landkarte der neuen Mafia" vor, nannte die Namen der Verbrecher-Familien, alphabetisch nach Wohnsitzen von Agrigent bis Trapani geordnet.

MONIKA von ZITZEWITZ



9.10 Sesamstraße
9.45 ARD-Ratgeber
10.03 heute
10.03 Mit meinen heißen Tränen

15.50 Tagesschau
16.00 Kreuzberg – Ein Bezirk kommt wieder zu sich
Bericht von Frank Krink und Richard Schneider
In den 60er Jahren galt Kreuzberg als eine Art Berliner Montmartre. Auch wenn das so nicht stimmte, war Kreuzberg in seiner Sozialstruktur noch weitgehend intakt. In den 70er Jahren begann der Niedergang.
16.45 Die Spielbude
Mit Gina Stephan
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Stück Himmel
Licht über dem Wasser
Nach Janina David
Auf einem Auswandererschiff ist Janina zu Beginn des Jahres 1947 unterwegs nach Australien. An Bord findet sie eine bunte Gesellschaft aus aller Herren Länder. Polnische Landsleute bilden im Eßsaal des Schiffes mit ihr eine Tischgesellschaft.
22.15 Kinder auf der Krebsstation
Modell einer Elterninitiative
22.30 Tagesthemen
23.00 Brennpunkt
Vom Ende der Gemeinwirtschaft
23.30 Einsatz in Manhattan
Mord im Dunkel
Der junge Daniel Shaw wird von einem Polizisten getötet, als er Staatsanwalt Greg Burton zu erschießen versucht.
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken



11.40 Wo Vietnam einst geteilt war
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 heute

13.20 Die Orestie des Aischylos
1. Teil: Agamemnon
Inszenierung: Peter Stein
Aufführung der Schaubühne am Leniner Platz, Berlin
Im Palast von Argos wird der Sieg der Griechen über Troja und die Rückkehr des Königs Agamemnon gemeldet. Bei seinem Eintreffen bereitet ihm seine Frau Klytaimnestra einen prunkvollen Empfang. Doch sie hat längst mit ihrem Liebhaber Aigisthos die Ermordung des Heimkehrers vorbereitet.
16.00 heute
16.04 Anderland
16.35 Der Waschbär Rascal
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Die Wicherts von nebenan
Hannelores Mahagoni
18.55 Lotto am Mittwoch
19.00 heute
19.30 Direkt
Jagen und Fallenstellen in Alaska
20.15 Kennzeichen D
Kohls Vergleich. Zehn Jahre Biermann im Westen. Nazi-Oper ohne Entschädigung
21.00 Der Denver-Clan
Ein glückliches Paar
21.45 heute-journal
22.05 Wirtschaftliche Gerechtigkeit
Hirtenbrief der US-Bischöfe
Bericht von Werner Kaltefleiter
22.35 Fußball-Europapokal
2. Runde, Rückspiele
Austria Wien – Bayern München
VfB Stuttgart – Torpedo Moskau
Bayer Uerdingen – Widzew Lodz
0.05 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Lemgo
Mit Star Scape Singers
21.45 Hobbythek
Fensterkunst aus Blei und Glas
22.30 Gefährliche Mitwisser
Amerikanischer Spielfilm (1938)
Mit Akim Tamiroff, Gail Patrick
23.35 Der Sternenhimmel im November
Von und mit Erich Übelacker
23.50 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.50 Die Sprechstunde
Herpes
19.15 Das internationale TV-Kochbuch
Japan
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.15 Hamburg vor der Wahl
Dohnanyi contra Perschau
21.15 Offerte
21.30 In bester Gesellschaft
2. Hiebe und Diebe
22.15 Der Deserteur
Sowjetischer Spielfilm (1933)
23.50 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.33 News of the Week
18.50 Dingsda
19.20 Drei aktuell
20.00 Parlament, Parteien, Perspektiven
Themen: Hanauer Nuklearbetriebe. Neue Heimat. Pressesprecher
21.00 In einem fremden Land
Asylbewerber in Hessen
21.30 Drei aktuell
21.50 Lindenstraße
22.20 Kranke Männer
Fernsehspiel von O. Hitzelberger

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
Das Pferderennen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Das Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
Das Fernseh-Urteil des BVG
20.15 In bester Gesellschaft
2. Hiebe und Diebe
21.00 9 aktuell/Neues
21.15 Kronen, Krieg und Republik
Geschichte Südwestdeutschlands von 1866 bis 1933
22.15 Cocoanuts
Amerikanischer Spielfilm (1929)
23.50 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen
18.45 Rundschau
19.00 Pink
19.30 Dingsda
20.00 In bester Gesellschaft
20.45 Zeitspiegel Politik
21.30 Rundschau
21.50 Erbe der Väter
22.45 Lese-Zeichen
23.15 Zeitgeschichte
0.00 Rundschau
0.05 News of the Week

SAT 1

15.35 Indian River
Das Pferd
16.00 Drei Mädchen und drei Jungen
Edler Wettstreit
Anschließend: Klein Lulu
16.25 Die Waltons
Der Kuß
17.10 Kung Fu
Caine und die Goldgraber
Anschl.: Klassiker in Farbe
18.00 Festival mit Harry Langdon
Der König in der Gardine
Anschließend: Betty Boop
18.30 blick
18.45 Sport
Moderation: Roman Köster
19.45 Das Herz aller Dinge
Englischer Spielfilm (1953)
Mit Trevor Howard, Maria Schell
Regie: George More O'Ferrall
21.35 blick
22.15 Single sucht Single
Mit Reinhard Münchenhagen
22.45 Nummer Sechs
Das Amtssiegel
23.35 blick

19.00 Kulturlandschaft: Bodensee
19.45 Follow me
20.00 Tagesschau
20.15 Der Forellenhof
Fahrerflucht
21.15 Das Jahr der Gams
Film von Eckard von Mandelsloh
22.00 Die 5000 Finger des Dr. T
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Bart Collins haßt seinen Klavierlehrer. In seinen Alpträumen verwandelt sich dieser in einen Tyrannen, der 500 Jungen in seinem Schloß gefangen hält, wo sie am Jahresende ein Konzert für 5000 Finger an einem riesigen Klavier geben sollen
23.50 Nachrichten

3sat

18.00 Mini-ZiB
18.10 Bilder aus Deutschland
Von Passau bis zur Grafenau
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Landauf, landab
Musik-Reise durchs Burgenland
20.15 Volksmusik aus Österreich
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Der grüne Henry
Henry David Thoreau
22.55 Musik, Markt und Moneten
23.40 Cembalokonzert
0.00 Nachrichten

RTL

18.15 Hits mit Witz/Regional 7
18.35 Auto-Auto
Mit Willy Knupp
18.55 7 vor 7
19.26 Mini-Max
Golf mit Handicaps
19.50 VfB Stuttgart – Torpedo Moskau
Europapokal-Rückspiel live
21.50 Popeye
22.02 Spiel
22.07 Insiders
Automarder
22.54 Nachrichten
23.01 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

Ibbenbüren: CDU will Erklärung von Matthiesen

breu. Düsseldorf

Mit schweren Vorwürfen haben die nordrhein-westfälischen Oppositionsparteien auf den Versuch von Umweltminister Matthiesen (SPD) reagiert, die Regierung Rau im Skandal um das Kohlekraftwerk Ibbenbüren als „Opfer" einer Zulieferfirma in Gummersbach darzustellen. Die CDU will heute im zuständigen Ausschuß des Düsseldorfer Landtags von Matthiesen eine Erklärung verlangen, warum Rau Ende 1985 eine Entstickung des Kraftwerks für 1987 versprochen habe, obwohl kein Experte damals eine solche Zusage geben konnte, wie jetzt durch Matthiesen selbst bekanntgegeben worden sei.

„Wenn Matthiesen jetzt in Richtung CDU/FDP Wahlkampf, Wahlkampf schreit, stiehlt er sich auf empörende Weise aus seiner Verantwortung für den sterbenden Wald", argumentieren die NRW-Grünen. Sie fordern die vorübergehende Schließung der Anlage. Der SPD warfen die Grünen vor, sie liefere mit ihrem „skandalösen Rückzieher" der Atomlobby die Argumente „frei Haus". Die Kohle bleibe deswegen „faktisch und im Bewußtsein der Öffentlichkeit der Waldkiller Nummer eins".

Neuer Anschlag auf Strommast

dpa. Kronau

Bei Kronau im Kreis Karlsruhe ist in der Nacht zum Dienstag ein neuer Anschlag auf einen Strommast verübt worden. Wie das Landeskriminalamt (LKA) in Stuttgart mitteilte, geriet der an zwei Ecken angesägte 110-Kilovolt-Mast des Badenwerks dadurch in Schräglage und beschädigte einen weiteren Mast. Vereinzelt sei der Strom ausgefallen. Den Schaden bezifferte das LKA auf etwa 100 000, das Badenwerk auf vorläufig 70 000 Mark.

In den vergangenen Monaten waren im Südwesten bereits über ein Dutzend ähnlicher Anschläge auf Strommasten verübt worden. Sie werden militanten Kernkraftgegnern angelastet.

„Fluchtburg" Berlin soll abgewiesene Ausländer vor Abschiebung schützen

Grün-Alternative: Asylbewerber vor Polizei verstecken / Auch Kirchengruppen aktiv

WERNER KAHL, Berlin/Bonn

Ausländer, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, sollen künftig ihre Abschiebung verhindern, indem sie sich in der „Fluchtburg Berlin" verstecken. So lautet jedenfalls ein Plan, der von Grünen und Alternativen entwickelt worden ist. Größere Gemeinden im übrigen Bundesgebiet sollen sich außerdem zu „Freien Flüchtlingsstädten" erklären und ebenfalls Ausländer vor der Polizei verbergen.

Mit der „Fluchtburg"-Kampagne startete jetzt in West-Berlin die Alternative Liste (AL), eine im Abgeordnetenhaus vertretene Partei, eine neue Offensive in der Asylpolitik.

Rundschreiben der AL

Die etwa 3000 AL-Mitglieder wurden in Rundschreiben aufgefordert, als erste Unterstützung mehrere hundert Libanesen, denen die Anerkennung als politische Flüchtlinge versagt blieb, sofort persönlich unter ihren Schutz zu stellen. Das Ziel sei es, die Abschiebung dieser gescheiterten Asylbewerber zu erschweren beziehungsweise gänzlich zu verhindern.

Ähnliche Vorstellungen entwickelten in den vergangenen Wochen bereits Ausländergruppen gemeinsam mit Grünen und kirchlichen Organisationen in einigen Bundesländern. Analog zu Forderungen nach atomwaffenfreien Zonen setzen sich diese Gruppen für „Freie Flüchtlingsstädte" ein. Derartige Initiativen bildeten sich in Bremen, Tübingen, Stuttgart, Göttingen, Hamburg und einigen Orten des Ruhrgebietes. Dort sollen sich Ausländer „unbegrenzt" niederlassen können und vor „Verfolgung und Abschiebung" durch kommunale Behörden geschützt werden.

In Bremen traten deutsche Solidaritätsgruppen mit Ausländern und Vertretern der Bildungswerke der Evangelischen und Katholischen Kirche in der Hansestadt auf. In Publikationen der alternativen Szene wurden die Bildungswerke beider Kirchen als Kontaktstellen für eine „Freie Flüchtlingsstadt Bremen" angegeben. Es gehe darum, Ausländern direkten Schutz vor „Zwangsumsiedlung, Lagerleben oder Abschiebung" zu bieten. Bremer Bürger wurden aufgefordert, Patenschaften mit Ausländern zu schließen. Die „Paten" sollen sich bereit erklären, „bis an den Rand der Legalität" (Taz) zu gehen und notfalls einen Ausländer bei sich aufzunehmen.

Bevor die Berliner Alternative Liste in dieser Woche ihre Kampagne „Fluchtburg" startete, waren an mehreren Orten in der Bundesrepublik Unterstützergemeinschaften gebildet worden. Eine Hamburger Adresse offeriert seitdem Rechtshilfe für Ausländer und deren deutsche „Paten".

„Freie Flüchtlingsstädte"

In Bonn verspricht ein Rechtshilfefonds auch finanzielle Beihilfe für Anwälte in Abschiebungsfällen, in Tübingen wurde zum Koordinationstreffen aller lokalen „Initiativen" geladen.

Bei einer Realisierung derartiger Vorstellungen von „Freien Flüchtlingsstädten", so eine kontroverse Diskussion in der Bundestagsfraktion der Grünen, würde die Bundesrepublik zum Zufluchtsort „Hunderttausender Flüchtlinge".

Die Hamburger GAL hat bereits das „Niederlassungsrecht" für Ausländer in den Forderungskatalog der Tolerierung einer möglichen SPD-Minderheitsregierung nach den Bundestagswahlen aufgenommen.

Weizsäcker: Polizei braucht Vertrauen

DW. Münster

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat beim Besuch der Polizeiführungsakademie in Münster Schulen, Familien und Medien aufgefordert, jungen Menschen begreiflich zu machen, warum in der Bundesrepublik Deutschland der Staat über das Gewaltmonopol verfüge. Die Polizei sei nicht nur auf das Grundgesetz angewiesen, sondern auch auf Vertrauen der Bürger. Verständnis zeigte von Weizsäcker für die „extreme Situation" bei Demonstrationen: Die Polizei sei nicht nur daran interessiert, Gewalttätern das Handwerk zu legen, sondern ebenso, friedliche Demonstrationen zu ermöglichen.

Ausschuß prüft Lappas' Hausbau

D.G. Bonn

Der Untersuchungsausschuß Neue Heimat will den Bau des Privathauses von Gewerkschaftsmanager Alfons Lappas durchleuchten. Das wurde gestern beschlossen. Bauleiter Ortmann soll zum Vorwurf gehört werden, die Neue Heimat habe Lappas beim Hausbau 200 000 Mark erlassen. Lappas, der bisher jede Stellungnahme vor dem Untersuchungsausschuß verweigerte, signalisierte Aussagebereitschaft. Seine Beschwerde gegen die vom Ausschuß beantragte Beugehaft wird heute vom Bundesverfassungsgericht behandelt. Lappas sieht das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel verletzt.

Otto von Habsburg: Orgie der Feigheit

AP, Starnberg

Als „Orgie der Feigheit und der Geistesverwirrung" hat der außenpolitische Sprecher der CSU im Europaparlament, Otto von Habsburg, die Diskussion um das Kohl-Interview mit „Newsweek" bezeichnet. Der Kanzler hatte darin über die PR-Fähigkeiten von Gorbatschow und Goebbels gesprochen. Von Habsburg erklärte dazu: „Was immer der Bundeskanzler gesagt haben mag – es ist doch wesentlich zutreffender, einen totalitären Diktator wie Gorbatschow mit anderen Tyrannen wie Stalin, Hitler oder Goebbels gleichzusetzen als mit einem Staatsmann der freien Welt wie Ronald Reagan."

Paris erwartet Diepgen auch mit Skepsis

hrk. Berlin

Mit einer Mischung aus Neugier und Skepsis über den Versuch von Berlins Regierendem Bürgermeister, das Viermächte-Abkommen „dynamisch" auszulegen und Erich Honeckers Einladung zum „DDR"-Staatsakt anzunehmen, empfängt das offizielle Paris heute Eberhard Diepgen. Den CDU-Politiker erwarten protokollarische Ehren, die das Niveau der Visiten von Franz Josef Strauß und SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau erreichen: Diepgen spricht mit Mitterrand, Premier Jacques Chirac und mit dem neuen Außenminister Jean-Bernard Raimond.

Zu den Themen, die Diepgen bei seinem dreitägigen Besuch erörtert, gehört vor allem die Behandlung der Doppel-Einladung zu den Ostberliner Jubiläumsfeierlichkeiten durch Honecker und Oberbürgermeister Erhard Krack (SED) sowie die Verabredung eines Termins für eine Reise von Staatspräsident Mitterrand zur 750-Jahr-Feier an die Spree.

Die in Statusfragen besonders rechtsklar und scharf denkenden Franzosen hatten den Senat bereits vor der Diepgen-Reise in Verlegenheit gebracht: Die Kritik des konservativen „Figaro" an Diepgens Neigung, auf keinen Fall Ablehnungsgründe für seine Teilnahme am „DDR"-Staatsakt zu suchen, spiegelte ganz offenkundig auch die Stimmungslage am Quai d'Orsay und wohl auch im Elysée-Palast wieder.

In diesem Zusammenhang ist ein geharnischter Protestbrief Diepgens vom 23. Dezember 1985 an SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel aufschlußreich, den er nach einer Visite des Albrecht-Kontrahenten Gerhard Schröder in Ost-Berlin verfaßt hatte. Darin hatte er Schröders Begleitung durch Ost-Berlins OB Krack gerügt und geschrieben, es sei dem Status ganz Berlins „sehr abträglich, den Hauptstadtanspruch der anderen Seite durch eine derartige Programmgestaltung zu unterstützen". Diepgen schrieb weiter, „nicht ohne Grund" würden westliche Regierungen, wenn sie Besuche in Ost-Berlin planten, auf „sensitive Status-Gesichtspunkte" hingewiesen.

Half Teheran bei der Freilassung Jacobsens?

Frage nach amerikanischen Konzessionen bislang unbeantwortet

FRITZ WIRTH, Washington

In Washington hat sich der Eindruck verstärkt, daß der Hauptgesprächskanal, der den Weg zur Freilassung der amerikanischen Geisel David Jacobsen in Libanon geöffnet hat, über Iran führte. Berichte einer Beiruter Zeitschrift, nach denen der ehemalige Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Robert McFarlane, dabei eine Schlüsselrolle spielte und zu diesem Zweck nach Teheran geflogen sei, wurden vom Weißen Haus jedoch nicht bestätigt. McFarlane selbst erklärte, daß er im vergangenen Monat nicht in Iran gewesen sei, wie die Zeitschrift behauptete, was nicht unbedingt ein kategorisches Dementi darstellt.

Die bisher unbeantwortete Frage bleibt, welche Konzession Washington an die Geiselnehmer gemacht hat. Diese stehen dem Iran näher als beispielsweise Syrien, das nach Auskunft des Weißen Hauses bei dieser Freilassung eine minimale Rolle gespielt hat.

Der ehemalige für Terrorismusfragen zuständige Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Oakley, erklärte: „Die amerikanische Regierung ist bereit, mit jedem zu sprechen, der amerikanische Geiseln hält. Sie wird jedoch niemals Zugeständnisse machen, die den Terrorismus fördern können. Ob man so etwas Gespräche oder Verhandlungen nennt, ist eine Sache der Semantik."

Neue Machtstrukturen

In den amerikanischen Medien hatte es dagegen geheißen, Washington habe Iran und Syrien gegenüber wirtschaftliche und militärische Konzessionen gemacht, um die Freilassung Jacobsens zu erreichen. Das Weiße Haus hatte am Montag erklärt, daß es Verhandlungen über die Freilassung Jacobsen gegeben habe, ohne sie jedoch näher zu beschreiben.

Im Augenblick gibt es in Washington drei Versionen, mit denen die offensichtliche neue Kooperations- und Verhandlungsbereitschaft des Iran in der Geiselfrage erklärt wird:

1. Es hat im religiösen und politischen Establishment des Iran in den vergangenen Monaten Änderungen in der Machtstruktur gegeben, die Kräfte in den Vordergrund brachten, die ein neues und entspannteres Verhältnis zum Westen suchen.

2. Der Iran verfügt über ein erhebliches Arsenal amerikanischer Waffensysteme, die wegen Ersatzteilmangels weitgehend außer Gefecht gesetzt worden sind. Man möchte in dieser Frage mit den USA wieder in Geschäft kommen und bietet daher die Geiseln als Lockmittel an.

Kein Ersatzteilhandel

3. Die Jacobsen-Freilassung sei ein Nebeneffekt intensiver französischer Bemühungen, ihre eigenen Geiseln freizubekommen, wobei die syrische Regierung, die über ihr Terrorismus-Image in der Welt besorgt sei, in Teheran diplomatische Hilfe geleistet habe.

Die Möglichkeit eines militärischen Ersatzteilhandels mit Iran ist vom amerikanischen Außenministerium entschieden zurückgewiesen worden. Die USA hatten nach der Geiselnahme amerikanischer Diplomaten im Jahre 1979 in Teheran ein Embargo über die Lieferung jeglicher militärischer Ausrüstung an Iran verhängt. Es gebe, so wurde versichert, im Augenblick auch keine Pläne, dieses Embargo aufzuheben.

Spekulationen, daß die Freilassung von weiteren amerikanischen Geiseln in den nächsten Tagen zu erwarten sei, wurden von der Administration mit Vorsicht behandelt. Man weist darauf hin, daß die übrigen sechs amerikanischen Geiseln sich in den Händen verschiedener Gruppen befinden, was Verhandlungen und Kontaktaufnahmen erschwere. Nach Angaben von US-Präsident Ronald Reagan läßt sich derzeit unmöglich sagen, ob Bemühungen um die Freilassung weiterer Geiseln zum Ziel führen werde. Die amerikanische Regierung habe in ähnlichen Situationen schon „herzzerbrechende Enttäuschungen" erlebt.

SPD-Präsidium legt ein Konzept zur Halbierung der Arbeitslosenzahl vor

Rau: Bundesregierung führt Maßnahmen nur mit „angezogener Handbremse" durch

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die SPD will bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode die Zahl der Arbeitslosen um mehr als eine Million verringern und damit halbieren. Kanzlerkandidat Johannes Rau legte gestern nach einer Sitzung des Parteipräsidiums in Hamburg ein entsprechendes Konzept vor. Dies sieht schwerpunktmäßig eine Erweiterung des Zweiten Arbeitsmarktes vor, wie er vor dem Hintergrund schwedischer Erfahrungen in Hamburg praktiziert wird. Rau kritisierte, die bislang von Bundesminister Norbert Blüm eingeleiteten arbeitspolitischen Aktivitäten würden nur mit „angezogener Handbremse" durchgeführt. Seine Partei setze zwar auf Wettbewerbsfähigkeit.

Appell an den DGB

Hinzukommen müßten allerdings Arbeitszeitverkürzung und ein breites Beschäftigungsangebot vor allem für arbeitslose Jugendliche und Dauer-Arbeitslose. Außerdem forderte der Kanzlerkandidat öffentliche Investitionsprogramme, wie „Arbeit und Umwelt". Hierbei kalkuliert Rau 400 000 neue Arbeitsplätze ein.

Der Hamburger Bürgermeister, Klaus von Dohnanyi, erläuterte die Vorstellung seiner Partei, das Programm der Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen auszubauen. Die SPD will Arbeitslose zu Tariflöhnen und deutlich länger als es die bisherigen Fristen von ein und zwei Jahren vorsehen in AB-Maßnahmen aufnehmen. Dafür müsse das Arbeitsförderungsgesetz novelliert werden. Dies sei auch nötig, um ausgesteuerte Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger einbeziehen zu können. Gleichzeitig fordert die SPD, daß Arbeitsplätze aus diesem Projekt „nicht den Abbau bestehender Arbeitsplätze verursachen".

Die Kosten für das Programm der „aktiven Arbeitspolitik" bezifferte Rau auf 5.4 Milliarden Mark im nächsten Jahr. Vorgesehen ist damit die Bereitstellung von 150 000 ABM-Plätzen. Bis 1989 würde der Betrag auf 14,4 Milliarden Mark steigen, wenn rund 400 000 Arbeitslose von diesem Projekt profitieren sollen. Finanzieren will die Partei dies vorwiegend aus ersparten Kosten der Arbeitslosenhilfe sowie mit Hilfe einer zeitlich befristeten Ergänzungsabgabe von fünf Prozent der Steuerschuld. Diese will Rau von Ledigen und Verheirateten mit versteuerten Jahres-Einkommen von mehr als 60 000 Mark beziehungsweise 120 000 Mark erheben.

Das SPD-Präsidium appellierte an den DGB, das Übernahmeangebot des Hamburger Senats für 5200 von der Neuen Heimat an die Gewerkschaftsholding BGI verkaufte Wohnungen anzunehmen. Der Senat will die Wohnungen zurückkaufen und sie an Träger verkaufen, die ihre Gemeinnützigkeit erhalten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, hat das Vorgehen beim geplanten Verkauf der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) kritisiert. Es dränge sich die Frage auf, warum die BfG nicht zu einem Zeitpunkt ganz oder teilweise verkauft worden sei, zu dem die Eigentümer mit dem Erlös die Konsolidierung der Neuen Heimat hätten voranbringen können.

Kritik an Kohl

Der Parteivorsitzende Willy Brandt erklärte nach der Präsidiumssitzung, man habe sich auch mit der „bedauerlichen Belastung im deutsch-sowjetischen Verhältnis" durch die „Newsweek"-Äußerungen von Bundeskanzler Helmut Kohl beschäftigt. „Wir sind entsetzt", sagte Brandt. Der Kanzler habe sich nicht zum ersten Mal „wie ein Elefant in Philip Rosenthals Porzellanladen aufgeführt". Es sei auch falsch, Goebbels als einen guten PR-Mann zu bezeichnen. Dies bedeute eine „böse Verniedlichung". Goebbels sei vielmehr der Propagandist des Terrors und der Judenvernichtung gewesen. Als „ebenso schlimm" wie die Interview-Passage selbst bezeichnete Vogel die Behandlung des Falles durch die Bundesregierung. Kohl solle seine Formulierung ohne Wenn und Aber vor dem Bundestag zurücknehmen. In diesem Fall wäre die Angelegenheit auch für seine Partei erledigt.

KMK-Präsident beeindruckt von „DDR"-Schülern

P.F.R. Bonn

Mit Betroffenheit reagierte der Präsident der Kultusminister-Konferenz (KMK), der Bremer Senator Horst-Werner Franke (SPD), vor der Presse in Bonn auf den Rücktritt des bayerischen Kollegen Maier. Dies sei ein Verlust für den Gesamtstaat.

Während der politischen Zuspitzung in München hatte sich Franke als erster KMK-Chef auf einer einwöchigen Informationsreise in der „DDR" befunden. Vor dem Hintergrund heftiger Auseinandersetzungen in der Kultusminister-Konferenz über nordrhein-westfälische Bestrebungen, gleichzeitig mit dem Abitur einen beruflichen Abschluß zu verleihen, registrierte Franke mit besonderem Interesse, daß die „DDR" zwar auch solche Doppelqualifikationen vergibt, aber in diesen Fällen die Schulzeit um ein Jahr verlängert. So sollen Qualitätsverluste vermieden werden. Angetan zeigte sich der Senator vom Kenntnisstand der „DDR"-Schüler, vor allem beim klassischen Erbe, das mit großem Nachdruck nahegebracht werde.

Alfonsin bittet Präsident Reagan um Unterstützung

AFP, Buenos Aires

Der argentinische Präsident Raul Alfonsin hat US-Präsident Ronald Reagan in einem zehn Minuten langen Telefongespräch um „Verständnis und Unterstützung" für seinen Protest gegen die britische Falkland-Resolution gebeten. London hatte beschlossen, vom 1. Februar 1987 an eine Fischereischutzzone von 150 Meilen um die von Argentinien beanspruchten britischen Falklandinseln zu errichten und sich vorzubehalten, den Fischfang innerhalb einer 200-Meilen-Zone einzuschränken. Das argentinische Außenministerium verwies darauf, daß der Londoner Beschluß auch Gewässer betreffe, in denen Argentinien seit 20 Jahren Rechte wahrnehme.

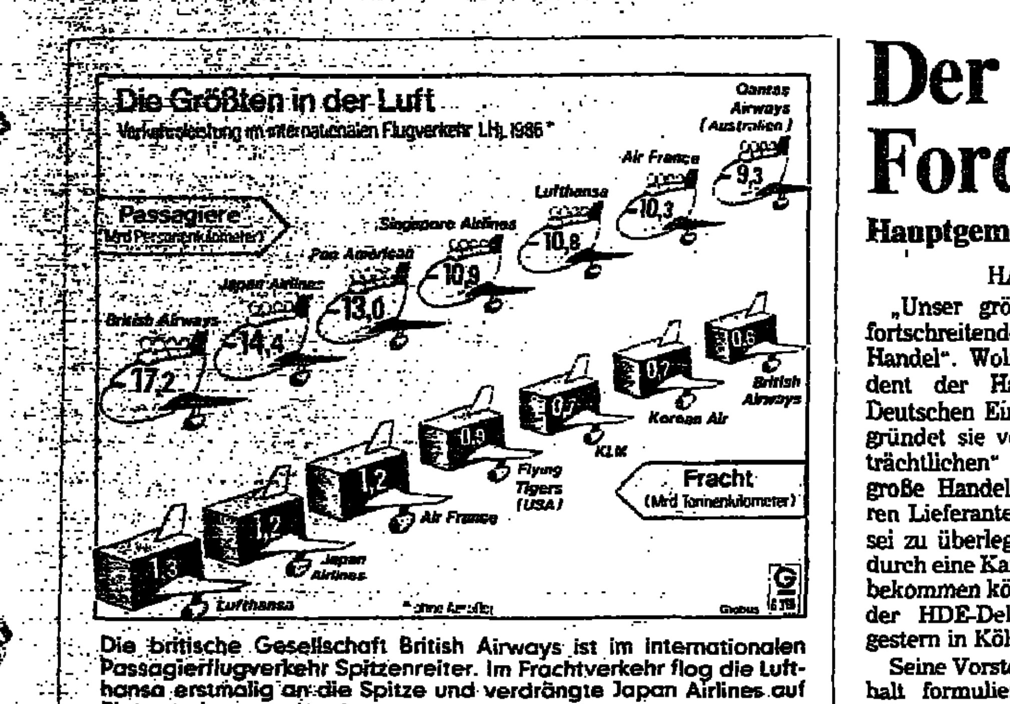
Perus Staatschef Garcia hat Alfonsin „totale, politische Unterstützung" zugesagt, da sich die „Aggression des britischen Imperialismus" gegen den gesamten Kontinent richte. Er regte neben der OAS, der auch die USA angehören, die Bildung einer neuen „Organisation der Staaten Lateinamerikas und der Karibik" an.

Verfassungsschutz enttarnt drei „DDR"-Agenten

W.K./DW. Bonn/Karlsruhe

Der Spionageabwehr des Bundesamtes für Verfassungsschutz sind drei zusammenarbeitende Agenten des „DDR"-Geheimdienstes ins Netz gegangen. Gegen die Kaufleute Dieter K. (52) aus München, Hans Joachim L. (34) aus Mönchengladbach und Hans-Peter H. (41) aus dem Raum Lemgo (Westfalen) erließ der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes Haftbefehl. Die Beschuldigten leiteten kleine Firmen, die das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nach Schlappen der vergangenen Jahre zum illegalen Technologietransfer einsetzen wollte. Als erster hatte sich der Münchner Kaufmann 1985 anwerben lassen. Er stellte Kontakte zwischen dem MfS und den anderen Kaufleuten her. Sie sollten Embargogüter liefern. Zur Täuschung der Hersteller bestellten sie zunächst einfache Fabrikate. Mit der frühzeitigen Enttarnung in der „Probezeit" konnte die Abwehr zugleich einen weiteren Auftrag, Informationen über den Bundesnachrichtendienst zu beschaffen, vereiteln.

مكنا من الأصل



Die britische Gesellschaft British Airways ist im internationalen Passagierflugverkehr Spitzenreiter. Im Frachtverkehr flog die Lufthansa erstmalig an die Spitze und verdrängte Japan Airlines auf Platz zwei. QUELLE: GLOBUS

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Otto-Versand: Im generell nicht mehr expansiven Versandhandel erwartet das Hamburger Unternehmen mit 11 Prozent Umsatzplus das beste Ergebnis seiner Geschichte. (S. 13)

Karstadt: Trotz der Umstrukturierung hat sich das Zwischenergebnis im Warenhausbereich in den ersten neun Monaten mit 3.7 Prozent auf 6,33 Mrd. DM deutlich verbessert. (S. 12)

FÜR DEN ANLEGER

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 274,12 (272,52); Chemie: 165,60 (164,97); Elektro: 339,84 (336,33); Auto: 718,06(713,60); Maschinenbau: 153,36 (150,78); Versorgung: 163,99 (163,52); Banken: 396,78 (392,35); Warenhäuser: 187,20 (184,12); Bauwirtschaft: 538,83 (541,57); Konsumgüter: 179,45 (177,74); Versicherung: 1366,99 (1373,44); Stahl: 146,18 (146,99).

Kursgewinner:	DM	+ %
Union Carbide	46,00	6,98
Sanden Corp. Zer.	11,70	5,41
Pakhoed Hldg. N	66,50	5,06
Ymos AG Vz.	200,00	4,99
Nat. Westm. Bk.	15,85	4,97

Kursverlierer:	DM	– %
Occidental Pet.	56,10	8,78
Württ. Metallw.	164,50	8,36
Hoogovens Nrc.	49,70	6,23
Sumitomo Metal	1,75	5,41
Nippon Kokan K.	2,75	5,17

(Frankfurter Werte)

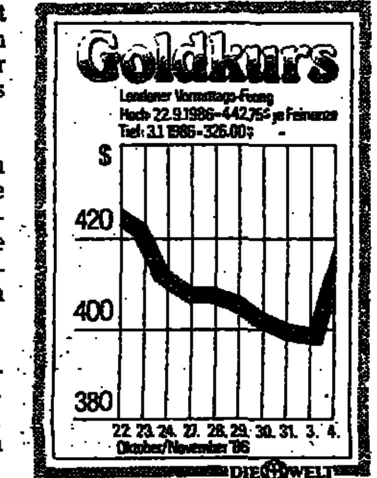
Nachbörse: Fester

WELTWIRTSCHAFT

Ghana: Rund 203 Mill. DM erhält der Staat von internationalen Geldgebern zum Ausbau der Stromversorgung im Norden des Landes.

Sanktionen: Keine zusätzlichen Einfuhrbeschränkungen will die japanische Regierung gegen Südafrika verhängen. Die Industrie wird aber aufgefordert, Kohle, Eisenerz und Uran aus Südafrika freiwillig zu drosseln.

Einfuhren: Im dritten Quartal lagen die Importpreise der USA ohne den Mineralölbereich um rund 10 Prozent höher als im vorigen Jahr.



Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	3. 11. 86	31. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	145,00	141,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	66,00	61,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	117,00	115,25	104,00	226,00	84,00

MÄRKTE & POLITIK

Schuhversand: Wegen verbotener Aufforderung zum Boykott zweier wichtiger Konkurrenten hat das Bundeskartellamt gegen die Rheno Versandhandel GmbH eine Geldbuße von 100 000 DM verhängt.

Trend: Das deutsche Handwerk nähert sich mit einer Kapazitätsauslastung von 79 Prozent im dritten Quartal der Vollbeschäftigung. Insbesondere im Baugewerbe nahm die Beschäftigung um drei Prozent zu.

NAMEN



Hermann J. Strenger: Der Vorstandsvorsitzende der Bayer AG (Foto) übernimmt ab 1987 den Vorsitz der Carl Duisberg Gesellschaft (CDG). Er tritt die Nachfolge seines Vorgängers auf dem Bayer-Chefsessel, Prof. Herbert Grünewald, an.

Krone AG: Zum neuen Vorstandsmitglied wurde der seit Mai 1986 als Generalbevollmächtigter tätige Manfred Schneider bestellt.

WER SAGT'S DENN?

Wenn man ganz bewußt acht Stunden täglich arbeitet, kann man es dazu bringen, Chef zu werden und vierzehn Stunden täglich zu arbeiten.

Robert Frost

Der Einzelhandel hält sich mit Forderungen an die Politik zurück

Hauptgemeinschafts-Präsident Hinrichs regt offenen Dienstleistungsabend an

HANNA GIESKES, **Köln**

„Unser größtes Problem ist die fortschreitende Konzentration im Handel". Wolfgang Hinrichs, Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), begründet sie vor allem mit den „beträchtlichen" Sonderrabatten, die große Handelsunternehmen aus ihren Lieferanten herausholen. Darum sei zu überlegen, ob man dies nicht durch eine Kartellnovelle in den Griff bekommen könne, sagte Hinrichs vor der HDE-Delegierten-Versammlung gestern in Köln.

Seine Vorstellungen über deren Inhalt formulierte der Handelspräsident sehr zurückhaltend. Man werde nicht mit einer massiven Forderung nach einem allgemeinen Diskriminierungsverbot auf den Plan treten, „sondern behutsam Zwischenlösungen erörtern". Allerdings sollen, so hieß es am Rande der Tagung, zuvor in der internen Delegierten-Versammlung weitergehende Beschlüsse gefaßt worden sein.

Sehr vorsichtig äußerte sich Hinrichs auch zur geplanten Änderung der Baunutzungsverordnung: Die Hauptgemeinschaft habe nie eine Herabsetzung der Grenze gefordert, von der an bei Neuansiedlungen von Handelsbetrieben außerhalb der Innenstädte negative städtebauliche Auswirkungen vermutet werden. So dürfe die jetzt vorgesehene Begrenzung auf 1200 Quadratmeter Geschoßfläche auch nur eine Richtgröße sein. Wenn das bei der Anwendung der Verordnung berücksichtigt werde, dann sei die Novelle ein Fortschritt, „denn die Nachteile für die Qualität unserer Kommunen, die durch Zersiedelung entstehen, sind mit Händen zu greifen".

In Sachen Ladenschluß deutete Hinrichs, der eine Gesetzesänderung im Prinzip nach wie vor ablehnt, die Möglichkeit eines Kompromisses an: Er stellte die Frage, ob nicht die Geschäfte konzentriert an einem Abend in der Woche und unter Beteiligung privater und öffentlicher Dienstleister geöffnet haben könnten, „damit die Menschen abends in die Einkaufsviertel kommen". Dazu müßten freilich auch die Behörden bereit sein, „und außerdem sind die Arbeitnehmer einzubeziehen, deren Betriebsräte ein Mitbestimmungsrecht über die Arbeitszeit haben".

Vorsicht ließ der HDE-Präsident auch bei der Bewertung des mittelstandspolitischen Dauerbrenners „steuerstundende Investitionsrücklage" anklingen. Er wolle nicht beurteilen, ob sie die beste Möglichkeit sei, die Investitionskraft kleiner und mittlerer Unternehmen zu stärken, „aber wir sollten prüfen, ob wir nicht noch eine effektivere Förderung von Investitionen im Mittelstand finden."

Derlei Zurückhaltung war während der vorangegangenen Podiumsdiskussion nicht zu spüren. Mit Ausnahme des Generalsekretärs der FDP, Helmut Haussmann, waren sich die Politiker auf dem Podium einig – Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Heinz Hauser, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU und der Generalsekretär der CSU, Gerold Tandler – daß eine solche Rücklage dem Mittelstand helfe. Die drei sprachen sich auch für eine Änderung des Kartellrechts aus, einschließlich einer Verschärfung der Fusionskontrolle, die von der HDE nicht gefordert wird.

Schlesinger: Bilanz mit Schlagseite

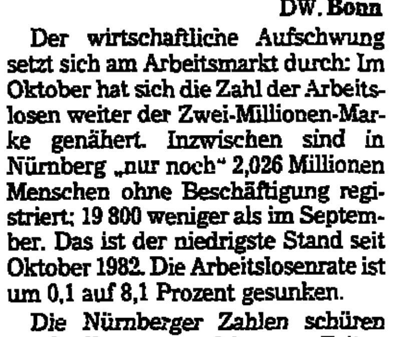
DW. Garmisch-Partenkirchen

Die gesamtwirtschaftliche Bilanz der Bundesrepublik weist eine Schlagseite auf, da sich der Leistungsbilanzüberschuß 1986 auf vielleicht 70 Mrd. DM oder sogar etwas mehr erhöhen wird. Dies erklärte der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Helmut Schlesinger, vor der Bankwirtschaftlichen Tagung der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Garmisch-Partenkirchen. Allerdings lasse sich belegen, daß die kräftige Zunahme dieses Überschusses erstens auf äußere Faktoren wie Ölpreisrückgang und DM-Aufwertung zurückgeht, und daß sich zweitens dieser Überschuß bereits in ersten Ansätzen zu verringern begonnen hat.

Für 1987 kann, so Schlesinger, damit gerechnet werden, daß die deutschen Einfuhren real weiter kräftig zunehmen, nachdem sie schon in den ersten neun Monaten dieses Jahres zu Preisen von 1985 um sechs Prozent expandiert hatten. Realwirtschaftlich werde das Jahr 1986 ein glänzendes Ergebnis bringen.

Spekulationen, wonach die Bundesbank nach dem Beispiel der japanischen Zentralbank ihren Diskontsatz senken wird, hat Schlesinger zurückgewiesen. Bei der Einweihung der Repräsentanz der Deutschen Bundesbank in New York hatte Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl bereits betont, daß er keinen Grund für ein Abkommen mit den USA wie das zwischen den USA und Japan sehe.

AUF EIN WORT



„Bei uns ist ein gänzlich neues Gefühl eingekehrt: Innerhalb der Gruppe gibt es fast kein Unternehmen mehr, das noch rote Zahlen schreibt."

Jörg Bentz, persönlich haftender Gesellschafter der Melitta-Gruppe, Minden. FOTO: TEUTOPRESS

Niedrigste Arbeitslosenzahl seit 1982

DW. Bonn

Der wirtschaftliche Aufschwung setzt sich am Arbeitsmarkt durch: Im Oktober hat sich die Zahl der Arbeitslosen weiter der Zwei-Millionen-Marke genähert. Inzwischen sind in Nürnberg „nur noch" 2,026 Millionen Menschen ohne Beschäftigung registriert; 19 800 weniger als im September. Das ist der niedrigste Stand seit Oktober 1982. Die Arbeitslosenrate ist um 0,1 auf 8,1 Prozent gesunken.

Die Nürnberger Zahlen schüren die Hoffnungen auf bessere Zeiten am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt mit 26,2 Millionen um 305 000 höher als im September 1985, die Arbeitsämter melden mehr Stellenangebote – im Oktober 153 100 – und außerdem wurden 172 100 Arbeitsverhältnisse vermittelt. Betrüblich stimmt lediglich, daß die Zahl der Kurzarbeiter um 30 Prozent auf 234 600 stieg. Der Steinkohlenbergbau verursachte die Zunahme.

Auf diese insgesamt günstige Bilanz hat die Bundesregierung mit Zufriedenheit reagiert. Außer den genannten Daten hob sie gestern die günstige Entwicklung am Lehrstellenmarkt hervor. Der Rückgang bei der Jugendarbeitslosigkeit, um 15 Prozent gegenüber Oktober 1985, werde auch durch die siebte Novelle zum AFG-Gesetz unterstützt. Die CDU/CSU-Fraktion ergänzte, daß der erste starke Ausbildungsjahrgang des Jahres 1983 fast vollständig in anschließende Beschäftigungsverhältnisse eingegliedert werden konnte.

Versicherer streiten sich um Beamte

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Absicht der privaten Krankenversicherung (PKV), mit Sonderkonditionen rund 350 000 Beamte aus den Reihen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf ihre Seite zu ziehen, ist bei den Ersatzkassen auf heftige Kritik gestoßen. In einer ersten Stellungnahme bezeichnete die Barmer Ersatzkasse (BEK) das PKV-Vorhaben als einen „harten Schlag und als beabsichtigte Schwächung der Solidargemeinschaft der gesetzlich Versicherten".

Vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 werden die privaten Krankenversicherer keinen Übertrittswilligen aus Risikogründen ablehnen und auf Leistungsausschlüsse und Altersgrenzen verzichten. BEK-Pressesprecher Walter Riedinger bezeichnete gegenüber der WELT das Angebot der PKV als „gezielten Abwerbungsversuch".

Die Ersatzkassen, so Riedinger, werden mit Sicherheit einen Ausgleich für den befürchteten Exodus aus ihren Reihen fordern. Die BEK, Deutschlands größte Angestellten-Krankenkasse, dürfte 100 000 Mitglieder und mit ihnen „einige hundert Millionen DM an Beitragsvolumen verlieren". Der geforderte Ausgleich könnte einmal in der Einführung risikogerechter Beiträge bestehen. Dies wäre jedoch das Ende der Solidargemeinschaft. Eine andere Möglichkeit wäre die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und/oder ein höherer Beitragszuschuß des Bundes zur defizitären Krankenversicherung der Rentner. Mit den Beamten würde sich ein erheblicher Teil „guter Risiken" aus der GKV verabschieden.

Die Spitzenverbände der GKV wandten sich mit Nachdruck gegen die „Abwerbung mittels Dumpingtarif". Die PKV gefährde die Finanzierung der Solidarleistungen, die Beitragsstabilität und langfristige Finanzierbarkeit der GKV. Sie fordere ihrerseits, den Beamten attraktive Teilkostentarife machen zu können.

Hintergrund für diese vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) genehmigte Aktion ist die vor einem Jahr in Kraft getretene Neuordnung des Beihilferechts für Beamte, als den gesetzlich versicherten Beamten die Möglichkeit genommen wurde, durch Beihilfen und Zuschüsse der Kassen im Krankheitsfall mehr ersetzt zu erhalten als die Krankenkasse zu leisten hatte. Seither erhalten Bundesbeamte und Länderbeamte nur die Differenz zwischen den Leistungen der Krankenkasse und den Rechnungsbeträgen der Ärzte und Krankenhäuser.

Nach Mitteilung des Verbands der Privaten Krankenversicherung hat sich das BAV damit einverstanden erklärt, Risikozuschläge für Vorerkrankungen in engem Rahmen zu halten und auf maximal 100 Prozent des Beitrags zu beschränken. Künftig wird die PKV allen Beamtenanwärtern und ihren Familienangehörigen während des ersten Jahres seit Begründung des Dienstverhältnisses offenstehen.

Schilder für Europa

Ha. (Brüssel) – Die EG-Regierungen haben beschlossen, zum 1. Januar 1988 die Zollschilder an den innergemeinschaftlichen Grenzen abzuschaffen. Da sage noch einer, sie meinten es nicht ernst mit der Schaffung des „Europas der Bürger". Sie haben sich sogar auf einheitliche neue Schilder geeinigt, die den Reisenden die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft vor Augen führen sollen.

Hintergrund ist die Tatsache, daß es zwar von Jahr zu Jahr mehr Zöllner gibt, aber im EG-internen Verkehr schon lange keine Zölle mehr. Was da stichprobenmäßig oder mit bürokratischer Akribie kontrolliert wird, sind Steuer-, Paß- oder Drogenbestimmungen, die mit dem Gemeinsamen Markt nichts zu tun haben. Wenn die Grenzhindernisse schon nicht zu beseitigen sind, sollen sie wenigstens nicht beim falschen Namen genannt werden, scheinen sich die Anhänger des Europaschildes gedacht zu haben. Dessen Gestaltung stieß zwar auf die üblichen Harmonisierungs-Hindernisse, aber wo ein Wille ist, ist auch in Brüssel noch immer ein Weg gewesen.

Vor übersteigerten Erwartungen muß freilich gewarnt werden. Was da beschlossen wurde, hat nämlich zwar den Charakter einer politischen Selbstbindung, nicht aber eine juristisch verbindliche Form erhalten. Die von zwölf Europa-Sternchen auf blauem Grund umkränzte Länderbezeichnung könnte zwischen der Republik Irland und dem britischen Norden der Insel noch Probleme schaffen. Diesen ist Bonn aus dem Wege gegangen. Es bestand von vornherein darauf, daß zusätzlich nicht nur das bundesdeutsche, sondern auch das bayerische Schild die Grenzen zieren darf.

Neue Finanzmacht

Von CLAUS DERTINGER

Die gestern von den Gewerkschaftsspitzen abgesegnete Mehrheitsbeteiligung der Aachen-Münchener Beteiligungs AG (AMB) an der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) ist nicht nur ein Markstein auf dem künftigen Weg der Nummer elf unter den deutschen Universalbanken. Die Anbindung dieser großen Filialbank mit 257 Geschäftsstellen zwischen Flensburg und Konstanz, mit Niederlassungen oder Töchtern in New York, London, Hongkong und Luxemburg kann auch Konsequenzen für die klassische Arbeitsteilung zwischen Banken und Assekuranz haben, die trotz mancherlei Ausflüge von Geldhäusern in das Versicherungsgeschäft und umgekehrter Bewegungen noch funktioniert.

Mit der Aachen-Münchener hat erstmals einer der Großen aus der Versicherungswirtschaft eine wirkliche Machtposition im Gefilde der Kreditwirtschaft errungen.

Denn jetzt hat erstmals einer der Großen aus der Versicherungswirtschaft eine wirkliche Machtposition im branchenfremden Gefilde der Kreditwirtschaft errungen.

Noch ist man auf Vermutungen angewiesen, welche geschäftspolitische Strategie die Versicherungskonzernherren mit ihrer Bankbeteiligung anstreben. Aber es liegt natürlich auf der Hand, daß die AMB ein Allfinanzangebot entwickeln wird, das von Versicherungen über Bausparen (AMB ist mehrheitlich an der Badenia Bausparkasse beteiligt) bis zum vollständigen Service einer Universalbank und einer Hypothekenbank (25prozentige BfG-Beteiligung an der Allgemeinen Hypothekenbank) reicht. Werden die – überwiegend selbständigen – 45 000 Außendienstmitarbeiter der AMB künftig gezielt Bankprodukte der BfG anbieten? Kapitalsparbücher, Sparbriefe oder Investmentanteile, Konsumentenkredite und Hypotheken?

Gewiß, wenn es um die Mobilisierung von Sparkapital geht, stehen die Produkte der Bank und der Versicherung miteinander in Konkurrenz um die gleiche Mark des potentiellen Kunden. Beim Kredit ist das schon anders. Aber warum sollte sich nicht durch „Feierabendberater" zusätzliches Kundenpotential für alle mit der Geldanlage zusammenhängenden Geschäfte im Kreise all jener mobilisieren lassen, die während der viel zu kurzen arbeitnehmerfeindlichen Schalteröffnungszeiten des Kreditgewerbes für den Beratungsservice der Banken praktisch nicht zu erreichen sind?

In diesem Zusammenhang darf auch die ketzerische Frage nach der Qualität einer persönlichen Beratung durch Bankpersonal gestellt werden, das mit dieser Aufgabe zeitlich und ausbildungsmäßig oft überfordert ist. Besteht hier nicht eine Marktlücke, die den agilen Vermögensberater mit einem seriösen Allfinanzangebot in der Tasche zu Aktivitäten motivieren könnte? Umgekehrt läßt sich auch die klassische kreditwirtschaftliche Angebotspalette durch Produkte der Assekuranz ergänzen, wie viele Beispiele zeigen.

Es wäre schon ein Wunder, wenn das neu entstehende Finanzkonglomerat AMB/BfG daraus keine Strategie entwickelte, die am Finanzmarkt ohnehin schon in Form von Koopperationen und Allfinanzangeboten einiger Unternehmensgruppen (KKB, Noris-Verbraucherbank, Wüstenrot) sichtbar wird. Und noch mehr würde es überraschen, wenn die anderen Großen aus dem Bankgewerbe und aus der Versicherungswirtschaft nicht über eine Antwort auf eine derartige Herausforderung nachdächten. Das wäre das Ende des Burgfriedens zwischen Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Über mögliche Formen einer totalen Durchdringung der Märkte und neuen Aufteilung der Interessenssphären kann man heute lediglich spekulieren. Die Übernahme von Banken durch Versicherungskonzerne, die zum Teil bereits über ansehnliche Finanzbeteiligungen im Geldgewerbe verfügen – die Allianz gilt zum Beispiel als größter Einzelaktionär der Commerzbank – dürfte vielleicht nicht ganz so schwierig sein wie der Einstieg von Banken in Versicherungsunternehmen, die nur relativ wenige freie Aktionäre haben und bei denen die kapitalmäßige Verflechtung einen so hohen Grad erreicht hat wie in kaum einer anderen Branche.

Wird es eines Tages branchenübergreifende Übernahmekämpfe geben oder eine Art „Beteiligungskarussell"? Werden Banken möglicherweise Versicherungen „auf der grünen Wiese" gründen? Sicher ist heute nur eines: Der Coup, den die AMB mit ihrem Einstieg in die BfG gelandet hat, wird wohl fast jede der nächsten Vorstandssitzungen der Großunternehmen des Kredit- und Versicherungsgewerbes beschäftigen.

Und sicher ist auch dies: Die BfG wird, auch wenn sie weiterhin Hausbank der Gewerkschaften bleibt, aus dem zumindest atmosphärisch abträglichen Dunst heraustreten, den der Skandal um die Neue Heimat verbreitet. Ob sie einst einen neuen Inhalt für das diskreditierte „G" (=Gemeinwirtschaft) in ihrem eingeführten Markenzeichen findet, mag heute zweitrangig erscheinen. Entscheidend ist, daß sie mit einem neuen Großaktionär im Rücken die Weichen für eine zukunftsträchtige Entwicklung gestellt hat.

Plädoyer für die Steuerreform

Niedrige Rohstoffpreise verschönen Zahlen des BGA

DANKWARD SEITZ, München

Dreh- und Angelpunkt für eine auf beschäftigungsförderndes Wachstum gerichtete Steuerpolitik ist und bleibt für den Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Bonn, die große Steuerreform mit einer Gesamtentlastung von rund 50 Mrd. DM. Gleichzeitig muß jedoch konsequent die Konsolidierung des Staatshaushalts fortgesetzt werden. Beide Schritte zusammen, so BGA-Präsident Klaus Richter, werden „viel Mut" erfordern, doch „wie müssen sie ganz gehen und nicht nur in Teilbereichen". Denn ohne Subventionsabbau und Einsparungen bei den Staatsausgaben sei sie nicht zu finanzieren.

Es wäre keine Reform, wenn sie mit Steuererhöhungen an anderer Stelle und/oder über Kredite finanziert würde. Leitlinie einer wirklichen Reformpolitik müsse sein: „Moderate Steuersätze mit wenigen Ausnahmen *statt hohe Steuersätze mit vielen Ausnahmen*, die nur wenigen zugute kommen." Eine allgemeine Steuersatzsenkung sei dem BGA viel wichtiger als weitere *Einzelregelungen*, wie beispielsweise Investitionszulagen, die „letztlich mehr staatliche Investitionslenkung bedeuten".

Beinhalten sollte sie auf alle Fälle eine Beseitigung der Progression, Absenkung des Spitzensteuersatzes bei *der Einkommensteuer von 56 auf unter* 50 Prozent und eine entsprechende Anpassung des Thesaurierungssatzes bei der Körperschaftsteuer. Eine große Steuerreform muß nach Ansicht des BGA-Präsidenten aber auch eine Reform der Unternehmensbesteuerung einschließen, die eine nachhaltige Entlastung bei der Vermögensteuer bringt und eine Reform der Gewerbesteuer vorbereitet.

Diese Steuerreform sollte, wie Richter anläßlich der BGA-Mitgliederversammlung in München forderte, so schnell wie möglich nach den Bundestagswahlen in Angriff genommen und verabschiedet werden. Denn berechenbare Daten gehörten zu den *entscheidenen Rahmenbedingungen* für ein beschäftigungswirksames Wachstum. Außerdem brauchten die Unternehmen Fakten, nach denen sie *ihr Planen und Disponieren* ausrichten können.

In der Wettbewerbspolitik sprach sich Richter für eine „konsequente Anwendung bestehender Gesetze aus und warnte vor gesetzlichen Neuregelungen, die letztendlich nur auf mehr staatliche Einmischung in betriebliche Abläufe brächten. Gleiches gelte auch für die Außenhandelspolitik, wo nämlich die vielfachen Umgehungen und Aufweichungen der GATT-Regeln am Ende nur mehr Schaden als Nutzen gebracht hätten. Es sei zu hoffen, daß die bevorstehende GATT-Runde in Uruguay dem Ziel näher komme, die bestehenden Grundsätze neu zu beleben, bestehende Ausnahmebereiche einzubeziehen.

Zuversichtlich könnten die deutschen Groß- und Außenhandelsfirmen 1987 entgegensehen, die in den ersten neun Monaten 1986 mit einem *Umsatz von 591 Mrd. DM nominal* zwar ein Minus von 7 Prozent hinnehmen mußten, aber aufgrund der niedrigen Rohstoffpreise ein reales Plus von *2 Prozent* verzeichnen konnten. Für 1987 zeichne sich für den Großhandel eine reale Zuwachsrate von bis zu 3 Prozent ab, bei den Einfuhren von real 10 und beim Export von „eher" 2 Prozent.

US-Brocken wird problemlos finanziert

Als Lohn der Anstrengung erwartet Hoechst drei Milliarden Mark zusätzlichen Umsatz

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Mit diesem Erwerb gewinnen wir eine ganz andere Stellung in Amerika", nennt Wolfgang Hilger, Vorstandschef der Hoechst AG, Frankfurt, einen der wesentlichen Gründe für die geplante Übernahme des US-Chemiekonzerns Celanese. Der zweite: „Wir wollen damit an dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt in diesem Land aktiv teilhaben".

Beides wollen sich die Höchster einiges kosten lassen: Kommen alle Celanese-Aktionäre dem vorgestern *über die American Hoechst Corporation* unterbreiteten Kaufangebot von 245 Dollar je Aktie nach, dann ergibt sich ein Kaufpreis von 2,85 Mrd. Dollar, gut 5,9 Mrd. DM. Der deutsche Chemieriese geht die Übernahme zu einem Zeitpunkt an, da die Celanese-Aktie sich auf einem Höhenflug befindet: 1985 lag ihr Höchstkurs bei 151 Dollar, 1984 gar erst bei 82 Dollar. In Relation zum Nettogewinn von 178 Millionen Dollar sieht Hilger die alte Akquisitions-Faustregel vom 17- bis 19-fachen Kaufpreis mit „punktgenauer Ziellandung" erreicht.

Die Finanzierung des beachtlichen Brockens bereitet offenbar keine Schwierigkeiten. 60 Prozent der (noch ungewissen) Gesamtsumme soll die Finanzholding Hoechst Capital Corporation direkt auf dem amerikanischen Markt aufnehmen. Die übrigen 40 Prozent – rund 1,2 bis 1,4 *Milliarden Dollar – werden aus eigenen* Mitteln der amerikanischen Hoechst-Gesellschaften kommen. Das Kapital der Finanzholding wird zu diesem Zweck per Überweisung aus Deutschland erhöht.

An Masse dazu mangelt es laut Hilger nicht: Die 1,2 *Milliarden Mark* flüssiger Mittel, die Ende 1985 in der Bilanz standen, sind durch die Kapitalerhöhung im Frühjahr um 883 *Millionen Mark erhöht worden. Hinzu* kommen die Erträge aus dem laufenden Geschäft. So soll der Kraftakt auch nicht das Investitionsprogramm von weltweit 2,6 Milliarden Mark in diesem Jahr beeinträchtigen.

Der Lohn der Anstrengung: immerhin 3 Milliarden Mark zusätzlicher Umsätze, davon 2 Milliarden allein in den USA, wo Hilger zusätzlich auf den indirekten Effekt des leichteren Marktzugangs setzt. In diesem Jahr werden die „alten" Hoechst-Töchter nur 1,7 Mrd. DM in den USA umsetzen. Die Hälfte des Celanese-Umsatzes stammt aus dem Chemiefaserprogramm, das das der Mutter in spe „hervorragend" ergänzt.

Auch mit dem eigenen Geschäft *können die Höchster bislang zufrieden sein*. Zwar haben sich nicht alle „hochgespannten Erwartungen" erfüllt. Doch der Umsatzrückgang um weltweit 12 Prozent auf *28,6 (32,5)* Mrd. DM in den ersten neun Monaten 1986, der zum größten Teil aus den Währungsverschiebungen resultierte, wurde durch Einsparungen auf der Rohölseite zumindest teilweise ausgeglichen, ein übriges tat der Wegfall *hoher Einmal-Kosten für Altersversorgung* und Vorruhestand.

So lag der weltweite Gewinnausweis vor Steuern mit 2,31 (2,36) Mrd. DM nur um zwei Prozent unter dem Dreivierteljahresstand von 1985. Die AG kam bei einem Umsatzrückgang um 8 Prozent auf 10,7 (11,7) Mrd. DM sogar auf eine Steigerung des Gewinns vor Steuern um 4,5 Prozent auf 1,27 (1,21) Mrd. DM.

Karstadt verbessert Ergebnis

Versandtochter Neckermann auf Genesungskurs

J. G. Düsseldorf

Trotz Sonderbelastungen aus den strategischen Umstrukturierungsmaßnahmen habe sich das Zwischenergebnis der ersten drei Quartale 1986 gegenüber dem Vorjahr verbessert, berichtet die Karstadt AG, Essen. Unter der Voraussetzung eines befriedigend verlaufenden Weihnachtsgeschäfts werde für das letzte Quartal eine verstärkte Fortsetzung des positiven Ergebnistrends erwartet.

Bei der Tochter Neckermann Versand AG, bis 1985 dick in den roten Zahlen, zeichne sich eine deutliche Ergebnisverbesserung ab. Die gleichfalls lange defizitäre NUR-Touristiktochter, 1985 schon zu kleinem Betriebsgewinn zurückgekehrt, werde *ihr Geschäftsjahr 1985/86 (31. 10.)* mit „erfreulichem" Gewinn abschließen.

Der größte deutsche Warenhauskonzern hat in der Berichtszeit den Umsatz seines *Warenhausgeschäfts* um 3,7 Prozent auf 6,33 Mrd. DM gesteigert und ohne die „durch Umbauten wesentlich gestörten Häuser" einen Mehrumsatz von 5,2 Prozent erzielt. Die Verkaufsfläche der 161 AG-Filialen stieg seit Jahresanfang geringfügig auf 1,29 (1,28) Mill. Quadratmeter, die durchschnittliche Belegschaftszahl sank hier auf 49 897 (50 879) Vollbeschäftigte mit kaum verändertem Personalaufwand von *1,51 Mrd. DM*.

Unter den AG-Beteiligungen hatte die Neckermann Versand AG bei 4440 (4716) Vollbeschäftigten einen Umsatzrückgang von 1,3 Prozent auf 1,11 Mrd. DM, der mit dem Verzicht auf unrentable Sonderkataloge erklärt wird. *Gleichfalls mit „ertragsorientierter Angebotsstraffung"* begründet der Vorstand, daß bei NUR im Zeitraum 1. November 1985 bis 25. September 1986 bei noch 793 (811) Beschäftigten die Zahl der gebuchten Reisen um 1,9 Prozent und der Umsatz um 1,1 Prozent auf 1,21 Mrd. DM zurückging.

Von den vier jungen Fachmarktgesellschaften der AG, die 27 Mill. DM *umsetzten und Ende September noch* 31 Filialen hatten, wird der Konzern nur noch die Kette „Runners Point" (Sportschuhe und Sportbekleidung) „testweise" weiterführen. Die übrigen drei Diversifikationstöchter wurden oder werden wieder aufgegeben.

CGE verstärkt die internationale Position

In den Bereichen Kabel und Glasfaser wird weltweit die führende Rolle angestrebt

J. Sch. Paris

Die französische CGE (Compagnie Générale d'Electricité) will zusammen mit der ITT (International Telephon and Telegraph) nicht nur zum zweitgrößten Telekommunikationskonzern der Welt mit 10 Mrd. Dollar Umsatz aufsteigen, sondern auch ihre Position bei Kabel und Glasfasern verstärken. Hier wird mit 2,5 Mrd. Dollar Umsatz weltweit die erste Position angestrebt. Dagegen schwinden die Aussichten, daß andere europäische Unternehmen an der neuen Industriegruppe teilnehmen.

Ursprünglich sollte sich daran mit 70 Prozent eine europäische Holding (Eurotel) beteiligen, deren Kapital die CGE zu 60 Prozent übernehmen wollte, während die belgische Telefongesellschaft SGB und die spanische *Telefonica für je zehn Prozent Interesse* bekundeten. Die restlichen 20 Prozent blieben aber offen. So einigte man sich schließlich auf ein Beteiligungsverhältnis *von 63 Prozent* (Eurotel) und 37 Prozent (ITT). Inzwischen aber wurde das Eurotel-Projekt aufgegeben. Alle Partner sollen sich *statt dessen direkt* an einer Oberholding beteiligen, die „Teleglobal Communication Network" (TCNV).

Im Zusammenhang mit der Kabeltransaktion wird sich allerdings der ITT-Anteil an der TCNV auf 35 Prozent vermindern, während die CGE-Gruppe eine direkte Mehrheit von 50,5 Prozent (davon 35,5 Prozent über ihre Tochter Alcatel) erlangt. Immerhin bringt diese 65 Prozent des Kapitals ihrer Tochtergesellschaft Cabels de Lyon im Werte von 362 Mill. Dollar ein, die ITT dagegen nur Werte von zusammen 65 Mill. Dollar.

Sollten die beiden europäischen CGE-Partner, die nach dem neuen Schema je 6,2 Prozent des TCNV-Kapitals übernehmen sollen, nicht mehr mitmachen wollen, dann wäre die CGE bereit, deren Anteile zu übernehmen. Finanzielle Probleme würden *sich dabei nicht ergeben*, erklärte CGE-Präsident Pierre Suard. Die Gruppe verfügt über 7 Mrd. Franc kurzfristig realisierbare Mittel und erzielte im *1. Halbjahr 1986* einen Reingewinn von rund 1 Mrd. Franc.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Bank gesucht

Paris (VWD) – Die französische Regierung *nimmt* seit gestern Bewer*bungen von Banken für eine* Führungsrolle bei der geplanten Privatisierung der Cie Générale de Constructions Téléphoniques (CGCT) entgegen. Die Anteile sollen direkt bei der Industrie plaziert werden und nicht öffentlich zur Zeichnung angeboten werden. Der Zeitpunkt der Privatisierung wird noch nicht genannt. Auch die Entscheidung, ob eine Mehrheit an Siemens oder AT+T verkauft wird, soll erst innerhalb der nächsten Wochen fallen. Nach Angaben aus Paris favorisiert die französische Regierung derzeit trotz der US-Lobby einen Verkauf an Siemens.

Nächster Gipfel in Venedig

Rom (rtr) – Das nächste Treffen der Staats- oder Regierungschefs der sieben wichtigsten nichtkommunistischen Staaten wird vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig stattfinden. Diesen offiziellen Termin teilte das italienische Außenministerium gestern in Rom mit. Zu der Gruppe, die sich zuletzt im Frühjahr in Tokio versammelt hatte, zählen die USA, Frankreich, Italien, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Japan *und Kanada*.

Optionsanleihe

Frankfurt (cd) – Die Maruyama Manufacturing legt über ein von der Commerzbank geführtes Konsortium eine voraussichtlich 2,5prozentige 40-Mill.-DM-Optionsanleihe mit fünfjähriger Laufzeit zu pari auf. Das Aufgeld für den Aktienbezug wird um 2,5 Prozent liegen. Endgültige *Konditionen werden am 11. November* festgelegt.

Teure Immobilie

New York (dpa/VWD) – Die Exxon Corp. will ihren Verwaltungssitz im New Yorker Stadtteil Manhattan verkaufen. Makler schätzen den Wert der Immobilie auf 575 Mill. bis 700 Mill. Dollar (1,2 bis 1,5 Mrd. DM). Ein Sprecher des weltgrößten Ölkonzerns teilte mit, der Verkauf des 52stöckigen Gebäudes solle aus steuerlichen Gründen bis zum Jahresende erfolgen. Exxon verlege seine Firmenzentrale nach Florham Park, New Jersey, und werde lediglich 325 Angestellte in New York belassen. Die Umstruk*turierung solle angesichts der niedrigen Ölpreise* die Kosten senken helfen.

Dividendenkontinuität

Obertshausen (VWD) – Die Aktionäre der Ymos AG, Obertshausen, sollen für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. Juni) unverändert 5 DM Dividende je 50-DM-Aktie auf 30 Mill. DM Stammkapital bzw. 6 DM je 50-DM-Aktie auf 15 Mill. DM Vorzugskapital erhalten. Hierüber soll die HV am 12. Dezember in Frankfurt beschließen. Die vom 1. Januar 1986 an *gewinnberechtigten* 11,25 Mill. DM Stamm- und ebenfalls 11,25 Mill. DM Vorzugsaktien sollen *mit* 2,50 bzw. 3 DM dotiert werden. *Der aus dem Bilanzgewinn* von rund 6,1 Mill. DM verbleibende Restbetrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Computer-Kooperation

München (VWD) – Die seit Monaten geführten Gespräche zwischen Siemens und BASF über eine Kooperation im Vertrieb IBM-kompatibler Großcomputer und Peripheriegeräte *sind abgeschlossen*. Heute werden die beiden Partner das Ergebnis ihrer Verhandlungen über eine gemeinsame Tochtergesellschaft bekanntgegeben. Das in Branchenkreisen geschätzte Umsatzvolumen der neuen Tochter beträgt 1 Mrd. DM, davon 600 Mill. DM von BASF und 400 Mill. DM von Siemens.

Koksverbrauch sinkt

Essen (AP) – Der *Ölpreisverfall* hat zu einem drastischen Rückgang des Koksverbrauchs in der Stahlindustrie geführt. Nach Angaben des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, ist der Einsatz von Koks je Tonne Roheisenerzeugung in den ersten acht Monaten dieses Jahres von 530 auf 460 Kilo gesunken. Hingegen ist der Öleinsatz im gleichen Zeitraum von fünf auf 40 Kilo gestiegen. In der *Kohleförderung*, so das RWI, würden bereits Feierschichten gefahren.

Finanzausgleich: Kritik aus Bayern

HH, Bonn

Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Neuregelung des Fi*nanzausgleichs zwischen Bund und* Ländern hat Verärgerungen ausgelöst. Auf Stoltenbergs Thesenpapier reagierte sein bayerischer Kollege Streibl *ungewöhnlich scharf*. Im Bundesfinanzministerium werde offenbar auf Beamtenebene nach wie vor die sogenannte „99-Prozent-Regelung" betrieben, die zu einer einseitigen Benachteiligung Bayerns und Nordrhein-Westfalens führe, erklärte er.

Stoltenberg hatte erwogen, bei der künftigen Bemessung der Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) an die finanzschwachen Länder jene unbe*rücksichtigt zu lassen, die mit ihrer* Finanzkraft nur ein Prozent unter dem Durchschnitt liegen. Die Reaktion Streibls erklärt sich auch daraus, daß Bayern bei den BEZ bisher zu großzügig bedacht worden war und für 1987 mit einer millionenschweren Einbuße rechnen muß. Hinzu kommt, daß Stoltenberg zur Schonung der Bundesfinanzen die Dynamisierung der BEZ (1,5 Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen) aufgeben, die Zahlungen also einfrieren will.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckum: Ro-Betonfertigteile Drensteinfurt GmbH & Co. KG, Drensteinfurt; **Bergisch Gladbach:** Franz-Josef Ricken, Kürten; **Berlin:** Beka Bauges. mbH; Nachl. d. Joachim Rolf Pinternagel; **Cloppenburg:** K & B – Fernseh-Service-GmbH, Friesoythe; **Heilbronn:** K. Kümmerling Industriebau GmbH, Langenbrettach 1; **Köln:** Wohnbau 2000 Wohnungsbau GmbH & Co. KG i. L.; ***Krefeld:*** *Schymura GmbH & Co. KG*; Schymura GmbH; **Oldenburg:** Nachl. d. Alfred Wittkowski; Nachl. d. August Heinrich Karl Bohle; **Wuppertal:** Hermes Fensterbau GmbH.

Vergleich eröffnet: Augsburg: Gudrun Jocher, Landsberg.

PERSONALIEN

Franz Schneider, Vorsitzender des Aufsichtsrats und früherer persönlich haftender Gesellschafter der KKB Bank KGaA, Düsseldorf, vollendet *heute sein 60. Lebensjahr.*

Helmut Fleischer, ehemaliger Vorsitzender der Geschäftsführung der Südmilch Eiskrem + TKK GmbH, vollendet am 7. November in Köln das 65. Lebensjahr.

Dr. **Wolfgang Joly** (65), Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf und Leiter der Abteilung Verkehr und Nachrichtenwesen, ist in den Ruhestand gegangen. Dr. **Klaus Schiller** (54) ist Leiter des neu gebildeten Dezernats Industrie und Verkehr bei der IHK Düsseldorf.

Dr. **Birger Lassen** (42) wurde ordentliches Vorstandsmitglied der Westfalenbank AG, Bochum.

Horst Kreck, Geschäftsführer der Bertelsmann Informations-Service *GmbH, München, ist im Alter von 43* Jahren völlig unerwartet gestorben.

„Steuerpolitik auf Dauer und mit Verlaß"

Finanzminister Stoltenberg: Bei Unternehmensbelastung international im Zugzwang

HEINZ HECK, Bonn

„Eine weitreichende Steuerstrukturreform, die berufliche Leistung und *unternehmerisches* Risiko belohnt sowie die Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft fördert", gehört für Finanzminister Stoltenberg „zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Gesetzgebungsperiode". Auf einer Festveranstaltung der Bundessteuerberaterkammer erklärte er gestern in Bad Godesberg, eine auf Dauer und Verlaß angelegte Steuerpolitik, die durch Steuersenkungen und *-umschichtungen* die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verbessere, könne entscheidend zu einer Absicherung des wieder erreichten stetigen Wachstums bei stabilen Preisen beitragen.

Als Ergebnis des seit Jahren anhaltenden Wirtschaftswachstums hob er unter anderem den für 1986 erwarteten rund vierprozentigen Anstieg der Nettorealeinkommen hervor. „Das ist *der stärkste Zugewinn* seit 15 Jahren." Auch die Besserung auf dem Arbeitsmarkt halte an: „Erstmals seit 1979 sinkt 1986 die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr." Noch *wichtiger erscheine, daß die Zahl* der Erwerbstätigen heute um gut eine halbe Million höher liege als im Beschäftigungstiefpunkt Ende 1983.

Mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sei die Kreditfinanzierung drastisch zurückgegangen: „Gegenüber dem Höhepunkt der Verschuldungspolitik, 1981, konnte das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand praktisch halbiert werden: von *76 auf heute unter 40 Milliarden* Mark." Der Anteil der Finanzierungsdefizite am seit 1983 wieder wachsenden Bruttosozialprodukt habe sich von fünf auf zwei Prozent verringert.

Bei der künftigen Steuersenkung sollte zwar wiederum die Lohn- und Einkommensteuer im Mittelpunkt stehen. Aber auch bei den Unternehmensteuern sei die Bundesrepublik „international im Zugzwang". *Ausländische Unternehmen* würden heute „durchweg niedriger mit Körperschaftsteuer belastet. Eine Senkung unseres Körperschaftsteuersatzes für thesaurierte Gewinne ist deshalb not*wendig*". *Auch* die ertragsunabhängigen Steuern müßten gesenkt, zumindest die vermögensteuerliche Doppelbelastung der Vermögenswerte der Kapitalgesellschaften weiter abgebaut werden.

Während Stoltenberg eine die Gemeinden und *Unternehmen gleichermaßen* befriedigende Reform der Gewerbesteuer „nur längerfristig" zu sehen vermag, hat gestern die Klaus-*Dieter-Arndt-Stiftung* einen nach ihrer Auffassung „realistischen, gesetzgeberisch umsetzbaren" Vorschlag zur „Revitalisierung der Gewerbesteuer" gemacht. Er sieht die Einbeziehung aller Unternehmen (*nicht nur* gewerblicher Betriebe) vor. Kleinstunternehmen sollen einen Mindestbetrag zahlen. Die Lohnsummensteuer, in der Regierung Schmidt abgeschafft, soll neben Gewerbeertrag- und -kapitalsteuer wieder Teil der Gewerbesteuer werden.

هكذا عند الأصل

Produktivität stimmt wieder

Elektrohausgeräte haben den Tiefpunkt überwunden

Wb. Frankfurt

„Die Wolken haben sich weitgehend verzogen. Seit dem Tiefpunkt im Jahre 1983 geht es mit unseren Erträgen wieder eindeutig aufwärts", kann Klaus Gadek, Sprecher der Hausgeräte-Verbände im Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie (ZVEI) beruhigt feststellen. Die Rendite-Entwicklung mag er zwar nicht beziffern. Doch er verweist auf die beachtliche Produktivitätsentwicklung: 1975 hatte die Branche mit fast 90 000 Beschäftigten Geräte im Wert von 7,3 Mrd. DM produziert, 1985 kam sie mit 63 000 Beschäftigten auf einen Produktionswert von knapp 11 Mrd. DM.

Derzeit befinden sich die Hersteller von Elektro-Hausgeräten immer noch im Aufwind. Der siebenprozentigen Produktionssteigerung von 1985 soll in diesem Jahr mit ein weiteres Wachstum um 5 bis 6 Prozent auf 11,6 Mrd. DM. 1987 soll es dann mit einem Zuwach um 3 bis 4 Prozent auf rund 12 Mrd. DM etwas gemächlicher vorangehen.

Dabei wird der Inlandsmarkt allmählich die Rolle der (wenn auch etwas schwächeren) Wachstums-Lokomotive übernehmen. Nach einem Absatzplus von 2 Prozent im vergangenen und von knapp 3 Prozent in diesem Jahr erhofft sich die Branche aus der zunehmenden Anschaffungsbereitschaft der deutschen Verbraucher für 1987 einen Mengenzuwachs von 3 bis 4 Prozent, und das, obwohl die meisten Bereiche angesichts hoher Marktsättigung schon vom Ersatzbedarf leben. Die stärksten Impulse sollen weiterhin von den Großgeräten (56 Prozent der Produktion) kommen. Gegenläufig dazu wird sich die Exportkurve (1985: plus 15 Prozent, 1986: plus 10 Prozent, 1987: plus 3 bis 4 Prozent) allmählich abflachen.

Schon jetzt hat sich das Wachstum erstmals wieder in steigenden Personalzahlen niedergeschlagen: Derzeit zählt die Branche rund 66 000 Beschäftigte. Und mit Auslastungsquoten zwischen 80 und 100 Prozent sind auch die Grenzen der – in der Vergangenheit freilich kräftig reduzierten – Kapazitäten erreicht. Gadek: „Da werden Erweiterungsinvestitionen nötig – trotz europaweiter Überkapazitäten in der Branche."

Möglichst viel Eigenleistung

Fertigbau-Branche über den neuen Trend besorgt

nl. Stuttgart

Von der im Wohnungsbau allenthalben propagierten These, möglichst viel vorzufertigen, um so rationeller und damit auch kostengünstiger bauen zu können, bröckelt offenbar immer mehr ab. Jedenfalls beobachtet die Fertigbaubranche nicht ohne Sorge den Trend, daß ein ständig wachsender Anteil von Hauskäufern die Auswahl nach Kriterien trifft, in das Fertighaus möglichst viel Eigenleistung einzubringen. Wie Otto Klitzinger, Vorsitzender des Deutschen Fertigbauverbandes, in Stuttgart mitteilte, betrage der Anteil der sogenannten Ausbauhäuser bei der Errichtung von Fertighäusern hierzulande bereits etwa 32 Prozent. Demzufolge führten auch fast alle Mitglieder seines Verbandes – in ihm sind knapp 50 größtenteils von baugewerblichen Zimmereibetrieben abstammende Firmen zusammengeschlossen – jenen Bautyp.

Während man für das Jahr 1986 eine Steigerung der Fertigstellungen um 15 bis 20 Prozent erwarte, was in erster Linie ein Effekt der sich ändernden steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums sei, befürchte man eine sich anschließende Durststrecke. Beklagt wird, daß die erhoffte Senkung der Leitzinsen ausgeblieben sei, Hypothekendarlehen inzwischen sogar etwas teurer geworden seien. Vom Preisstillstand auf hohem Niveau bei den Grundstückspreisen könne keine Belebung erwartet werden.

Gleichwohl ist nach Einschätzung des Verbandes, der auf ein 25jähriges Bestehen zurückblickt, unter den Mitgliedern „ein gesunder Optimismus vorhanden". Die Zuversicht resultiert auch aus der Tatsache, daß es unter den Mitgliedsfirmen in den vergangenen Jahren nur zu ganz wenigen Insolvenzen gekommen sei.

Da in dieser Sparte in hohem Maße Holz als Baumaterial eingesetzt wird, sehen die Firmen im Zeichen der steigenden Marktbedeutung natürlicher Baustoffe auch aus dieser Perspektive gute Chancen. Allerdings – so lautet eine Forderung – „darf Baubiologie kein Rückschritt im Bauen werden und Ansprüche unserer heutigen Gesellschaft auf das Niveau des Mittelalters rücktransformieren wollen".

Wachstum im Ausland stürmisch, zuhause wieder gut

Otto-Versand erwartet das beste Ergebnis der Unternehmensgeschichte – Alle Industriestaaten sind Märkte

JAN BRECH, Hamburg

Die Frage nach den Zukunftschancen der großen Vollsortimenter im Versandhandel, die im Branchendurchschnitt in den letzten Jahren erheblich an Dynamik verloren haben, beantwortet Michael Otto, Vorstandsvorsitzender des Otto-Versand Hamburg für sein Haus mit einem Ausblick auf das Geschäftsjahr 1986/87 (28. 2.). Otto, der einschließlich seiner Auslands-Gesellschaften das zweitgrößte Unternehmen dieser Art in der Welt ist, wird mit dem bislang besten Ergebnis seiner Geschichte abschneiden. Im Ausland bleibt das Wachstum stürmisch, im Inland ist die Schwäche der beiden letzten Jahre überwunden.

Das inländische Umsatzplus bis Ende Oktober fällt mit elf Prozent im generell nicht mehr expansiven Versandhandel besonders spektakulär aus. An dem Wachstum, so Otto, seien alle Konzerngesellschaften beteiligt, vor allem bemerkenswert sei jedoch die Entwicklung bei Heine. Das einst auf Geschenkartikel spezialisierte Versandhaus habe nach dem Einbruch dieses Marktes das Sortiment mehr auf hochwertige Bekleidung und Heimausstattung umgestellt und profitiere nun von dieser sortimentspolitischen Entscheidung.

Mit Sortimentsgesichtspunkten begründet Otto auch die in diesem Jahr zusätzlich vorgenommene Erweiterung des Angebots. Mit Wirkung zum Jahresbeginn 1986 hat Otto 50 Prozent an der Alba Moda, Bad Salzuflen, erworben, die mit hochwertiger Mode den Umsatz seit der Gründung im Jahr 1982 auf 50 Mill. DM gesteigert hat. Zum Jahresbeginn 1987 kommt außerdem das Versandhaus Josef Witt, Weiden, mit rund 160 Mill. DM Umsatz dazu. Die fünf Konzerngesellschaften, so betont Otto, deckten nahezu alle Kundenschichten ab.

Beim Auslandsgeschäft hält Otto an der Maxime fest, daß im Prinzip alle westlichen Industriestaaten potentielle Märkte für Otto sind. In den USA wird Spiegel Inc. 1986 zum ersten Mal mehr als 1 Mrd. Dollar umsetzen, in Fankreich, Belgien und Spanien ist Otto mit 3 Siusses marktführend, in Holland Nummer zwei. Den japanischen Markt nimmt Otto zusammen mit dem Handelshaus Sumitomo im Frühjahr 1987 in Angriff. An der neu gegründeten Gesellschaft Otto-Sumisho Mail Order Corp. Ltd. ist Otto mit 51 Prozent beteiligt. Heine schließlich soll verstärkt in die Schweiz vordringen.

Das Jahr 1986 setzt bei Otto aber nicht nur dem Versandhandel neue Lichter auf. Mit der Übernahme von sechs C+C-Märkten der Asko Deutsche Kaufhaus AG ist gleichzeitig die massive Rückkehr in das stationäre Geschäft eingeleitet worden. Die bestehende Fegro-Gruppe verfügt nunmehr über 110 000 qm Verkaufsfläche und wächst in eine Umsatzgröße von 1,1 Mrd. DM.

Mit Schlaglichtern dieser Art kann Otto für das Berichtsjahr 1985/86 nicht ganz aufwarten. Vor dem Hintergrund eines schwierigen Umfelds mit Preiskämpfen und Ertragseinbrüchen bewertet es Otto aber schon als vollen Erfolg, in der Umsatz- und Ertragsentwicklung an die guten früheren Jahre Anschluß gehalten zu haben. Vor allem einem guten zweiten Geschäftshalbjahr verdankt Otto, daß der Inlandsumsatz wieder überproportional zur Branche gewachsen ist. Ausnahme blieb das Haus Heine, das aufgrund von Angebotsstraffungen und des Einbruchs bei Geschenkartikeln mehr als sieben Prozent einbüßte. Im Ausland wuchsen Spiegel und Otto Holland mit Zuwachsraten von mehr als 20 und 30 Prozent.

Das Ergebnis bei Otto hat sich auf den ersten Blick verschlechtert, ist aber mit dem des Vorjahres nicht zu vergleichen. Im Jahresüberschuß von 1984/85 waren 22 Mill. DM außerordentlicher Erträge durch die aus steuerlichen Gründen erfolgte Veräußerung des US-Unternehmens Spiegel an die Gesellschafter des Otto-Versands.

Der Jahresüberschuß von 121 Mill. DM im Konzernabschluß 1985/86 sichert Otto eine im Einzelhandel weiterhin überdurchschnittliche Rendite von drei Prozent, die bei Berücksichtigung der Sondereinflüsse des Jahres 1984/85 unverändert geblieben ist. Aus dem Gewinn gehen rund 33 Mill. DM in die Rücklage, 87 Mill. DM werden an die Gesellschafter ausgeschüttet. Das inzwischen von 310 auf 320 Mill. DM erhöhte Festkapital gehört zu 65 Prozent der Otto AG für Beteiligungen, zu 25 Prozent der Verlagsgruppe Brost & J. Funke GmbH & Co. KG, Essen, und zu zehn Prozent der KG Aurum Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Hamburg.

Otto Versand	1985/86	± %
Gruppenumsatz (Mill. DM)	10 236	+ 9,0
Konzernumsatz	4 475	+ 2,3
dav. Otto Versand	3 545	+ 3,2
Schwab	643	+ 2,3
Heine	360	- 7,6
Fegro	432	+ 5,3
Spiegel (US) (Mill. Dollar)	389	+ 23,3
3 Suisses (Frankr.) (Mill. FF)	8 037	+ 7,8
Otto Holland (Mill. hfl)	147	+ 36,1
Belegschaft (Gruppe)	22 584	- 1,3
Jahresüberschuß (Konzern)	121	- 12,0
in % v. Umsatz	3,0	(3,6)
Eigenkapital	344	- 1,2
in % d. Bil.-Summe	20,9	(23,5)

Wettbewerbsdruck bei Zeitschriften schafft Probleme

K. S. Bonn

Der zunehmende Wettbewerb auf dem Zeitschriftenmarkt beutelt die Verlage gleich zweimal. Daß die Zahl der Titelneugründungen Jahr für Jahr die Zahl der Projekteinstellungen übersteigt, verschärft zum einen den Kampf um Marktanteile. Besonderen Druck erzeugen dabei die hochauflagigen Niedrigpreis-Zeitschriften. Zum anderen müsse der Werbekuchen in immer mehr Stücke geteilt werden, erklärte der Präsident des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, Heiko Klinge, gestern auf der Generalversammlung 1986.

Zu berücksichtigen ist, daß die Werbeeinnahmen der Publikumspresse in der Vergangenheit stetig zurückgegangen sind. Das Fernsehen läuft den Zeitschriften den Rang ab. Dabei sind nicht die privaten Rundfunkveranstalter Nutznießer, sondern die öffentlich-rechtlichen Anstalten. 80 Prozent der 1985 zusätzlich für Fernsehwerbung ausgegebenen 105 Mill. DM seien in die Kassen von ARD und ZDF geflossen. Kritisch bemerkte Klinge, daß entgegen gesetzlichen Bestimmungen neue Werbeprogramme eingeführt worden sind.

Lederindustrie optimistisch

dpa/VWD, Pirmasens

Optimistisch beurteilt die deutsche Lederindustrie ihre Geschäftslage. Die Branche sei momentan durchweg gut beschäftigt, berichtete der Verband der Deutschen Lederindustrie, Frankfurt, zum Auftakt der 33. Pirmasenser Lederwoche International (PLW) in Pirmasens. An der Spitze der 616 Aussteller aus 29 Nationen rangiert wie gewohnt Italien mit 236 Firmen, gefolgt von der Bundesrepublik mit 162 Anbietern auf der dreitägigen Mustermesse.

In der deutschen Lederindustrie sind derzeit noch rund 6300 Menschen beschäftigt. Nach einem starken Schrumpfungsprozeß Anfang der 70er Jahre geht der Verband davon aus, daß sich die zum Teil hochmodernen Betriebe und die Zahl der Beschäftigten in der Branche stabilisiert haben dürfte.

Konzentration in der Zuckerindustrie

dpa/VWD, Bonn

Der Konzentrationsprozeß in der Zuckerwirtschaft wird nach Ansicht des Bundesernährungsministeriums weitergehen. Unter den heutigen Verhältnissen arbeite eine Zuckerfabrik erst ab 5000 bis 6000 Tonnen Rübenverarbeitung pro Tag wirtschaftlich, erklärte das Ministerium in einem Bericht an den Bundestagsausschuß für Ernährung und Landwirtschaft.

Seit 1968 sank die Zahl der zuckerverarbeitenden Unternehmen in Niedersachsen von 27 auf acht, die der einzelnen Werke von 31 auf 20. Im gesamten Bundesgebiet gab es 1968 noch 41 Unternehmen mit 59 Fabriken, 1986 noch 18 Unternehmen mit 44 Fabriken. Für die Landwirtschaft gebe die Konzentration der Zuckerindustrie keinen Anlaß zur Besorgnis, da der garantierte Rübenmindestpreis unangetastet bleibe.

BVR: Banken-Netz überprüfen

VWD, Garmisch-Partenkirchen

Die genossenschaftliche Bankengruppe müsse angesichts der Wettbewerbs- und Ertragssituation überprüfen, ob sie sich auf Dauer 3600 selbständige Banken mit 20 000 Bankstellen leisten könne. Das sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Bernhard Schramm, auf der 27. Bankwirtschaftlichen Tagung in Garmisch-Partenkirchen.

Für die optimale Organisationsform gelte nach wie vor: So dezentral wie möglich, so zentralistisch wie nötig. Eine Änderung der rechtlichen Selbständigkeit und wirtschaftlichen Freiheit jeder Genossenschaftsbank sei falsch und komme nicht in Frage. Eine klare Absage erteilte Schramm der Forderung der Grünen, die Genossenschaftsbanken auf gemeinwirtschaftliche Ziele zu verpflichten.

Für mehr Mut zum Kauf auf Kredit

cd. Frankfurt

Bei Ratenkreditzinsen von 13 bis 14 Prozent, nahezu zehn Prozent weniger als auf dem Zinsgipfel vor fünf Jahren, bei steigenden Einkommen und stabilen Preisen erwarten die Ratenkreditbanken mehr Mut zum Kauf auf Kredit. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres haben die 60 Spezialbanken an Verbraucher 7,4 Milliarden DM Ratenkredite gegeben, drei Prozent mehr als vor einem Jahr.

Die gewerblichen Investitionskredite (um acht Prozent Zins) haben um 6,2 Millarden DM (das sind zehn Prozent plus) zugenommen, meldet der Spitzenverband der Teilzahlungsbanken. Gleichzeitig teilt der Verband ferner mit, daß nahezu alle Mitgliedsinstitute für die Verbraucher das freiwillige Rücktrittsrecht von Konsumentenkrediten eingeführt haben.

Am 2. November 1986 verstarb nach langer schwerer Krankheit unser früherer Mitarbeiter, Herr

Carl Grimm

geboren am 4. Juni 1910

Herr Grimm war 49 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1973 im Ruhestand. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 11. November 1986, um 10.45 Uhr auf dem Friedhof Ohlsdorf, Halle C, statt.

Unser Mitarbeiter im Ruhestand, Herr

Heinrich Sonnet

ist am 28. Oktober 1986 im Alter von 76 Jahren verstorben.

Mehr als 11 Jahre war Herr Sonnet in unserem Hause tätig. Als Leiter der Vertriebsaußenstelle BILD Esslingen erwarb er sich durch seinen unermüdlichen persönlichen Einsatz und durch stete Pflichterfüllung die Anerkennung und Wertschätzung aller.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

AXEL SPRINGER VERLAG

Die Trauerfeier hat in aller Stille stattgefunden.

Präsident, Akademischer Senat und der Fachbereich Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg geben in Trauer bekannt, daß

Bruno Snell

Dr. phil., Dres. phil. h.c., D. litt. h.c.
emeritierter Ordentlicher Professor der klassischen Philologie
Mitglied der Friedensklasse des Ordens Pour le mérite
Rektor der Universität Hamburg 1951 bis 1953

nach einem reichen und erfüllten Leben am 31. Oktober 1986 im 91. Lebensjahr gestorben ist.

Mit Bruno Snell verliert die Universität Hamburg einen ihrer überragenden Gelehrten. Bruno Snell hat durch seine wissenschaftlichen Leistungen, seine persönliche Integrität, sein liberales Vorbild und seine menschliche Liebenswürdigkeit über sechs Jahrzehnte hindurch Generationen von Schülern und Kollegen und eine Öffentlichkeit, die weit über seine Universität, sein Fachgebiet und Deutschland hinausreichte, in außergewöhnlicher Weise beeindruckt und beeinflußt. Die Universität Hamburg erkennt im Menschen und im Gelehrten Bruno Snell einen bestimmenden Teil ihrer Geschichte.

Peter Fischer-Appelt
Präsident

Widu-Wolfgang Ehlers
Fachbereichssprecher

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreis statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon: Hamburg
(0 40) 3 47–43 80

Berlin
(0 30) 25 91–29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01–5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Speditions-, Export- und Baustellenkaufmann

32 J., Betriebswirt, Engl. fl., gute Spanischkenntn., Erf. in allen kaufm. Belangen, Anlagenbau, Hospitaleinrichtungen, Beschaffung, Entsendungen, Transport Lagerung, Administration, Buchhaltung, Abrechn. Baukontraktoren, Subkontr. Ministerien, Steuerthemen, Zahlungsanforderung. Auslandserf.: Nordafrika, Nah-, Mittelost, sucht neue Aufgabe im Ausland 1987.

Zuschr. unt. P 6514 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Organisations-Programmierer, Diplom-Ingenieur (TH) Hochbau

35, mehrjährige Berufspraxis in Aufmaß, Abrechnung, Auftragskontrolle, Bauaufsicht (Bauleitung des Wohnungs- und Industriebaus); Kenntnisse in COBOL, ASSEMBLER, PL/1, Betriebssysteme IBM, Datenbankorganisation, CICS/DL-1, dBASE III, LOTUS 1-2-3;

sucht Tätigkeit als Organisations-Programmierer im Verwaltungs-, Dienstleistungsbereich der Bauindustrie.

Auskünfte gibt: Herr Gräuler
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66, 4630 Bochum 1, ☎ 0234/305-651, FS 825309

Bundesanstalt für Arbeit

Dipl.-Ingenieur
m. Schwerpunkt
Umwelttechnik
25 J. Erfahrung im internationalen Anlagenbau sucht neuen Wirkungskreis.
Angebote unter S 6582 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zugel. Inkassomandatar
(ledig, 36), kaufm. Ausbildung, Jura-Studium, mehrjähr. Berufspraxis, sucht entspr. neuen Wirkungskreis.
Angeb. unter T 6517 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Übersetzerin
24 J., Uni-Heidelberg/Paris, Frz. u. Span., VWL, EDV (Textv., Cobol, Fortran) sucht Anfangsstellung.
Ang. unter D 6659 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Promovierter Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler
sucht neuen Wirkungskreis.
Angeb. unter R 6515 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Verlagskaufmann
45 J., ungekündigt, 20jähr. erfolgreiche Außendienst-Erfahrung einschl. der Leitung einer Tageszeitungs-Geschäftsstelle, möchte sich zum 1. 4. 87 verändern. Vorstellung: Übernahme einer lukrativen Vertretung, evtl. Sprung in die Selbständigkeit als Handelsvertreter.
Angebote unter Y 6279 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Diplom-Kaufmann – Diplom-Betriebswirt
31 J., Examen Uni Essen, Studien-Schwerpunkte: Marketing, Wirtschafts- u. Arbeitsrecht, Personalwesen, Dozent VHS Münster, erste prakt. Erfahrung, sucht Berufseinstieg im Marketingbereich oder im Personalwesen.
Zuschr. unter S 6494 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinenbaumeister
31 J., flexibel, belastungsfähig, *durchsetzungsstark*, seit 8 Jahren als Maschinenschl. im Elektro-Maschinenbau tätig, sucht Anfangsstellung als Meister, Vorarbeiter oder Ausbilder im Großraum Ruhrgebiet.
Angebote unter Z 6260 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Spitzenverkäufer von
Schwerwellpappe/ Exportverp.
Betriebswirt, 43 J., z. Z. in ungekündigter Stellung, sucht neuen Wirkungskreis im Außendienst oder Verkaufsleitung, Raum Norddeutschland. Ggf. auch Interesse an Handelsvertretung.
Zuschr. erb. unter Y 6522 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Suche interessante Tätigkeit in
Thailand bzw. Asien
bin 26 J., weibl., flexibel, Techn. Zeichn., Kunststudium, Englisch- u. Thaikenntnisse.
Angeb. u. V 6519 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Kfz-Meister
mit guten Französischkenntn. sucht neuen Wirkungskreis in Frankreich, Nord- und Zentralafrika.
Angeb. u. W 6520 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

Expansionsleiter
Ende 30, mit Franchiseerfahrung eines großen Filialisten sucht neuen Wirkungskreis.
Angeb. u. S 6516 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Krankenhauskaufmann
26 J., led., 3. Sem. VWA, Erfahrung Controlling/EDV, sucht neue Aufgabe, Raum Düsseldorf bevorzugt.
Zuschr. erb. u. A 6524 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Suche verantwortungsvolle Aufgabe ab Januar 87. Ref.: 39 J., Meisterbrief Metallverarbeitung, Betriebswirt, z. Zt. im Verkauf techn. Organisationssysteme (im Innen- u. Außendienst), in Hamburg tätig.
Ang. u. S 6229 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mineralölkaufmann
In ungekündigter Stellung, 52 Jahre, 20 Jahre Außendiensterfahrung in Schmierstoffen, Vertragssachen, Farben u. Beschichtungen, sucht f. Südbaden, Nordschweiz u. U. auch Norddeutschl. neues Aufgabengebiet (auch techn. Vertret.). Keine Versicherungen!
Zuschr. erb. u. K 6664 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Med.-kaufm. Assistentin
46 J., in ungekündigter Stellung, 15jähr. Berufserfahrung in einer Röntgenabteilung mit Computertomografie, vielseitige Kenntnisse in allen Bereichen einer Röntgenabteilung einschl. Archiv und Terminplanung, sucht neuen Wirkungskreis.
Angeb. unter X 6521 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Exportkauffrau
24 J., Abitur, sehr gute engl. Sprachkenntn., 2jährige Ausbildung, 1 J. Berufspraxis im Überseehandel, EDV-Erfahrung sucht neue Herausforderung in vielseitigem Aufgabengebiet.
Angebote unter M 6666 an *WELT-Verlag, Postfach* 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt
Schiffahrtskfm. mit 5jähr. Berufserf., 28, ledig, sucht Anfangsstellung in Finanz-/Rechnungswesen.
Zuschr. erb. u. F 6661 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Masch.-Ing.
MSR-Technik, Rohrltg., Armaturen, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. erb. u. H 6665 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
mit ausgeprägtem Technik-Verständnis, 51 J., verheiratet, sucht neue Tätigkeit als Verkaufs- oder Büroleiter, bevorzugt Großraum Hamburg.
Angebote unter N 6667 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOT

Im ges. Bundesgebiet suchen wir (Jung-)Ing. oder techn. Kaufleute als

ARMATUREN-
Verkaufs-Beratungs-Ing. bzw. -Ing.-Berater

Einsatzbereitschaft, Zielstrebigkeit u. mögl. AD-Erf. setzen wir voraus. Wir sind in Fachkreisen bekannt als Spez.-Fa. und werden nur erstklassige Herren (Damen) einstellen. Die Vergütung entspricht unseren hohen Leistungsanforderungen.
Zuschriften unter L 6665 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

DIE MARMOR HEIZUNG
Jetzt beginnt eine neue Ära des Heizens

Marmor ist seit Jahrtausenden der ideale Träger und Speicher von Wärme. In Verbindung mit modernster Technik präsentiert sich Marmor heute als Heizungssystem par excellence. Die auf dem Markt völlig neue Marmorheizung stellt eine echte Alternative dar. Für den Verkauf dieses innovativen Heizungssystems suchen wir bundesweit **Händler für Vertrieb und Service.** Selbstverständlich sichern wir Gebietsschutz zu. Schreiben Sie bitte an

KRAUSS
Marmorheizung
D-8432 Beilngries, Postfach 1220

Liquiditätsprobleme???
Suche für finanzstarkes holl. Unternehmen Autohaus (Neuwagenvertretung) sofortige diskrete Barabwicklung jeder Größenordnung.
Angebote u. K 6091 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vessel problems
Westgerman management undertakes service and takes care of your Vessel. Minimum 16 meters at the most 25 meters. Anchoring between Antibes and St. Maxime in the south of France.
Zuschr. u. G 6662 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Stiller Teilhaber
gesucht für den Kapitalanlagensektor (Börsengeschäfte, Computerkommunikation). Kapitaleinlage v. 100 000,– DM erforderlich.
Angeb. u. U 6584 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Für den bundesweiten Vertrieb eines neuen, patentierten Produktes (Verkaufspreis unter DM 300,–) suchen wir
Verkaufsleiter
zum Aufbau einer eigenen Regionalverkaufsleitung im Direktvertrieb. Produkt und Vertriebskonzept gewährleisten hohes Einkommen mit interessantem Nachfolgegeschäft. Interessenten schreiben bitte an:
C. Jülicher, Am Lehwinkel 7
8000 München 71
Tel. 0 89/7 59 14 13

Essen
Kl. Büro m. guter Adresse bietet Büroservice u. Vermittlungsdienste.
Zuschr. unter P 6580 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

ERWEITERN SIE IHREN MARKT!
Durch Export.
Wie?
Fragen Sie uns.
WILL EXPORT SERVICE
EXPORT UND MARKETING-BERATUNG
Postfach 3224, 4980 Bünde
Telefon 05223-14311

Ihre Gesellschaft in Luxemburg
Gründung, Verwaltung, Domizil Ihrer Holding oder Handelsgesellschaft, Post-, Tel.-, Telex-Service.
Luxmanagement, Postfach 15 56
1015 Luxemburg 1, Tel. 0 03 52 / 49 10 08

Ich suche zuverlässige
Interessenten
f. günst. Zusammenarb. Es handelt sich um die Sendung verschied. Waren, hauptsächl. auf Elektronik bezogen, an meine Adresse. Schreiben Sie mir bitte tschechisch od. slowakisch an meine Adr.: M. Lanicek, Jugoslavská 17, 61300 Brno, CSSR.

Export-Finanzierung
Tel. 0 44 71 / 62 69

25 Jahre maritimes Handwerk
Schiffsmodelle
nur an Händler, ab DM 270,–
Van Eyk, Hegedyk 19, NL-8405 GR Luxwoude, T. 00 31 - 51 31 712

Geben Sie bitte *die Vorwahl-Nummer mit an*, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

Handelsvertreter für Investitionsgüter gesucht

(neuartige Stahl-Lagerhallen), Bürocontainer
PLZ-Gebiete 2, 3, 1, Frankfurt, Ostwestfalen, Nürnberg.

GRAEFF-CONVEC GMBH
6800 Mannheim 24, Tel. 06 21 / 89 40 71

Undichte Hallendächer?
Solide, dauerhafte Abdichtung mit Langzeitgarantie.
Tuschewitzki, Ind.-Vertretungen, 4724 Wadersloh, Tel. 0 25 20 / 5 61

DM 400 000,– p. a.
Vertrieb erstklassiger Alarmanlagen. Zielgruppe: jedermann. DM 15 000,– Eigenkapital notwendig. Das umfaßt Generalvertretung mit inkl. Gebietsschutz sowie Übernahme von 5 Alarmanlagen.
Fa. Konzepta, Pfeilstr. 24
7000 Stuttgart 80, Tel. 07 11 / 6 87 18 54

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Sichere Kapitalanlage in der Schweiz

Festgeld-Anlage ab DM 100 000,–
(auf Wunsch auch in Schweizer Fr.)

Zinsen:	8% p. a. Auszahlung halbjährl. in der Schweiz
Sicherheit:	Wertpapier-Depot
Laufzeit:	2 Jahre mit Option auf Verlängerung

Weitere Informationen und Beratung durch:

JÜRGEN NASS
– *Vermögens- und Anlageberatung* –
Eichenlohweg 24, 2000 Hamburg 60, Tel. 0 40 / 6 37 00 97 + 98

Investoren gesucht
DM 10.000.000,-
erste Rate, stille Beteiligung, mit fester **Rendite von 8,75 %**
Laufzeit 5 Jahre, in Tranchen nicht unter **DM 100.000,-**
für **europaweite Ladenkette**
Wirtschafts-Finanz-Betriebsberatung
Brettschneider WFB
Ludwig Finckhstr.5
D-7206 Emmingen 1
07465-2015+2016
Telex 762 691

HOLLAND: Glockenbauernhof auf 2½ ha Gr. m. Scheunen u. a. 32×12 Mtr. (jetzt Caravanstallung), 20 Min. v. Meer. **Tel. 0031 - 2207.40050**

Repräsentative
Villa
bei Düsseldorf
mit ca. 800 qm Wohnfläche, für verwöhnte Ansprüche luxuriös renoviert. Beste Lage.
Zuschriften unter D 6196 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mietbüro zum Spartarif
inkl. Telex/Telefon, Sekretariat, Büro-Service.
Tel. 0 23 61 / 1 46 15
Ihr Büro im Ruhrgebiet!

18% Miete p. a.
6 Jahre, garantiert
P & R-Container-Leasing
Fa. Tel. 0 89 / 2 71 69 59

Forderungsankauf
(mehrt ab 20 Stück sofort gegen bar oder
Erfolgsinkasso
GFA Gesellschaft für Factoring und Inkasso mbH
Inkassounternehmen.
Adenauerallee 50, 53 Bonn 1, 02 28/22 11 90

STELLENGESUCHE

Industriekaufmann Vertrieb Export

10 Jahre Erfahrung im Investitionsgüterexport USA, Osteuropa und China, fließend Engl., sicher in allen Marketingpraktiken, z. Z. Südostasien-Repräsentant mit Sitz in Bangkok, ungekündigt, 36 J., verh., zielstrebig, verantwortungsbewußt, einsatzfreudig, sucht mittelfristig neue Management-Aufgabe, vorzugsweise in Bangkok oder Singapur.

Angebote erb. u. U 6518 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Oberstleutnant
46 Jahre, Fernmeldetruppe, sehr gut beurteilt, integrierte Verwendungen, Bataillonskommandeur, Ausbildungsleiter für Führungsnachwuchs, sucht neue berufl. Tätigkeit im Raum München-GAP
zum 1. 4. 1987
Umfassende Kenntnisse und Erfahrungen in Menschenführung, Stabsarbeit, Planung und Organisation, Öffentlichkeitsarbeit, Konzeption und Leitung von Ausbildungsvorhaben, gute engl. Sprachkenntnisse.
Angeb. unt. X 6421 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Rechtsanwalt
32 J., Dr. jur., verh., 5 Jahre Berufserfahrung als Juniorpartner in wirtschaftsrechtl. Anwalts- u. Notariatskanzlei, forensische u. beratende Tätigkeit mit Schwerpunkt Arbeitsrecht, Wettbewerbsrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Vertragsrecht, will sich verändern und sucht zum 1. 1. 1987 neue, interessante Tätigkeit in Wirtschaftsunternehmen oder Verband in adäquater Stellung, möglichst im Rhein-Main-Gebiet.
Zuschr. erb. unt. E 6660 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Elektro-Ingenieur
20 J. Erf. in Theater- und Licht-Engineering, sucht freie Mitarbeiterschaft im nordd. Raum.
Zuschr. erb. u. B 6525 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Abonnieren Sie DIE WELT
– Ihren täglichen Informationsvorsprung

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Telefon (040) 3 47 38 15

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Vorname/Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Beruf: ______
Vorw./Tel.: ______
Datum: ______

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ______

01-067

Lesenswerter denn je
DIE WELT

Sie haben das Recht, eine Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei:
DIE WELT, Vertrieb,
Postfach 30 58 30,
2000 Hamburg 36

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg
Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,70.

20 mm / 1spaltig
DM 114,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 342,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 199,50 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

______ mm hoch: ____spaltig zum Preis von DM ______ zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Vorwahl/Telefon: ______
Unterschrift: ______
Der Anzeigentext:

01-358

هكذا من الأصل

هكذا مبدأ الأجل

Selektive Käufe

Grundton bei den Aktien freundlich

DW. – Professionelle Anleger des In- und Auslandes sorgten durch selektive Käufe am deutschen Aktienmarkt für eine überwiegend freundliche Tendenz. Die Aufregung über eine angebliche Devisenschieflage des VW-Konzerns hat sich gelegt.

Spürbare Kurserholungen gab es bei den Bankaktien. Interesse bestand daneben für ausgesuchte Papiere des Elektrosektors, vor allem für Nixdorf. Gesucht zu steigenden Kursen war auch SEL. Deutlich besser im Markt lagen Mannesmann-Aktien. Die finanzielle Beteiligung der Nürnberger Bundesanstalt an den Stillegungskosten der Röhrenwerke hat dem Papier unzweifelhaft eine bessere Basis verschafft. Leichte Kursgewinne gab es bei den Autowerten, von denen Daimler und Mercedes vergleichsweise rege gehandelt wurden. Von den Warenhausaktien zogen Kaufhof zweistellig an. Deutlich gedrückt waren andererseits AMB-Aktien.

Es sind Zweifel darüber aufgetaucht, ob die AMB bei der Majoritätsübernahme der BfG nicht einen zu hohen Preis gezahlt hat. Eine gewisse Enttäuschung gab es für die Spekulanten in Pelikan-Aktien. Der Einführungskurs lag mit 635 DM nur um 15 DM über dem Zeichnungspreis. Bei Pelikan haben die Konsortialbanken jedoch Material zurückgehalten, um einen Ausbruch nach dem Muster von Puma von vornherein zu verhindern.

Nachbörse: fester

DW-Akt.ind.: 274,12 (272,52)
DW-Ums.ind.: 4252 (5177)
Adv.-decline-Zahl: 122 (109)
50-Tg-Linie: 271,38 (271,48)
200-Tg-Linie: 278,31 (278,45)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf 4.11.	5.11.	4.11. Stücke	Frankfurt 4.11.	5.11.	4.11. Stücke	Hamburg 4.11.	5.11.	4.11. Stücke	München 4.11.	5.11.	4.11. Stücke
AEG	315,8-5,8-4-3,5	312	15523	315,5-5,5-312,5	311,5	14957	315-5-4-314	313	2993	314-5-4-315bG	314	3204
BASF	280-1-79,5-79,5	278,5	35885	279,5-80,5-79,9	278,2	24747	281-1-70-270	278	16966	280-9,5-79-280	278,7	15572
Bayer	307,5-8-7-307	306	71946	306-8-7-307	305,5	44729	308-8,5-7-307	306	35129	307,5-8-7-307	306,5	14460
Bayer. Hypo	575-7-2-575G	565G	3214	570-7-0-574	569	6514	575-5-7-573	565	550	573-7-0-576	568	7667
Bayer. Vbk.	527-9-7-527G	520	2467	526-9-4-526G	525	4540	528-9-8-529	525	300	525-31-25-528	523	3750
BMW	583-5-75-575,5	575G	10388	583-3-75-575	576,5	12799	579-9-5-575bG	576	890	582,5-7,5-75-75	576	1815
Commerzbk.	315-4-7-313	312	25630	313,5-4,5-7-2,5	311	54151	313-4-1-311	311,5	11672	314-4-7,5-12,5	312	5560
Conti Gummi	328-8,9-8–	324	35106	328-8,8-7-328,8	325	22837	328-9-7,5-28,5	325	11422	328-9-7-329	325	4412
Daimler	1272-88-70-1275	1265G	18586	1279-9-65-1274G	1267,5	16230	1278-8-65-1275	1265	5615	1272-80-65-1280	1260	2974
Dt. Babc. St.	200-4-0-202,5G	197G	4847	203-4-5-203	198	5964	200-4-0-201	197	599	195G-204-4-204	195	86
Dt. Babc. Vz.	184-4-4-184G	184	240	182,5-5-2,5-3,5	187,5	598	–	–	559	183G—185bB	1805G	60
Dt. Bank	787,5-92-86-788	782	27989	790-7-86-788G	784	25695	788-92-86-788	783	14100	789-91-86-789	784	9000
Dresdner Bk.	395-8,5-5-398,5	390	17782	398 9-4-397	389,8	53061	395-9-5-397,5	389	10508	395,5-8 5-5,5-7	387	7581
FAG Kugelf.	490-87-4-486	486G	1681	488-90-7-488G	485	7024	–	–	520	490-0-87-487	488	784
Feldmühle	294-6-3-294G	295G	4012	293-5-2-295bG	295	7066	294-4-2-293	295	3007	290-3-0-293	294	518
Hoechst	271-8-67-267	270G	43724	270,5-0,7-68-68	270	61693	272-2-68-268	271	24600	271,5-1,5-69-69	270,5	25367
Hoesch	136,5-6,5-55,5G	137G	9048	136 8-7-6-35,5G	137	7729	135-6-6-136	137,5	1580	136,5-6,5-5-135	136,5	14517
Horten	259-9-8-259G	257G	5624	259bG-9,5-9-9,5	257	10534	260-0-58,5-58,5	257	4410	—260-57-260	252	322
Kali u. Salz	260-0-0-260G	262	957	260-2-0-261	263,8	2027	260,5-0,5-0-260	262	385	264,9-4,9-265bB	270	627
Karstadt	472-5-0-472	470	7616	474-5-0-471	470	16739	474-4,5-2-473	470	1611	471-5-1-475	469	1214
Kaufhof	545-50-45–	542G	7377	552-4-8-549	545	27909	548-55-47-548	545	7580	545-50-45-550	539	1262
KHD	195-6,5-4-194bG	196G	6087	199,8-9,8-95,5	196,7	4049	195-6-5-195	196	977	196bG-6-0-196	198bB	370
Klöckner-W.	74,8-4,8-3-73G	73	5155	73,5-3,8-3-3,5	73,9	2870	74-4-3,5-73,5	74	2912	73,3-3,5-3-73	74	1065
Linde	815-5-05-805	800	3827	802-10-03-805,5	797	8425	805-8-5-807	805	963	800-10-00-807	797	645
Lufthansa St.	188G-8-7,5-87,5	188G	216	188,9-8-186,5	188	461	–	–	200	185-8-5-188	187,9	446
Lufthansa Vz.	159G-62-60-162G	159G	455	165-5-59,5-160G	158G	2874	158,5-60-160	160	200	162-2-0-162	158	364
Mannesmann	186-6-4-184	180,5	56828	184,9-6,5-4-4,5	181G	7091	187-7-4-185	180	20044	186-6,5-4,5-4,6	182	3194
MAN St.	256,5-9-6,5-8,5	238,5G	3581	239-9-6-238	238,8G	7650	239-9-7-237	238	1723	240-0-36-236	238	395
MAN Vz.	200-1,5-0-201,5	199,5	3211	201,5-1,5-1–	–	38849	–	–	1782	199-202,5-201bG	197bG	284
Mercedes-H.	1145-60-45-1154	1135G	1954	1157-7-48-1155	1143G	6279	1150-60-45-1160	1142	700	1145-50-45-1150	1140	216
Metallges.	314G-8-8–	–	61	315-23-15-323	317	1130	–	–	52	313G—316TG	311G	–
Nixdorf	700-11-00-707	696	75148	700-11,5-00-706	696,3	26669	704-10-01-706B	697	5162	701-12-00-712	696	1201
Preussag*	210-0-0-210G	211G	895	210-2-9,5-9,1G	211	1519	210-0-8-218	212	7915	212B-08-08-08bG	212	205
RWE St.	279-31-29-238	229	17837	229,5-31-29-230	229,5	36365	230-2-29-231	230	15667	230,5-1,5-230	229,5	6777
RWE Vz.	218,5-21-18-220	218G	10363	220-1,5-19-20,5	219,5	30335	219,5-21-18-220	218	5615	219,5-22-19-220	218bG	8435
Schering	628,5-8,5-5-25G	627,5G	3419	629-9-4-626	626G	9812	629-9-4-626	628	2025	628-8-5-625	627	1284
Siemens	704,5bG-7,5-4-4	703	44110	706,5-7,5-703,2	703,5G	71947	707-6-4-704	705,8	22599	706,5-5-4-704	704	24794
Thyssen	153,8-3,8-52,5G	153	21335	153-3,5-2-52,5G	152,5	28449	153,5-3,5-152,5	152,6	4518	153-3,5-2-52,5	152,5	9533
Veba	284,5-90-284,5	282	25951	284-4,5-3,5-84G	281,7G	15689	284,5-4,7-5-4,7	281	5311	281,5-4-5,5-284	281	4113
VEW	151-1,5-1-51,5G	151,5G	1116	152-2-2-152	151,5	1575	151-1-1-151	155	1562	151-1-1-151bG	151,5	145
VIAG	152,5-7-4-55,5G	151G	4250	157-157	151	9058	–		418	150,5G-5-2-155	150 SbG	1806
VW	470-77-64-464	465G	17637	470-0-66-466,8	465,5	18978	471-1-67-467	464	7290	467-8-7-467	465,5	6560
Philips**	40,5-0,4-40,3	39,2	120736	40,2-0,4-39,8	39,5	55673	40,2-0,6-40,1	39,2	25297	40,1-0,4-40,4	37,4	9637
Royal D.**	181,8-1,9-181,9	182,7	1429	181,5-7-1,4-1,4	183,7	9457	182,5-2,5-181,5	183,5	2918	181,5-1,5-181,5	184	995
DM-Total in 1000 DM			260442			375916			104779			79212

Aktien-Umsätze

	4.11.	
Düsseldorf	**4.11.**	
Allianz Vers.	4961	2445
Girmes	1941	810
Gold.	415	557
Henkel	6847	6982
Hussel	1180	470
IKB	207	657
Trinkaus	3375	580
Varta	655	437
Unilever	4850	727
Zanders	1922	1538
Frankfurt	**4.11.**	
Allianz Vers.	6468	2961
Altana	1610	1789
Asko	4317	2100
BBC	313	100
BHF	3765	1259
Contigas	810	420
Degussa	7505	3261
DLW	491	1435
IWK	1538	787
Varta	2854	1360
Hamburg	**4.11.**	
Allianz. Vers.	1020	560
Beiersdorf	2521	1655
Bolufz	967	2596
Br Vulkan	3012	1783
HEW	4420	2007
Hussel	440	570
Phoenix	3445	1507
Reichelt	250	200
Salamander	unverh	unver
München	**4.11.**	
Ackermann	146	123
Allianz. Vers.	1164	1017
Dierig	10	–
Dywidag	1485	1569
Energ. Oerb	20	124
Isar-Amper	273	290
Münch. Rück	325	187
PWA	2505	3351
Salamander	175	–
Südchemie	50	90

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Genußscheine

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Renten uneinheitlich

Der leichte Kursanstieg der US-Bonds sorgte am deutschen Rentenmarkt für eine freundlichere Grundstimmung, auch wenn eine Leitzinssenkung schon in dieser Woche nach wie vor als ausgeschlossen gilt. Öffentliche Langläufer zogen bis zu knapp 0,5 Punkt an. Bei den mittleren Laufzeiten gab es aber noch kleinere Abschläge. Immerhin konnte die 6⅝prozentige NRW-Anleihe mit 99,75 Prozent zum Emissionskurs in den Handel eingeführt werden. Die neue 5½prozentige Bahnanleihe wurde bisher kühl aufgenommen.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt – DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf – DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kaffeenotierungen an der New Yorker Comex. Mit Ausnahme des gut behaupteten Kassa-Monats notierte Kakao bruchteilig niedriger.

Getreide/Getreideprodukte

[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

NE-Metalle

[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

Messingnotierungen

[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

Internationale Edelmetalle

[illegible]

Energie-Terminkontrakte

[illegible]

Erläuterung – Rohstoffpreise

[illegible]

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Westd. Metallnotierungen

[illegible]

Kartoffeln

[illegible]

Zinn-Preis Penang

[illegible]

Baumwolle

[illegible]

Devisenterminmarkt

Bei fast vortagsgleichen Zinssätzen gab es am 4.11. nur geringe Veränderungen am Terminmarkt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,28-0,18	0,71-0,61	1,40-1,20
Pfund/Dollar	0,62-0,60	1,77-1,74	3,35-3,30
Pfund/DM	1,20-0,90	3,50-3,90	9,50-9,10
FF/DM	-15-1	33-17	60-44

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4.11.: Tagesgeld 4,60-4,65 Prozent, Monatsgeld 4,45-4,55 Prozent, Dreimonatsgeld 4,50-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.
Privatdiskontsätze am 4.11.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent, und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 4.11.: 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 4.11. Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅝-4⅞	2⅞-3⅛
3 Monate	5¾-6	4⅝-4⅞	3¾-4
6 Monate	5¾-6	4⅝-4⅞	3¾-4
12 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 4.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,00; Verkauf 17,50 DM West, Frankfurt: Ankauf 14,75; Verkauf 17,75 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 4.11. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl. MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	198,00	254,12	35,46
20 fr. Napoleon	5,8070	149,00	198,36	34,16
20 sfr Vreneli	5,6070	141,00	212,04	36,51
½ Sovereign (Elf)	3,6610	132,00	139,08	37,99
1 Sovereign New	7,3220	182,00	235,98	32,23
1 Sovereign Alt	7,3220	186,00	240,54	32,85
100 Kronen Öster	30,4260	780,00	946,29	31,04
20 Kronen Öster	6,0950	150,00	193,80	31,78
10 Kronen Öster	3,0480	82,00	109,44	35,91
4 Dukaten Öster.	13,7700	365,00	450,30	32,70
1 Dukaten Öster	3,4420	83,00	115,14	33,45
10 Rubel Tscherw.	7,7423	192,00	254,22	32,84
Krügerrand 1 Uz	31,1035	317,00	971,28	31,23
Krügerrand ½ Uz	15,5517	432,00	515,28	33,13
2 Rand Südafrika	7,3220	179,00	232,56	31,76
1 Rand Südafrika	3,6610	83,00	117,42	32,07
50 C.$ Mapl L1 Uz	31,1035	945,00	1003,20	32,25
5 C.$ Mapl 1/10 Uz	3,1103	88,00	111,72	35,92
20 US-$ Dol. Eagle	30,0930	1005,00	1395,90	45,00
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1210,00	1425,00	45,81
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	123,00	156,18	50,21

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,15). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,95, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,00, Rendite 5,75.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 4.11.	Rendite in %
SW-Bank E.o°	100,00	1.7.95	57,019	6,70
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,50	6,68
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,90	6,91
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	140,50	9,09
DSL-Bank R.2e4	137,01	2.7.90	112,60	5,50
DSL-Bank R.2e5	100,00	2.7.90	82,18	5,50
DSL-Bank R.2e6	100,00	1.8.95	56,72	6,70
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.95	51,25	7,16
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,02	6,55
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,45	7,05
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,56	6,65
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,56	7,15
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,42	7,05
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,06	7,17
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	13,85	6,95
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,93	6,55
WestLB 500	100,00	2.5.95	57,95	6,64
WestLB 505	100,00	1.6.01	37,00	7,06
WestLB 606	100,00	1.8.06	25,70	7,15
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,50	4,60
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,05	5,20
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,80	5,56
WestLB 505	143,24	1.9.92	105,60	5,75
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	113,00	6,67
Österreich	294,12	24.5.00	115,00	7,34
Atl. Richfield	5.100	4.2.92	38,10	5,25
Campbell Soup	5.100	21.4.92	136,35	7,67
Prud Realty	5.100	15.1.99	72,90	7,04
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs.	100,00	11.2.90	77,975	7,89
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	65,00	8,51
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	59,25	13,40
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	64,575	8,68
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	64,00	8,49
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	59,375	8,61
Caterp. Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,25	9,60
Penney (A-)	100,00	17.2.94	52,00	7,36
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,625	9,10
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,50	9,10
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,75	8,84

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,70)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	5,02 (5,01)	99,95	101,7	103,5	105,4	107,2	109,1
3	5,38 (5,36)	98,70	101,4	104,1	106,8	109,5	112,2
4	5,72 (5,70)	97,15	101,9	104,1	107,6	111,1	114,6
5	5,95 (5,95)	95,60	100,2	104,0	108,2	112,4	116,6
6	6,13 (6,15)	94,00	99,35	103,8	108,7	113,5	118,4
7	6,47 (6,45)	91,40	96,90	102,4	107,8	113,3	118,8
8	6,77 (6,75)	88,80	94,90	101,4	106,8	112,8	118,8
9	6,93 (6,92)	86,80	93,50	100,5	106,3	112,8	119,4
10	6,95 (6,95)	85,66	92,65	100,4	106,7	113,7	120,7
15	7,20 (7,20)	79,45	86,40	98,20	106,3	115,2	124,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,183 (112,201)
Performance-Rentenindex: 248,485 (248,465)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	3. Nov.	5,875-6,00
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,70
	60–270 Tage	5,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,725
	60 Tage	5,675
	90 Tage	5,65
Certificates of Deposit	1 Monat	5,65
	2 Monate	5,60
	3 Monate	5,60
	6 Monate	5,60
	12 Monate	5,875
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,23
	26 Wochen	5,30
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,28
	30 Jahre	7,58
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	20. Okt.	702,6 Mrd. $ (+6 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	141,10	141,60
März	141,55	142,05

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

[illegible]

Lux. Franc Bonds

[illegible]

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

[illegible]

Euro-Yen

[illegible]

ECU

[illegible]

ECU-Tageswerte

[illegible]

SZR-Wert

[illegible]

هكذا من الأصل

Die neuen 7er

Warum seine Motronic unterscheiden kann, ob Sie an der See oder in den Alpen sind.

Für die gleiche perfekte Funktion des Triebwerks in jeder Fahrsituation sorgt in dem neuen 7er die Motronic der III. Generation. Sie teilt dem Triebwerk unter allen Bedingungen die optimale Kraftstoffmenge und im entscheidenden Augenblick den Zündfunken zu.

Damit der Motronic dabei keine Fehlentscheidungen unterlaufen, berücksichtigt sie alle äußeren und inneren Umstände, in denen sich das Automobil befindet.

Sie mißt die Außentemperatur, ermittelt die Luftdichte und setzt diese klimatischen Gegebenheiten in ein Verhältnis zu den gleichzeitig herausgefundenen Motordaten wie Verschleißzustand und Temperatur.

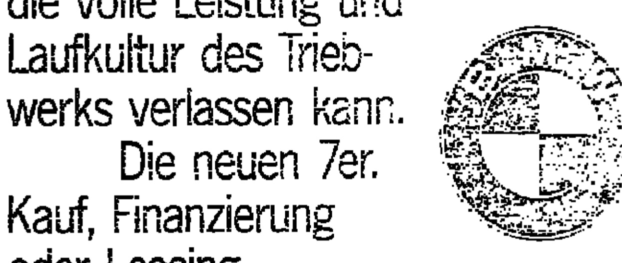
Wenn die Motronic irgendeine Veränderung bemerkt, stellt sie sich in der nächsten Tausendstelsekunde darauf ein und variiert die Kraftstoffzuteilung und die Zündung.

So wird eine kontinuierlich hohe Laufkultur erreicht.

Egal, ob Sie gerade zum Wintersport bei –10° in den Alpen unterwegs sind, oder ob Sie sich bei sengender Hitze im stop and go-Verkehr an einer Küstenstraße entlangbewegen: Die Motronic sorgt stets dafür, daß das Triebwerk immer sauber „Gas" annimmt und daß z.B. auch die Leerlaufdrehzahl nie um mehr als 10 Umdrehungen pro Minute schwankt. Außerdem ist sie für die richtige Temperatur des Katalysators zuständig und für das Sperren der Kraftstoffzufuhr bei Fahrten im Schiebebetrieb (z.B. Motorbremse bei Bergabfahrten).

Die stille Perfektion der Motronic III hilft dem Fahrer in jeder Situation, mit der gleichen Entspannung hinter dem Steuer seines neuen 7er zu sitzen. Weil er sich immer auf die volle Leistung und Laufkultur des Triebwerks verlassen kann.

Die neuen 7er.
Kauf, Finanzierung oder Leasing –
Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.



Wenn Sie mehr über den neuen 7er BMW wissen wollen, senden Sie bitte diesen Coupon an die untenstehende Adresse. Sie erhalten dann:

- ☐ Videofilm VHS ☐ Beta ☐ 2000 ☐ V8 ☐ gegen Schutzgebühr von DM 16,50 incl. Nachnahmegebühr
- ☐ ausführliches Informationsmaterial
- ☐ einen Probefahrttermin.

(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Name:__________
Vorname:__________
Straße:__________
PLZ:_____ Ort:__________

BMW AG, Kundeninformation CHC, Leuchtenbergring 20, 8 München 80

Ausland

Amsterdam · Kopenhagen · London · Luxemburg · Madrid · Mailand · Brüssel · Hongkong · New York · Paris · Johannesburg · Singapur · Tokio · Sydney · Oslo · Stockholm · Toronto · Wien · Zürich

Fuji Photo	5260	schlossen
Hitachi	1000	
Honda	1320	
Ikegai Iron	295	
Jujo Paper	358	
Kansai El. P.	3110	
Kao Soap	1490	
Kirin Brewery	1320	
Komatsu	494	
Kubota Iron	360	
Matsushita El. Ind	1860	
Matsushita El. Wks.	1480	
Minolta Camera	740	
Mitsubishi El.	441	
Mitsubishi H. I.	415	

Moore Corp.	30,5	30,75
Noranda Mines	20,625	20,75
Norcen Energy Res.	13,75	13,75
Northgate Expl.	6,375	6,375
Northern Telecom.	44,25	44,625
Nova An Alberta 'A'	5,875	5,875
Nu West Group	0,34	0,36
Oakwood Petrol	–	2,6
Placer Development	32,125	32
Provigo Inc.	17,875	18
Ranger Oil	5,75	5,625
Revenue Properties	3,05	3,05
Rio Algom	–	–
Royal Bk. of Can.	33,75	33,75
Seagram	87,125	87,375

Art. A. Saurer	136	135
Schw. Bankges	3870	5840
Schw. Bankverein	537	534
Schw. Kredit. A. Inh.	3730	3720
Schw. Rückv. Inh	18450	18500
Schw. Volksb. Inh	2645	2635
Sika -B-	3750	3750
Gebr. Sulzer Part.	578	570
Swissair	1290	1300
dgl. NA	1075	1099
Winterthur Inh.	7050	7000
Winterthur Part.	1195	1185
Zür. Vers. Inh.	8175	8000
Index: Schw. Bankv.	657,20	654,50

Inlandszertifikate

Optionshandel

Frankfurt: 4. 11. 1986

Auslandszertifikate

DWS Energiefonds	88,78	86,54	86,09
DWS Provesta	85,50	81,50	81,42
DWS Rohstoff-Fds.	80,55	78,67	77,93
DWS Technologie Fds.	88,35	86,66	–
Fondak	74,15	70,62	70,22
Fondirent	79,34	77,51	77,43
Fondis	64,38	61,31	61,05
Fondra	113,53	108,11	107,55
FT Actions	140,53	136,44	135,89
FT Am Dynamic	22,22	21,34	21,16
FT Frankf. Eff.-F.	149,12	141,66	141,33
FT Interspezial I	29,36	26,86	26,75
FT Interspezial II	34,11	31,21	31,07
FT Interzins	46,66	45,29	45,18
FT Nippon Dynamic	99,54	91,78	91,08
FT Re Spezial	194,25	184,55	184,45

Ring Renten-Fds. DWS	48,45	46,35	46,24
Sekular-U-Fonds	171,93	166,97	166,97
SMH-Rentenfonds	55,61	52,05	52,05
Südwest I	62,38	59,41	59,09ex
dgl. II	74,67	71,11	70,71ex
dgl. III	25,91	25,16	25,16ex
dgl. IV	80,09	77,01	76,75
Thesaurent	66,58	64,96	65,18
Thesaurus	242,45	236,54	unverh.
Transatlanta	31,37	30,46	unverh.
Unifonds	34,60	33,51	32,74
Uniglobal	99,50	94,46	94,48
Unikapital	85,50	83,39	83,37
Unirak	87,95	83,76	83,32
Unirenta	42,10	40,87	40,70
Unispezial I	–	65,76	63,38

*Vorlags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr)

Rentenoptionen

Frankfurt: 4. 11. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): APR87-106/3G, 108/0,5G; 110/0,6B; OKT87-106/1,7G; 7 1/2 Bund 83 III (91):APR87-106/1,5G; 108/0,3G; OKT87-106/1,7G; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-110/1,5G; 112/0,3G; OKT87-110/1,7G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-112/0,5G, OKT87-112/0,8G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-106/1,5G; 108/0,5G; OKT87-106/1,8G; 108/0,5G, 8 Bund 85 (95): APR87-108/1,5G; 110/0,3G; OKT87-108/2G, 110/0,5G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-110/1G; OKT87-110/1,3G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-104/2,5G; 106/0,8G; OKT87-104/3G; 106/1,3G; 108/0,3G; 7 Bund 85 I (95): APR87-102/1,8G; 104/0,3G, OKT87-102/2,3G; 104/0,8G; 7 1/4 Bund 85 II (95): APR87-104/1,5G; 106/0,5G; OKT87-104/2G; 106/0,5G; 108/0,3G; 6 3/4 Bund 85 (95): APR87-100/2,7G; 102/0,8G; 104/0,3G; OKT87-100/3G; 102/1,3G; 104/0,3G; 6 1/2 Bund 85 (95): APR87-100/1G; 102/0,3G; OKT87-100/2G; 102/0,5G; 7 1/8 Bahn 85 (95): APR87-102/1,5G; 104/0,3G; OKT87-102/1,8G; 104/0,5G; 7 Post 86 (97): APR87-102/1,2G; OKT87-102/3,5G; 104/1,8G; 106/0,5G

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): APR87-108/1,7G; 110/2,7G; OKT87-108/3,3G; 110/4G; 7 1/2 Bund 83 III (91): APR87-106/1,7G; 108/2G; OKT87-106/3,5G; 108/3,8G; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-110/2G; 112/2,5G; OKT87-110/4,3G; 112/4,5G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-112/2,3G; 114/3G; OKT87-112/4,8G; 114/5G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-106/1,8G, 108/2,2G, OKT87-106/3,8G, 108/4G; 8 Bund 85 (95): APR87-110/2,5G; 112/3,5G; OKT87-110/4,5G; 112/5,5G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-110/2G; 112/2,8G; 114/4,2G; OKT87-110/4,3G; 112/4,8G; 114/5,8G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-104/2G; 106/2,3G; 108/3,5B; OKT87-104/4G; 106/4,5G; 108/5G, 7 Bund 85 I (95): APR87-102/2G, 104/2,3G; 106/3,5G; OKT87-102/3,8G; 104/4,2G; 106/5G; 7 1/4 Bund 85 II (95): APR87-104/2G; 106/2,5G; 108/3,8G; OKT87-104/4G, 106/4,5G; 108/5,3G; 6 3/4 Bund 85 (95): APR87-100/1,8G; 102/2G; 104/3G; OKT87-100/3,8G, 102/4G; 104/4,5G; 6 1/2 Bund 85 (95): APR87-102/2,5G; 104/3,8G, 106/5,5G; OKT87-100/3,8G; 102/4,2G; 104/5G; 7 1/8 Bahn 85 (95): APR87-102/2G; 104/2,5G, OKT87-102/4G; 104/4,5G; 7 Post 86 (97): APR87-102/2,3G; 104/3G; 106/4,2G; OKT87-102/4,6B; 104/4,8G; 106/5,8G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810B, VAB 2850T. **Düsseldorf:** BMW 557, Goldschm. 231, Lehnkering 205G, O & K 173,5, Thüga 465G **Frankfurt:** BMW 555, Frankona 630bG, Fuchs St. 173, Fuchs Vz. 165, Goldschm. 240bG, Magdeburger Feuer NA 490, Magdeburger Feuer 1100G, Mercedes 1125, Thüga 465G, Ymos Vz. 194. **Hamburg:** –. **München:** Mercedes 1130bG, Stumpf 115B, VAB 2940. **Stuttgart:** BMW, 560G, Fuchs St. 168G, Fuchs Vz. 160G, Goldschm. 230G, Mercedes 1115.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Allianz 4, Nixdorf 50 **Frankfurt:** Allianz 4, Maingas entf., Nixdorf 50. **München:** –.

Devisenmärkte

Die Abstinenz der Marktteilnehmer gegenüber neuen Positionen führte am 4. November zu etwas niedrigeren Dollarkursen. Der Ausgang der Parlamentswahlen in den USA wurde als offen bezeichnet. Allerdings wurde eine neue demokratische Mehrheit im Senat allgemein als Belastung empfunden. Der Kurs der Leitwährung war am Morgen bei 2,058 bis 2,059 angesiedelt und wurde auch amtlich mit 2,058 notiert. Am Nachmittag fiel der Kurs bei etwas lebhafterem Geschäft auf 2,052 zurück. Deutliche Einbußen verzeichneten das Pfund, die Norwegische und Schwedische Krone, der Escudo sowie der Yen. US-Dollar in: Amsterdam 2,3245; Brüssel 42,745; Paris 6,717; Mailand 1422,10; Wien 14,479; Zürich 1,7143, Ir. Pfund/DM 2,728; Pfund/Dollar 1,413; Pfund/DM 2,908.

Devisen und Sorten

4.11.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Sorten* Verkauf
New York[1]	5,50	2,054	2,067	2,0518	2,01	2,11
London[2]	11,0	2,901	2,915	2,865	2,84	2,99
Dublin[2]	12,0	2,721	2,735	2,667	2,65	2,78
Montreal[1]	8,55	1,4765	1,4845	1,4658	1,43	1,53
Amsterd.	4,50	88,41	88,65	88,35	87,50	89,25
Zürich	4,00	119,95	120,15	120,00	118,50	121,25
Brüssel	8,00	4,805	4,825	4,791	4,67	4,97
Paris	9,50	30,56	30,72	30,38	29,75	31,40
Kopenh.	7,00	26,525	26,645	26,25	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,31	27,43	26,72	26,50	28,25
Stockh.	7,50	29,235	29,395	29,03	28,25	30,00
Mailand[3]**	12,0	1,4425	1,4525	1,426	1,41	1,49
Wien	4,00	14,196	14,236	14,166	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,488	1,498	1,463	1,435	1,555
Lissabon**	14,5	1,353	1,373	1,325	0,90	1,50
Tokio	3,00	1,253	1,256	1,2565	1,22	1,28
Helsinki	8,50	41,04	41,74	40,42	40,00	42,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,18	0,58
Budap.* **	–	–	–	–	2,50	4,00
Athen* **	20,5	1,448	1,502	–	0,85	1,60
Ankara* **	–	–	–	–	0,18	0,37
Sydney*	–	1,3125	1,3315	–	1,25	1,37
Johannbg.*	10,0	0,9045	0,9245	–	0,65	0,90
Hongkong *	–	26,22	26,50	–	23,50	30,00

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire; [4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert. ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.), Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Hoft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Hafzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zänder

Herstellung: Werner Koziak

Vorsicht, Agrarkrise!

P. Jo. – Was ist eine Krise? Die Frage läßt sich nicht so einfach beantworten, wie es auf den ersten Blick scheint. Bevor man sich nämlich mit der Semantik beschäftigt, muß man die ideologische Grundposition klären. Das machen uns die „IPW-Berichte" aus Ost-Berlin gerade wieder bewußt. „Agrarkrise erzwingt Kurswechsel der Agrarpolitik" lautet da nämlich eine Überschrift.

Wer im bürgerlichen Denken befangen ist, wird vermuten, daß es sich um eine selbstkritische Betrachtung handeln wird. Denn die sowjetische Landwirtschaft hat auch im siebenten Jahrzehnt Sozialismus noch nicht geschafft, was für das zaristische Rußland selbstverständlich war: eine ausreichende Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse, um die eigene Bevölkerung ernähren und einen nicht unwesentlichen Teil zum Nutzen der Staatskasse exportieren zu können. Statt dessen ist der Sowjetstaat auf Getreideimporte angewiesen.

Wegen dieses permanenten Mangels von einer Agrarkrise zu sprechen, wäre jedoch völlig falsch. Die „Agrarkrise", die die „IPW-Berichte" diagnostizierten, herrscht ganz woanders, in den USA. Denn dort breitet sich „eine sich von Jahr zu Jahr vertiefende Überproduktionskrise" aus. Einen Marxisten kann eine Definition, wonach Überfluß und Krise zusammengehören, nicht erstaunen. Er hat schließlich bei Marx gelernt, daß die „Krise" eine typische Erscheinung im Kapitalismus ist, die sich durch eine Überproduktion auszeichnet.

Der Sozialismus aber, und das ist eine der wenigen Voraussagen von Marx, die tatsächlich zutreffen, blieb bis heute von solchen „Krisen" verschont. Dort gilt der Satz, daß die sozialistische Landwirtschaft nur vier Feinde kennt: Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Und deshalb antwortet Radio Eriwan auf die Frage, ob man auch in Amerika den Sozialismus verwirklichen könne: „Im Prinzip: Ja! Aber woher sollen wir dann den Weizen importieren?"

Grüße aus der Karibik, Grüße von den Marx-Brothers: Zum 23. Mal fand das „Jazz Fest Berlin" statt

Wenn Rachmaninow den Blues hat



Im Film und in der Philharmonie: Pianist Herbie Hancock, Star der Berliner Jazztage FOTO KINDERMANN

Den Begriff „Jazzfest" sollte man nicht zu wörtlich nehmen. Denn was George Gruntz, künstlerischer Leiter des „Jazz Fest Berlin" – mittlerweile zum 23. Mal – auf die Bühnen der Philharmonie und des Delphi-Kinos holte, hat eine Bandbreite, die Soul, Country, Pop, Rock, Folklore und Gospel nicht verschmäht. Dieser Facettenreichtum beweist, daß der oft totgesagte Patient Jazz noch atmet, selbst wenn manches, was während der vier Tage in Berlin zu hören war, kaum von den Sitzen riß.

Viele von ihnen blieben in diesem Jahr übrigens leer. Bis auf den letzten Platz gefüllt waren die Reihen in der Philharmonie nur selten. Das geschah natürlich dann, wenn ein bekannter Name auf dem Programm-Zettel stand. Etwa Herbie Hancock, der gleich zweimal bei diesem Festival vertreten war: Einmal als Arrangeur und Komponist des von der Kritik hochgelobten Tavernier-Films „Round Midnight", dem Auftakt der Jazztage, und schließlich am Samstag abend mit seiner „Round Midnight Band", dem Saxophonisten Branford Marsalis, dem Bassisten Buster Williams und dem Schlagzeuger Tony Williams. Schade nur, daß sich Williams so sehr in den Vordergrund trommelte und die anderen gnadenlos zudeckte. Viel zu wenig kam dabei das kontemplative Spiel Hancocks im Duett mit Marsalis zur Geltung.

Wie sehr man, bei allem Respekt vor der Tradition, den Jazz verulken kann, demonstrierte das niederländische „Willem Breuker Kollektief". Die neun Musiker um den Saxophonisten Breuker begnügten sich nicht mit musikalischen Improvisationen; sie boten ein wildes Stilgemisch aus Swing, Rock, Pop und Free Jazz. Dabei wirkten sie keineswegs bloß wie talentierte Eklektiker. Vielmehr kristallisierte sich aus dem grandiosen Chaos ein eigenständiger Stil, der zum unverkennbaren Markenzeichen der Band geworden ist. Auf eine *kreischende Bläserpassage folgte ein* Tango mit Gesang, der von einem tosenden Schlagzeugwirbel (Rob Verdurmen) aus dem Takt gekippt wurde. Und allem setzten sie mit einer grotesk-chaotischen Bühnenshow die Krone auf. So hätten die Marx-Brothers, wären sie allesamt Musiker gewesen, Jazz gespielt.

Der Hauch der Geschichte, wie es so schön heißt, wehte unmittelbar danach durch den Konzertsaal. Da spielte die Don Cherry-Jabbo Smith Collaboration. Jabbo Smith, Jahrgang 1908, Trompeter und Vokalist, war jahrelang aus der „Szene" verschwunden, ehe er 1975 beim Newport Jazzfestival zu einem der größten lebenden Jazzmusiker gewählt wurde. Die Trompete hat er mittlerweile beiseite gelegt, aber singen kann er noch. Und so sitzt er vor dem Mikrophon und trägt mit kokettem Lächeln die alten Standards („Baby, I love you") vor. Wenn die Töne zu kippen drohten, wenn die Stimme brüchig wurde, war Jim Pepper zur Stelle, der mit sanftem Saxophon die Melodie weitertrug. Als Smith *schließlich mit Cherry im Duett scat*tete – zweifellos der anrührendste Moment des Konzertes –, war das Publikum mucksmäuschenstill.

Seinem Prinzip der „Jazzschienen" ist Festivalleiter Gruntz treu geblieben. Diesmal hießen die Abteilungen „Jazz aus der Karibik" und „Solo-Piano". Wie sehr die Pianisten in der Tradition der großen Vorgänger stehen, wurde bei jedem der vier Vorträge im Musikinstrumenten-Museum deutlich. Immer wieder tauchten *Passagen auf, die von Fats Waller,* Art Tatum, Erroll Garner oder Cecil Taylor stammen könnten. Das Erbe wurde keineswegs verleugnet, sondern bewußt gemacht, wenn Akkord-Clustern eine Stride-Piano-Passage folgte, wenn sperrige Dissonanzen von perlenden Läufen abgelöst wurden. Chyco Jehelmann beeindruckte mit gewaltigen Klangkaskaden und verwirrender Polyrhythmik; äußerstes Fortissimo kontrastierte mit feinziselierten Ravelschen Figuren. Seine Kompositionen erwiesen sich als genau durchkonstruierte, dynamisch und thematisch ausgewogene Werke, *die den Bogen von seiner Heimat* Martinique bis zum Europa unseres Jahrhunderts spannten.

Ein wenig skurril wirkten dagegen Uli Lenz' Versuche, mit Saiten-Zupfen und Deckelklopfen „neue" Klangfarben zu erzeugen, zumal diesen akrobatischen Verrenkungen eine sehr konventionell gestrickte Melodie folgte, die geradezu schlagerartigen Charakter besaß. Andrew Hill schließlich wartete mit Ragtime-Rhythmen auf, bei denen die rechte *Hand nicht wußte, was die linke tat:* Stets lief ihm der Rhythmus aus dem Ruder, zauderten die Hände über den Tasten auf der Suche nach der richtigen Harmonie, die dann um Sekundenbruchteile zu spät oder zu früh kam. Das wirkte zunächst recht witzig, mündete jedoch, auf eine Stunde ausgedehnt, rasch in Langeweile.

Der russische Pianist Leonid Chizhik fiel insofern aus dem Rahmen, als er auf der Bühne der Philharmonie konzertierte und der am klassischsten orientierte Jazzer war. Sein Spiel war stark von der romantischen Klavierliteratur geprägt; oft ließen die ersten Takte eine Sonate von Liszt oder Rachmaninow vermuten. Doch dann erklang unvermittelt eine Jazzphrasierung, sie wurde von mächtigen Akkorden verdrängt, blitzte wieder auf, drängte sich nach vorn. So vermischte Chizhik klassische und moderne Klaviermusik, bekannte Themen verschwanden sofort wieder in der Improvisation, die hier wirklich einmal aus dem Augenblick geboren war – selbst um den Preis, daß eine musikalische Idee einige Zeit brauchte, um sich zu entwickeln.

Was bleibt nun, nach vier Tagen vollgepackt mit Musik? Erinnerun*gen an Monty Alexander und seine* tosende Jamaican Band vielleicht, an die „Caribbean Jazz Workshop Group", die trotz unüberhörbarer Eigenständigkeit dem Swing breitesten Raum gewährte, und, natürlich, an den kubanischen Trompeter und Pianisten Arturo Sandoval, der am Sonntag abend die Philharmonie in einen Hexenkessel verwandelte.

Sandoval ist es gelungen, den Tonumfang der Trompete um rund vier Oktaven auszuweiten. Doch bei aller Meisterschaft, die seinem Spiel innewohnte, nutzte er sein Talent zu höchsten Spitzentönen ein bißchen zu applausheischend aus. Als er schließlich die Bühne schweißtriefend verließ, hatte er sich und seine Musiker mindestens ebenso „geschafft" wie sein Publikum. Doch das war, nach reichlich musikalicher Hausmannskost, für gepfefferte Leckerbissen durchaus empfänglich.

RAINER NOLDEN

Uraufführung von Paul Lüths „Ärzten" in Mainz

Neger- oder Jägerherz?

Die Unmenschlichkeit der modernen Medizin, das war das Thema der „Ärztinnen" von Rolf Hochhuth. Der Autor war mit diesem Stück vornehmlich deshalb gescheitert, weil er sich die dick aufgetragene Kolportage nicht hatte verkneifen können.

Dem vor knapp einem Vierteljahr gestorbenen Medizinprofessor, Landarzt und Schriftsteller Paul Lüth wurde in seiner Szenenfolge „Ärzte", die jetzt am Mainzer Stadttheater zur Uraufführung kam, das genaue Gegenteil zum Verhängnis – das blinde Vertrauen in die Eigendynamik dessen, was er dafür aus seinem reichen Erfahrungsfundus ziehen konnte. Gewiß, in einigen der zwölf unverbunden nebeneinanderstehenden Bildern läßt sich ein satirischer Zugriff ausmachen. Aber in den meisten Fällen hat Lüth nur notdürftig auf Dialoge verteilt, was besser in einem Sachbuch oder in der Illustriertenspalte „Menschlich gesehen" seinen Platz gefunden hätte.

Es geht los mit Schlaglichtern auf wenig spektakuläre Alltagsbegebenheiten – doch gerade unter diesen Szenen finden sich manche, die durch ihren anklägerischen Witz und durch ihre Pointen die Hoffnung auf ein Gelingen des Abends nähren. Da wird einer alten Frau im Krankenhaus das Mittagessen von der zuständigen Krankenschwester so achtlos ans Bett gestellt, daß sie es trotz minutenlanger Anstrengungen nicht heranzuangeln vermag und also der *kurz darauf routinemäßig wieder ab*räumenden Schwester unberührt überlassen muß („Von der Inhumanität einer humanen Institution"), und in „Die Maschine therapiert" wird ein computerbegeisterter Klinikhelfer das Opfer seiner eigenen Maschine, weil er zu spät erkennt, daß während einer Patientenbetreuung, bei der er unvorsichtigerweise Privates preisgegeben hat, das ärztliche Überwachungprogramm eingeschaltet war. Das Fazit, daß ein Herzpatient einige Szenen später unter Infusionsschläuchen und Elektrokabeln hervorbrummelt, hat auch hier schon seine volle Gültigkeit: „Wer ins Krankenhaus kommt, muß sehr gesund sein."

Die Mainzer ziehen sich unter der Regie von Intendant Dietrich Taube in diesen Kurzepisoden, die die knappe Stunde bis zur Pause füllen, noch sehr ordentlich aus der Affäre. In dem aseptisch weißen Linoleum-Bühnenbild von Günter Walbeck kommt die Bilderfolge durch zacki*ges Spiel und flottes Umbauen wie* aus der Pistole geschossen über die Rampe, so daß man gar keine Zeit hat, sich zu fragen, ob nicht in dem einen oder anderen Fall die Realität bedenkenlos einem Bonmot („ärztliche Ethik ist in erster Linie Etikette") geopfert worden ist. Hübsche Figurenstudien gibt es von Kurt Wolfinger als Schizo-Patienten, Rolf Hartmann als praktischem Arzt bzw. Oberarzt und Gaby Reichardt als aufgetakelter Gnädiger Frau, die sich einmal im Monat den Arztbesuch als ausgelassenes Plaudervergnügen gönnt.

In der zweiten Hälfte jedoch rutscht das Stück unaufhaltsam in die Grauzone zwischen Horror und Effekthascherei. Wir begegnen einem Patienten nach der Herztransplantation, der sich über dem Problem verzehrt, ob er nun ein Neger- oder ein Jägerherz eingepflanzt bekommen hat, dann einem Staatssekretär, der bei zwei Gen-Forschern den stromlinienförmigen Menschen als Serienprodukt in Auftrag gibt, und schließlich einer jungen Frau ohne Arme und Beine, die einen Sozialarbeiter verführt hat, ein Kind erwartet und jetzt den mit der Abtreibung betrauten Arzt darum bittet, sie aus der *Narkose nicht wieder erwachen zu* lassen.

Es ist wie der Gang durch ein Schreckenskabinett – und obwohl Lüth diese Szenen etwas breiter angelegt hat, kommt er über die bloße Behauptung des Unglaublichen und Schockierenden nicht hinaus. Allenfalls in der Herzpatienten-Episode gibt es Ansätze dazu, den menschlichen Konflikt dramatisch zu entwikkeln. So ist denn auch Hanns Franken als der mit trockenem Humor vor sich hin monologisierende Herzpatient der einzige Schauspieler, der sich in der zweiten Hälfte neben den Knall- und Schockeffekten dem Gedächtnis einprägen kann.

JENS FREDERIKSEN

Karlsruhe: „Cyrano de Bergerac" als Musical

Die Nase in den Herbst

Ein pervertierter Narzißmus: Sich selbst so abstoßend zu finden, daß man dem anderen jede Zuneigung nicht mehr glaubt. Cyrano de Bergerac, beileibe kein Ritter von der traurigen Gestalt, kennt nur eine körperliche Schwäche, seine Nase, und aus ihrer ungewöhnlichen Größe erwachsen ihm seiner Meinung nach alle Probleme. Ja, er ist so fixiert auf seinen vermeintlichen Makel, daß er sich deswegen ständig angegriffen fühlt. Nur darum sucht er immer wieder kämpferische Auseinandersetzungen. Darum sein gefürchteter verletzender Spott. Darum vielleicht auch seine beredsame Poesie, weil sie allein seinen Sehnsüchten Ausdruck verleihen kann.

Cyrano hat seine eingebildete Häßlichkeit nicht verinnerlicht. Er hat sie kompensiert. Je mehr er unter seiner Äußerlichkeit leidet, desto überschwenglicher, schwämerischer werden seine Verse. Er hat sich mit seinem Schicksal abgefunden. Ja, er ist sogar bereit, seine Stimme einem anderen zu leihen, der das Herz seiner geliebten Roxana besitzt. Sich selbst verleugnend, bekennt er sich zu seinen Gefühlen, indem er sie ganz einfach dem unbedarften Baron Christian de Neuvillette in den Mund legt. „Du plus ich", so der Haudegen im Dienst des Königs zu seinem unwissenden Rivalen, „ist gleich einem Wesen aus einem Märchenbuch, für sie gemacht."

In seiner Verskomödie hat Edmond Rostand vor fast 100 Jahren seinen Cyrano de Bergerac so unsterblich gemacht, daß er selbst in *wechselnden musikalischen Verklei*dungen auf der Bühne unverkennbar ist. Roland Petit hat sich einst als Choreograph eine lange Nase wachsen lassen. In Italien kennt man eine Oper von Franco Alfano, der bekanntlich die letzte Szene von Puccinis „Turandot" vollendet hat. Und auch in einer Musical-Gestalt fristet der gefürchtete Gascogner seit geraumer Zeit eine Theaterexistenz.

Ob sie freilich die europäische Erstaufführung am Badischen Staatstheater Karlsruhe überleben wird, muß erst die Zukunft weisen. Zweifel sind jedenfalls angebracht. Anthony Burgess, der eigentlich Komponist hatte werden wollen, heute aber als Romancier, Kritiker und Literat – auch in dieser Zeitung – sein Publikum hat, frischt zwar die doppeldeutige Geschichte um Sein und Schein, Schönheit und Häßlichkeit geschickt *auf und läßt den Fecht- und Dicht*künsten seines Helden freien Lauf. Doch die Musik von Michael J. Lewis, so impulsiv und rhythmisch sie sich auch bisweilen gibt, hemmt eher die *Handlung, anstatt sie zu aktivieren.*

Lediglich das „Herbstliche Lied" (Text: Anthony Burgess) der gealterten Roxana hat noch einen melancholischen Reiz, den man nicht mehr so rasch vergißt. Kein Wunder, wenn dieser „Cyrano" nicht so richtig von der Stelle kommt. Denn selbst wenn Regisseur Imo Moszkowicz in seinem Titelhelden (Wolfgang Mascher) wie *in seiner hübschen Roxana (Gabriele* Rossmanith) einigen Witz investiert, die Musical-Inszenierung ist insgesamt zu bieder, als daß sie größere Meriten verdient hätte.

HARTMUT REGITZ

Literatur als geheimer Schwerpunkt: Zum 28. Mal lud Lübeck zu den „Nordischen Filmtagen" ein

Im Rausch der schönen, der schrecklichen Bilder

„Jetzt kommt der Norden zum Zug": In Riesenlettern steht es auf der Plakatwand, die zwischen Marienkirche und giebelbewehrtem Rathaus, den berühmten Wahrzeichen alter lübischer Herrlichkeit, eingekeilt steht. Es ist nur Tabak-Werbung und könnte doch so schön für jenen neuen Schub kultureller Aktivitäten stehen, die sich mit dem Schleswig-Holstein Musik-Festival in diesem Jahr strahlend etablierten und auch in Lübeck ihren Fixpunkt hatten.

Die einst so mächtige Hansestadt freilich hatte als einzige unter den schleswig-holsteinischen Städten bereits lange vor dieser musikalischen Parforce-Tour des Pianisten Justus Frantz eine künstlerische Attraktion: die „Nordischen Filmtage", seit bald 30 Jahren einzigartige Relais-Station für den skandinavischen Film, der natürlich ebenso wie der deutsche Film ehrgeizig über seine Grenzen hinausdrängt und – nach Ingmar Bergmans Abgang von der Film-Bühne – wieder verstärkt internationale Anerkennung suchen muß.

Er tat's in diesem Jahr mit auffallender Hingabe über die Schiene der Literatur. Als habe man sich insgeheim verabredet, umkreisten die skandinavischen Filmemacher das Leben berühmter Schriftsteller und Schriftstellerinnen ihres Landes wie etwa Karen Blixen, oder sie gefielen sich in der Adaption literarischer Vorlagen wie Kafkas „Schloß", Lars Noréns berüchtigtem Ehe-Drama „Dämonen" oder Linnas bekanntem Kriegsepos „Kreuze in Karelien".

Gute Figur machten im Grunde alle dabei, wenn man nach formalen Kühnheiten auch vergeblich suchte. Ja, „Dämonen", mit der Bergman-Favoritin Ewa Fröling aus „Fanny und Alexander" prominent besetzt und von dem Dänen Carsten Brandt in Szene gesetzt, wirkt in seiner Optik beinahe schon zu chic, zu durchgestylt. Die Schrecken dieses Quartetto infernale drohen mitunter im Rausch der schönen Bilder unterzugehen. Gleichwohl besticht die konsequente filmische Auflösung dieser Bühnen-Monster-Show.

Die größten Chancen, auch international Fuß zu fassen, hat neben den „Dämonen" ohne Zweifel Mai Zetterlings jüngstes Film-Opus „Amorosa", *bereits bei der diesjährigen Mostra in* Venedig gezeigt und in Lübeck sogleich preisgekrönt. „Amorosa" zeichnet mit kunstvoller Bewegung das Leben der schwedischen Literatin Agnes von Krusenstjerna mit ihren verzweifelten Kämpfen gegen den starren Sittenkodex ihrer Zeit nach. Glänzend, wie Mai Zetterling die Wahnsinns-Anfälle der von Stina Ekblad großartig gespielten Künstlerin mit dem Masken-Spuk des venezianischen Karnevals kontrapunktiert: Venedig kann sehr kalt sein, wenn ein Leben am Lebens-Wahnsinn zerbricht.

Lübeck konnte sehr desillusionierend sein, als es um Hölderlins Leben und Wahnsinn im Eröffnungsbeitrag der „DDR" ging, die dank des Kulturabkommens erstmals bei den „Nordischen Filmtagen" vertreten war, sich bei der Auswahl ihrer Filme aber nicht wie die Abgesandten der Hofer Filmtage in die Karten hatte schauen lassen. So bekam man denn schlimmen, sauren Kitsch zu sehen in Hermann Zschoches Hölderlin-Spektakel „Hälfte des Lebens", das den Dichter, wenn nicht im Bett mit Dio*tima, so bei revolutionären Diskursen* vorstellt. Gegen diese unsägliche Dichter-Ehrung wirkte der Realismus zweier weiterer „DDR"-Beiträge geradezu wohltuend.

Daß auch die Retrospektive einem Schriftsteller, nämlich Peter Weiss, gewidmet war, der sich vor seinem Durchbruch als Romancier und Dramatiker in den 50er Jahren bekanntlich als Filmemacher betätigte, machte im geheimen literarischen Kontext der „Nordischen Filmtage" dagegen glücklicheren Sinn. Seine surrealistischen und dokumentarischen Kurz-Filme zeichnen sich aus durch be*merkenswerte Eigenwilligkeit und ei*nen spröden Charme.

Was sonst noch in Lübeck sehenswert war? Das unbekümmerte Debüt des Norwegers Oddvar Einarson mit „x", Erik Clausens kafkaesk verfremdeter „Mann hinterm Mond". Es sind bemerkenswerte Zeugnisse eigenständiger nationaler Filmkulturen, die es gegen die Überflutung durch amerikanische Produktionen zu schützen und zu stützen gilt. Darin jedenfalls war man sich in Lübeck einig.

KLÄRE WARNECKE



Dem Formenreichtum kaum Grenzen gesetzt: Kammbartschlüssel aus Frankreich (um 1630), aus dem Museum in Velbert FOTO: DIE WELT

Seit 50 Jahren geöffnet: In Velbert gibt es ein Museum für Schließvorrichtungen

Schätze hinter Schloß und Riegel

Vertrauen ist gut; Schloß und Riegel sind besser. Eine Volksweisheit. Schon die alten Babylonier und Ägypter handelten danach. Sie verschlossen Haus und Habe und erfanden dafür Schließvorrichtungen, die im Prinzip heute noch nicht überholt sind. An kaum eine Sache hat der Mensch so viel Intelligenz, aber auch so viel Phantasie, Kunst- und Formsinn gewandt wie an Schloß und Schlüssel. Belege *dafür findet man* tausendfach im Deutschen Schloß- und Beschlägemuseum in Velbert ausgebreitet, das in diesen Tagen sein 50jähriges Bestehen feiert. Es präsentiert aus diesem Anlaß umfassender als sonst seine Bestände.

Jubiläen lenken gern den Blick auf die Anfänge. So hat man in einer zweiten Sonderausstellung gewissermaßen die eigene Urzelle rekonstruiert: das kleine Heimatmuseum der 30er Jahre, originalgetreu mit allen noch vorhandenen Exponaten. Schon damals lag der Schwerpunkt der volkstümlichen Sammlung auf Erzeugnissen des Schloßschmiede- und Gießereihandwerks. Velbert ist eben eine Metropole der Schloß- und Beschlagindustrie, deren Wurzeln bis ins 15. Jahrhundert zurückreichen.

Vor vier Jahren bezog das Museum neue Räume im Forum Niederberg; jährlich finden fünf bis sechs fachbezogene Wechselausstellungen statt, die dem Velberter Museum zusätzliches Interesse und verstärkte Attraktivität verschaffen. Auch zum Jubiläum kam noch eine kleine Sonderschau zustande, von der man sich ursprünglich vielleicht mehr versprochen hatte. Die Idee jedenfalls war *exzellent. Das Museum hatte die* deutschen Großstädte um Ausleihe ihrer Stadtschlüssel gebeten. Es sollte versucht werden, damit zu zeigen, was aus dem ehemals so wichtigen Symbol des Stadtschlüssels geworden ist. Wenn man dem Ergebnis trauen darf, hat sich sein Symbolwert weithin veräußerlicht; als Zeichen der Stadtgewalt ist er zu einem Karnevalsrequisit verkümmert. 20 Städte schickten Schlüssel nach Velbert. Die Mehrzahl, zum Teil ganz lustig und phantasievoll, ist in ihrer Bedeutung nicht ernst zu nehmen, erhebt auch nicht den Anspruch. Nur Köln hat einen historischen Stadttorschlüssel geschickt, in Ermangelung eines seriösen Stadtschlüssels, und aus Düsseldorf ist jener Schlüssel zu sehen, mit dem die Stadt seinerzeit an Napoleon übergeben wurde.

Wer die Schlüssel besitzt, hat die Gewalt. Das ist so seit Urzeiten und festgehalten in einem der ältesten Ausstellungsstücke in Velbert, einem babylonischen Siegel, das den Gott Schamasch mit einem demonstrativ erhobenen Kammschlüssel zeigt als Sinnbild seiner „Schlüsselgewalt", wie wir es später, in ähnlicher Bedeutung, auch im „Schlüssel Petri" dargestellt finden. Aber nicht allein als Symbol ist dieser babylonische Schlüssel hier bedeutsam, sondern in erster Linie als Zeugnis für das bemerkenswerte Alter einer Erfindung, *die sich heute noch, technisch perfek*tioniert, in dem Sicherheits-Zylinderschloß von Linus Yale bewährt.

Die Schloß- und Schlüsseltypen in *Velbert sind natürlich nicht aufzu*zählen. Sie reichen vom primitiven Holzriegel bis zum Computerschloß. Aber schon bei dem primitiven Holzriegel balkanischer, afrikanischer oder asiatischer Dorfbewohner finden wir mehr oder weniger unbeholfene Schnitzereien, die, ursprünglich wohl Abwehrsymbole, vielfach bis heute dekorative Verwendung fanden. Mit der technischen Verbesserung wetteiferte allzeit auch die künstlerische oder kunsthandwerkliche Formgebung und Verzierung. In Velbert läßt sich eine komplette Kunstgeschichte anhand von Schlössern, Schlüsseln, Beschlägen, Türklopfern, Truhen und Kästchen von der Antike über die abendländische und maurisch-spanische Gotik, über Romantik, Renaissance, Barock und so fort bis zu Historismus, Jugendstil und Gegenwart verfolgen. Selbstverständlich sind die Truhen und Kästen in der Ausstellung geöffnet, und nicht geschlossen.

EO PLUNIEN

JOURNAL

Expedition entdeckte Inka-Monolithen

AFP, Lima

22 Steinskulpturen, auf denen Szenen der Inka-Mythologie dargestellt werden, sind im Gebiet von Samanga 1000 Kilometer nördlich von Lima von einer italienisch geleiteten Archäologen-Expedition entdeckt worden. Die jeweils 1,6 Meter großen Skulpturen bilden zusammen einen Monolithen, in den Schlangen mit zwei Köpfen, die Abbilder von Männern mit Federschmuck, stilisierte Gesichter und Götter mit Waffen und Totenschädeln in der Hand gemeißelt sind. Die Expedition hat ferner eine Hängebrücke, ein 33 Meter langes Steinbecken sowie ein Stück der berühmten Inka-Straße gefunden.

Berliner Ausstellung über Friedrich II. auf Tournee

dpa, Berlin

Die historische Ausstellung zum 200. Todestag Friedrichs d. Gr. ist *jetzt in Berlin zuende gegangen.* Die vom Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in der Orangerie des Schlosses Charlottenburg veranstaltete Schau wurde von 135 000 Interessenten besucht. Sie wandert nun in verkleinerter Form nach Schloß Cappenberg bei Lünen sowie nach Bonn und Kiel. Einige Ausstellungsstücke müssen für diese Wanderung aus konservatorischen Gründen durch Faksimiles oder Reproduktionen ersetzt werden.

Neues Opernhaus wird in London eröffnet

dpa, London

Das neueste Operngebäude Großbritanniens wird heute auf dem Gelände des Royal College of *Music im Londoner* Stadtteil South Kensington mit einem Auszug aus Benjamin Brittens Oper „Mittsommernachtstraum" eröffnet. Das neue Haus dient vorerst ausschließlich Ausbildungszwecken. Die Baukosten für das „Britten Opera Theatre" betrugen 7,8 Mio. Mark. Das neue Opernhaus wird sich vor allem für die Einstudierung von Kammeropern eignen.

Brauns Panoramen von Krieg und Frieden

DW. Schwäbisch Hall

Aus Anlaß des 150. Geburtstages des Malers Louis Braun (1836–1916), zeigt das Hällisch-Fränkische Museum in Schwäbisch Hall bis zum 14. Dez. eine Übersicht über sein Werk. Mit seinen Schlachtenbildern, insbesondere von 1870/71, gehört er zu den bekanntesten Künstlern seiner Zeit. Sein Werk besitzt heute vor allem durch die monumentalen Panoramagemälde, die er in Deutschland als erster schuf, kunsthistorischen Rang.

Fotografien von Walter Reinz

DW. Stuttgart

Es sind Bilder aus Paris und London, aber auch aus der heimatlichen Stuttgarter Umgebung, festgehalten zwischen den Kriegen und in der Nachkriegszeit. Mit diesen Aufnahmen, die dem Alltag eine gewisse kuriose Komik abgewinnen, erinnert der Württembergische Kunstverein an den inzwischen 78jährigen Stuttgarter Fotografen Walter Reinz. Die Auswahl wird bis zum 16. November gezeigt. Der Katalog kostet 14 Mark, im Buchhandel, Hatje-Verlag, 28 Mark.

Eddie Davies †

Gelernt im klassischen Sinne hat er sein Metier nicht. Aber kann man sich bessere Lehrer als Cootie Williams, Lucky Millinder und Louis Armstrong vorstellen? Der Tenorsaxophonist Eddie „Lockjaw" Davies spielte mit den Besten seiner Zeit, hatte, in den 40er und 50er Jahren, eigene Bands und Combos und wechselte immer wieder ins Ensemble großer Kollegen, darunter Count Basie. Zahlreiche Schallplatten, u. a. mit Ella Fitzgerald, dokumentieren die Spielweise Davies', die geprägt war vom Vorbild Coleman Hawkins. Ein Jahr lang hat er, krankheitshalber, nicht mehr konzertiert. Jetzt ist er, 65jährig, im „besten Alter" für Jazzmusiker, in Kalifornien gestorben.

no

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Wie hat man sich einen Wein vorzustellen, der „leicht, beschwingt" ist oder „vollfruchtig, mit Charakter"? In „Ronald Searle's Illustrierter Weinprobe" findet man die Ausdrücke, die dem Weintrinker leicht von der Zunge gehen, ins Menschliche übersetzt – natürlich angereichert mit den Sottisen des versierten Karikaturisten. Das „leicht, beschwingt" verkörpert da eine Dame (Dame?), die nur leicht geschürzt auf einem Tisch tanzt, während das „vollfruchtig" in einen Kopf à la Arcimboldi aus lauter Obst übersetzt wurde. So geht es munter und voller Ironie durch das Vokabular der Weintrinker.

mar

„Ronald Searle's Illustrierte Weinprobe", dtv, 56 S., 9,80 Mark

Wenn der Schnaps dem Licht ausgesetzt ist

Wirkt Ethylcarbamat in Branntweinen krebserregend?

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Ein Jahr nach seiner Entdeckung gibt das im Obstschnaps vorkommende Ethylcarbamat der Wissenschaft immer noch Rätsel auf. Auch auf einer Expertentagung beim Bundesgesundheitsamt Berlin konnte Ende letzter Woche nicht geklärt werden, inwieweit die beim Gärprozeß entstehende Substanz, die sich in Tierversuchen als krebserregend erwiesen hatte, eine Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellt. Allerdings scheint sich ein Verdacht baden-württembergischer Gutachter zu bestätigen: Lichteinfluß vervielfacht die Ethylcarbamat-Konzentration im Branntwein.

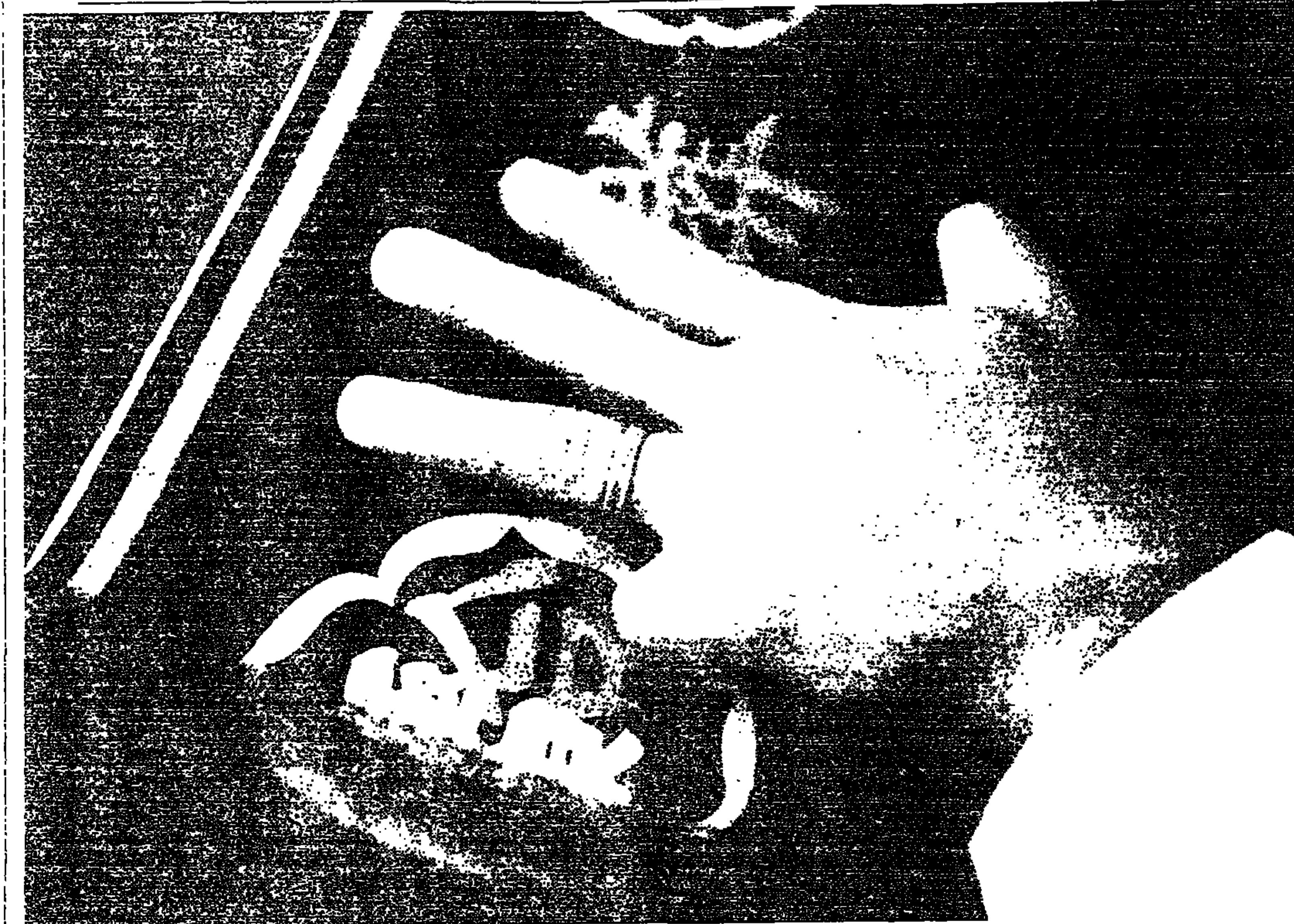
So stellte die Chemische Landesuntersuchungsanstalt Karlsruhe, die im Auftrag des Bundesgesundheitsamts tätig geworden war, bei der wiederholten Analyse ein und derselben Schnapsprobe zunächst „unerklärliche Abweichungen" der Meßergebnisse fest. Als Ursache konnte alsbald eine „bisher nicht in diesem Ausmaß bekannte" lichtabhängige Nachbildung von Ethylcarbamat ausgemacht werden. „Während dunkel gelagerte Getränke über einen Zeitraum von mehreren Jahren praktisch unveränderte Gehalte aufweisen konnten, führt eine Einwirkung von Sonnenlicht bereits in wenigen Stunden zu einer Vervielfachung der Werte." Ultraviolettes Licht hat zu ähnlichen, Glühlampenlicht zu „wesentlich langsameren" Reaktionen geführt. Eine Erklärung dafür gibt es nicht.

Erstmals entdeckt wurde Ethylcarbamat in Obstdestillaten Ende 1985 von kanadischen Wissenschaftlern. Später konnte diese chemische Verbindung, die in Laborversuchen bei Mäusen zu einer deutlichen Erhöhung der Tumorhäufigkeit geführt hatte, auch in der Bundesrepublik und der Schweiz nachgewiesen werden. Die höchsten Konzentrationen, in Einzelfällen bis zu 20 Milligramm pro Liter, entdeckte man in Pflaumen-, Mirabellen- und Kirschschnaps, deutlich geringere in Branntweinen aus Äpfeln und Birnen.

Über die Entstehung von Ethylcarbamat ist relativ wenig bekannt. Man weiß nur, daß die im Samen der Obststeine und -kerne enthaltene Blausäure als eine Art Vorstufe vorhanden sein muß. Völlig ungeklärt ist hingegen dessen gesundheitliche Wirkung auf den menschlichen Organismus.

Dennoch gilt vorerst der von den kanadischen Gesundheitsbehörden festgelegte Grenzwert von 0,4 Milligramm Ethylcarbamat pro Liter Obstschnaps. Was darüber hinausgeht, wird „vorsorglich" beschlagnahmt. Allerdings warnt Hans Joachim Pieper, Leiter der Lehr- und Versuchsbrennerei der Universität Stuttgart-Hohenheim, vor übertriebenen Angstreaktionen. „Bevor einer vom Schnaps Krebs bekommt", meinte Professor Pieper im Gespräch mit der WELT, „stirbt er an Leberzirrhose".

Airbus-Unglück zeigte: Waffenschmuggel großen Stils zwischen Tokio und Manila



Zum Zeichen der Reue schlagen sich die „Yakuzas" mit dem Kurzschwert einen Finger ab FOTO: HANS H. KRÜGER

Japans Gangster rüsten auf für ihre Kriege

EDWIN KARMIOL, Tokio

Die Zündung einer Handgranate an Bord des Airbus A 300 der Thai Airlines am 27. Oktober durch einen Gangster hat die schon seit einiger Zeit bestehende Vermutung der japanischen Polizei bestätigt, daß die Route Bangkok–Manila–Tokio dem Waffenschmuggel der japanischen Unterwelt dient.

Unter den 62 Verletzten, die nach der Notlandung in Osaka ärztlich behandelt werden mußten, ist auch der mutmaßliche „Yakuza"-Kurier (Yakuza werden die Gangster in Japan genannt). Er liegt mit schweren Verbrennungen im Krankenhaus. Die Polizei vermutet, daß sich der Verbrecher der Handgranate auf der Toilette entledigen wollte, weil er fürchtete, damit bei der Zollkontrolle entdeckt zu werden. Versehentlich dürfte er sie dabei gezündet haben. Die Polizei schließt aber auch nicht aus, daß der Gangster einen tödlichen „Ausstieg" plante, um seine Familie in den Genuß einer von ihm abgeschlossenen Lebensversicherung in Höhe von umgerechnet 2,6 Millionen Mark kommen zu lassen. Eine Katastrophe wurde, wie japanische Experten jetzt feststellten, nur dadurch verhindert, daß die Flugzeugtoilette des Airbus mit fünf Millimeter dikken faserverstärkten Kunststoffplatten verschalt ist. Der Güte des Materials ist es zu verdanken, daß eines der drei hydraulischen Systeme standhielt.

Schon seit längerer Zeit liegen Informationen vor, daß der Waffenschmuggel der Yakuzas vor allem über Manila läuft. Festnehmen aber konnte die Polizei bisher noch niemanden. Tatsache ist, daß Japans Verbrechersyndikate „aufrüsten", um bei den regelrechten Gangster-Kriegen, die schon seit einiger Zeit im Gange sind, neue Führungs- und Machtpositionen zu entscheiden. Bisherige Kampfmittel – Messer und Handfeuerwaffen – reichen dafür offenbar nicht mehr aus. Zumindest die führenden Verbrecherorganisationen, allen voran das mächtige „Yamaguchi-Gumi"-Syndikat, haben sich deshalb mit automatischen Waffen wie Schnellfeuergewehren und Maschinenpistolen, mit Handgranaten und Raketen „versorgt".

Das gelang den Gangstern trotz der japanischen Waffengesetze, die zu den strengsten der Welt gehören. Nach ihnen dürfen nur lizensierte Jäger Waffen besitzen, und auch dann nur Gewehre. Dennoch konfiszierte die Polizei allein im vergangenen Jahr bei Verbrechern fast 2000 Handfeuerwaffen – die zu 90 Prozent von den Philippinen stammen.

Die meisten von ihnen sowie einige kleinere Raketen kommen ursprünglich aus dortigen Arsenalen amerikanischer Militärbasen. Bei den Handfeuerwaffen handelte sich um Original-Marken oder nachgebaute Colts, Smith and Wesson und ähnliche des Kalibers 22 oder 38, für die in Japan eine entsprechende Munition für Jagdwaffen leichter erhältlich ist. Die japanische Polizei hat gegen die rund 100 000 organisierten Verbrecher des Landes nicht nur einen schweren Stand, sondern steht ihnen oft machtlos gegenüber. Denn immer noch profitieren sie in Japan von einer Art Robin-Hood-Flair – sie schonen die Armen und nehmen von den Reichen.

Ihr weiterer „Pluspunkt": Morde ereignen sich zumeist nur bei Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen. Unbeteiligte werden in Ruhe gelassen. Nach außen geben sich die „Syndikate" mit geschäftlichen Unternehmen wie Hafenbetrieben und Baufirmen „seriös". Das Einkommen der Yakuza-Organisationen – auf umgerechnet jährlich 20 Milliarden Mark geschätzt – kommt aus dem Drogenhandel, Spielhöllen, Prostitution und „Schutzgeldern".

Die Mitglieder der Verbrecherorganisationen sind außerdem noch immer mittelalterlichen Traditionen absoluter Geheimhaltung und Disziplin verschworen. Zu ihrem „Ehrenkodex" gehört es zum Beispiel, sich nach einem fehlgeschlagenen Unternehmen als Zeichen der Reue mit einem Kurzschwert den kleinen Finger abzuschlagen – freiwillig. (SAD)

Hamburger bald auch in Raststätten

AP, Bonn

Das Gastronomie-Unternehmen McDonald's will künftig auch in Autobahn-Raststätten präsent sein. Die Konsumgewohnheiten der Reisenden hätten sich geändert, sagte ein Sprecher des Unternehmens in Bonn. Gefragt seien auf langen Reisen immer mehr kleine, bekömmliche Mahlzeiten an Stelle der herkömmlichen Menüs mit mehrfachen Speisefolgen.

Baby lebte doch

AP, Chicago

Die 26jährige schwangere Krankenschwester Connie Horan hat sich von einem 30 Meter hohen Turm in den Tod gestürzt, weil sie ihren Fötus nach einer Selbstdiagnose für tot hielt. Chicagoer Feuerwehrleute fanden die Frau ohne Lebenszeichen, sahen aber einen Fuß des Babys aus dem aufgerissenen Unterleib der Toten herausragen. Sie wurde von einem 3000 Gramm schweren Mädchen entbunden, das durch den Sturz ein gebrochenes Bein und innere Verletzungen davontrug.

Reh-Prozeß geplatzt

dpa, Essen

Der Betrugs-Prozeß gegen den Bottroper Immobilienkaufmann Wolfgang Reh (44) vor dem Essener Landgericht ist geplatzt. Das seit Mitte Oktober unterbrochene Verfahren kann wegen der andauernden Erkrankung des Vorsitzenden Richters nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 30-Tage-Frist weitergeführt werden. So bald wie möglich soll der Prozeß gegen den als „König von Sylt" bezeichneten Finanzjongleur allerdings wieder aufgerollt werden.

Rhein gering belastet

AP, Stuttgart

Die Belastung des Rheins auf baden-württembergischen Gebiet durch den Brand bei dem Basler Pharmakonzern Sandoz sind nach Auskunft des Stuttgarter Landwirtschafts- und Umweltministers Gerhard Weiser „absolut minimal". Insgesamt seien in Baden-Württemberg 1500 tote Fische geborgen worden.

Flüchtiger stellte sich

dpa, Bochum/Werl

Der wegen Mordes an zwei Frauen zu lebenslanger Haft verurteilte Horst Kober ist vier Tage nach seiner Flucht freiwillig in die Justizvollzugsanstalt Werl zurückgekehrt. Der 48jährige war am vergangenen Freitag bei einem Besuch bei seiner kranken Mutter seinen Bewachern ausgerückt. Vor zehn Jahren war Kober in einem Indizienprozeß wegen Doppelmordes verurteilt worden. Er hatte die Tat nie gestanden.

Urteil zu Alternativ-Schule

AP, Berlin

Wegen entscheidender Mängel im Unterricht darf die „Freie Schule Berlin" nach einem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Berlin nicht mehr weitergeführt werden. Damit wurde zugleich ein von der Schulverwaltung im Juli 1985 ausgesprochenes Verbot bestätigt. Die Lernprozesse seien von „Planlosigkeit und Zufallsabhängigkeit bestimmt", hieß es in einem Gutachten. (Az.: 3 S 30.86)

Küsse an Oxfords Uni

dpa, London

Küsse in der Öffentlichkeit werden im Balliol-College der Universität Oxford nicht mehr geduldet. Im Gemeinschaftraum fühlten sich Studenten durch ihre küssenden Kommilitionen vom Frühstück abgelenkt. Der Studentenrat beschloß, daß küssende Pärchen in Zukunft von anderen Studenten lauthals ausgelacht und verspottet werden dürfen.

Dealer festgenommen

AP, München

Innerhalb der vergangenen vier Wochen haben Drogenfahnder des bayerischen Landeskriminalamtes in München 42 Rauschgifthändler und -besitzer festgenommen. Insgesamt sind dabei 222 Gramm Heroin, 124 Gramm Kokain, 1117 Gramm Haschisch sowie 19 Gramm Marihuana sichergestellt worden.

Wenn Christen Moslems heiraten

dpa, Münster

Vor Ehen zwischen Christen und Moslems hat gestern der Bischof von Münster, Reinhard Lettmann, „nachdrücklich" gewarnt. Solche Verbindungen seien „sehr schwierig", schrieb Lettmann in einem Brief an die Priester und Mitarbeiter im pastoralen Dienst. Dennoch heirateten immer öfter meist deutsche und damit christliche Frauen moslemische Männer. Lettmann wies darauf hin, daß in der Bundesrepublik inzwischen rund 1,8 Millionen Moslems leben, die vorwiegend aus der Türkei stammen und zum großen Teil schon in Deutschland geboren wurden. Weil die Mehrheit von ihnen in Deutschland bleiben werde, könne von Einzelfällen nicht mehr die Rede sein.

In seinem Brief hob Lettmann hervor, daß im Islam die Mehrehe erlaubt sei. Hinzu kämen Unterschiede in Mentalität und Sitten sowie die ungewohnte Einbindung in die Großfamilie und „der Druck der Gesellschaft im Ursprungsland des muslimischen Vaters".

Rosenthal wird wieder operiert

dpa, Berlin

Der Fernseh-Quizmaster Hans Rosenthal befindet sich wieder in der Berliner Klinik, in der ihm am 18. September der Magen und die Milz entfernt worden sind. Rosenthal sagte gestern, vermutlich am heutigen Mittwochmorgen werde „ein kurzer Eingriff" vorgenommen. Nach der ersten Operation seien während des Heilungsprozesses einige Verwachsungen am Dünndarm festgestellt worden, die jetzt gelöst werden müßten. Etwa eine Woche nach dem neuerlichen Eingriff soll Rosenthal in der Klinik bleiben.

Auf die Frage, wie er ohne Magen (der durch eine Darmschlinge zur Speiseröhre ersetzt wurde) und mit der vorsichtigeren Ernährungsweise zurechtkomme, sagte Rosenthal: „Es gibt Menschen, die damit zehn Jahre und länger gut zurechtkommen." Allerdings werde er beruflich in Zukunft „nicht mehr soviel nebenbei machen". Die geplante „Dalli Dalli"-Sendung am 18. Dezember will Rosenthal wieder leiten.

WETTER: Wolkig bis heiter

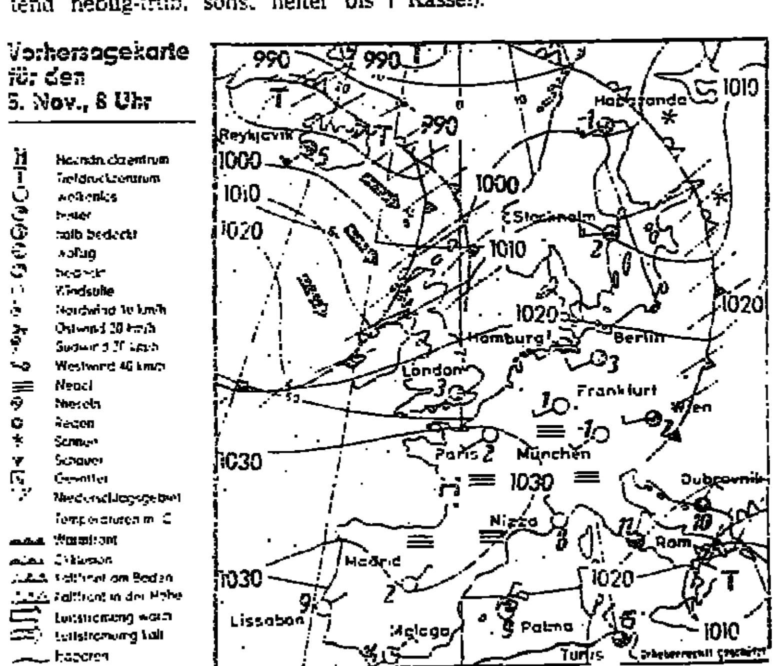
Lage: Vorübergehender Zwischenhocheinfluß. In der Nacht zum Donnerstag greifen erneut atlantische Tiefausläufer über.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden und Westen zunächst wolkig bis heiter. Am Nachmittag von Westen her Bewölkungsverdichtung und zum Abend einsetzender Regen. Temperaturen um 10, nachts 6 bis 2 Grad. Im Süden gebietsweise anhaltend neblig-trüb, sonst heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Temperaturen je nach Nebelauflösung 6 bis null, nachts um null Grad.

Weitere Aussichten: Im Süden zunächst noch Regen, dann wie im übrigen Deutschland heiter bis wolkig, nur im Nordosten Schauer.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.22 Uhr*, Untergang: 16.48 Uhr; **Mondaufgang:** 13.05 Uhr, Untergang: 19.49 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 5. Nov., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	6	bw
Bielefeld	3	bw
Braunlage	3	R
Bremen	5	bw
Dortmund	7	bw
Dresden	5	R
Düsseldorf	5	bd
Erfurt	5	bw
Essen	7	bd
Feldberg/S.	-2	bw
Flensburg	9	be
Frankfurt/M.	6	bw
Freiburg	5	bw
Garmisch	6	be
Greifswald	6	bd
Hamburg	10	bw
Hannover	9	bw
Kahler Asten	2	IW
Kassel	5	bw
Kempten	5	bw
Kiel	10	bw
Koblenz	7	bd
Köln-Bonn	8	bd
Konstanz	5	bw
Leipzig	–	–
List/Sylt	10	bw
Lübeck	10	be
Mannheim	4	bd
München	1	bw
Münster	6	bw
Norderney	10	bw
Nürnberg	5	bw
Oberstdorf	4	bw
Passau	1	bd
Saarbrücken	4	bd
Stuttgart	4	bd
Trier	6	bw
Zugspitze	-10	be
Ausland:		
Algier	20	be
Amsterdam	11	be
Athen	18	bd
Barcelona	16	be
Belgrad	3	bd
Bordeaux	10	bw
Bozen	11	be
Brüssel	10	be
Budapest	8	bw
Bukarest	8	be
Casablanca	19	be
Dublin	9	bd
Dubrovnik	15	bd
Edinburgh	9	bw
Faro	21	bw
Florenz	12	be
Genf	7	be
Helsinki	4	R
Hongkong	25	wl
Innsbruck	8	be
Istanbul	14	bw
Kairo	26	be
Klagenfurt	5	be
Konstanza	8	be
Kopenhagen	9	be
Korfu	14	Gw
Las Palmas	23	bw
Leningrad	2	bw
Lissabon	15	be
Locarno	11	be
London	10	be
Los Angeles	17	wl
Luxemburg	6	bw
Madrid	17	be
Mailand	11	be
Malaga	20	bw
Mallorca	19	be
Moskau	0	bw
Neapel	13	be
New York	11	bw
Nizza	17	be
Oslo	-1	Ne
Ostende	10	be
Palermo	18	bw
Paris	7	Ne
Peking	15	be
Prag	8	bw
Rhodos	20	be
Rom	14	bw
Salzburg	1	bd
Singapur	27	bd
Split	13	bd
Stockholm	4	bd
Straßburg	4	bd
Tel Aviv	24	bw
Tokio	21	bw
Tunis	19	bw
Valencia	19	bw
Varna	8	be
Venedig	10	be
Warschau	6	bd
Wien	6	bw
Zürich	5	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; be = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Wo Rausschmeißer zu Diplomaten erzogen werden

SIEGFRIED HELM, London

Der Rausschmeißer, notwendiges Übel in Nachtclubs und Discos, ist eine verkannte Berufsgruppe mit einem Image zwischen Gorilla und Schrank auf Beinen. Für sie wurde jetzt in Birmingham eine Benimm-Schule eröffnet, wo sie die hohe Kunst der Situationsentschärfung durch Diplomatie erlernen und sich zum „Diplom-Rausschmeißer" qualifizieren können.

Über hundert Anmeldungen gingen beim Bournville College ein, wo die charmante und zarte Angelena Boden jetzt den ersten Intensivkurs startete. „Ich will diese Männer zu sanften Riesen erziehen", sagte Miss Boden. Wo einst rohe Kräfte sinnlos walteten und widerborstige Spielverderber anstandslos vor die Tür gesetzt wurden, sollen sie jetzt mit Charme und Takt gefüge gemacht werden – was gut für die Stimmung und den Umsatz ist.

Zwar kann auch diese Dozentin Männer mit Hühnerbrust und schiefem Selbstbewußtsein nicht in erstklassige Rausschmeißer verwandeln. Die richtige Disposition bleibt unverzichtbar. Das Geheimnis der feinen englischen Rausschmeißer-Art heißt Körpersprache. Die Muskelprotze lernen, wie man ganz ungezwungen, doch nicht zu übersehen, eine bedrohliche Haltung annehmen und damit signalisieren kann, daß kurzer Prozeß dem droht, der nicht spuren will. Der Rausschmeißer braucht nicht mehr zu knurren oder gar zu bellen – er zieht alle Register des ihm anerzogenen Charmes. Er setzt ein Lächeln auf, das Zähne zeigt und einfach entwaffnend ist. Störenfriede, die derart abgestumpft sind, daß so subtile Methoden bei ihnen nicht verfangen, müssen nicht gleich in hohem Bogen durch die mit dem Stiefel aufgestoßene Tür an die frische Luft befördert werden.



Eine Dozentin des Bournville College mit Schülern, die das Rausschmeißer-Diplom ablegen wollen. FOTO: SAD

Der Rausschmeißer nimmt seinen Mann beim Arm, so fest, daß der es spürt und komplimentiert ihn – ihm gut, aber unzweideutig zuredend – hinaus. Er hört Vorlesungen über „Die alternative Art, nein zu sagen" und über Berufskleidung.

Diese ungewöhnliche Benimm-Akademie für ein notwendiges Dienstleistungsgewerbe fand allerhöchste Beachtung. Der Kurs wurde amtlich als berufsfördernd anerkannt und erhält Subventionen von 23 000 Mark.

Rausschmeißer müssen natürlich gute Menschenkenner sein und im Ernstfall blitzschnell beurteilen können, ob die feine Art ankommt oder ob Angriff die beste Verteidigung ist. (SAD)

LEUTE HEUTE

Wieder zu Nancy

Die beurlaubte Zofe der amerikanischen First Lady soll so schnell wie möglich an ihren Arbeitsplatz im Weißen Haus zurückkehren. Im August war **Anita Costelo** (45), die sich seit 1981 um **Nancy Reagans** Garderobe kümmert, in Verdacht geraten, an *Verkaufsverhandlungen für 350 000* Schuß Munition an zwei Paraguayer beteiligt gewesen zu sein. Sie habe allerdings nicht gewußt, daß sie damit gegen US-Gesetze verstoße, erklären jetzt die Behörden.

Fragen an Henry

Daß er seine Antworten in „Penthouse" wiederfinden würde, sei nicht abgemacht gewesen. Zehn Millionen Dollar verlangt **Henry Kissinger** nun von dem amerikanischen Herrenmagazin, das in seiner Dezember-Ausgabe ein Interview mit dem ehemaligen Außenminister abdruckt. Zwar bestreitet „Dear Henry" nicht den Inhalt des Gesprächs; allerdings habe der ihn befragende Journalist erklärt, es sei für ein Buch bestimmt.

Kindlein klein an die Mutterbrust

Stillen jetzt auch in der „DDR" ein Thema / Ärzte fordern: weniger Industrie-Nahrung

HELMUT SCHMIDT, Berlin

Während in den meisten Industrieländern in den vergangenen zehn Jahren eine Rückbesinnung auf das Stillen als „physiologische Form" der Säuglingsernährung stattgefunden hat und in der Bundesrepublik Deutschland etwa 60 Prozent der jungen Mütter ihre Babies wieder anlegen, registrieren die Kinderärzte in der „DDR" mit großer Sorge, daß bei ihnen eine ähnliche Entwicklung nicht stattgefunden hat.

„Gegenwärtig beträgt die Stillfrequenz drei Monate nach der Geburt des Kindes weniger als 15 Prozent, in einigen Gegenden sogar unter fünf Prozent", stellten jetzt Dr. Wolf-Rainer Cario und Mitarbeiter aus der Kinderklinik des Klinikums Berlin-Buch in der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung" fest. Zur gleichen Zeit seien aber die Sprechstunden der Kinderärzte überfüllt. Die kleinen Patienten litten an Krankheiten, deren gehäuftes Auftreten nach internationalen Berichten durch „zu frühen Einsatz industriell gefertigter Nahrungen in der Säuglingsernährung ermöglicht oder gefördert wird". Hierzu gehörten akute Infekte der oberen Luftwege, Entzündungen der Bronchien, Lungen, der Ohren und akute Magen-Darm-Entzündungen, aber auch Kuhmilch-Unverträglichkeit.

„Das Stillen ist leider zur Ausnahme in unserer Säuglingsernährung geworden", stellt Cario fest. Zwar stimme die Aussage, daß künstliche Nahrungen qualitativ „noch nie so hochwertig waren wie heute", doch entspreche auch diese hochwertige Nahrung auf Kuhmilchbasis nicht dem notwendigen Nahrungsoptimum für den Säugling.

Der Ostberliner Wissenschaftler ging in seinem Fachaufsatz auch auf den Mutter-Kind-Kontakt ein, der durch die Flaschengabe nicht ersetzt werden könne: „Besonders das Wissen um die Bedeutung dieses Kontaktes für die Prägung des Kindes auf seine Mutter, für die Bildung enger Kind-Mutter-Beziehungen und die daraus resultierende Harmonie hat in westlichen Ländern unter den besser ausgebildeten Müttern zu einem wesentlich stärkeren Anstieg der Stillfrequenz als in bildungsmäßig weniger privilegierten Gruppen dieser Länder geführt." Gehe man vom durchschnittlich hohen Schulabschluß der jungen Mütter in der „DDR" aus, so sei die niedrige Stillfrequenz „in unserem Land schlecht zu begreifen". Hinzu kämen die sozialen Bedingungen, die allen Müttern das Stillen gestatteten.

In der Gesundheitserziehung habe man auf diesem Gebiet „wenig Fortune" gezeigt, meinte Cario, der im Wörterbuch der Medizin von 1978 unter „Säugling" noch folgende Bezeichnung fand: „Konventionelle Bezeichnung für Kind im 1. Lebensjahr, wobei der namensgebende Grund, das Trinken an der Mutterbrust, nicht mehr von Bedeutung ist." Auf die angebliche Schadstoffbelastung der Muttermilch eingehend, wies er darauf hin, daß über Schadstoffe im Trinkwasser nicht diskutiert werde, das ja zur Zubereitung künstlicher Produkte benötigt werde.

ZU GUTER LETZT

Aus einer Presseinformation der Landesregierung Schleswig-Holstein: „... am heutigen Dienstag, den 4. November 1986, findet keine Kabinettsunterrichtung statt. Daher fällt auch die Kabinettsunterrichtung aus."

هكذا من الأصل

Stabiles Geld bringt Gewinn

Die Sparer in der Bundesrepublik Deutschland erleben wahrhaft glückliche Zeiten. Gewiß, viele kleine und große Anleger mögen murren, daß die Zinsen so mickerig sind wie *schon seit acht Jahren* nicht mehr. Doch dafür gibt es in diesem Jahr mehr als einen Ausgleich. Denn: Die Inflation nagt nicht an der Kaufkraft des Ersparten.

Bei der absoluten Preisstabilität in diesem Jahr kann sich jedermann eine schöne Realverzinsung ausrechnen. Sie wird sich allerdings nicht auf diesem *Rekordniveau* halten lassen, wenn sich im Laufe des kommenden Jahres bei der Geldentwertungsrate wieder eine Zwei vor das Komma schiebt, weil sich die einmaligen Effekte des Dollar- und Ölpreisverfalls statistisch „verbrauchen".

Doch auch dann sind die Chancen einer attraktiven Realverzinsung des neu Ersparten und – was noch wichtiger ist – die Chancen, den Wert des Geldvermögens zu erhalten, so günstig wie selten in den vergangenen 40 Jahren.

Man kann nur hoffen, daß dies so bleibt. Dafür gibt es freilich keine Garantie. Auch nicht von der Bundesbank. Die Finanzpolitik des Staates ist mitverantwortlich für Kaufkraftstabilität. Und im kommenden Jahr sind Wahlen. Zudem leben wir in der Bundesrepublik Deutschland nicht auf einer Insel der Seligen.

Gegen die Folgen einer sorgloseren Geld- und Fiskalpolitik, von der sich ungeduldige Politiker jenseits unserer Grenzen möglicherweise schon im kommenden Jahr wider alle Erfahrung mehr Wirtschaftswachstum und weniger Arbeitslosigkeit oder die Lösung anderer Probleme versprechen, kann sich unser Land nicht voll abschotten.

Mit diesem Hinweis soll nicht etwa Angst vor einem Wiederaufleben der Inflation geschürt werden. Aber die Kapitalanleger tun gut daran, die Szene genau zu beobachten, damit sie ihre Anlagestrategie notfalls rechtzeitig neu ausrichten können.

Auch aus vielerlei anderen Gründen ist es wohl ratsam, bei der Kapitalanlage – auch wenn es nur um kleine Beträge geht – etwas mehr Vorsicht walten zu lassen, als das bislang notwendig erschien.

Wer in diesem Jahr geglaubt hat, mit dem Wiedererscheinen 30jähriger Anleihen seien die guten alten Zeiten zurückgekehrt, in denen der Besitzer solcher Papiere angeblich ruhig schlafen konnte, hat schon teures Lehrgeld gezahlt. Auch an den Aktienbörsen sind die schönen Jahre vorbei, in denen allein ein gutes Sitzfleisch Erfolg versprach.

Künftig ist wieder mehr Beweglichkeit gefragt. Allgemeingültige Rezepte für eine derartige *Strategie* kann wohl kaum jemand präsentieren. Aber ein Ratschlag dürfte sicherlich nicht falsch sein: Geld nicht so langfristig investieren, daß man es ohne größere Einbußen nicht wieder mobilisieren kann.

Die lange Zeit praktisch garantiert erfolgreiche Spekulation auf niedrigere Zinsen ist jetzt gefährlich geworden. Wer, wie der Häuslebauer, langfristige Fremdfinanzierungsmittel braucht, tut deshalb gut daran, zuzugreifen, wenn sich seine Investition zu den derzeitigen Zinssätzen „rechnet". Die sind schließlich, wenn auch nicht mehr ganz so niedrig wie im Frühjahr, so günstig wie nur ganz selten in den letzten 20 Jahren. cd.

Finanzinnovationen – Fluch oder Segen? Internationale Kreditmärkte im Umbruch

Von CLAUS DERTINGER

Ein einst hochqualifizierter Bankmanager, der nach fünfjährigem *Aufenthalt* auf einer weltabgeschiedenen Insel heute an seinen Schreibtisch zurückkehrte und mit Finanzchefs großer Unternehmen über Finanzierungen oder mit potenten professionellen Investoren über Anlagestrategien verhandeln wollte, verlöre im Nu seine Kunden. Er verstünde nicht, wovon sie sprechen. So sehr hat sich das Geschäft der großen und größeren Banken *in den letzten Jahren* gewandelt.

Die Felder, auf denen sie agieren, sind in einem Maße von Internationalisierung und gegenseitiger Verflechtung und einem Innovationsschub geprägt, wie man es sich vor einem halben Jahrzehnt nicht vorstellen konnte. Der vom Konkurrenzdruck angetriebene Erfindungsreichtum der Bankiers hat neue Instrumente zur Finanzierung und für die Geld- und Kapitalanlage wie Pilze aus dem Boden schießen lassen. Hochspezialisierte akademische Brain Trusts internationaler *Geldhäuser* kreieren per Computer laufend neue Finanzinnovationen, deren Verständnis selbst versierten Fachleuten Schwierigkeiten bereitet, wenn es in komplizierte technisch-mathematische Details geht. Die traditionellen Grenzen zwischen dem Geldmarkt für kurzfristige Finanzierungen und dem Kapitalmarkt für langfristige Finanzierungen verschwimmen mehr und mehr. Die Geldbeschaffung über die Emission von Wertpapieren verdrängt im internationalen Großgeschäft den klassischen Kredit. Die Verbriefung von Forderungen, *im Fachjargon* Securitisation genannt, ist große Mode. Prima vista mag das wie eine Rückkehr zu konservativ-solider Finanzierungstechnik erscheinen, wie sie in der „guten alten Zeit" relativ reichlichen Kapitalangebots üblich war, als Investitionsfinanzierungen der Industrie über Anleihen und nicht mit Bankkrediten selbstverständlich waren. Bei genauerer Durchleuchtung werden hinter der „Securitisation" indessen andere Prozesse sichtbar.

Auffallend ist das Vordringen einer variablen Verzinsung vieler Finanzinstrumente, seien es handelbare Schuldverschreibungen (Floating Rate Notes) mit längeren Laufzeiten oder sogenannten Euronote-Fazilitäten, also Kreditlinien, unter deren Schutz Unternehmen revolvierend kurzfristige Schuldscheine zur Geldbeschaffung ausgeben. Gemeinsam ist diesen Konstruktionen, daß sich die Schuldner auf diese Weise langfristiges Kapital zu den deutlich niedrigeren Zinssätzen für kurzfristiges Geld beschaffen können, wobei offenbleibt, ob die Rechnung aufgeht, wenn die Zinslandschaft einmal nicht mehr von so günstigen Sätzen geprägt ist wie jetzt. Aus Sicht der Kapitalgeber haben diese Konstruktionen den Vorteil, daß die derzeit niedrigen Zinsen bei steigendem Zinstrend an die aktuellen Marktsätze angepaßt werden.

Stehen sich *hier* nur Spekulation (der Kapitalnehmer) und Mißtrauen (der Kapitalgeber) in der Einschätzung der künftigen Zinsentwicklung gegenüber? Oder handelt es sich bei den in zinsvariablen Papieren angelegten Mitteln möglicherweise nur um kurzfristige Gelder, die lediglich vom – im Vergleich zu klassischen Geldanlagen – relativ hohen Zins in diese Anlageform gelockt werden? Täuscht vielleicht die nicht zuletzt von der expansiven Geldpolitik der meisten großen Notenbanken mitverursachte Überliquidität an den internationalen Finanzmärkten nur ein reichliches Angebot langfristigen Kapitals vor, das mit einem monetären Kurswechsel wieder verschwindet?

Dann wären viele der phantasievollen neuen Finanzinstrumente, denen sich die Banken engagieren, nur Produkte einer Schönwetterperiode. Werden sie alle auch bei Stürmen noch Bestand haben? Viele Bankiers sind da skeptisch. Erst recht gilt das für die Bankenaufseher, die das ungute Gefühl beschleicht, die in den vielfach komplizierten Konstruktionen steckenden Risiken, die in den Bankbilanzen keinen Niederschlag finden, überhaupt nicht oder jedenfalls nicht *rechtzeitig zu erkennen*; zudem hinken sie mit ihren risikobeschränkenden aufsichtsrechtlichen Regelungen ständig hinter den Innovationen der Bankpraxis her. Auch ist nicht hinreichend geklärt, inwieweit das Vordringen der Novitäten die Wirksamkeit der Notenbankpolitik beeinträchtigt.

Man solle nicht dramatisieren, daß *Fragezeichen hinter die raschen* Neuentwicklungen gesetzt werden. Doch das Unbehagen nicht weniger Bankiers darf nicht übersehen werden.

Wenn es schon solche Bedenken gegenüber derlei in stürmischen Perioden nicht erprobten Instrumente gibt, warum können sie dann überhaupt so auswuchern? So berechtigt die Frage sein mag: An den von staatlicher Reglementierung mehr und mehr befreiten *internationalen* Finanzmärkten sorgen die Nachfrage und der Wettbewerb für die Konzeption immer wieder neuer Produkte. Das Umfeld für diese Entwicklung schafft zweifellos die hohe Liquidität der Märkte, aber auch die mit einer guten Ertragslage einhergehende hohe Selbstfinanzierungskraft vieler großer Unternehmen. Sie lockert die *Abhängigkeit vom Bankkredit. Viele* Unternehmen wuchsen in die Rolle potenten Geldgeber hinein. Der Kreditmarkt ist zu einem ausgesprochenen Käufermarkt geworden. Der erstklassige Großkunde ist König. Die großen in- und ausländischen Geldhäuser umwerben ihn wie selten zuvor. Kein Wunder, daß er seine Ansprüche an die Bankiersleistungen immer höher schraubt.

Die Nachfrage nach Bankservice wird zudem nicht mehr allein vom Bedarf nach weltweiten Finanzierungen mit allen Laufzeiten in allen Währungen sowie der Absicherung von Risiken geprägt. Seit sich Finanzabteilungen großer internationaler Konzerne zu bankähnlichen Gebilden wandeln, deren Hauptzweck es ist, Gewinne aus Finanzgeschäften zu erzielen, zeichnet sich ein neuer Trend ab: *Die Nachfrage der Finanzmanager* wird von Wünschen bestimmt, die sich an diesem Ziel orientieren. Darauf stellen sich die Banken mit einer Ausweitung ihrer Angebotspalette ein, mit Instrumenten, die auf die individuellen Wünsche der Kunden zugeschnitten sind. Es dauert nicht lange, bis sie von der Konkurrenz imitiert sind. Also muß Neues her, das wieder einen Wettbewerbsvorsprung sichert. In diesem Innovationsprozeß sind die Banken mehr oder weniger nur noch Konstrukteure neuer Produkte. An deren Markt sind sie lediglich Händler, wenn auch zum Teil auf eigene Rechnung und auf eingenes Risiko. Sie katapultieren sich selbst aus ihrer Rolle als Geldverleiher hinaus, *kassieren Provisionen statt* Zinsen. Die Risiken der Bonitätsverschlechterung, die sie mit der Kreditvergabe in ihre Bücher nahmen, sind damit nicht verschwunden. Sie werden im Handel am Markt weitergereicht. Manch ein Marktteilnehmer *wird zu spät merken, daß er in diesem* Milliardenspiel auf dem Schwarzen Peter hängengeblieben ist.

Die Innovationlust hat nicht im Geschäft unter den ganz Großen der Finanzwelt halt gemacht. Auch die Angebotspalette für den privaten Anleger ist vielfältiger geworden, seit die Bundesbank vor anderthalb Jahren den deutschen Markt für einige international übliche Finanzinstrumente *wie Zerobonds, Floater und andere* Titel geöffnet hat. Mit dieser „Restliberalisierung" ging eine geradezu explosive Internationalisierung des Finanzgeschäfts einher. Exotisches wird kopiert oder ähnliches neu konzipiert. Ob manche dieser Novitäten, über die noch kein Fachlexikon Auskunft gibt, nicht nur den Emittenten Nutzen bringen, sondern auch den Käufern, bleibt abzuwarten.

INHALT

Von der Muschel zur Kreditkarte – Geld wurde immer gebraucht

Von INGE ADHAM

Pecunia non olet", Geld stinkt nicht – wer denkt bei diesem oft gebrauchten Spruch noch an die Ochsen, einst beliebtes und gängiges Zahlungsmittel? Das lateinische Pecunia leitet sich nämlich von dem Wort „pecus", das Vieh, ab und erinnert damit deutlich an die Herkunft des Geldes, die zum Tausch benutzten Waren nämlich. Damit hatte alles angefangen, jeder tauschte, was er hatte, gegen das, was er brauchte. Bald jedoch kristallisierten sich besonders beliebte Tauschobjekte heraus, die sozusagen einen festen Gegenwert errangen.

In der Südsee waren das die berühmten Kauri-Muscheln und Tümmlerzähne. Eine erstklassige Frau war für zehn Muschelketten und 1000 Tümmlerzähne zu haben, wer bescheiden blieb, konnte schon für 500 Tümmlerzähne die Hütte mit einer Frau teilen. Daneben ließen sich die Muscheln natürlich auch zur Bezahlung von Regenmachern, Booten oder Zauberern verwenden.

Nicht weniger simpel hat die Geschichte des Geldes in der Wiege der westlichen Zivilisation, in Griechenland, angefangen. Priamos, der König, von dem Homers Ilias erzählt, mußte seinen gefangenen Sohn für 300 Ochsen freikaufen. Ein stolzer Preis, *war doch eine hübsche junge* Sklavin damals, im achten Jahrhundert vor Christus, für nur 20 Ochsen zu haben. Beides – Sklaven und Ochsen – galten in jener Zeit als die beliebtesten Zahlungsmittel. Sie wurden freilich mit zunehmendem Handel abgelöst, zum Beispiel von Metallbarren. Bronzebarren aus dem dritten Jahrhundert vor Christus tragen das Bild eines Stiers, Erinnerung an die Viehwährung, *die sie ersetzten*.

Und heute? Eurocheque, Scheckkarte, Geldautomat, Kreditkarte und bald auch elektronische Kartenkassen im Einzelhandel – der Microchip macht's möglich. Zwischen der Naturalwährung und unserer heutigen Mark liegt eine lange Geschichte, die nicht nur die Entwicklung des Zahlungsmittels Geld dokumentiert, sondern gleichzeitig Kulturgeschichte ist, wie aus einer Wanderausstellung der Deutschen Bank zur Geschichte es Geldes deutlich wird.

Die ältesten Münzen stammen aus Kleinasien. Die Lyder prägten sie im 7. Jahrhundert vor Christus. Weil die Münzen praktisch und leicht transportabel waren, verbreiteten sie sich rasch rund um das Mittelmeer; Götterbilder zierten sie. Besonders beliebt wurde später das „Alexandergeld", auf dem das Bildnis des Herrschers die Götter verdrängte.

Die Römer brauchten etwas länger, um von ihren schweren Kupfer- und Bronzebarren, die als Zahlungsmittel benutzt wurden, wegzukommen. Die rund 500 Münztypen, die nach der Neuordnung des römischen Geldwesens durch Kaiser Augustus im Jahr 19 vor Christus nach und nach geprägt wurden, hatten dann aber auch als „Augustusgeld" für mehrere Jahrhunderte Bestand.

Nach dem Zusammenbruch des römischen Reiches ging es in Sachen Geld erst mit der Karolingischen Münzordnung wieder aufwärts, die *der Vater Karls des Großen im* 8. Jahrhundert nach Christus erließ. Die Sache hatte freilich einen Haken, der sich erst im Verlauf mehrerer Jahrhunderte herausstellte. *Die* Kaiser verliehen an Landesfürsten, Bischöfe und Städte das Münzprägerecht. Die daraus entstehende fast unüberschaubare Vielfalt von Zahlungsmitteln ließ nicht nur den Beruf des Geldwechslers entstehen, sie lockte *auch Gauner zu unredlichem Tun*.

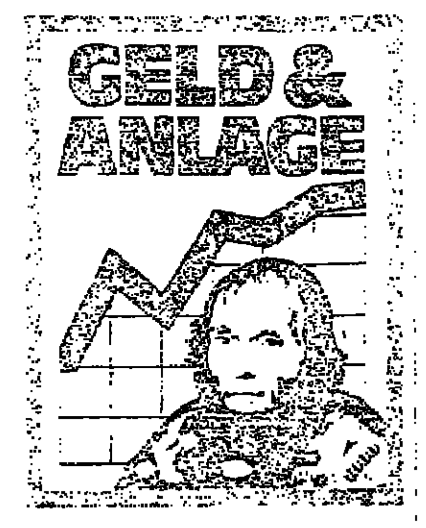
So klagten schon vor 400 Jahren die Kaufleute, die nach Frankfurt zur damals schon traditionellen Messe kamen, über die „Wipper und Kipper". Das waren jene Ganoven, die sich die Vielfalt der Münzen zunutze machten und – so die Chronik – „minderwertiges Kleingeld gewissenloser deutscher Landesherren einschleiften," um dagegen gute Taler und Rohsilber einzutauschen.

Schon mit der Möglichkeit zur quasi-industriellen Herstellung der Mün*zen und der Einführung* des Papiergelds wurde alles anders. Die ältesten Banknoten (mit Edelmetalldeckung) waren die schwedischen „Credityf-Zedel" – leicht zu transportieren und überall einsetzbar.

Daß das Papiergeld auch immer wieder ausgabewütige Herrscher verleitete, auf eine ausreichende Edelmetalldeckung der Währung zu verzichten, gehört zu den negativen Seiten *der Geldgeschichte. Die* üblen Folgen einer solchen Politik bekamen die Deutschen zuletzt im Dritten Reich zu spüren.

4200 Börsenkurse in der WELT

Die WELT, Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen, veröffentlicht den umfangreichsten Börsenkursteil aller deutschen Tageszeitungen: täglich mehr als 4200 Notierungen. Darunter die Kurse aller an deutschen Börsen amtlich notierten in- und ausländischen Aktien sowie die Preise der im Freiverkehr gehandelten deutschen Aktien; ferner sämtliche Optionspreise und die Aktiennotierungen von 19 ausländischen Börsenplätzen. Im Rentenmarktteil bringt die WELT u. a. die Kurse aller öffentlichen Anleihen und Industrieanleihen, Notierungen ausländischer D-Mark- und Optionsanleihen und Optionsscheine und eine Renditenübersicht. *Ergänzt wird der Börsenteil* durch die WELT-Aktienindices, eigene Analysen und Börsenempfehlungen von Experten. (WR)



Ein neuer Markt für Spieler?

Zwischen den amtlichen Markt und den geregelten Freiverkehr tritt in einem halben Jahr ein neues Börsensegment, der geregelte Markt. Er wird speziell für kleine und mittlere Unternehmen geschaffen, denen der Weg an den amtlichen Markt mit seinen strengen Zulassungsvorschriften zu steinig ist. Die Initiatoren, die lange an dem Projekt herumgedoktert haben, versprechen sich von einer intensiven Nutzung des geregelten Marktes, der ebenso wie der amtliche Markt der Börsenaufsicht untersteht, eine Verbesserung der Eigenkapitalverhältnisse in der mittelständischen Wirtschaft, die auch dringend geboten ist.

Über die Funktionsfähigkeit des geregelten Marktes lassen sich heute noch keine Prognosen abgeben. Wenn er sich bewährt, könnte er den geregelten Freiverkehr überflüssig machen. Denn so groß sind die Unterschiede nicht. Möglicherweise wird das neue Segment einmal ein Markt für Spieler; denn Aktien neuer Unternehmen reizen nun einmal ganz besonders zur Spekulation, und wenn die Börsenneulinge nur ein kleines Kapital haben, sind Kurssprünge programmiert.

Ob diese Titel auch für ganz konservative Anleger empfehlenswert sind, steht auf einem anderen Blatt, wenn, wie im Gesetz vorgesehen, bei der Börseneinführung die Begleitung durch eine Bank nicht mehr obligatorisch ist. Sie ist immerhin eine Art Gütesiegel. So fragt sich denn mancher Praktiker, ob die ganze Veranstaltung überhaupt sehr sinnvoll ist.

cd.

Ausländische Profis geben den Ton an: Anlage in Wertpapieren wird riskanter

Internationale Spekulanten machen das Börsenparkett zum schwankenden Boden

Von JAN HAMERS

Wie soll man sein Geld anlegen? Die Frage ist heute schwerer zu beantworten als vor einem Jahr. Damals und auch die beiden Jahre davor gab es von Mutigen für Mutige vor allem einen Rat: Aktien kaufen, egal ob deutsche, amerikanische, japanische, italienische und was sonst noch alles so Mode war. Man konnte mit verbundenen Augen auf irgendein Papier auf dem Kurszettel tippen – wenn man nicht gerade großes Pech hatte, brachte es erklecklichen Gewinn.

Auch wer sich nicht so recht in die Aktienanlage hineintraute – und zu dieser Kategorie gehören die meisten Deutschen- konnte mit seiner Kapitalernte sehr zufrieden sein, wenn er sein Geld nicht gerade in den Sparstrumpf oder auf's Bankkonto gepackt, sondern in deutschen Rentenwerten angelegt hat. Denn die brachten neben schönen Zinsen auch noch einiges an Kursgewinnen.

Die Zeiten, in denen man praktisch nichts falsch machen konnte, es sei denn, man kaufte Dollarpapiere, als der Greenback mehr als drei Mark kostete, oder australische Anleihen mit Superzinsen, die dann von der Abwertung des australischen Dollars mehr als aufgezehrt wurden, sind vorbei. In diesem Jahr hat sich schon manch einer, der von der nie endenden Börsenhausse träumte, blaue Flecken geholt. Denn das Börsenparkett ist zu einem schwankenden Boden geworden, auch international.

Das liegt sicherlich zum Teil daran, daß die „Phantasie", von der die Börse lebt, zeitweilig ein wenig nachgelassen hat. Wenn sich unter Börsianern die Auffassung breit macht, noch besser könne es in puncto Konjunktur und Unternehmensgewinnen nicht werden, dann geht der Schwung am Aktienmarkt verloren.

Nicht anders ist es am Rentenmarkt, wo man erkennt, daß Ausländer als treibende Kraft ausfallen, weil ihnen nach der explosionsartigen Aufwertung der Mark gegenüber Dollar und Pfund keine sicheren Währungsgewinne mehr winken. Nach vier Jahren Hausse ist es vielleicht auch ganz gesund, wenn diejenigen, die an den Wertpapiermärkten nicht nur spielen, sondern wirklich Geld anlegen wollen, etwas vorsichtiger werden. Für Vorsicht gibt es um so mehr Anlaß, als sich der deutsche Wertpapiermarkt besonders in den letzten anderthalb Jahren zu einem Tummelplatz internationaler Profis gewandelt hat und dadurch unberechenbarer geworden ist.

Das ist, wenn man so will, die Schattenseite der Internationalisierung der deutschen Börse, die nicht nur der Attraktivität der ständig unter Aufwertungsverdacht stehenden Mark zu verdanken ist, sondern mindestens in gleichem Maße den Bemühungen deutscher Banken, ausländische Investoren für deutsche Papiere zu interessieren. Ihre Käufe und Verkäufe haben sich von 1980 bis 1985 auf mehr als 260 Milliarden Mark fast verzehnfacht.

Internationale professionelle Akteure bewegen an der deutschen Börse oft mehr Papiere als ihre hiesigen Kollegen. Der Markt der Bundesanleihen zum Beispiel ist eine fast rein ausländische Veranstaltung geworden. In den ersten acht Monaten übertrafen die 52 Milliarden Mark ausländischen Nettokäufe deutscher Wertpapiere das gesamte Vorjahresergebnis bereits um mehr als zehn Milliarden. Am Aktienmarkt haben Ausländer von Januar bis August gut elf Milliarden „abgeräumt", eine halbe Milliarde Mark mehr als im ganzen letzten Jahr.

Kommunikation im Dienst der Börsen

Und am Rentenmarkt summierten sich die ausländischen Nettokäufe auf 41 Milliarden Mark, knappe zehn Milliarden mehr als Milliarden 1985 insgesamt. Die deutsche Börse wird mehr und mehr ein Teil des internationalen Kapitalmarktes.

Das beinhaltet zugleich, daß sie anfälliger geworden ist für kleine nervöse Zuckungen und größere Schwankungen an ausländischen Märkten. Das um so mehr, als die riesigen Fortschritte der Kommunikationstechnik die Komponenten Zeit und Raum an den internationalen Finanzmärkten überwunden haben. Die in allen Händlerbüros auf der ganzen Welt stehenden Bildschirme und Ticker versorgen alle Marktteilnehmer zur gleichen Zeit mit Nachrichten. Nichts fürchten die Profis so sehr wie einen Streik der Computer. Dann bricht die große Hilflosigkeit aus.

Mit der kommunikationstechnischen Revolution ist zugleich die Chance verschwunden, einen Informationsvorsprung zu gewinnbringenden Geschäften zu nutzen. Die Märkte haben sich darauf eingestellt. Oft sind nicht mehr irgendwelche Ereignisse an sich für Händler die Daten, nach denen sie entscheiden, ob sie irgendetwas kaufen oder verkaufen. Sie gehen einen Schritt weiter und versuchen zu erahnen, wie der Markt auf diese oder jene Nachricht, die in der Luft liegt, reagieren wird.

Das ist ein spekulatives Element, das Bewegung in die Märkte bringt, die auch aus anderen Gründen ihr Gesicht verändert haben. Zwischen den Gruppen der Marktteilnehmer hat eine starke Gewichtsverschiebung stattgefunden. Die Privaten sind zu einer ganz kleinen Minderheit geworden. Den Ton geben die Professionellen an, auch an den deutschen Börsen.

Das sind aber nicht nur Anleger im klassischen Sinne, die nur gelegentlich ihre Millionen- und Milliardenvermögen umschichten. In dieser Gruppe tummeln sich in einem früher nicht gekannten Maße auch reine Händer, die vor allem an raschem Gewinn interessiert sind. Ihre Dispositionen – heute rein, morgen raus und übermorgen wieder rein – liefern die Erklärung für Schwankungen an den Märkten, die heute viel ausgeprägter sind als früher.

Die Internationalisierung des Geschäfts hat für die deutschen Börsen eine weitere Konsequenz. Sie bekommen zu spüren, daß im Ausland andere Handelssitten üblich sind. In London ist es zum Beispiel völlig legal, short zu gehen, also mit dem Leerverkauf von Aktien oder Rentenwerten auf einen Kursrückgang zu spekulieren.

Von neuen Bundesanleihen werden dort oft schon hunderte von Millionen am Markt angeboten, bevor die Titel überhaupt emittiert sind. Und wenn die Profis irgendwelche Aktien oder Renten nicht liefern können, leihen sie sich die Papiere von anderen Marktteilnehmern. So wird das deutsche Depotgesetz, das solche Praktiken im Interesse der Solidität der Märkte verbietet, glatt umgangen.

Neben veränderten Techniken hinterlassen auch die zahlreichen neuen Instrumente Spuren an den deutschen Börsen, egal, ob die Innovationen zur Absicherung gegen Risiken oder zur reinen Spekulation eingesetzt werden. Sie sind, wie es Bankier Adolf Ratjen formuliert, der Schrekken der Analysten, weil sie das Unkalkulierbare noch unkalkulierbarer machen.

Kein Alleingang – der versierte Berater hilft

Die Gefahr von Schieflagen potenziert sich dadurch. Doch in der Schar der Händler sind die jüngsten, von vier Jahren Hausse verwöhnt, noch nicht daran gewöhnt, Schieflagen durchzustehen; sie geraten nur allzuleicht in Panik, klagt F. Wilhelm Christians, der es als Vorstandssprecher der Deutschen Bank wohl wissen muß.

Mit all diesen Erscheinungen werden die Finanzmärkte auch künftig leben müssen. Der Privatmann mag sich in dieser Umgebung wie ein kleines Würmchen fühlen. Doch das ist kein Grund, Aktien oder verzinsliche Papiere nicht mehr anzufassen. Nur tut man gut daran, sich nicht mehr allein auf seinen Instinkt zu verlassen. Ohne einen versierten Berater – der sich natürlich auch irren kann – fällt man allzu leicht auf die Nase.

Und noch etwas: In Zeiten der Zinsunsicherheit wie jetzt kann der bescheidene Zins auf einem Festgeld-oder Sparkonto letztlich attraktiver sein als der doppelt so hohe Ertrag eines festverzinslichen Papiers, der von Kursverlusten aufgezehrt wird, und wenn es sich in hochverzinsliche Fremdwährungstitel handelt, sogar zusätzlich noch von Devisenverlusten. Das sollten auch jene Sparer bedenken, die Monat für Monat hunderte von Millionen in Rentenfonds anlegen.

Silberne Zeiten kehren so schnell nicht wieder

Silber führt seit Jahren ein Schattendasein. Die glänzende Erscheinung des Goldes erschwert es diesem Edelmetall, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Mancher empfindet Silber nicht einmal als edel und vergißt dabei, daß auch Gold und Platin den veredelten Namen nur ihrer chemischen Zusammensetzung verdanken.

Sinkt der Preis, wird dem Silber erst recht das Außergewöhnliche abgesprochen. Denn: Was billig ist, kann doch nicht wertvoll sein! Von dieser menschlichen Engstirnigkeit können zahlreiche Juweliere ein Lied singen. Denn sie hatten, als der Silberpreis immer stärker abbröckelte, in der Hoffnung gekauft, die günstigen Angebote würden den Absatz beleben. Doch weit gefehlt.

„Der Silberwaren-Industrie geht es schlecht", bestätigt Ingeborg Jäger, Geschäftsführerin der Interessengemeinschaft Silberwaren; „die erhoffte Kauflust blieb aus". Und jetzt blicken die Unternehmen auf Kannen, Tabletts und Rahmen, die ihre Läger zieren. Nur Silberschmuck wird stärker nachgefragt, meint der Industrieverband für Schmuck und Silberwaren in Pforzheim. Ketten und Ohrringe finden in diesem Jahr mehr Liebhaber als im vergangenen.

Als Geldanlage betrachten nur wenige Käufer ihre weißglänzenden Errungenschaften. Die augenblicklichen stabilen Preise geben schließlich keinen Anlaß, in Sachwerte zu flüchten. Doch die Zeiten können sich ändern. Und wenn alle die Flucht antreten, steigen die Silberpreise möglicherweise in naher Zukunft wieder.

Für die Unze, die heute weniger als sechs Dollar kostet, wurden vor ein bis eineinhalb Jahren noch acht bis zehn Dollar verlangt. Im Januar 1980, nachdem die Gebrüder Hunt aus Texas sich zu Silbermonopolisten aufzuschwingen versuchten, mußten über 49 Dollar für eine Unze gezahlt werden.

Diese silbernen Zeiten werden so schnell nicht wiederkehren. Aber daß der Unzen-Preis wieder andere Höhen erreicht, ist zumindest nicht unwahrscheinlich. Denn derzeit liegt der reale Preis im Augenblick unter dem Niveau von vor 14 Jahren.

Händler und Experten sind sich freilich nicht sicher, wohin der Preis marschiert. Deshalb lehnen sie Prognosen ab. Die technischen Daten bieten zu wenig Anlaß für rosige Aussichten. Schuld daran trägt zum einen die Industrie, die keinen steigenden Verbrauch signalisiert.

Denn nicht nur die Flaute im Bereich Silberwaren, auf die rund 40 Prozent des Verbrauchs entfällt, belastet den Markt, sondern auch die fehlenden Impulse von Photoindustrie, Raumfahrt und Elektronik.

Obwohl gerade die beiden letztgenannten Wirtschaftszweige zunehmend Bedeutung gewinnen, bringen auch sie dem Silber keinen Segen. Längst haben die Verarbeiter Ersatzstoffe „entdeckt", angeregt durch die Preis-Höhenflüge. Inzwischen wird in der Raumfahrt häufig Keramit anstelle von Silber eingesetzt.

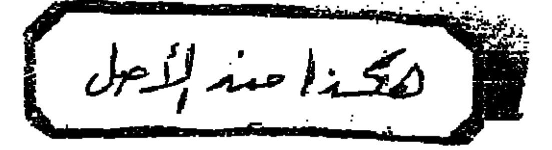
Die Elektronik verwendet, wo es geht, Plastik, Kupfer und andere, billigere Stoffe. Auf eine Nachfragesteigerung in der Industrie zu hoffen, ist wenig ratsam.

Dann scheint eine natürliche Angebotsverknappung noch wahrscheinlicher. Denn die Minen Kanadas und Australiens sind in absehbarer Zeit erschöpft. Nennenswerte Vorräte besitzen nur noch Mexiko und Peru. Dennoch: Angesichts der angesammelten Vorräte, die Hortung in Indien nicht zu vergessen, ist ein preistreibender Nachfrageüberhang nicht in Sicht.

Bleibt nur die Spekulation als Stimulator. Anleger, die auf diese Unbekannte setzen wollen, können sich am internationalen Silberhandel beteiligen; dort gehen Barren von rund 1000 Unzen oder etwa 30 Kilogramm von einer Hand in die andere. Die Bundesrepublik bietet auch kleinere Größen an.

Spekuliert wird ebenfalls mit Münzen. Spannender noch sind freilich die Terminmärkte, an denen nicht mit effektiver Ware, sondern mit Kontrakten gehandelt wird. Doch hierfür muß der Laie zunächst in die höheren Künste der Professionellen einsteigen.

KAREN SÖHLER



Mehr Glanz im Diamantengeschäft

Edelstein-Preise weisen wieder nach oben – Farbige Pretiosen sollen auf dem deutschen Markt populärer werden

„Ich habe einen Mann nie genug gehaßt, um ihm seine Diamanten zurückzugeben", hat einmal die heute in achter Ehe verheiratete Schauspielerin Zsa Zsa Gabor gesagt. Die faszinierende Wirkung, die seit jeher von diesen kostbarsten aller Edelsteine ausgeht, sollte indes nicht den Blick für das Marktgeschehen trüben. Hochwertige größere Brillanten haben gegenüber dem Rekordpreis-Jahr 1980 mehr als die Hälfte ihres Werts eingebüßt. Erst seit einem Jahr ziehen die Preise zum Teil recht kräftig wieder an.

Gleich zweimal hat das Diamanten-Syndikat De Beers – es vermarktet über 80 Prozent der weltweiten Diamantenproduktion – 1986 die Preise für Rohdiamanten angehoben: Um sieben Prozent in diesem Monat und um 7,5 Prozent im April. Davor war dem Markt drei Jahre lang keine Teuerung zugemutet worden.

Die lebhafte Nachfrage nach Schmuckdiamanten, inzwischen vor allem auch wieder für die lange vernachlässigten erstklassigen Qualitäten, wie sie De Beers und die Diamantenbörsen feststellen, ließ die Preise auf der Großhandelsstufe noch deutlicher steigen: Brillanten verteuerten sich auf Dollarbasis – der Währung, in der sie international gehandelt werden – seit Oktober 1985 durchschnittlich um 25 bis 30 Prozent, lupenreine Einkaräter um etwa 50 Prozent, vermeldet die Branche.

Für Diamantenliebhaber hierzulande macht sich dieser Preisschub angesichts des gesunkenen Dollarkurses freilich nur sehr abgeschwächt bemerkbar. Gleichwohl gilt: Die schwere Rezession, die den Markt der sogenannten Anlagediamanten fast fünf Jahre gebeutelt hatte, ist beendet. Ein lupenreiner Einkaräter der Spitzenfarbe hochfeines Weiß (River), der 1980 im Einzelhandel umgerechnet 70 000 Mark kostete und im vergangenen Jahr 23 000 Mark, bringt es heute wieder auf rund 27 000 Mark.

Findige Investmentgesellschaften und Anlageberater hatten diese Steine Ende der siebziger Jahre, als niedrige Zinssätze und hohe Inflationsraten allgemein die Nachfrage nach Sachwerten stimulierten, als krisensichere Kapitalanlage propagiert. Auch Diamantenhändler und -schleifer deckten sich mit größeren Steinen ein, um an dem einsetzenden Preisboom mitzuverdienen. Die Folge: Um die Jahreswende 1980 kletterten Einkaräter innerhalb von Monaten auf das Dreifache ihres Werts.

Teure Erfahrung

Doch der erfolglose Versuch einzelner Anleger, ihre Steine für diese Preise wieder an den Mann zu bringen, zog den stark überreizten Markt ab 1981 in einen Abwärtsstrudel. Diamanten sind kurzfristig nur mit Preisabschlägen zu veräußern und deshalb eine weniger liquide Anlageform. Diese Erfahrung mußte mancher teuer bezahlen. Schließlich besteht für den Privatmann, der die Steine ad hoc veräußern will, die Schwierigkeit, auf der „Einbahnstraße vom Diamantenproduzenten zum Einzelhändler" einen Interessenten für die nicht börsennotierten Werte ausfindig zu machen.

Allerdings wird bei dem Preiseinbruch Anfang der achtziger Jahre oft übersehen, daß die zur langfristigen Anlage geeigneten Brillanten der Spitzenqualitäten lediglich etwa ein bis zwei Prozent des gesamten Schmuckdiamanten-Markts ausmachen. Die „Normalware" ist von dem spekulativen Auf und Ab der Preise verschont geblieben und hat in den vergangenen zehn Jahren nicht an Wert verloren.

Für denjenigen, der sich für diese *mittleren und kleineren Kategorien* interessiert, gilt genauso wie für die Käufer von Spitzenbrillanten: Der Wert bestimmt sich nach den berühmten vier C – Carat (Gewicht), Colour (Farbe), Clarity (Reinheit) und Cut (Schliff). Am begehrtesten sind die lupenreinen Brillanten, die auch bei zehnfacher Vergrößerung mit einer Lupe keine Einschlüsse erkennen lassen, während größere und grobe Einschlüsse den Preis stark mindern. Je weißer der Stein, desto wertvoller ist er. Am häufigsten sind gelbliche Töne; die selteneren vollen Farben, wie zum Beispiel grün, rot oder blau, erzielen Liebhaberpreise.

Während mit steigendem Gewicht der Wert eines Steins überproportional wächst, gewinnt – je kleiner der Brillant ist – die Verarbeitung des Schmuckstücks zunehmend an Bedeutung für den Gesamtwert. Und der Wiederverkauf des Diamantschmucks hängt in diesem Fall eng von der modischen Kreation ab.

Wenn sich heute die Branche beglückwünscht, die schwerste Krise seit den 30er Jahren überwunden zu haben, sagt dies nichts über die zukünftige Preisentwicklung. Ganz sicher verkörpern Diamanten auf Dauer einen „bleibenden Wert" und sind *angesichts der wie bei jedem natürlichen Rohstoff langfristig zu erwartenden Verknappungen preissteigerungsverdächtig.* Doch heute von einer Diamantenhausse oder gar einem *Run auf die Edelsteine zu sprechen,* wie es vereinzelt schon wieder geschieht, ist nicht berechtigt.

Anders als beim Platin dürften Lieferdrosselungen des Diamantenproduzenten Südafrika keinen drastischen Preisschub auslösen. Nach den De-Beers-Statistiken stammen heute noch 15 Prozent der internationalen Diamantenproduktion aus dem einst wichtigsten Förderland. Zudem läuft die Vermarktung eines Großteils der Rohdiamanten zentral über das Syndikat, und seine Lagerbestände sind in den vergangenen Jahren der vorsichtigen Marktbestückung gewaltig gewachsen. Weit mehr als streikende Minenarbeiter könnten also die wieder aufkeimenden Empfehlungen, Diamanten verstärkt als Alternative zu Bank- oder Börsenanlagen zu halten, in Zukunft weiteren Preissteigerungen Vorschub leisten.

Während Diamanten vom Fachmann nach genau festgelegten Einzelkriterien exakt klassifizierbar sind und verhältnismäßig geringe Preisabweichungen innerhalb der einzelnen Qualitäten zulassen, ist der Markt der Farbedelsteine sehr viel stärker subjektiv bestimmt. Langfristig ist ein Preissteigerungstrend klar erkennbar.

Ceylon-Saphire gesucht

So müssen für einen sehr feinen Birma-Rubin, der vor zwanzig Jahren *etwa 6000 Mark kostete, heute mindestens* 20 000 Mark bezahlt werden, schätzt Karl Heinz Leyser von der Edelsteinschleiferei Gebrüder Leyser in Idar-Oberstein. Von solchen Spitzenqualitäten abgesehen, sind Farbedelsteine generell sehr viel preiswerter als Diamanten.

Die Angebots- und Nachfrageentwicklung verläuft innerhalb der großen Bandbreite der vielen Farbsteine so unterschiedlich, daß es nach den Beobachtungen des Bundesverbandes der Edelstein- und Diamantenindustrie nicht möglich ist, prozentuale Preissteigerungsraten anzugeben. Auch schwanken die Preise zum Beispiel gleichgroßer Rubine oder Smaragde extrem, zum Teil auch von Land zu Land. Vielfach existieren „Liebhaberpreise". Für den Laien ist es deshalb praktisch unmöglich, den Marktwert abzuschätzen. Da farbige Edelsteine kurzfristig noch schwieriger weiterzuveräußern sind als Diamanten, werden sie auch weniger als diese zu Anlagezwecken gekauft. Von den spekulativen Preisbewegungen der letzten Jahre auf dem Diamantenmarkt sind sie nur wenig tangiert worden.

Generell gilt, daß die feinen und sehr feinen Qualitäten knapper geworden sind. Stark gesucht und nicht in der gewünschten Menge zu beschaffen sind derzeit zum Beispiel Ceylon-Saphire oder sehr hochwertige große Rubine, die nur für weit mehr als 20 000 Mark zu haben sind. Weil weltweit, besonders in den wichtigen Absatzregionen USA und Japan, eine Nachfrageverschiebung zu den größeren Farbsteinen feststellbar ist – wobei die Qualitätsfrage nicht so *sehr im Vordergrund steht* –, haben die Preise dieser Kategorien in den vergangenen Monaten auf Dollarbasis überdurchschnittlich angezogen.

Farbige Edelsteine werden genau wie Diamanten bis zur Importstufe in Dollar gehandelt. Davon profitieren derzeit die Käufer auf dem deutschen Markt. Doch auch das angelaufene Weihnachtsgeschäft stellt die Branche nicht völlig zufrieden, weil sich die bunten Pretiosen hierzulande nicht so sehr der Gunst des Publikums erfreuen wie zum Beispiel in den USA. Eine in den nächsten Monaten anlaufende Werbekampagne soll nun auch der deutschen Frau den Farbedelstein wenn schon nicht an's Herz, so doch vermehrt an das Dékolleté oder Handgelenk legen.

SABINE SCHUCHART



Rotchinesische Börsianer in Hongkong

Die neue Börse an Hongkongs Exchange Square, hervorgegangen aus der Vereinigung der bisherigen vier Börsen des Stadtstaates, findet auch das Wohlgefallen der Rotchinesen. Nicht nur, daß der eigens aus Peking eingeflogene Chef der mächtigen Bank of China den Hongkong-Börsianern zum „Grand Opening" des computerisierten Kapitalistentempels die Ehre einer viel beachteten Glückwunschadresse zuteilwerden ließ. Inzwischen haben, wie kolportiert wird, Festlandchinesen auch schon einige der rund 900 Börsenfirmen in Hongkong aufgekauft. Kommentar aus dem Markt: Rotchinesen proben den Kapitalismus. (WR)

Spielraum der Versicherer wird erweitert

Die Anlagevorschriften für Versicherungsunternehmen werden an die Erfordernisse der Praxis angepaßt. Ein neues Gesetz, das auf eine Initiative der niedersächsischen Landesregierung zurückgeht, soll es Assekuranzunternehmen ermöglichen, sich direkt an mittelständischen, nicht emissionsfähigen Unternehmen als GmbH-Gesellschafter, Kommanditisten, Genußrechtsinhaber oder stille Gesellschafter zu beteiligen.

Walter Hirche (FDP), niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, stellt die neuen Regelungen vor:

Für die neuen Formen der direkten Beteiligung soll insgesamt eine Erwerbsgrenze von fünf Prozent, bezogen auf das Deckungsstockvermögen des Versicherungsunternehmens, sowie zehn Prozent, bezogen auf das Eigenkapital des Beteiligungsunternehmens gelten.

Höchstgrenze darf nicht überschritten werden

Grundsätzlich darf die Höchstgrenze für die Anlage bei einem einzelnen Unternehmen nicht dadurch überschritten werden, daß bei demselben Unternehmen verschiedene Anlageformen gehäuft werden (zum Beispiel GmbH-Anteil neben stiller Beteiligung und Genußrechten).

Auch dürfen Versicherungsunternehmen ihr gebundenes Vermögen nicht in Unternehmen anlegen, die ihrem eigenen Geschäftsbetrieb dienen.

Der Weg der indirekten Beteiligung wird den Versicherungsunternehmen über eine neue Form von Investmentfonds geöffnet. Für Anteilscheine an diesen Beteiligungs-Sondervermögen, die sich auch in einem bestimmten Umfang still an nicht emissionsfähigen Unternehmen beteiligen können, gilt eine 20-Prozent-Grenze für das Deckungsstockvermögen.

Darüber hinaus wird das Genehmigungsverfahren für neue Anlagearten erleichtert, *so daß zukünftig eine* flexible Anpassung an die Veränderungen auf dem Kapitalmarkt möglich ist.

Versicherungsunternehmen können *auch selbst* in einem bestimmten Umfang Genußrechte ausgeben. Hierdurch wird insbesondere für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, die sich Eigenkapital gegenwärtig nur durch teure Selbstfinanzierung beschaffen können, eine neue Möglichkeit der Finanzierung von außen erschlossen und ihre Stellung im Wettbewerb verstärkt. *Versicherungsunternehmen erhalten* gleichzeitig ein weiteres Anlageinstrument.

EG-Richtlinien mit einbezogen

Inhalt des Gesetzes ist auch die Umsetzung der EG-Richtlinien über die sogenannte touristische Beistandsleistung in deutsches Recht und die Freistellung bestimmter öffentlich-rechtlicher Pensionskassen, bei denen die Aufsichtstätigkeit beim Bund liegt, von der Versicherungsaufsicht.

Ferner wird die Erwerbsgrenze von zehn Prozent für gewerblich genutzte Grundstücke gestrichen und die Anlagemöglichkeit in Vorauszahlungen und Darlehen auf Versicherungsscheine über die Lebensversicherung hinaus auf die Unfallversicherung mit Prämiengewähr erweitert. (AV)



Rentenoptionen bislang noch ein großer Flop

Die Spekulation auf einen Zinsanstieg am Kapitalmarkt hätte in den letzten Wochen einige Gewinnchancen geboten. Doch das Instrument, das dafür zur Verfügung steht, wird praktisch überhaupt nicht genutzt: Der Kauf einer Verkaufsoption. Ebensowenig ist im Frühjahr auf eine Zinssenkung spekuliert worden, etwa mit dem Kauf von Kaufoptionen. Der Rentenoptionshandel, im April dieses Jahres als Novum an der deutschen Börse eingeführt, hat nicht einmal die Mindesterwartungen erfüllt. Daß dieses Geschäft einmal so große Bedeutung wie im Ausland, zum Beispiel in Chicago, bekommt, hatte ohnehin niemand geglaubt.

Das Rentenoptionsgeschäft leidet unter diversen Konstruktionsfehlern. Einer der größten ist es sicherlich, daß die wichtigsten Investorengruppen, die Investmentfonds und Versicherungen, von der Teilnahme am Optionshandel ausgeschlossen sind. Ferner wird die Auswahl der zum Optionshandel zugelassenen Titel – es sind 14 Bundesanleihen – als unglücklich empfunden. Einige Emissionen sind zu klein, andere sind fest plaziert und damit für das Optionsgeschäft ungeeignet.

Entwicklungschancen hätte das Geschäft, wenn es auf neu emittierte Bundesanleihen ausgedehnt würde. Zudem wird die Flexibilität im Optionsgeschäft dadurch behindert, daß es nur zwei Optionstermine im Jahr gibt; bei Aktien sind es immerhin vier. Schließlich ist auch die Höhe der Kontrakte mit mindestens 100 000 Mark zu hoch jedenfalls für Privatleute. (WR)

Risikolose Gewinne gibt es nicht. Investment-Analyse ist keine Zauberei

Aber sie hilft bei der Konzeption einer rationalen Anlagestrategie

Für wen ist die Investment-Analyse bestimmt? Die Antwort: Für den Anleger, dessen Anlageziel und Anforderungen an Informationen zur Anlageentscheidung. Die vielen Methoden und Informationen, die der Investment-Analyse zur Verfügung stehen, sind zu kombinieren. Daher soll zunächst anhand von Grundsätzen klargestellt werden, was mit der Investment-Analyse eigentlich möglich ist und was nicht.

Es gibt die alte Geschichte, die Computer-Verkäufer ihren Kunden früher gerne vorführten; heute haben sie das nicht mehr nötig. Die Aufgabe lautete: Auf welches Kapital würde die Anlage eines Pfennigs anwachsen, der bei Christi Geburt angelegt und mit drei Prozent p. a. verzinst wurde? Die Antwort: In Worten nicht mehr zu fassen – eine Zahl drei mit 20 Nullen. Nimmt man allerdings nur ein Prozent Verzinsung p. a., dann ist dieser lächerliche Pfennig auf 3,8 Millionen Mark angewachsen. Die Aufgabe und auch die Lösung ist sehr theoretisch, denn keine Vermögensanlage hat diesen langen Zeitraum der Geschichte überdauert.

Und wenn eine gewisse Sicherheit für einen konstanten Zuwachs einer Vermögensanlage auch nur für einen menschlich überschaubaren Zeitraum garantiert wäre, so würde sich die Investment-Analyse erübrigen. Aber Vermögen erhalten oder gar noch vermehren heißt, man muß ständig bereit sein, aktiv zu handeln, bisherige Grundsätze zu überdenken, um sie notfalls der jeweiligen Situation anzupassen.

Es führt hier nun zu weit, alle Regeln und Methoden der Investment-Analyse darzustellen. Einige Grundsätze sollen jedoch vorangestellt werden, um das Profil der Investment-Analyse und des Analysten in seinen wesentlichen Zügen zu umreißen. Der Ausgangspunkt jeder Analyse ist der Anleger und sein Anlageziel. Jede noch so scharfsinnige und tiefergehende Analyse ist sinnlos, wenn sie für den Anleger nicht verwertbar ist. Dies mag selbstverständlich erscheinen, setzt für den Analysten jedoch Kontakt zum Anleger voraus.

Der Analyst muß klar erkennen, zu welchem Ergebnis seine Untersuchungen führen und geführt haben. Analyse ist die Dienstleistung für den Anleger und sinnlos nur um ihrer selbst willen. Natürlich darf dies nicht dazu führen, daß, wie in einem Witz erzählt, der Analyst seine Ausführungen mit folgender Bemerkung schließt: „Well, this is my opinion; if you don't like it, I will change it."

Als nächster wichtiger Grundsatz der Analyse gilt: Das Resümee muß klar zu erkennen sein. Eine Fülle von Fakten und Daten mit vielen Wenn und Aber helfen dem Anleger wenig – der Analyst muß den Mut zu einer Meinung haben.

Und schließlich sollte man als Analyst objektiv bleiben. Jede Meinung und jede Entscheidung hat ihre positiven und negativen Faktoren. Sie sind fair gegeneinander abzuwägen. Für den Anleger und Portfolio-Manager sollte eine Analyse aber auch dann eine wichtige Entscheidungshilfe sein, wenn er anderer Meinung ist als sie der Analyst im Resümee vertritt.

Investment-Analyse ist also keine Zauberei. Wer

- Sicherheit verspricht, also Gewinne ohne Risiken garantiert oder auch nur fast garantiert, oder
- zusagt, von allen Anlagealternativen mit einem sehr hohen Sicherheitsgrad immer die beste Anlage herauszuwählen, und
- dann auch noch behauptet, immer im Timing richtig zu liegen,

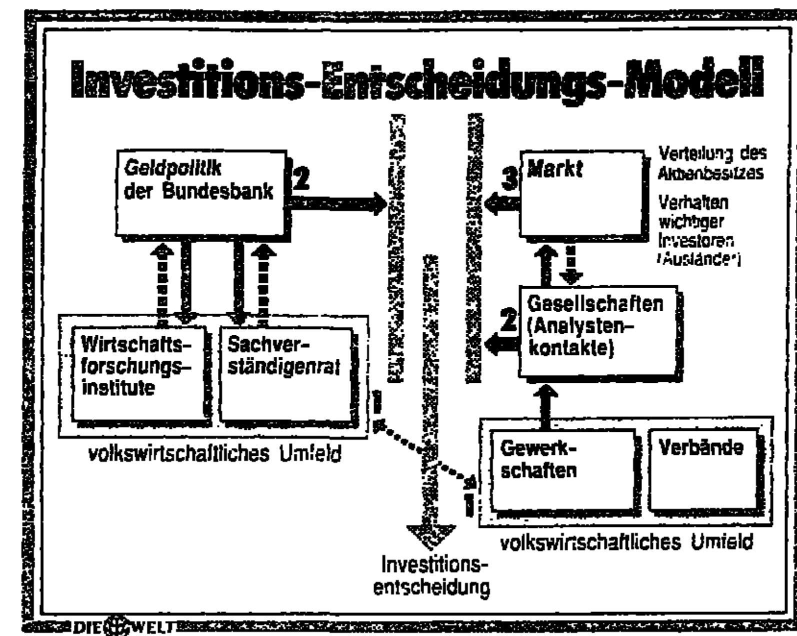
betreibt keine seriöse Investment-Analyse, bestenfalls Pseudoanalyse. Mit anderen Worten: Investment-Analyse ist kein Anlagetip. Sie unterscheidet sich von der von uns bezeichneten „Pseudoanalyse" dadurch, daß eine Vielzahl von Daten untersucht, geprüft und gegeneinander abgewogen werden, um zu einer Meinung und zu einer Entscheidung zu kommen. Zur Kontrolle werden mehrere Methoden angewandt und gegeneinander abgestimmt.

Die sogenannte Pseudoanalyse arbeitet meistens nur mit einem Instrument oder einer Methode, das beziehungsweise die irgendein Genius entdeckt hat. Oft werden auch Insider-Informationen versprochen, die dann in Wahrheit gar keine Insider-Informationen sind oder nur auf Vermutungen basieren. Dies hat mit Investment-Analyse nichts zu tun, bei der die Vielzahl von Informationen beim Analysten zusammengeführt und komprimiert an den Anleger und Portfolio-Manager weitergegeben werden. Überinformation ist dabei genauso ein Übel wie zu wenig Information. *Die Aufgabe besteht also darin*, aus dem Informationsmaterial das Wesentlichste herauszufiltern, ein Modell zu kreieren, das zur Konzipierung einer Anlagestrategie und zur Anlageentscheidung beitragen kann.

Zu beachten ist, daß die Analyse nur ein Faktor für die Bildung einer Anlagemeinung ist. Auch die Anlageberatung und der Börsenhandel sind in diesen Meinungsprozeß gleichberechtigt mit der Analyse einbezogen. Dieses Modell wird bereits seit längerem in unserem Hause praktiziert. Der Vorteil ist, daß der Analyst mit in den Entscheidungsprozeß eingebunden ist. Er sitzt nicht im stillen Kämmerlein und produziert irgendwelche Ergebnisse, sondern er hat die Möglichkeit, über sein Ergebnis zu diskutieren. Er lernt auch so die Probleme des Marktes, der Börse kennen und produziert nicht am Markt vorbei.

Ein Analyst, der kein Gefühl für die Bedürfnisse der Anleger hat, kann auch keine praktische Entscheidungshilfe geben. Wer Ideen erarbeitet, Entscheidungshilfen vorlegt, sollte auch in der Lage sein, sie überzeugend beim Kunden zu vertreten. Da*mit sollte – um hier richtig verstanden* zu werden – nicht der Analyst zum Kundenberater umfunktioniert werden, aber es hebt sicherlich die Qualität der Anlageberatung, wenn Kundenberater sich mehr mit der Investment-Analyse und Analysten sich mehr mit der Kundenbetreuung beschäftigen.

Wie bereits erwähnt, ist es wichtig, aus den zahlreichen auf den Analysten einströmenden Informationen die wesentlichsten Daten herauszufiltern und zu verarbeiten. Das dafür zugrundegelegte Modell wäre ein Beispiel für den deutschen Aktienmarkt (siehe Grafik).



In diesem Entscheidungsmodell werden im linken Teil, dem theoretischen, drei wesentliche Informationsquellen verwandt: Ausgehend von den Gutachten und Analysen der Wirtschaftsforschungsinstitute und des Sachverständigenrats wird zunächst einmal versucht, das konjunkturelle Umfeld und seine Bedingungen sowie die Risiken zu erforschen. Auch die Bundesbank, die mit ihren Instrumenten auf die Finanzmärkte und möglicherweise auf die Aktien*märkte einwirkt, orientiert sich an* den konjunkturellen Rahmendaten. In ihrem unabhängigen Meinungsbildungsprozeß *wird sie jedoch* die Analysen der genannten Institutionen und sicherlich noch anderer Institute nicht ignorieren.

Wichtig sind die Informationen und Meinungen der Wirtschaftsverbände, wie der Verband des deutschen Maschinenbaus, der Automobilindustrie etc., aber auch die Gewerkschaften. Es gilt herauszufinden, inwieweit ein Konsens besteht beziehungsweise wo die Widersprüche liegen.

Solche Untersuchungen sind in Deutschland sehr wichtig, insbesondere wenn neue Lohntarifverhandlungen bevorstehen. Ihr Ergebnis kann für die Wirtschaftspolitik im allgemeinen, aber auch für die Geldpolitik der Bundesbank gewisse Marksteine setzen, obwohl die Intention der Bundesbank, zum Beispiel bei der Festlegung des Geldmengenziels, genau umgekehrt ist.

In einem weiteren Schritt kommt man zur Information über das Unternehmen selbst. Untersuchungen über einzelne Gesellschaften werden von Beratungsinstituten und Banken mehr oder weniger intensiv betrieben. *Alle Gesellschaften gleichmäßig* gründlich zu bearbeiten wird auch großen Instituten nur in den seltensten Fällen möglich sein; wichtig ist es aber, daß für die im Programm einbezogenen Gesellschaften ein persönlicher Kontakt besteht.

Der am häufigsten angewendete Ansatz für die fundamentale Beurteilung eines Unternehmens ist die Ermittlung des Ergebnisses, bezogen auf eine Aktie (nach DVFA, Deutsche Vereinigung für Finanz-Analyse). Hier steckt aber schon eine gewisse, für die Fundamentalanalyse typische Problematik.

Die Beurteilung eines Unternehmens heute beruht auf der Basis historischer Unternehmensdaten. Hinzu kommt: Die von uns geschaffene Basis beruht auf Schätzungen. Das nach der Formel der DVFA ermittelte Ergebnis kann jedoch von dem vom jeweiligen Unternehmen ermittelten erheblich abweichen, ganz zu schweigen vom ausgewiesenen Jahresüber*schuß, der relativ frei gestaltet wer*den kann. Die Anleger erwarten Ergebnisse für die Jahre 1986 und 1987. Auch wenn man bei Ergebnisschätzungen für das laufende und zukünftige Jahr anhand von Trends, Hinweisen der Gesellschaft etc. sorgfältig vorgeht; es bleiben grobe Schätzungen, und sie sollten für den Anleger auch nur als Anhaltspunkte zu verstehen sein.

Der nächste Schritt, der zur Erarbeitung einer Investment-Entscheidung notwendig ist, wäre nun die Untersuchung des Marktes an sich. Hier ist vor allem die technische, also die Chartaanalyse zu erwähnen.

Die Anhänger der technischen Analyse schwören auf ihre Methode. Aber auch die technische Analyse ist nicht vollkommen, sie ist keine wissenschaftliche Methode, sondern stützt sich auf Empirik. Ihre Basis beruht darauf, das psychologische Verhalten der Anleger zu erkennen. In einem Chart, in dem der Kursverlauf einer Aktie niedergelegt ist, spiegelt sich das Verhalten von Tausenden von Marktteilnehmern wider. Ein ähnliches Bild im Kursverlauf müßte dementsprechend eine ähnliche Aktion oder Reaktion der Marktteilnehmer auslösen oder auf eine zukünftige ähnliche Reaktion hindeuten.

Wenn eine Kombination der Fundamental-Analyse mit der technischen Analyse als optimale Lösung angesehen wird, so ist das leichter gesagt als getan. Sehr oft kommt es nämlich vor, daß beide Resultate einfach nicht zusammenpassen. Zum Teil dürfte das darauf zurückzuführen sein, daß bei der Fundamental-Analyse die *Daten*, auf die aufgebaut wird, länger zurückliegen als bei der technischen Analyse.

Aber auch die technische Analyse arbeitet mit historischen Daten und bezieht sich auf vergangene Verhaltensweisen. Trotz der Schwierigkeiten sind beide Methoden zu empfehlen, denn zwischen technischer und fundamentaler Analyse kann eine Arbeitsteilung insofern erfolgen, als die Fundamental-Analyse für die Auswahl und die technische Analyse für das Timing angewendet wird.

Wenn die Resultate stark divergieren, so ist das ein Anlaß, von neuem zu untersuchen, zu forschen, die Gesellschaft zu analysieren. Und all dies sollte möglichst schnell geschehen; denn, was bringt eine Analyse, die nach langem Grübeln endlich mit dem richtigen Resultat sechs Monate zu spät kommt.

H.-D. BAUERNFEIND/K. TANNER

Die Autoren sind Analysten bei Georg Houck & Sohn, Bankiers, Frankfurt



Das gelbe Metall macht wieder Freude

Goldpreis in Bewegung



Vom Zahlungsmittel zur günstigen Geldanlage: Goldmünzen aus Mexiko, Hamburg und den USA

Sinkende Inflationsraten in den wichtigen Industrienationen, hohe Realzinsen und interessantere Anlagemöglichkeiten auf den internationalen Wertpapiermärkten haben den einstmals strahlenden Glanz des Goldes – gleichgültig ob auf Barren oder Münzen – in den letzten Jahren verblassen lassen. Als Geldanlage war das Edelmetall nicht mehr gefragt. Die Preise gerieten bei steigenden Fördermengen (vor allem Südafrika und Sowjetunion) und stabiler industrieller Nutzung unter Druck.

Ende letzten Jahres hat sich der Trend jedoch gedreht. Die Goldnotierungen in London und New York steigen – wenn auch unter gelegentlich starken Schwankungen.

Für den hartwährungsorientierten Anleger wurden zwar die steigenden Dollarnotierungen für die Feinunze Gold durch die US-Dollar-Abwertung überkompensiert, doch sollten auch die in Mark und Schweizer Franken ausgedrückten niedrigsten Preise seit Juni 1982 jetzt erreicht sein.

Dem nicht spekulativ orientierten, sondern mittel- oder langfristig denkenden Anleger bieten sich derzeit also gute Einstiegspreise, wenn er sein Anlageportefeuille in Gold (Barren, Münzen) mit den von Anlageberatern empfohlenen zehn Prozent der Gesamtanlagen bestücken oder auf diese Höhe aufstocken will.

Dennoch sollte der Anleger bestimmte Dollarkurs-Margen beachten. Derzeit bewegt sich die Notierung der Feinunze Gold (31,10 Gramm) bei 410 bis 430 Dollar. Um 300 Dollar je Feinunze die Goldanlage auf jene zehn Prozent aufstocken, beim jetzigen Kurs nur mit fünf Prozent engagieren und bei 600 Dollar nicht mehr kaufen, rät A. P. Hichins, Managing Director von Consolidate Gold Fields PLL in London. Experten sehen den Goldpreis auf Sicht jedoch weder unterhalb von 300, aber auch nicht bei 600 Dollar. Klar, daß die internationale Goldlobby gegenwärtig jubelt, wenn auch frühere Preisprognosen kräftig daneben gegangen sind, weil sie allzu phantastisch angelegt waren.

Krisenangst wird die Goldspekulation sicherlich wieder einmal anheizen, vieleicht auch Inflationsängste. Und was geschieht, wenn Südafrika, größter Anbieter auf dem Weltmarkt, einen Lieferstopp verhängt? Die Vorräte der Industrieländer und anderer großer Marktversorger wie UdSSR, Brasilien und China sind so reichlich, daß auch dann keine Verknappung zu befürchten ist. Dennoch hat die Angst vor Pretorias Drohungen mit zum Preisauftrieb beigetragen. Preistreibend haben zu dem japanische Käufe von 100 bis 200 Tonnen zur Herstellung der Hirohito-Gedenkmünze gewirkt.

Südafrika bestreitet mit derzeit 675 Tonnen nur noch 55 Prozent des westlichen Angebots, 1980 waren es noch 80 Prozent. Kanada und die USA füllten derweil die Lücke. Außerdem haben die Ostblockstaaten, voran die UdSSR, ihre Verkäufe 1985 von 150 bis 250 Tonnen gesteigert. Als Käufer traten westliche Zentralbanken auf; sogar Schuldnerländer wie Brasilien und Kolumbien haben ihre Goldvorräte erheblich aufgestockt. Der größte Teil des Angebots wanderte jedoch auch 1985 in die Schmuckindustrie (80 Prozent) und die übrigen Industrien (15 Prozent). Für Hortungszwecke blieben nur noch 55 Tonnen übrig nach 206 im Jahr zuvor.

Nach wie vor sind Goldbarren und Goldmünzen die beliebtesten Anlageformen. Goldbarren werden in Stükken von fünf Gramm bis 12,5 Kilogramm, einer Viertel Unze (7,7 Gramm) bis 400 Unzen (1244 Gramm), angeboten. Wichtig ist, daß sie von international anerkannten Herstellern (Prägeanstalten) stammen und deren Prägestempel tragen, in der Bundesrepublik etwa Degussa, Heraeus und Norddeutsche Affinerie. Sie garantieren gleichzeitig die Rücknahme durch die Kreditinstitute. Im Preis, der sich auf das Feingewicht bezieht, ist ein geringer Aufpreis für Verarbeitungs-, Schmelz und Prägekosten enthalten, der um so geringer ist, je größer der Barren. Andersherum: Je schwerer der Barren, desto günstiger der Preis je Gramm.

Der Anleger kann seine Barren natürlich jederzeit wiederverkaufen, jedoch sollte er über ausreichende andere Geldpolster verfügen, damit er sich nicht gerade in Zeiten einer Goldbaisse von Teilen seiner Bestände trennen muß. Dann ist es übrigens gut, nicht allzu schwere Barren zu besitzen. Bis sich Goldbarren rentieren, muß der Preis schon ganz schön steigen. Denn zunächst muß erst einmal die seit 1980 gültige Mehrwertsteuer von 14 Prozent „verdient" werden. Es sei denn, man kauft Gold und Münzen im steuerfreien Ausland, in Luxemburg oder (neuerdings wieder) mit Ausnahme von Sammlermünzen in der Schweiz. Dann müssen Goldbarren oder -münzen aber auch dort in den Tresoren schlummern. Goldschmuggel ist strafbar.

Goldmünzen können insofern enttäuschen, als niemand, weder Münzenhändler noch Banken verpflichtet sind, die Münzen zurückzukaufen. Ein Kapitel für sich sind die von privater Hand zu den verschiedensten erinnerungswürdigen Anlässen geprägten Medaillen.

Ihr Kaufpreis liegt in aller Regel beträchtlich über dem Materialwert. Der Markt ist recht eng. Und einen Käufer zu finden, der mehr als den reinen Materialwert zu zahlen bereit ist, fast unmöglich. Auch Banken können da nicht helfen. So schön sie auch sein mögen: Medaillen sind als Geldanlage denkbar ungeeignet. Verbindet die Goldmünze schon Hobby und Kapitalanlage, sollte, sofern keine numismatische Liebhaberei vorliegt, allein der reine Goldpreis für den Kauf entscheidend sein.

Für den Wert von Goldmünzen ist die Prägezahl, das Alter und der Erhaltungsgrad (siehe Kasten) von großer Bedeutung. Allerdings ist der Erhaltungsgrad oft auch eine Auslegungssache des Prüfers. Die Erfahrung zeigt, daß die Anforderungen an den Münzzustand ständig wachsen. So kann, was vor etlichen Jahren noch als „Stempelglanz" galt, heute nur noch „sehr schön" heißen. Und „polierte Platte" und „Spiegelglanz" kommen kaum noch vor. Den Markt optimal erhaltener Stücke haben auch schon Amerikaner leergefegt. Für Münzen mit hohem Sammlerwert wird längst bei einwandfreien Qualitäten das Doppelte des Preises für Stücke minderer Qualität verlangt und gezahlt. Manchmal wird auch schon über einen Kratzer auf dem Bild hinweggesehen.

Nach dem sehr ruhigen Geschäftsverlauf auf dem Sammlermünzen-Markt im Herbst/Winter 1985/86 mit einer Reihe von Preisreduzierungen (auch für alte Reichs-Goldmünzen) ziehen die Preise jetzt wieder leicht an. Dafür haben einmal der Rückgang der Lieferungen von Krügerrand aus Südafrika gesorgt, aber auch neue interessante Angebote aus Kanada und USA sowie – wenn erst als Ankündigung – aus Australien und Japan. Der kanadische Maple Leaf, in verschiedenen Gewichten zu haben, hat den jetzt mit politischen Emotionen behafteten Krügerrand von seiner bis 1984 führenden Position verdrängt. Er ist jetzt mit einem Marktanteil von 65 Prozent die meistverkaufte (und mit 24 Karat reinste) Goldmünze der Welt.

In diesen Tagen kann auch die neue US-Goldmünze Eagle Star, nach über 50 Jahren erstmals wieder gesetzliches US-Zahlungsmittel, in vier verschiedenen Stückelungen bei deutschen Banken gekauft werden. Das 50-Dollar-Stück könnte (heutiger Goldpreis) etwa um 1000 Mark (einschließlich Mehrwertsteuer) kosten.

Wie so oft, gilt auch bei Goldmünzen: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Bei steigendem Goldpreis wächst die Gefahr von Fälschungen. Hier ist bereits Vorsicht geboten, wenn der Marktwert – bedingt durch die Seltenheit – sehr viel höher als der reine Goldwert ist. Vor Fälschungen kann man sich heute kaum noch mit Lupe und Goldwaage sichern. Risikolos ist allein der Kauf am Bankschalter. Die Geldinstitute verfügen über die notwendigen Prüfeinrichtungen.

Das gilt auch für den seriösen Münzenhändler. Auswahlkriterien: Mehrjährige hauptberufliche Tätigkeit und Mitgliedschaft im Münzhändlerverband (im APHV, Geibelstraße 4, 5000 Köln 41). Eine Mitgliederliste gibt es beim Verband. Bei Banken können Münzprüfungen einige Tage dauern. Abgerechnet wird zum Preis des Tages, an dem die Prüfung abgeschlossen ist. HARALD POSNY

Erhaltungsgrade für Goldmünzen

Polierte Platte (PP):
● mit poliertem Stempel geprägt, Münzplättchen besonders poliert und ohne Unebenheiten.
Stempelglanz (St):
● absolut prägefrischer Zustand.
Vorzüglich (V):
● kaum zirkuliert, noch mit Prägeglanz.
Sehr schön (SS):
● Zirkulationsspuren an den erhöhten Stellen der Prägung, alle Einzelheiten des Münzbildes jedoch noch einwandfrei hervortretend.
Schön (S):
● stärkere Abnutzungserscheinung, die feineren Partien des Münzbildes nicht mehr in Einzelheiten erkennbar.

Fonds-Policen: Vorsorge mit Risiko



Im Ausland gibt es sie schon lange, in der Bundesrepublik erblickte sie erst 1969 das Licht der Welt: die fondsgebundene Lebensversicherung, je nach Betrachtungsweise

● eine Lebensversicherung, bei der die im Beitrag enthaltenen Sparanteile in Anteile eines Wertpapierfonds (Aktien-, Renten-, Immobilien-, gemischter Fonds) angelegt werden

● oder ein „qualifizierter" Investmentsparvertrag mit Versicherungsschutz und Leistungsgarantien, wie man sie von der Lebensversicherung her kennt.

Die nie mehr als 15 Anbieter, von denen heute noch etwa zehn aktiv auf diesem Gebiet tätig sind, hielten sich merklich zurück. Einmal war bald die Luft aus dem Geschäft heraus. Die Idee, die zwar Anlage mit Versicherungsschutz verheißt, jedoch die Leistungsgarantien viel enger zieht sowie neben Chancen auch Risiken durch die Aktienanlage des Fonds bietet, war schwer zu verkaufen, weil schwer verständlich zu machen.

Das seitherige Schattendasein der Fondspolice endete erst mit der Börsenhausse und den im Gleichschritt anziehenden Preisen für Investmentanteile. So brachte es die Fondspolice nach anfänglichen Enttäuschungen auf einmal auf Renditen bis zu 13 (nach Steuern über zehn) Prozent, erheblich mehr als bei der konventionellen Kapitallebensversicherung, die es (nach zwölf Jahren) auf sechs oder sieben, selten auf neun Prozent bringt, steuerfrei natürlich.

Die „Fondsgebundene" wird als Kopplungsprodukt angeboten, bei dem Geldanlage und Versicherungsschutz in einem Vertrag verbunden und festgeschrieben sind. Die Fonds werden von erfahrenen Anlagegesellschaften, oft Großbank-Töchtern, gemanagt. Depotbanken sind die Banken selbst. Da die Erwartungen auf dem Aktienmarkt weiter als gut beurteilt werden, nimmt der Anleger direkt an den Wertsteigerungen des Fonds teil. Das Risiko sinkender Notierungen wird durch den Versicherer durch breite Streuung der Wertpapiere und volle Ausnutzung der Kursschwankungen kalkulierbar und kontrollierbar. Sicherheit steht obenan, rein spekulative Papiere kommen nicht ins Fondsvermögen. Dennoch differieren bei Vergleich die Vermögenssteigerungen der Fonds in den letzten fünf Jahren um bis zu 100 Prozent.

Und das bietet die Fondspolice:

● kleine, individuelle Anteilkäufe ab 50 Mark monatlich;

● sämtliche Erträge sind steuerfrei, bei mindestens zwölf Jahren Vertragsdauer; dies aber nur bei laufenden Beiträgen, also nicht bei Einmalzahlungen, die Beiträge selbst können jedoch nicht steuerlich als Sonderausgaben geltend gemacht werden;

● jederzeit sofortige Liquidität durch zinslose und kostenfreie Entnahme der bereits angesammelten Werte;

● bei Ablauf kann gewählt werden zwischen Bargeld (vernünftig bei hohen Kursen) und Fondsanteilen (vernünftig bei niedrigen Kursen) mit der Möglichkeit, auf „bessere Zeiten" zu warten;

● Absicherung des Sparziels durch die Mindest-Todesfallsumme: bei vorzeitigem Tod mit aktuellem Kurs gutgeschriebener Wert der Fondsanteile, mindestens aber die garantierte Vertragssumme plus Überschußbeteiligung. Sie hat jedoch nicht die Bedeutung wie bei der Kapitallebensversicherung, weil sich Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden, Kurssteigerungen usw.) unmittelbar auf den Kurs und damit auf den Wert der Fondsanteile auswirken. Aber es bleiben immerhin noch Risiko- und Kostengewinne für die Gutschrift.

Die komplizierte Konstruktion und die durchaus vorhandenen Kurs-Risiken machen eines deutlich: Diese Anlage eignet sich wegen der unsicheren Erlebensfallsumme nicht als Grundsicherung fürs Alter, wohl aber als Zweit- oder Drittpolice für Leute mit gehobenen Einkommen. Py.

Die klassische Hypothek wieder hoch attraktiv

Sicherheit für Häuslebauer, wenn die Zinsen später steigen

Von DIETER BELLINGER

Mit der Stabilisierung des Geldwertes haben sich die Rahmenbedingungen der Wohnungsfinanzierung mehr und mehr verbessert. Der Kapitalmarkt knüpft an die Konditionen der fünfziger, sechziger Jahre an und stellt wieder die klassische Hypothek zur Verfügung, die mit niedrigen Zinsen und langen Festschreibungsfristen ausgestattet ist.

Für Hypothekendarlehen mit fünfjähriger Laufzeit berechnen die Hypothekenbanken jetzt etwa sieben, bei zehnjähriger Festschreibung rund 7,8 Prozent. Während der letzten 20 Jahre ist dieses Zinsniveau nur kurzfristig (Frühjahr '78) unterboten worden. Die heutigen Sätze liegen bis zu zwei Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

Dies schlägt bei jeder Immobilienfinanzierung kräftig durch. Beträgt doch der Kauf- oder Herstellungspreis eines Einfamilienhauses im Bundesdurchschnitt etwa 330 550 Mark; davon werden in der Regel 65 Prozent und damit knapp 215 000 Mark fremdfinanziert, so daß bereits ein Prozentpunkt weniger Zinsen die Bauherren-Budgets im Schnitt um gut 2000 Mark pro Jahr entlastet.

Wie die steigende Nachfrage nach langfristigen Finanzierungsmitteln zu Festzinskonditionen zeigt, nutzen die Bauherren/Käufer die Gunst der Stunde. Die Hypothekenbanken konnten ihre Neuzusagen von Januar bis August '86 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 33,2 Prozent erhöhen. Die Festzinshypothek entfaltet in Niedrigzinsphasen ihre Vorteile: Lange Darlehenslaufzeiten zusammen mit fest vereinbarten Zinsen machen unabhängig von künftigen Zinsschwankungen. Sie bieten damit Schutz vor unverhofften Finanzierungsnöten aufgrund steigender Zinsen.

Geringe Belastungen

Die geringe Tilgung von meist einem Prozent sorgt überdies für Belastungen, die auch für schmalere Portemonnaies zu verkraften sind.

Angesichts dieser Kalkulationsvorteile verlagerte sich das Geschäft der Hypothekenbanken zum langen Laufzeitenende. Ablesbar ist dies an den Laufzeiten der zur Refinanzierung der Darlehen ausgegebenen Schuldverschreibungen. In den ersten acht Monaten dieses Jahres hatten 95 Prozent der Pfandbriefe Laufzeiten über vier Jahre. Eindeutig erwies sich die Zehnjahreshypothek als Favorit. 41 Prozent der in den ersten acht Monaten dieses Jahres aufgenommenen Mittel hatten eine Laufzeit von zehn Jahren und mehr.

Mit dem Angebot von unkündbaren, 30jährigen Hypotheken legen die Hypothekenbanken sogar den Klassiker der sechziger Jahre wieder auf – mit rund drei Prozent Anteil am Neugeschäft bleiben derartige Darlehenswünsche aber eine Ausnahme.

Die Nachfrage nach Festzinshypotheken wird zusätzlich dadurch erhöht, daß das übrige Immobilienumfeld stimmt wie lange nicht mehr: Wegen der Preisstabilität steigen die Realeinkommen, so daß Bauherren/Käufer mehr finanziellen Spielraum haben. Die Baupreise stagnieren und dürften im nächsten Jahr kaum allzu stark zulegen. Die Preise für baureifes Land gaben in diesem Jahr sogar nach. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht, regionale Unterschiede nehmen noch zu.

Hohe Steigerungsraten

Schon jetzt werden die Käufer in manchen Regionen festgestellt haben, daß sie für vergleichbare bereits bestehende Objekte bis zu 30 Prozent weniger zahlen mußten als Bauherren für den Bau eines neuen Hauses. Der expandierende Anteil der Gebrauchtobjekte am Wohnungsmarkt spiegelt sich deutlich bei den Hypothekenzusagen wider. In den ersten acht Monaten des Jahres 1986 lag der Zuwachs von 47,9 Prozent bei den neu zugesagten Darlehen für Kauf, Modernisierung und Kreditablösungen mit großem Abstand auf Platz eins.

Auch die Hypotheken für gewerbliche Bauinvestitionen wurden noch mit einer hohen Steigerungsrate von 39,7 Prozent nachgefragt. Demgegenüber erreichten die Hypothekendarlehen für den Wohnungsneubau mit plus 3,5 Prozent abgeschlagen Platz drei. Gleichwohl drückt diese Zahl nach vielen Monaten rückläufiger Entwicklung eine gewisse Stabilisierung auch beim Wohnungsneubau aus – vor allem wegen des wachsenden Interesses am Eigenheim.

Schließlich zeigt sich selbst der Fiskus spendabel. Der vom nächsten Jahr an geltende Häusle-Paragraph 10 e erhöht gegenüber dem alten Paragraphen 7 b den zulässigen Abzugsbetrag von 10 000 auf 15 000 Mark pro Jahr. Das „Baukindergeld" von 600 Mark pro Jahr wird auf das „erste" Kind ausgedehnt. Der 1982 eingeführte befristete Schuldzinsenabzug für Neubauten läuft zwar Ende dieses Jahres aus; auch bei neu errichteten Zweifamilienhäusern können dann die Schuldzinsen nicht mehr voll abgezogen werden. Die Neuregelung behandelt aber Bauherren und Immobilienkäufer gleich. Das dürfte den Gebraucht-Immobilienmarkt weiter beflügeln.

Der Autor ist Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Hypothekenbanken e. V., Bonn.

Die dritte Säule der Altersversorgung

Im Alter finanziell hinreichend versorgt zu sein ist eines der vorrangigsten Ziele eines jeden Bundesbürgers. Angesichts der wenig rosigen Aussichten der gesetzlichen und betrieblichen Rentenversicherung – allenfalls können die über 40jährigen ihrer Rente noch einigermaßen sicher sein – rückt die „private Zusatzrente" immer mehr in den Mittelpunkt der Altersvorsorge. Wenn es dann aber gilt, eigenverantwortlich etwas für den „dritten Lebensabschnitt" zu tun, stellt sich sofort die Frage nach dem Wie.

Die Lebensversicherung wird traditionell als „dritte Säule der Altersversorgung" apostrophiert, ein Anspruch, der im Grundsatz wohl richtig ist. Indes: Die vom Bürger im Durchschnitt abgeschlossene Lebensversicherung über weit weniger als 50 000 Mark kann in der Praxis kein ernsthafter Beitrag zur Alterssicherung sein. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Studie der Universität Frankfurt, die zusammenfassend feststellt, daß „die Lebensversicherung überwiegend keine eigenständige Altersversorgung leistet".

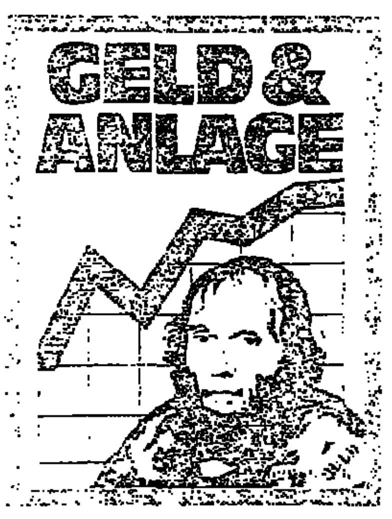
Andere Formen der Geldvermögensbildung zur Altersvorsorge spielen für weite Bevölkerungsschichten nur eine untergeordnete Rolle; die daraus resultierenden Erträge sind – für den Durchschnitt betrachtet – eher zu vernachlässigen.

Die zur Zeit wieder so sehr gepriesene Anlage in Produktivkapital rangiert sogar ganz hintenan. Auch bei einer noch verstärkten Förderung der Produktivkapitalbildung dürfte – wenn überhaupt – das Sparkapital von den Bundesbürgern hier lediglich auf Zeit bereitgestellt werden. Außerdem ist die derzeitige Situation mit den jüngst erlebten historischen Höchstkursen an der Börse nicht dazu angetan, dem sogenannten Volkskapitalisten die Anlage in Risikokapital wieder schmackhaft zu machen, wo doch gestandene Profis in diesen Tagen eher ihre Gewinne realisieren.

Demgegenüber fügt sich die Immobilie – als inflationsgeschützter Sachwert – nahtlos in einen individuell aufgestellten „wirtschaftlichen Lebensplan" ein. Angefangen mit dem rechtzeitig begonnenen, staatlich geförderten (Bau-)Sparprozeß, über die Erwerbs- und sich anschließende Erlebensphase mit den heranwachsenden Kindern, die ebenfalls steuerlich begünstigt ist, folgt die Zeit des lastenfreien Wohnens in den eigenen vier Wänden im Alter. Mietfreies Wohnen im entschuldeten Heim stellt dabei angesichts einer durchschnittlichen Rente von derzeit unter 2000 Mark schon eine beachtliche Position im privaten Haushaltsbudget dar.

RÜDIGER WIECHERS

Der Autor ist Mitglied der Geschäftsleitung der LBS Hessen, Frankfurt



Hochsaison: Alte Aktien unter dem Hammer

Wertpapiere zum Anschauen – als Wandschmuck oder einfach als Sammlerobjekt – haben in den vorweihnachtlichen Wochen Saison. Die Auktionen historischer Wertpapiere häufen sich. Gewiß, es sind eigentlich wertlose Papiere, die an keiner Börse mehr gehandelt werden. Aktien und Obligationen von Unternehmen, die vielleicht schon vor Jahrzehnten Pleite gemacht haben oder von anderen geschluckt worden sind. Anleihen von Staaten, die ihre Gläubiger betrogen haben.. Dennoch finden sich immer wieder Liebhaber für diese Stükke, die – wenn es sich nicht um seltenere Exemplare handelt –, schon für 20 Mark und wenig mehr zu haben sind.

Für Raritäten muß man dagegen schon einige Tausender hinblättern. So zum Beispiel für eine Aktie mit 10 000 Reichsmark Nominalwert der Adam Opel AG aus dem Jahre 1941, ein Papier, das selbst Experten noch nie gesehen haben. Es wird das Spitzenstück sein, das in drei Tagen auf einer Auktion der Stadtsparkasse Ludwigshafen ohne Ausrufung eines *Limits unter den Hammer kommt.* Mit 2800 Mark kommt ein Papier zum Aufruf, das eine wahre Augenweide ist: Eine Aktie über zehn Thaler des Westfälischen Zoologischen Gartens zu Münster.

Stücke höchster Qualität kommen eine Woche später in Düsseldorfs Ramada-Renaissance-Hotel zur Versteigerung, und zwar in einer Fülle, wie sie die Fachwelt auf anderen Auktionen wohl bisher kaum erlebt hat. Unter den 550 Losen, die auf der Auktion aufgerufen werden sollen, sind seltene deutsche Stücke aus der Gründerzeit, die zugleich ein Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte spiegeln. Darunter zum Schätzpreis von 3600 Mark Papiere der Actien-Brauerei Neustadt-Magdeburg von 1872, der Schleppschiffahrts-Gesellschaft Unterweser von 1890 (2800 Mark) und für 1300 Mark die Ruppenstraße Aktiengesellschaft von 1883, die als die älteste Schweizerische Aktie gilt. (WE)

Offene Immobilienfonds in der Krise bewährt

Sicher, wertbeständig und liquide: Breitgestreute Anlagen und gute Mieten – Preisverfall am Wohnungsmarkt hinterließ keine Spuren

Von GERHARD GATHMANN

Der Kapitalmarkt bietet heute eine Fülle von Anlagemöglichkeiten. Vom Sparbuch über Bundesanleihen bis zu Waren-Termingeschäften wird alles geboten, was das Herz des Anlegers höher schlagen läßt. Dabei sind die Anbieter sehr erfinderisch und bringen immer neue Schöpfungen auf den Markt.

Als wertbeständige Anlage haben sich in diesem Umfeld die offenen Immobilienfonds seit Jahren fernab von spekulativen Auswüchsen stetig entwickelt. Sie erfreuen sich unter den Anlegern, die für ihre individuelle Vermögens- und Vorsorgeplanung auf Sicherheit und Wertbeständigkeit setzen, zunehmender Beliebtheit.

Das Prinzip der offenen Immobilienfonds ist einfach. Sie sammeln das Geld vieler Anleger und kaufen dafür Immobilien. Für den Gegenwert geben sie Anteilscheine aus, die ein Anrecht auf die Vermögenswerte der Fonds verbriefen und jederzeit gehandelt werden.

„Offen" heißen die Fonds, weil sie weder in der Zahl ihrer Anleger noch in der Höhe des Fondsvolumens oder gar in der Anzahl der in ihnen verwalteten Immobilien Beschränkungen unterliegen. In einen offenen Immobilienfonds kann jeder jederzeit mit einem beliebigen Betrag einsteigen und auch jederzeit seine Anteile zurückgeben.

Dies unterscheidet die offenen Immobilienfonds von den geschlossenen, bei denen nur eine bestimmte *Zeichnungssumme plaziert wird*, wobei sich bei einer Mindestbeteiligungssumme auch gleichzeitig eine Beschränkung der Anzahl der Anleger ergibt.

Ein weiterer Unterschied zu den geschlossenen Immobilienfonds ergibt sich beispielsweise auch daraus, daß die Anteile nur bei einem gut funktionierenden Second-hand-Markt handelbar sind.

Gemanagt werden die offenen Immobilienfonds durch ihre Verwaltungsgesellschaften, die sogenannten Kapitalanlagegesellschaften. Ihre rechtliche Grundlage bildet das Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften. Kraft Gesetzes sind sie Kreditinstitute und verwalten die Fonds als Treuhandvermögen getrennt von ihrem eigenen Vermögen.

Die Kapitalanlagegesellschaften unterliegen der Kontrolle des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen. So müssen zum Beispiel die Vertragsbedingungen, nach denen sie ihre Fonds verwalten, vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen genehmigt werden.

Damit ist die öffentliche Kontrolle über die Rechtsbeziehungen zwischen Fonds, Verwaltungsgesellschaft und letztlich Anlegern gewährleistet. Dem Anlegerschutz kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Im Gegensatz dazu existieren für geschlossene Immobilienfonds keine speziellen Gesetzesvorschriften: allerdings sind hier in der letzten Zeit zum Beispiel durch die Neufassung des Paragraphen 264 a StGB erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um den Anlegern einen optimalen Schutz zu gewähren.

Dies schien insbesondere nach den negativen Erfahrungenmit einigen Wildwüchsen aus dem Bereich der Bauherren- und Erwerbermodelle angebracht.

Aufgabe der Verwaltungsgesellschaft eines offenen Immobilienfonds ist es, das von den Anlegern eingezahlte Geld nach dem Grundsatz der Risikomischung in Grundstücken und Erbbaurechten anzulegen.

Hierbei ist für eine Streuung der Objekte gesorgt nach

- Nutzungsart (Büros, Läden),
- geographischen und demographischen Gesichtspunkten (Ballungsgebiete, Groß- und Mittelstädte sowie Verteilung über die Bundesrepublik),
- Branchen (Einzelhandel, Banken, Arztpraxen),
- Grundstücks- und Gebäudegrößen (von einstelligen bis dreistelligen Millionenbeträgen),
- Baujahren,
- Kaufobjekten und eigenen Bauvorhaben sowie
- Mietern.

Wertentwicklung Fonds	Investment-Gesellschaft	1 Jahr 30.9.85 30.9.86	5 Jahre 30.9.81 30.9.86	10 Jahre 30.9.76 30.9.86	15 Jahre 30.9.71 30.9.86	20 Jahre 30.9.66 30.9.86
Grundstücks-Fonds						
A.G.I.Fonds Nr.1	A.G.I	+ 5,7	+ 37,6	+ 82,8	+ 173,7	–
Despa-Fonds	DESPA	+ 6,1	+ 43,5	+ 89,5	+ 170,3	–
DIFA-Fonds Nr. 1	DIFA	+ 5,9	+ 40,6	+ 85,5	+ 157,7	+ 319,7
DIFA-GRUND	DIFA	+ 5,6	–	–	–	–
Grundbesitz-Invest	DGI	+ 6,1	+ 42,5	+ 100,5	+ 160,5	–
Grundwert-Fonds I	DEGI	+ 6,4	+ 43,5	+ 100,7	–	–
Haus-Invest	DGI	+ 6,6	+ 43,5	+ 100,6	–	–
iii-Fonds Nr. 1	III	+ 5,3	+ 36,9	+ 72,5	+ 133,2	+ 242,4
iii-Fonds Nr. 2	III	+ 5,5	+ 37,4	+ 63,5	+ 122,4	+ 220,5

Berechnungsbasis: Einmalanlage Anlage zum Anteilwert Endbewertung zum Anteilwert Ertragswiederanlage zum Anteilwert Quelle: BVI

Die offenen Immobilienfonds bevorzugen die gewerblich genutzte Immobilie (Büro- und Geschäftsgebäude) sowie das gemischtgenutzte Objekt. Wohnflächen werden *allenfalls* als Restflächen akzeptiert.

Grund für diese Anlagepolitik ist, daß nur die gewerblich genutzte Immobilie unter der Voraussetzung einwandfreier Bonität der Mieter die Chance bietet, die Mieten durch überwiegend indexgebundene Mietverträge der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen.

Damit haben sich die offenen Immobilienfonds schon lange vor dem Preisverfall auf dem Wohnungsmarkt von der Wohnimmobilie abgekoppelt. Die häufig festzustellende Vermengung der Entwicklung der verschiedenen Immobilien-Teilmärkte im sprachlichen Gebrauch hat den Blick darauf verschränkt, daß Immobilie nicht gleich Immobilie ist und die Entwicklung vno Wohnimmobilien nicht zu vergleichen ist mit gewerblich genutzten Objekten an nachgefragten Standorten.

So wird beispielsweise der Kauf eines Einfamilienhauses zur Eigennutzung durch subjektive Faktoren geprägt, führt individueller Bedarf hier vielfach zu irrationaler Preisbildung.

Prestigegesichtspunkte verstellen dabei häufig die kritische Kosten-/Nutzenanalyse wie beim Erwerb eines exklusiven Fahrzeuges. Es muß einfach als ökonomische Absurdität bezeichnet werden, Mietwohnflächen *im Steuersparmodell für 3500* Mark/Quadratmeter, bei Mieten zwischen zehn und 14 Mark, als günstig zu charakterisieren, und dies bei sehr ungewissen Steigerungserwartungen, wenn für etwa den gleichen Betrag je Quadratmeter Geschäftshäuser in I a-Lage mit hochpreislichen Laden- und Büroflächen, beispielsweise am Neuen Wall in Hamburg, zu kaufen waren.

Angesichts der echten Verkehrswerte für Wohnflächen, wie sie in offenen Immobilienfonds je nach Lage und Miethöhe richtig zwischen 1200 und 1600 Mark angesetzt werden, kann bei einem Aufwand in doppelter oder dreifacher Höhe nur noch von bedauerlicher Kapitalfehlleitung oder Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen gesprochen werden.

Nicht subjektive Momente oder Baukosten der Vergangenheit, sondern wirtschaftliche Daten, die das Umfeld des Marktes liefert, prägen dagegen die Marktsituation gewerblicher Immobilien. Infolgedessen entwickeln sich die aus der Vermietung gewerblich genutzter Flächen fließenden Renditen in gut überschaubaren Bahnen.

Fernab von den Schwankungen der Börse haben sich die offenen Immobilienfonds in den Jahren ihres Daseins entwickelt. Herausragendes *Merkmal der Anteilpreisentwicklung* ist ihre Stetigkeit nicht nur über den Zeitablauf mehrerer Jahre, sondern auch gemessen an den in der Regel mindestens einmal im Monat vorgenommenen Preisfeststellungen.

Auch unter steuerlichen Gesichtspunkten sind offene Immobilienfonds reizvoll. Die von ihnen erwirtschafteten Erträge stellen Einkünfte aus Kapitalvermögen dar und unterliegen der persönlichen Einkommensteuer – auch wenn die Erträge vom Fonds einbehalten werden.

Die dem Fonds zufließenden ordentlichen Einkünfte, also solche aus Mieten und Pachten, sind dabei zu versteuern. Außerordentliche Einkünfte hingegen, zum Beispiel Gewinne aus Grundstücks- und Wertpapierverkäufen nach Ablauf der „Spekulationsfrist", bleiben bei im Privatvermögen gehaltenen Fondsanteilen steuerfrei.

Analog zu Kursgewinnen bei Wertpapieren unterliegt die Wertsteigerung der Anteile offener Immobilienfonds nicht der Steuer.

In der Regel ist also ein gewisser *Teil am Jahresgesamterfolg eines offenen Immobilienfonds* steuerfrei, wodurch sich diese Anlage von vollsteuerpflichtigen Kapitalanlagen unterscheidet.

Dies wird insbesondere deutlich im Vergleich zur Entwicklung des Anlageerfolgs beispielsweise der DIFA-Fonds Nr. 1 gegenüber der Umlaufrendite aller Wertpapiere, wie die Tabelle zeigt. Bei einem Anlageerfolg von fünf bis 8,2 Prozent waren in den Jahren 1973/74 bis 1985/86 beim DIFA-Fonds Nr. 1 rund 48 Prozent des Anlageerfolges steuerfrei.

Unterstellt man eine 50prozentige Steuerprogression, so lagen die hochgerechneten Renditen zwischen 6,9 und 11,6 Prozent. Vergleicht man dazu die Umlaufsrendite der *festverzinslichen Wertpapiere*, so erweist sich die Anlage in offenen Immobilienfonds auch von der Rendite her als durchaus konkurrenzfähig und attraktiv.

Offene Immobilienfonds eignen sich aufgrund ihrer Wertbeständigkeit vorzüglich für die eigene Vermögensplanung und Altersvorsorge.

Mit Hilfe der bei den Fondsverwaltungen geführten Anlagekonten kann der Anleger durch Einmaleinzahlungen, unregelmäßige oder regelmäßige Zahlungen gezielt ein Vermögen aufbauen. *Auf diese Weise sichert* er sich finanziell gegen Notfälle ab und erzielt neben seiner Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein Zusatzeinkommen.

Schon lange bieten die Fondsgesellschaften die Möglichkeit der Einrichtung von Auszahlprogrammen an. Dabei kann jeder beliebige Betrag ausgezahlt werden. Besonders interessant ist die Entnahme der jährlichen Erträge. Der Kontoinhaber sichert sich dadurch praktisch ein „ewiges" Zusatzeinkommen, und sein Vermögen bleibt erhalten.

Überträge, Schenkungen und Vererbungen sind unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften möglich. Auf diese Weise kann das Vermögen auch auf die Kinder übergehen, die ihrerseits in den Genuß dieser vorteilhaften Anlage kommen.

Die offenen Immobilienfonds machen so die Immobilie zu einer flexiblen Anlageform, die den gestiegenen Anforderungen des anspruchsvollen Anlegers in jeder Hinsicht gerecht wird.

Der Autor ist Vorstandsmitglied der DIFA, Deutsche-Immobilien-Fonds-AG, Hamburg

Renditeentwicklung des DIFA-Fonds Nr.1

Geschäftsjahr	Rendite aus Wert + Ertrag %	davon steuerfrei %	davon steuerpflichtig %	Vergleichbare Rendite bei 50% Steuerprogression %	Umlaufsrendite aller Wertpapiere %
1973/74	7,0	3,8	3,2	10,8	10,6
1974/75	6,0	4,1	1,9	10,1	8,7
1975/76	5,3	4,1	1,2	9,4	8,0
1976/77	5,3	3,3	2,0	8,6	6,4
1977/78	5,2	2,8	2,4	8,0	6,1
1978/79	5,0	2,5	2,5	7,5	7,6
1979/80	5,6	2,7	2,9	8,3	8,6
1980/81	6,3	3,2	3,1	9,5	10,6
1981/82	7,0	4,0	3,0	11,0	9,1
1982/83	8,2	3,4	4,8	11,6	8,0
1983/84	6,5	1,1	5,4	7,6	7,8
1984/85	6,2	0,7	5,5	6,9	6,9
1985/86	7,5	3,4	4,2	11,1	5,8*

* August 1986

Die Größten aus dem Ausland

Deutschlands Finanzmetropole *Frankfurt* hat, wie könnte es anders sein, mehr Anziehungskraft auf ausländische Banken als jede andere Stadt der Bundesrepublik. Im Vergleich zu den einheimischen Instituten sind die ausländischen Geldhäuser freilich Zwerge. *Mit Bilanzsummen* von meist weniger als fünf Milliarden Mark erreichen sie nicht einmal das Volumen großer Sparkassen. Aber Bilanzssummen allein sind nur beschränkt aussagefähig.

Die *größte Nationalitätengruppe* unter den Bilanzmilliardären stellen die amerikanischen Banken, die gleich siebenmal vertreten sind, darunter in Frankfurt mit den drei größten. In die vorderen Ränge haben sich inzwischen die drei schweizerischen Großbanken vorgeschoben, obwohl sie ausgesprochene Newcomer sind. Zwei von ihnen, die Bankgesellschaft und die Kreditanstalt hatten freilich schon einen Fundus, *auf den sie bauen konnten: denn sie sind bei bereits existierenden deutschen Instituten eingestiegen.* Nur der Bankverein hat „auf der grünen Wiese" aufgemacht. Es würde kaum überraschen, wenn die Schweizerin in nicht allzu ferner Zeit die großen Amerikaner überrundet.

Und das ist die Reihenfolge der größten ausländischen *Bilanzmilliardäre* in der Bundesrepublik (Stand: Jahresende '85):

1. Trinkaus & Burkhardt – Bilanzsumme 6.1 Milliarden Mark;
2. Morgan Guaranty Trust Company – 5,5 Milliarden;
3. Citi Bank – 4,8 Milliarden;
4. Chase Bank – 3,3 Milliarden;
5. Schweiz. *Bankgesellschaft* – 3,2 Milliarden;
6. Bankers Trust – 3,0 Milliarden;
7. Banque Nationale de Paris – 2,8 Milliarden
8. Schweiz. Kreditanstalt – 2,7 Milliarden
9. Manufacturers Hanover – 2,6 Milliarden
10. Sanwa Bank – 2,5 Milliarden
11. Bank of America – 2,4 Mrd.
12. Banco di Napoli – 2,4 Mrd.
13. Société Générale – 2,2 Mrd.
14. Adca Bank – 2,2 *Milliarden*
15. Sumitomo Bank – 2,2 Mrd.
16. Credit Lyonnais – 2.1 Mrd.
17. Istituto Bancario San Paolo di Torino – 2,1 Milliarden
18. Dai-Ichi Kangyo Bank – 2,0 Milliarden
19. Ost-West Handelsbank – 1,9 Milliarden

Ehemaliger Sprinter macht Millionen mit dem Vermieten von Kickern

Eine Idee mit durchschlagendem Erfolg: „Menschenfonds" für die Bundesliga

Von INA HARDER

Manfred Ommer (36), in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen, hat sich, wie Insider des freien Kapitalmarktes wissen wollen, in wenigen Jahren zum vierzigfachen Millionär hochgearbeitet. Wie? „Ich war immer selbständig", sagt er. Jurist, wie „Der Spiegel" schrieb, ist er nicht.

Zutreffend ist aber, daß er in den siebziger Jahren mehrfach deutscher Sprintmeister war, dazu Vizeeuropameister und Olympia-Teilnehmer (1972 in München).

Als Erfinder des ersten „Menschenfonds", der Fußballer zu Leasing-Objekten machte, ist Ommer vor allem in der Bundesliga ein Thema. Denn seine „Menschenfonds" – der erste wird beim saarländischen Bundesliga-Aufsteiger FC Homburg gerade erprobt – sollen die Finanzierung von Profi-Kickern revolutionieren.

Längst hat der FC Homburg den smarten ehemaligen Leichtathleten zum Präsidenten bestellt. Nur ihm verdankt es das kleine Städtchen, daß der Kicker-Verein von der Saar gleich für 2,5 Millionen Mark fünf gestandene Profis im In- und Ausland einkaufen konnte.

„*Auch andere Vereine wollen* Spieler von mir", renommiert Ommer. Das dafür erforderliche Geld sammelt er bei anderen ein, und in dieser Tätigkeit hat er einschlägige Erfahrungen.

Die Mindesteinlage beträgt 10 000 Mark

Ommer besitzt die Kölner Kapitalanlage-Vertriebsfirma Detag, deren 300 Verkäufer bei einem Kundenstamm von 15 000 flüssigen Bundesbürgern Gelder für Anlagezwecke abkassieren.

Der Public-Relations-Effekt, der durch Ommers Fußballfinanzierung entsteht, kommt der Detag sehr gelegen. Schließlich will sie nicht nur bei den Superreichen Anlage-Millionen einsammeln, sie möchte auch beim kleinen Mann abkassieren.

Mindestens 10 000 Mark muß man hinblättern, wenn man sich an einem „Menschenfonds" beteiligen will, mit dem Ommer-Fonds den Kauf von Spielern für den FC Homburg finanziert. *„Fußballer sind ein vergängliches Wirtschaftsgut,* eine schnell verderbliche Ware", räumt er ein. Dennoch schnürte er für den Verein ein Finanzierungspaket von 2,5 Millionen Mark für fünf neue Spieler, darunter zwei polnische Nationalspieler. Dafür haben die Homburger eine jährliche Leasingrate von 20 Prozent zu berappen.

Der Verein setzt darauf, daß die neuen Kicker zusätzliche Fans in die Stadien locken. Und nicht nur das. Er spekuliert auch darauf, daß die Mannschaft mit ihrer größeren Spielstärke bei Werbepartnern und Ausrüstern mehr abstauben kann, zumal auch bei Freundschaftsspielen nun höhere Einnahmen winken.

Seinen Fonds-Anlegern verspricht Ommer einen jährlichen garantierten Gewinn von fünf Prozent und Rückzahlung des Kapitals, dazu 20 Prozent vom Gewinn aus dem Weiterverkauf eines Spielers. Für risikofreudige Anleger hat Ommer noch eine zweite Variante parat: 20 Prozent jährliche Gewinnbeteiligung und eine 60prozentige Beteiligung an einem möglichen Transfergewinn.

Aber mit den Gewinnen ist das so eine Sache. In 80 Prozent aller Fälle bleibt der Marktwert eines Profi-Kikkers über Jahre konstant, sofern er nicht sogar leicht sinkt.

So warnt denn auch Heinz Gerlach vom Kapitalanlage-Informationszentrum in Oberursel, der schon viel Obskures aus der Branche „freie Kapitalanlagen" ans Licht gebracht hat: „Ommer trompetet öffentlich nur den positiven Teil und das grundsätzliche Risiko heraus, verschweigt dabei aber eklatante, sicherlich bei Bekanntwerden plazierungshemmende Detailrisiken." Nun, würde Homburg wieder absteigen, müßten die Zeichner der „Menschenfonds" womöglich in die Röhre gucken:

Was wäre, wenn die polnischen Nationalspieler nach einem Abstieg zurück in den Ostblock gingen, wo doch bekannt ist, daß Transferzahlungen von Ost-Vereinen verweigert werden? Wer schützt den Anleger vor der Laune eines Profi-Kickers, der von heute auf morgen ohne Ablösezahlungen zu einem Amateur-Verein ginge?

Die Position des Deutschen Fußballbundes (DFB): „Wir bleiben dabei, daß ein Spieler allein entscheidet, wo er spielt." Inzwischen hat der DFB Ommer ersucht, seine Vertragspraktiken offenzulegen. *Die Prüfung* dauert an. DFB-Funktionär Wolfgang Holzhäuser: „Wir legen Wert darauf, daß sich unsere Vereine aus eigenen Einnahmen finanzieren."

Wurden Anleger über die Risiken getäuscht?

Und Manager Grashoff von Borussia Mönchengladbach hat „zuviel Ehrfurcht vor der Menschenwürde, als daß ich einen Spieler einfach zum Kapitalisierungsobjekt machen könnte".

Von Gerlach bekommt Ommer aufs Butterbrot gestrichen, daß er mit seiner Detag „ganze Heerscharen von Anlegern über die tatsächliche Rentabilität beziehungsweise über gravierende Risiken täuschte". Allerdings hat Ommer bislang noch nie die Grenzen der Legalität überschritten. Freilich nervt es ihn, wenn man nach seiner Vergangenheit als Quasi-Chefverkäufer einer umstrittenen Kölner Anlagefirma forscht.

Das ist ein erledigtes Kapital für ihn, über das er nicht gerne redet. Jetzt sind es vor allem die „Menschenfonds", die zählen.

Daß Ommer seine Fonds auf der Basis individueller Verträge und nicht per Hochglanz-Prospekt offeriert, ist gewiß eine weise Vorsichtsmaßnahme. Der neu geschaffene Straftatbestand des Kapitalanlage-Betrugs nach Paragraph 264 a Strafgesetzbuch verbietet Prospektherausgebern neuerdings „unrichtige vorteilhafte Angaben".

Auch das „Verschweigen nachteiliger Tatsachen", das Anleger täuschen könnte, wird nun mit einer Höchststrafe von drei Jahren Freiheitsentzug bedroht.

Traum vom Glück bei kleinem Einsatz

Die meisten Lottospieler legen ihre Gewinne vernünftig an – Ein Glückspilz kassierte mehr als fünf Millionen Mark

„Wegen Reichtum geschlossen" – der Mensch, der wie jener frühe Lottogewinner so ein Schild an seine Ladentür hängt und sich flugs daranmacht, die gewonnene Million zu verjubeln, ist ein Sonderfall. Der ob des Geldsegens total ausgeflippte Gewinner praßte übrigens so gründlich, daß er später Sozialhilfe in Anspruch nehmen mußte.

Normalerweise bleiben die Gewinner beim Glücksspiel des kleinen Mannes überaus vernünftig. Der unerwartete Segen wird nutzbringend angelegt. Besonders zurückhaltend reagierte aber jener Hauptschullehrer im Niedersächsischen, bei dem Fortuna gleich dreimal einschlug und ihn damit nach Ansicht der Lottogesellschaft zum „Lotto-Kaiser" machte. Er gewann nämlich schon 1978 einmal 1,7 Millionen Mark – und arbeitete, gemeinsam mit seiner Frau (und Kollegin), weiter als sei nichts gewesen. Im März dieses Jahres gewann er dann nochmal 2,5 Millionen und im August sogar 3,3 Millionen. Der Mann hat ausgesorgt und will jetzt seinen Arbeitsplatz zugunsten eines arbeitslosen Lehrers räumen.

Die Gewinnchance beim Lotto ist winzig klein – und doch, solche Nachrichten nähren den Traum vom großen Glück bei kleinem Einsatz. Sie tun das so gründlich, daß immerhin jeweils 21 Millionen Bundesbürger am Samstagabend vor dem Fernsehgerät sitzen und die Ziehung der Lottozahlen, seit 21 Jahren übertragen aus dem Studio IV des Hessischen Rundfunks, verfolgen. Der Fall der weißen Kugeln (übrigens eigentlich „ganz gewöhnliche" Tennisbälle) mit den Zahlen zwischen eins und 49 könnte schließlich ihr Glück bedeuten, zumindest aber die finanzielle Unabhängigkeit. „Lotto-Fee" Karin Tietze-Ludwig ist eines der bekanntesten Fernsehgesichter der Nation.

Runde 6,7 Milliarden Mark trugen die Bundesbürger im vergangenen Jahr in die insgesamt 19 000 Annahmestellen der Lotto- und Totogesellschaften; in diesem Jahr werden es sogar wahrscheinlich gut sieben Milliarden Mark sein. Die Hälfte davon *fließt in Form von Gewinnen an die* Spieler zurück. Aber auch Vater Staat kassiert natürlich kräftig mit.

Insgesamt rund 40 Milliarden Mark führten die elf auf Länderebene organisatierten Toto- und Lottogesellschaften seit der ersten Ziehung vor gut 30 Jahren an den Fiskus ab. Neben 50 Pfennig Gewinnausschüttung bringt jede „Lottomark" 17 Pfennig Lotteriesteuer, 18 Pfennig Abgaben an das jeweilige Land für kulturelle, soziale und sportliche Zwecke, mit fünf Pfennig schlagen Abgaben an gemeinnützige Einrichtungen zu Buch und rund zehn Pfennig entfallen jeweils auf Personal-, Sach- und Werbeaufwand, Provisionen und sonstige Abgaben.

Vor diesem Hintergrund wundert nicht, daß die Landesminister die Lottogesellschaften wohlgefällig sehen: Sechsmal sind Finanzminister die obersten Aufseher beim staatlich sanktionierten Glücksspiel, fünfmal sind es die Innenminister. Sichern doch die Einnahmen aus der Spielbegeisterung die Mittel zur Finanzierung so unterschiedlicher Dinge wie Sportplätze, die Renovierung des Kölner Doms, Seniorenheime und vieles mehr.

Gespielt wurde eigentlich immer. Seit Anfang des 15. Jahrhunderts lassen sich auch lotterieähnliche Veranstaltungen nachweisen. Die „Glückshäfen" – die Lose steckten in einem Topf (gleich Hafen) – wurden im Anschluß an irgendwelche öffentlichen Volksbelustigungen abgehalten. Zunächst dienten sie nur wohltätigen Zwecken; die nötigen Sachpreise wurden von reichen Bürgern gestiftet. Später wurden ganze Warenbe*stände auf diese Art losgeschlagen.*

Der angebliche Uhrahn des heutigen Zahlenlottos, das „Lotto di Genova", beim dem es um fünf aus neunzig Zahlen ging, kam im 18. Jahrhundert in deutsche Regionen. Der erste Versuch eines verschuldeten Landesherrn, mit Hilfe des Zahlenlottos Geld in die Kassen zu bekommen, ging freilich gründlich daneben. Die Lotteriegesellschaft in Bayern machte schon nach nur fünf Ziehungen 1735 pleite. Der Augsburger Kaufmann Franz Karl Bernhard gewann nämlich bei der fünften Ziehung 21 000 Gulden; eingenommen hatte *die Lotteriegesellschaft aber nur 1472* Gulden. Es dauerte lange, bis der Augsburger die bayerische Regierung so weit hatte, daß sie ihm zumindest einen Teil des ihm zustehenden Gewinns aus dem Steueraufkommen zahlte. Vor solche Pleiten sicherten später Lotteriefonds, in denen Rücklagen gebildet wurden.

Abgeschreckt hat das die Landesherren freilich nicht. In relativ kurzer Zeit entstanden damals mehr als 20 Lottogesellschaften. „Fast immer war es kein Untertan, sondern ein Fremder, der den Lottoplan entwarf und in einigen Fällen später auch die Di*rektion* übernahm. Häufig waren es Abenteurer aus Italien oder Frankreich, die den Fürsten höchst eindrucksvolle Berechnungen vorlegten, ihnen die Vorteile einer Zahlenlotterie in den leuchtendsten Farben ausmalten und auch nicht vergaßen, ihr organisatorisches Geschick zur Durchführung der Vorschläge ins rechte Licht zu rücken," heißt es in einem Bericht zur Geschichte der Lotterie in Deutschland.

Umtriebigkeit, mehr Aktivität als üblich und dies sogar im sexuellen Bereich bestätigte übrigens vor kurzem eine Untersuchung der Wickert-Institute dem deutschen Lottospieler. Daß jedoch, wie gelegentlich zu hören, sogar der Frauenheld Casanova seine Finger im Spiel hatte, als es um die Einführung des Zahlenlottos in Preußen ging, ist wohl Folge einer Namensverwechslung. Der Mann, der Friedrich dem Großen 1763 das Zahlenlotto einrichtete, hieß Calzabigi und stammte aus der italienischen Hafenstadt Livorno.

Calzabigi war erfolgreich. Ein preußischer Gesandter hatte ihn in England, kennengelernt. Die Empfehlung, die er ihm nach Berlin mitgab, liest sich mit heutigen Augen alles andere als schmeichelhaft. Es gab nämlich nicht nur Positives zu vermelden. Neben Geschäftstüchtigkeit und einer außergewöhnlichen Kombinationsgabe wurde dem Italiener darin auch ein ausgesprochener Hang zur Unredlichkeit bescheinigt. Calzabigi scheint jedoch Friedrich den Großen zufriedengestellt zu haben, er wurde später mit einer anständigen Jahrespension von den Preußen verabschiedet.

Beim modernen Glückspiel unter staatlicher Aufsicht hat freilich Unredlichkeit keine Chance; die Ziehung der Gewinnzahlen findet in „gläserner" Öffentlichkeit unter der Aufsicht eines Notars (und vor Millionen Fernsehzuschauern) statt. Auch jene seltenen Versuche, mit einem gefälschten oder manipulierten Lottoschein Fortuna zu eigenen Gunsten auf die Sprünge zu helfen, scheitern. Von der Annahmestelle bis zum Vergleich der eingetragenen Kreuzchen mit den gezogenen Gewinnzahlen sichert generalstabsmäßige Planung den Weg der Spielscheine.

Spätestens am frühen Samstagnachmittag zum Beispiel liegen die Scheine, die an der Samstagsziehung teilnehmen, mikroverfilmt sicher hinter Tresortüren. Beim Spiel ums große Geld wird außer dem Fall der Zahlen nichts dem Zufall überlassen.

Allein in Hessen, mit rund 2400 Annahmestellen und etwa 650 Millionen Mark Jahresumsatz eine der kleineren Lottogesellschaften verglichen mit dem Riesen Westdeutsche Lotterie GmbH mit zwei Milliarden Mark im Jahr 1985, werden Woche für Woche 1,2 Millionen Spielscheine abgegeben. Und pro Woche werden 200 000 Gewinne ausgezahlt, die meisten freilich in einer Höhe, die die Gewinner noch nicht in den Kreis der Millionäre bringt: Insgesamt 18 Spielgewinne von mehr als einer Million Mark zählten die deutschen Lottogesellschaften im vergangenen Jahr, übrigens die höchste bisher je erreichte Zahl.

Gewinn bringt die Spielleidenschaft der Bundesbürger freilich in jedem Fall den Annahmestellen. Vom Tabakwarengeschäft über den Schreibwarenladen bis hin zum Schuhgeschäft – ihnen sichert die „Nebentätigkeit" des Annehmens der Lottospielgelder nicht selten die Existenz. Ohne den durchschnittlichen wöchentlichen Lottoumsatz zwischen 2500 und 4000 Mark während viele jener Einzelhandelsgeschäft vor allem auf dem Land gar nicht überlebensfähig.

INGE ADHAM



Kiwis und Känguruhs mit Risiko

„Kiwis" und „Känguruhs", wie neuseeländische und australische Anleihen am Euromarkt genannt werden, bringen bei fünfjähriger Laufzeit Spitzenrenditen von 15 *beziehungsweise* 14 Prozent. Aber wer weiß schon, ob sie auch halten, was sie dem Anleger versprechen, wenn man das Währungsrisiko einkalkuliert? Denn bei einer Abwer*tung des neuseeländischen oder* australischen Dollars können die Superzinsen in einem Jahr futsch sein. Diese böse Erfahrung haben schon viele Anleger gemacht. Optimisten meinen, nach 25prozentigen Abwertungen beider Währungen in diesem Jahr sei das Risiko der „Kiwis" und „Känguruhs" nicht mehr ganz so groß. Doch Vorsicht bleibt geboten. Schließlich sind ihre Zinsen so hoch, weil die Profis an den Märkten nach wie vor mißtrauisch sind und eine Gefahrenprämie verlangen. (WR)

Rückenwind für den Mittelstands-Export

Zuwachsraten im Geschäft mit Staatshandelsländern

Von HANS BERNDT

Die Antriebskräfte vergangener Jahre erlahmen: DM-Aufwertung und Nachfragerückgang in den USA lassen den Rückenwind erschlaffen, der das Geschäftsklima im Export so beflügelt hatte.

Auf eine flachere Entwicklung hat sich insbesondere der mittelständische Unternehmer umzustellen, der sich schwerpunktmäßig auf bisher sichere Absatzmärkte in den USA und in Westeuropa verlassen konnte. Mögen hierbei auch Branchen-Unterschiede mildernde Akzente setzen, fest steht, daß gerade der Mittelständler, der sich von Natur aus weniger universell ausrichten kann, gut daran tut, parallel zu seinem angestammten Abnehmerkreis in den Industrieländern, sein Augenmerk auf Absatzmärkte in Staatshandels- und Schwellenländer zu richten.

Bereits im letzten Jahr verzeichneten einige dieser Länder, etwa Ungarn und Bulgarien, dem auf der diesjährigen Hannover-Messe als erstem RGW-Staat der Status eines „Partner-Landes" zukam, aber auch Polen, überdurchschnittliche, an die 20 Prozent heranreichende Zuwachsraten in ihren Importen aus der Bundesrepublik Deutschland; das gleiche trifft auf Jugoslawien und die Türkei zu. Dieser Trend erfährt – allein auf Baden-Württemberg, einem klassischen Land des Mittelstandes, bezogen – eine noch deutlichere Akzentuierung. Über den vorgenannten Länderkatalog hinaus, haben Staaten wie Spanien und Portugal sowie Algerien, Pakistan und Hongkong allein im letzten Jahr ihre Importe aus Baden-Württemberg fast rundweg um 25 Prozent gesteigert.

Wachstumsmärkte kommender Jahre werden in Fernost liegen, wobei, neben China, Indien und Indonesien eine vorgehobene Stellung einnehmen werden. Dem mittelständischen Exporteur kommt zudem das Bestreben einiger dieser Länder entgegen, anstelle von Großprojekten kleinere Vorhaben mit entsprechend kleingestückelten Auftragsvergaben voranzutreiben.

Exporterfolge in Staatshandels- und Schwellenländern hängen allerdings oft von der Lösung von Finanzierungsproblemen und Risikoabdeckungen ab.

Unterstützung durch die Hausbank

Dies alles jedoch erst dann, nachdem der Mittelständler in aufwendigen und mühsamen Akquisitionsfeldzügen überhaupt in die Nähe einer Auftragserteilung vorgestoßen ist. Hierbei kann ihm jede Unterstützung seiner Hausbank, der Exportkredit-Versicherung und landespolitischer Institutionen nur recht sein. So findet etwa im Exportland Baden-Württemberg die vom Land getragene „Exportstiftung", sein Exportförderungsprogramm sowie die Beteiligung des Landes an Exportausstellungen (Polen, UdSSR, Saudi-Arabien, Indien, Indonesien, Singapur, Japan und VR China) Zuspruch und Anerkennung beim Mittelstand.

Ist im akquisitorischen Vorfeld erst einmal ein Achtungserfolg gelungen, gewinnt der Einsatz der Hausbank mit ihrem umfangreichen Finanzierungsinstrumentarium, ihrem Korrespondentennetz und den jeweils speziellen Marktkenntnissen vor Ort, an Bedeutung. Dank ihrer Bereitschaft, sich in Lieferverhandlungen im Ausland einzuschalten, sobald Finanzierungsfragen entscheidendes Gewicht erlangen, führt sie den Mittelständler oft hin zum Auftragsempfang. Dabei sind Rahmen-Finanzierungsvereinbarungen, die die Hausbank mit der Bank im Abnehmerland vorher getroffen hat, von erheblichem Nutzen.

Hieran schließt sich nahtlos die Finanzierungsübernahme durch die Hausbank an, die einen Bestellerkredit gewähren kann, mithin die Bilanz des Mittelständlers nicht belastet. Hierbei muß die Bank die Grenzen ihrer Risikobelastbarkeit beachten, da bei Bestellerkrediten wie auch Forfaitierungen – im Gegensatz zu Lieferantenkrediten – die Bank die Problemländerrisiken ganz oder zum Teil in ihre Bücher nimmt. Erkennbare Grenzen hausbankmäßiger Belastbarkeit müssen verstärkt in konsortialen Lösungen überwunden werden.

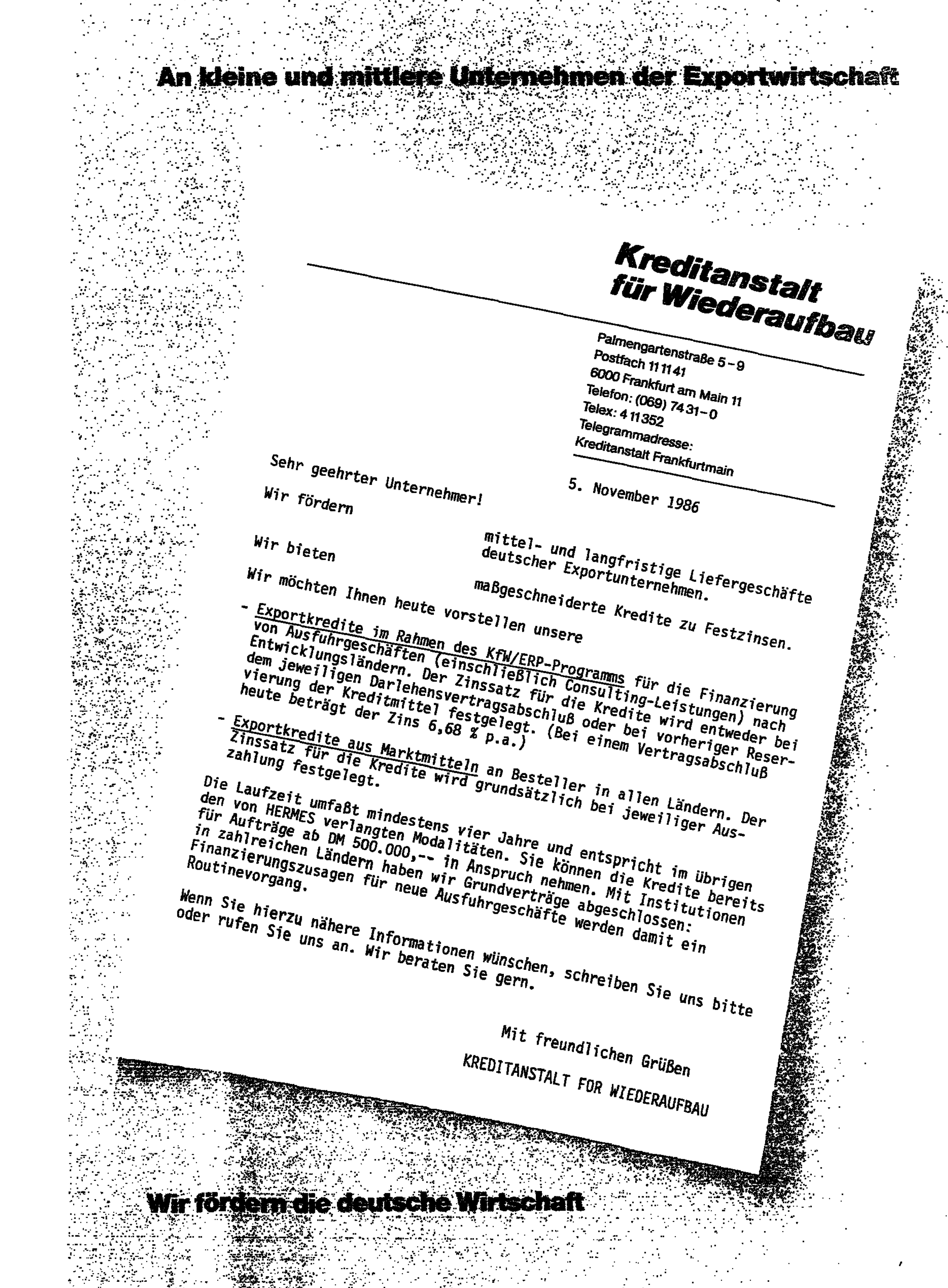
Fortschreibung der Hermes-Reform

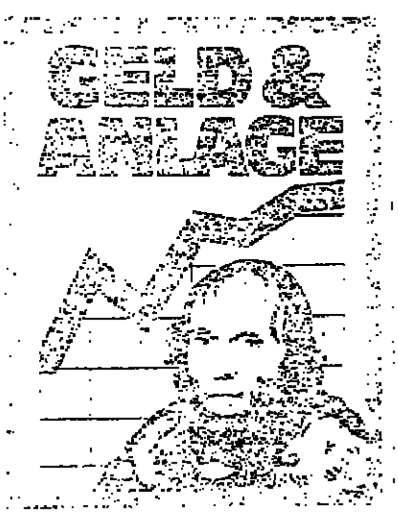
Entscheidendes Gewicht kommt ferner dem Instrumentarium zu, das dem Mittelständler und seiner Hausbank zur Abdeckung und Mobilisierung der Exportforderungen anhand gegeben wird. Das jüngste Reformprogramm der Hermes-Kreditversicherungs AG trägt denn auch „mittelstandsfreundliche" Züge. So treten bei den Ausfuhrgewährleistungen wesentliche Verbesserungen ein. Die Vorteile liegen insbesondere im Treuhand-Modell, das dem Exporteur den Zugang zu internationalen Finanzierungsquellen ermöglicht, sowie im „progress payment", das die Auszahlungsmöglichkeit von liefergebundenen Finanzkrediten der Hausbank bereits nach Kostenanfall (im Gegensatz zum bisherigen Verfahren „bei Lieferung") zuläßt. Hinzu tritt die offene Abtretung von Ausfuhrforderungen. Diese „Hermes-gedeckte Forfaitierung" kann möglicherweise den regreßlosen Verkauf von Problemländerforderungen, etwa aus Exporten nach Polen, die auf den „freien à-forfait-Märkten" in London und Zürich nicht plazierbar sind, erleichtern.

Diese zügige Fortschreibung der Hermes-Reform, die sich allerdings in der praktischen Nutzanwendung noch bewähren muß, wird von der Exportwirtschaft um so mehr begrüßt, als durch die drastische Anhebung der Prämien im Frühjahr 1984 die Hermes-Deckung an Attraktivität verloren hat. „Nutznießer" hiervon waren zunächst die Banken, die sich dem wachsenden Drängen ihrer Exporteurskundschaft nach Risikoübernahme, also Finanzierung ohne Hermes, ausgesetzt sehen.

Dies trifft insbesondere auf Exporte nach einigen Staatshandelsländern zu. Neben einer Verfeinerung des traditionellen Instrumentariums sind die staatlichen Exportkredit-Versicherer der westlichen Gläubigerländer aufgerufen, im Rahmen des Baker-Planes die Bereitsstellung neuer Kredite durch Deckungszusagen zu fördern. Schon aus haushaltsrechtlichen Bestimmungen dürfte dies nur auf Ad-hoc-Basis und damit auf Einzelfälle beschränkt bleiben.

Der Autor ist Mitglied des Vorstandes der Badischen Kommunalen Landesbank, Mannheim





Flexibel mit „Bundesschätzchen"

Ideale Anlage für Sparer, die noch nicht wissen, wann sie ihr Geld wieder brauchen – Jährlich steigende Zinsen

Anlage-Entscheidungen sollten nach Möglichkeit mittel- und langfristig getroffen werden, also unabhängig von Gesichtspunkten der Tagesaktualität: wichtigstes Kriterium muß dabei das persönliche Sparziel sein.

Sofern ein größerer Betrag angelegt werden soll oder noch kein konkretes Sparziel besteht, empfiehlt es sich eigentlich immer, nicht alles auf eine Karte zu setzen, sondern etwas zu streuen. Für Käufer festverzinslicher Papiere heißt das konkret vor allem, Titel mit unterschiedlichen Laufzeiten erwerben. Auf diese Weise wird in gewissen Abständen ein Teil des Gesamtanlagekapitals durch Rückzahlung – bei Fälligkeit – wieder frei, so daß der Anleger neu disponieren und aktuelle Marktchancen nutzen kann.

Eine nach Laufzeiten gestaffelte Anlage sichert dem Sparer durch den regelmäßigen Geld-rückfluß nicht nur Liquidität: sie bietet zugleich die Chance einer höherverzinslichen Wiederanlage seines Kapitals, wenn die Rentenkurse niedrig sind.

Für Sparer, die noch nicht wissen, wie lange sie ihr Geld auf der „hohen Kante" liegen lassen können, es also nicht von vornherein über einen längeren Zeitraum festlegen wollen, bieten sich die Bundesschatzbriefe an. Mit „Bundesschätzchen" – wie diese Wertpapiere populär heißen – legt man seine Ersparnisse gut verzinst an und hält sich gleichzeitig die Möglichkeit offen, an sein Geld heranzukönnen, wenn man's braucht.

Zinsen werden mit dem Kapital ausbezahlt

Denn: Obwohl Bundesschatzbriefe eine Laufzeit von sechs Jahren (Typ A mit jährlicher Zinsauszahlung) und sieben Jahren (Typ B mit Zinsansammlung) haben, können sie schon nach dem ersten Jahr ihrer Laufzeit jederzeit wieder zurückgegeben werden – und zwar bis zu 10 000 Mark innerhalb von 30 Tagen. Die bis zum Zeitpunkt der Rückgabe aufgelaufenen Zinsen werden dem Sparer selbstverständlich zusammen mit seinem angelegten Kapital ausgezahlt. Mit Bundesschatzbriefen bleibt man also flexibel. Wer beispielsweise in diesen Tagen „Bundesschätzchen" kauft, kann sie im Falle eines vorzeitigen Geldbedarfs jederzeit nach dem 31. Oktober 1987 zum vollen Wert wieder zurückgeben. Wer hingegen seine „Bundesschätzchen" länger behält, bekommt von Jahr zu Jahr steigende Zinsen.

Mit den Bundesschatzbriefen hat der Sparer nach dem ersten Laufzeitjahr täglich fälliges Geld, das zudem noch zu steigenden Sätzen verzinst wird. Bereits die Anfangsverzinsung beläuft sich auf 3,5 Prozent – das sind immerhin ein Prozent mehr als auf dem Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Mit Beginn des zweiten Laufzeitjahres steigt die Verzinsung auf fünf Prozent und erreicht schließlich im sechsten und siebten Jahr acht Prozent.

Wer seine Bundesschatzbriefe über die gesamte Laufzeit hält, erzielt zur Zeit Jahr für Jahr eine tatsächliche Verzinsung von 5,70 Prozent beim Typ A und von 6,13 Prozent beim Typ B. Der Erwerb von Bundesschatzbriefen ist – ebenso wie die Einlösung bei Fälligkeit – gebührenfrei. Hingegen berechnen die Banken und Sparkassen dem Käufer Gebühren für die übliche Depotverwaltung der Wertpapiere. Wer diese Depotgebühren sparen will, sollte sein Kreditinstitut möglichst schon beim Kauf bitten, die erworbenen Bundesschatzbriefe auf seinen Namen in das Bundesschuldbuch eintragen zu lassen.

Keine Gebühren für Wertpapiere

Die Bundesschuldenverwaltung, bei der das Bundesschuldbuch geführt wird, berechnet für die Verwaltung der Wertpapiere keine Gebühren. Dies gilt ebenso für die Bundesobligationen sowie die Anleihen von Bund, Bahn und Post. Eintragungen in das Bundesschuldbuch unterliegen dem Schuldbuchgeheimnis; es ist gesetzlich verankert und entspricht dem Bankgeheimnis.

MANFRED HAHN

Wer hat das beste Image?

Welche Börsen haben das beste Image? Eine Umfrage des Pariser Marktforschungsinstituts IPS in England, Frankreich, den Beneluxländern sowie in der Bundesrepublik und in der Schweiz brachte überraschende Ergebnisse: Unternehmensmanager nannten London, Tokio, New York Stock Exchange, Genf, Paris; Finanzexperten entschieden sich für diese Reihenfolge: New York, London, Frankfurt, Tokio, Chicago B.O.E. (WE)

US-Investmentbanken setzen auf Frankfurt

Neue Produkte sind der Schlüssel zum Erfolg

Von CLAUS DERTINGER

Die großen amerikanischen Geschäftsbanken, die schon seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik unter einem Dach das normale Bankgeschäft und das Wertpapiergeschäft betreiben, bekommen neue Konkurrenz aus der Heimat. Investmentbanken, Großhändler und Spezialisten für das Emissions- und Wertpapiergeschäft sowie für die Vermögensbetreuung und Vermittler aller nur denkbaren Finanzierungen, haben zum Sprung auf den Finanzplatz Bundesrepublik angesetzt.

Salomon Brothers haben vor zehn Tagen als erste amerikanische Investmentbank von den Berliner Bankenaufsehern die Lizenz bekommen. Morgan Stanley hat kürzlich in Berlin die Lizenz beantragt, und Shearson Lehmann stellt derzeit entsprechende Überlegungen an.

Der deutsche Markt war für die amerikanischen Investmenbanken bisher ein weißer Fleck auf der Landkarte ihrer weltweiten Aktivitäten. Sie tummelen sich außer in New York traditionell in London und seit geraumer Zeit immer mehr auch in Tokio. Inzwischen mausert sich Frankfurt ebenfalls zu einem internationalen Finanzzentrum.

Mit der sogenannten Restliberalisierung des deutschen Kapitalmarkts vor anderthalb Jahren hat die Bundesbank die Weichen für mehr Internationalität gestellt; sie hatte ihren Widerstand gegen bis dahin vom deutschen Markt verbannte neue Finanzinstrumente aufgegeben und den rechtlich selbständigen deutschen Töchtern ausländischer Banken die D-Mark-Anleihe Konsortien geöffnet, bis dahin ein Monopol deutscher Banken.

Seither gibt es einen regen Zuzug ausländischer Investmentbanker nach Frankfurt. Die Schweizer Großbanken, allen voran die CSFB, haben als erste die Chance genutzt, hier das Investmentbanking auf-und auszubauen. Auch die hier schon lange tätigen Töchter der amerikanischen Großbanken verstärken ihre Aktiväten in dieser Sparte, die im weltweiten Geschäft der Bankiers immer größere Bedeutung erlangt.

Im Zuge der Internationalisierung der Finanzmärkte kann die Mainmetropole allein schon wegen des starken Gewichts der D-Mark im Kreise der weltweit genutzten Währungen eine viel größere Rolle spielen als bisher. Gewiß, Frankfurt ist im Vergleich zu New York ein Zwerg und wird weder der Londoner City noch Tokio den Rang ablaufen können. Doch auf dem alten Kontinent hat Frankfurt die besten Chancen, zum führenden Finanzplatz zu werden, heißt es in den Chefetagen der Investmentbanker.

Attraktiv sind für sie nicht nur die internationale Position der deutschen Wirtschaft, die politische Stabilität der Bundesrepublik und die Freizügigkeit des Kapitalverkehrs, sondern auch die Bedeutung der D-Mark als wichtigste internationale Transaktionswährung nach dem Dollar, Pluspunkte, mit denen Frankfurt auch gegenüber Zürich oder Paris aufwarten kann.

Der deutsche Bankenmarkt gilt zwar als total übersetzt, jedenfalls in den klassischen Geschäftssparten; und entsprechend scharf ist auch der Wettbewerb, besonders um Kreditnehmer aus dem Kreis der großen und größten Unternehmen. Viele von ihnen schwimmen in überreichlicher Liquidität und sind deshalb von Kreditnehmern zu Geldgebern geworden, die – meist- kurzfristige Finanzanlagen suchen. Doch gerade da liegen die Chancen des Investmentbanking, dem sich auch die großen deutschen Banken mehr und mehr verschrieben haben.

Erweitertes Angebot von Dienstleistungen

Diese Sparte, die inzwischen die mit Abstand expansivste des Bankgeschäfts, lädt neue Wettbewerber geradezu ein. Über den Erfolg an diesem Markt entscheiden nicht zuletzt Ideen, vor allem immer wieder neue Ideen. Wer seiner Kundschaft, denen, die Kapital brauchen ebenso wie denen, die Geld anzulegen haben, neue Finanzinstrumente offerieren kann, hat die Nase vorn. Und da bieten sich gerade den Investmenthäusern aus New York, dem Zentrum der „Denkfabriken" zur Kreation aller möglichen Finanzinnovationen, gute Chancen.

Die rechnen sich nicht nur die amerikanischen Neulinge selbst aus; auch die deutschen Bankiers sind überzeugt, daß es ihren US-Kollegen auf diese Weise gelingen wird, hier bald Fuß zu fassen. Dennoch sehen die großen Frankfurter Finanzhäusern der neuen Konkurrenz mit Gelassenheit entgegen. Nach dem alten Motto „Konkurrenz belebt das Geschäft" sollten Innovationslust und Know-how der Investmentprofis vom Neuen Kontinent zu einer Verbreiterung des Marktes beitragen.

Mit dem Angebot neuer Finanzdienstleistungen müßte sich ein zusätzliches Kundenpotential erschließen lassen, glaubt man in der Branche. Allein die intensiven Kontakte, die „Finanzingenieure" amerikanischer Investmenthäuser mit ihrer potentiellen Clientèle im Zuge ihrer Bemühungen um die Erschließung des deutschen Marktes pflegen werden, dürfte neue Nachfrage mobilisieren. Warum sollten nicht Deutsche Unternehmen, die jetzt zum Beispiel von den Frankfurter Salomon Brothers angesprochen werden, auch bei ihrer Hausbank nach ähnlichem Service fragen?

Das lukrativste Geschäft, das die amerikanischen Investmenthäuser ebenso wie andere ausländische Banken in Frankfurt reizt, ist natürlich das Emissionsgeschäft und hier besonders die Federführung oder wenigstens die Mitführung in Konsortien, vor allem im internationalen D-Mark Bereich; dieses Geschäft ist der dank des Ansturms ausländischer Emittenten in diesem Jahr geradezu explodiert; es hat sich seit 1981 mehr als verfünffacht.

Ehrgeizige Ziele der Newcomer

Mit ihrer starken weltweiten Plazierungskraft rechnen sich die Amerikaner gute Chancen bei der Vermarktung aller Arten von Anleihen aus, egal, ob es sich um traditionelle Titel oder Neukreationen handelt. Eine Phase wie jetzt, in der internationale Investoren etwas den Appetit auf D-Mark Papiere verloren haben, ist für deren Unterbringung, auch wenn sie mit dem Arrangieren von „Swaps" gekoppelt wird, natürlich nicht gerade ideal. Manche Mark wird wohl à Konto Investitionskosten abgeschrieben werden müssen.

Man mag sich damit trösten, daß auch der die aktive Beteiligung am Handel am Sekundärmarkt, die praktisch erst den Einstieg ins Emissionsgeschäft ermöglicht, gelegentlich noch etwas Geld abwirft.

Handel mit Geld und Kapital in allen Erscheinungsformen, das ist es, was für amerikanische Investmentbanker auch in Deutschland typisch sein wird. Salomon Brothers zum Beispiel haben ehrgeizige Ziele. Sie wollen sich hier als „market maker" für bestimmte Papiere etablieren, die dafür sorgen, daß in diesen Titeln jederzeit ein Handel auch mit Großbeträgen möglich ist; in diesem Zusammenhang haben sie kürzlich eine Werbekampagne für deutsche Pfandbriefe in den USA gestartet.

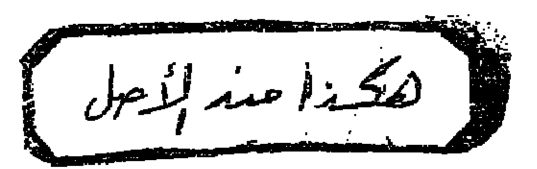
Kredite werden nicht in die eigenen Bücher genommen, sondern vermittelt: Über die Plazierung von Eurobonds oder Euronotes und die vielen anderen neuen Finanzinstrumente, die meist nichts anderes sind als verbriefte Kredite. Das heißt freilich nicht, daß solche Geschäfte risikolos wären; denn nicht alles läßt sich mit Gewinn weiterverkaufen.

Es ist kein Wunder, daß auch die schon lange in Frankfurt ansässigen Töchter der amerikanischen Geschäftsbanken immer mehr Freude am Investmentbanking finden. Sie sind eifrig dabei, diese Sparte auszubauen, ebenso übrigens wie in den USA selbst, wo das allerdings im „Trennbanksystem" nicht unter dem gleichen Dach möglich ist, sondern nur über Schwestergesellschaften unter dem Dach der gleichen Holding.

So euphorisch auch die Manager der Frankfurter amerikanischen Banktöchter ihre Zukunftschancen im Investmentbanking beurteilen: Es gibt auch kritische Stimmen.

Allein von der Einstellung zum Geschäft her seien Investmentbanker (aggressive Händler, von zwanghaften Drang getrieben, ständig Neues zu kreieren, um ein großes Rad in Bewegung zu halten) und Commercial Banker (konservativ, risikobewußt, lanfristig denkend) zu unterschiedliche Typen, als daß sie unter einem Dach optimal zusammenarbeiten könnten.

Amerikanisches Investmentbanking in der Bundesrepublik schließt freilich auch einen Teil der Aktivitäten von Firmen ein wie zum Beispiel Bache, Dean Witter Reynolds, und Merrill Lynch, um nur einige zu nennen, die hier schon lange tätig sind. Aber ihr Geschäft ist von anderer Struktur. Es konzentriert sich im wesentlichen auf die Vermittlung von Geschäften an den amerikanischen Wertpapier- und Warenbörsen, und das auch nicht hauptsächlich für institutionelle internationale Großkunden, der traditionellen Zielgruppe jener US-Investmentbanker sind, die sich jetzt von Frankfurt aus einen neuen Markt aufbauen.



Was hat der Finanzplatz Schweiz noch zu bieten?

Fremde Märkte laufen Eidgenossen den Rang ab

Von ALFRED ZÄNKER

An der Bahnhofstraße am Zürcher See – dem Hauptquartier des Schweizer Finanzplatzes – wird immer noch gut verdient. Im vergangenen Jahr stiegen die Bankgewinne um mehr als 20 Prozent. In diesem Jahr werden neue Glanzresultate erwartet. Schweizer Bankiers verwalten heute Wertpapiere, deren Wert auf 1500 Milliarden Franken geschätzt wird. Auch die große und noch zunehmende Zahl der hier tätigen ausländischen Banken – inzwischen sind es 120 – zeugt von der immer noch bestehenden Anziehungskraft der Schweiz.

Aber die Rekordgewinne täuschen. Ein ständig wachsender Teil der Erträge muß auf fremden Finanzplätzen – New York, London, Tokio und Frankfurt – erwirtschaftet werden, wo die Eidgenossen ihre Positionen rasch ausbauen. Im internationalen Vergleich verlieren Zürich, Basel und Genf an Boden. In Bankkreisen sind heute eher skeptische, selbstkritische Töne zu hören. Die Zürcher „Weltwoche" spricht vom „'mählichen Abstieg einer diskreten Geldgroßmacht".

Siegeszug der Elektronik in der Kommunikation

„Vor zwanzig Jahren war die Schweiz der größte Emissions- und Handelsplatz für Auslandsbonds. Heute wird sie von den Euromärkten weit überragt", warnt Rainer Gut, Präsident der Schweizerischen Kreditanstalt. Damals war sie der führende Platz im Gold- und Devisengeschäft. Inzwischen ist sie auf Platz fünf zurückgefallen.

Das größte Institut, die Schweizerische Bankgesellschaft, liegt heute, gemessen an ihrer Bilanzsumme, auf Rang 33 der Weltrangliste. Die beiden anderen Großbanken – Bankverein und Kreditanstalt – folgen an 37. beziehungsweise 61. Stelle weit hinter der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, die auf Platz 15 und 25 liegen.

Mit zunehmender Globalisierung und Öffnung der Märkte, mit den von Amerikanern und Briten lancierten zahlreichen Finanzinnovationen und mit dem Siegeszug der Elektronik in der weltweiten Kommunikation verlieren die einstigen Standortvorteile der Schweiz an Gewicht.

Dazu kommt, daß sich die Vermögensverwaltung in der Schweiz noch zu sehr an sicherheitssuchenden Privatkunden orientiert und weniger an institutionellen Anlegern wie zum Beispiel Pensionskassen, die eine aggressive Anlagepolitik mit maximaler Rendite erstreben, meint dazu Markus Lusser, Vizepräsident der Schweizerischen Nationalbank.

Internationale Vergleiche zeigen denn auch, daß Schweizer Fond-Manager bei den Renditen weltweit eher unter dem Durchschnitt und jedenfalls nicht an der Spitze liegen.

Inzwischen haben New York, London und Tokio, wo in drei Zeitzonen um die Uhr gehandelt wird, eine dominierende Rolle gewonnen. Die zentrale Lage Zürichs innerhalb Europas verliert an Bedeutung. „Der Finanzplatz Schweiz droht zu einem Satelliten Londons zu werden", meint Lusser.

Auch andere Plätze wie Frankfurt, Amsterdam und Brüssel holen auf. Luxemburg und das benachbarte Liechtenstein gewinnen zum Teil auf Kosten der Schweiz an Boden. Beide bieten heute viel niedrigere Steuern im Bankbereich und auch ein strikteres Bankgeheimnis als die Schweiz.

Der Schweizer Bankier muß im „Verdrängungswettbewerb" mit anderen Finanzplätzen heute bedeutende steuerliche Nachteile in Kauf nehmen. So werden Wertpapiererträge und Bankzinsen mit einer an der Quelle erhobenen „Verrechnungssteuer" von 35 Prozent belastet, um Steuerhinterziehung zu erschweren.

Das gilt – anders als in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA – auch für Ausländer und trifft besonders jene Kunden, die keine Rückerstattung unter Doppelbesteuerungsabkommen geltend machen können. Derartige Abkommen bestehen nur mit 28 Staaten gegenüber 54 in der Bundesrepublik und 80 in Großbritannien.

Das Eurobond-Geschäft ist abgewandert

Schweizer Stempelabgaben, also Steuern auf Emission und Handel von Wertpapieren, haben das Eurobond-Geschäft nach London und Luxemburg abwandern lassen. An diesen Abgaben ist auch die Entstehung eines leistungsfähigen Schweizer Goldmarktes gescheitert.

Eine Umsatzsteuer von 6,2 Prozent auf Goldtransaktionen, durch die Zürich seine einstmals führende Stellung im Goldgeschäft an London verloren hat, ist zwar am 1. Oktober abgeschafft und die Stempelabgabe gesenkt worden. Dennoch dürfte sich die Schweizer Position in diesen Bereichen zunächst kaum verbessern.

Schließlich sind in letzter Zeit Zweifel an der Zuverlässigkeit des Bankgeheimnisses und der legendären Nummernkonten aufgekommen.

Unter amerikanischem Druck hat Bern die einst strenge Geheimhaltung lockern müssen um den Kampf gegen Drogenhandel, internationale Verbrechen, Insider-Geschäft und Steuerbetrug zu erleichtern.

Ausländische Konten können auch bei Steuerbetrug, wenn zum Beispiel Urkundenfälschung vorliegt, geöffnet werden. Bei einfacher Hinterziehung, unvollständiger Deklaration oder Devisenvergehen dagegen bleibt das Bankgeheimnis unangetastet.

Schweizer Banken sind heute verpflichtet, bei Eröffnung und Führung von Konten und Depots, besonders auch Nummernkonten, Namen und Anschriften der Kunden festzustellen. Das gleiche gilt für die Vermietung von Bankfächern.

Im Zweifelsfall muß auch der „wirtschaftlich Berechtigte" ermittelt werden, um Schweizer Strohmännern, die „schmutzige" Gelder verstecken könnten, auf die Spur zu kommen. In Luxemburg und Liechtenstein gelten weniger strenge Regeln.

In jüngster Vergangenheit hat vor allem die Marcos-Affäre Aufsehen erregt. Bern ließ aus politischen Gründen die Marcos-Gelder blockieren, noch bevor die neue Regierung in Manila gegen den Exdiktator Anklage erhoben und Rechtshilfe beantragt hatte.

Dieses im Widerspruch zur Schweizer Banktradition stehende Vorgehen hat neue Unruhe gestiftet. „Wir haben deshalb zwar noch keine Kunden verloren, werden jetzt aber mit Fragen überhäuft, ob ein Konto in der Schweiz noch sicher ist", heißt es in Zürich.

Im Zeitalter sekundenschneller weltweiter Kommunikation und ständiger Innovation wird das Bankgeheimnis aber auch für den Schweizer Finanzplatz weniger wichtig. Dazu meint der Zürcher Privatbankier Nicolas Bär: „Wir wollen gar kein schmutziges Geld. Ausländische Anleger sollen zu uns kommen, weil wir die tüchtigsten Vermögensverwalter sind". Es geht jetzt – so Bär – in erster Linie um Service und Spitzenleistung, zumal die großen institutionellen Vermögen zunehmend die Szene beherrschen.

Trotz allem glauben die Eidgenossen noch einige Pfeile im Köcher zu haben. Besonders im Wettstreit um den privaten Anleger. Zu ihren Trümpfen im internationalen Wettbewerb gehören nach wie vor die mustergültige wirtschaftliche und politische Stabilität, der harte Franken und die „immerwährende Neutralität" des Landes. Wer in Kriegs- und Krisenzeiten sein Geld in der Schweiz hatte, ist noch immer gut gefahren; ein Argument das heute noch bei deutschen Kunden Gehör findet.

Kaum Kredite an „Problemländer"

Die großen Schweizer Banken gehören zweifellos auch zu den solidesten der Welt. Eigen- und Liquiditätsvorschriften sind strenger als anderswo. Ihre Eigenmittelquote ist die höchste im Kreis der wichtigen Industrieländer.

Das Engagement in hochverschuldeten Ländern ist gering und wird durch ausreichende Rückstellungen gedeckt. Bei der Kreditanstalt zum Beispiel beträgt der Anteil der Kredite an „Problemländer" gegenwärtig weniger als vier Prozent.

Weit verbreitet ist die Meinung, Schweizer Banken seien teuer, besonders bei den Börsenkommissionen. Trotzdem sind die Gesamtkosten für die Betreuung eines Depots von einer Million Franken nach Berechnungen der Schweizerischen Bankgesellschaft mit nur 0,7 Prozent niedriger als in London mit einem Prozent und in New York mit 2,5 Prozent. Bei wesentlich größeren Vermögen schneiden New York und London allerdings besser ab.

Größter Wert wird nach wie vor auf individuelle Bedienung unter Einsatz modernster elektronischer Hilfsmittel gelegt, „kompetent, rasch, freundlich", lautet die Devise von Robert Jeker, Präsident der Schweizerischen Kreditanstalt.

Probleme bestehen allerdings im Personalbereich und bei der Ausbildung von Spitzenleuten, die sich mit ausländischen „Finanzingenieuren", zum Beispiel im Swap-Geschäft, messen können.

Dennoch versucht die Schweiz heute zielbewußt bei den Finanzinnovationen aufzuholen. Schweizer Börsen haben inzwischen – im Zeichen der Globalisierung – den permanenten Handel ausgewählter Aktien aufgenommen.

Anfang 1988 sollen ähnlich wie in den USA neue Absicherungs- und Anlagemöglichkeiten wie Aktienoptionen, Index-Futures und Index-Optionen angeboten werden.

Doch die goldenen Zeiten sind vorbei. Die erfolgsgewöhnten Zürcher Banken zählen heute kaum noch zu den Trendmachern; sie sehen sich in die Defensive gedrängt. Dazu Vizenotenbankchef Lusser: „Der Finanzplatz Schweiz beginnt an die Grenzen seiner Möglichkeiten zu stoßen. Die Chancen für unsere Banken hängen immer mehr von ihrer Fähigkeit ab, Marktnischen aufzuspüren, auszubauen und zu verteidigen."

Finanzminister spielen beim Roulette immer mit

Auch in Bonn soll demnächst die Elfenbeinkugel rollen

Faites votre jeu – die Faszination der kleinen Elfenbeinkugel lockt Abend für Abend Spieler an. In 28 deutschen Spielbanken wird (nicht nur) Roulette gespielt. Ersonnen hat den Spaß (für manchen Verlierer freilich auch das Leid) übrigens der Mathematiker Blaise Pascal. Daß die Spielleidenschaft verheerende Folgen haben kann, hat Dostojewski anschaulich dargestellt: Er frönte seiner Leidenschaft auch im Wiesbadener Spielcasino; die Romandramatik ist wohl eher die Ausnahme.

Eine Allensbach-Umfrage „durchleuchtete" den deutschen Spielbankbesucher: Er ist im Durchschnitt 30 bis 55 Jahre alt, männlich, hat höhere Schulbildung und eine leitende Anstellung oder ein eigenes Geschäft. Aber: 80 Prozent haben noch nie eine Spielbank von innen gesehen. Die, die spielen, tun es aber offensichtlich gründlich. Zwar bietet kein anderes Glücksspiel eine so hohe Chance wie das Roulette – rein rechnerisch werden gut 97 Prozent der Einsätze ausgeschüttet – aber so an die 700 Millionen Mark verlieren die Spielbegeisterten Jahr für Jahr in den deutschen Spielbanken. Da bleibt einiges übrig für die Länderfinanzminister. Sie sind nämlich mit 80 Prozent am Brutto-Spielerlös, dem, was in den Spielbanken-Kassen bleibt, beteiligt.

Auf Anhieb hat zum Beispiel die Spielbank Dortmund in ihrem ersten Betriebsjahr mit 1,12 Millionen Besuchern einen Bruttospielertrag von 100 Millionen Mark gebracht und damit alle anderen Spielbanken weit hinter sich gelassen. Die „Mutter von Monte Carlo", die Spielbank in Bad Homburg, kommt gerade nur auf die Hälfte. Bad Neuenahr bringt 33 Millionen und die Wiesbadener Spielbank kommt auf rund 25 Millionen Mark Bruttospielerlös pro Jahr. Das wird jetzt vielleicht mehr, denn seit diesem März, nach Aufhebung des 200 Jahre alten „Residenzverbots", dürfen die Wiesbadener in ihrer eigenen Spielbank spielen. Das kleinste deutsche Spielcasino ist Westerland; die nördlichste deutsche Spielbank hat aber dafür andere Vorzüge: Renommierteste Ausbildungsstätte für Croupiers, die „spieltechnischen Angestellten", so die offizielle Bezeichnung. Dort lernen sie das blitzschnelle Aufnehmen der Jetons, das Alignieren, die undurchdringliche Miene und wie man jenen ständig untadelig seriösen Eindruck pflegt, der einen guten Croupier ausmacht. Croupiers sind übrigens die einzigen in einer Spielbank, die ein echtes Interesse daran haben, daß ein Gast gewinnt: Nur ein Gewinner gibt Jetons für die Angestellten.

Immer gewinnen mit ihrem Anteil am Bruttospielerlös freilich die einzelnen Bundesländer und die Konzessionäre. Derzeit ist Bewegung in dem Spiel um Spielbank-Konzessionen. Denn die Länder sind daran gegangen, das Netz der Spielbanken (und -filialen) enger zu knüpfen. Den Anfang machte Dortmund, mit einem Bombenerfolg. Die Westdeutsche Spielbanken GmbH ist eine hundertprozentige Tochter der Westdeutschen Landesbank und betreibt bisher drei Spielbanken in Aachen, Bad Oeynhausen und Dortmund, die vierte ist in Planung, vermutlich Bonn. Auch im Saarland wurde die Voraussetzung für weitere Spielbanken geschaffen. Dabei schielt man auf die Spiellust der Franzosen, die in ihren Landesgrenzen immerhin 140 Spielbanken beherbergen.

Angesicht der lockenden Aussicht von 80 Prozent des Bruttospielerlöses für die Staatskasse verhallen warnende Stimmen ungehört. Allenfalls drei Prozent der Bundesbürger sind nach Ansicht von Spielbanken-Praktikern als Spielerpotential anzusehen, jede neue Spielbank nehme den bestehenden etwas weg. Das schreckt die Rheinland-Pfälzer nicht, auch sie planen drei neue Spielbanken.

INGE ADHAM

Versicherung: Solides Polster für das „zweite Leben"

Lebensversicherungen dienen dem Schutz der Familie bei plötzlichem Tod des Ernährers. Sie können aber auch im Erlebensfall als Kapitalanlage eingesetzt werden, damit am Lebensabend keine Abstriche am gewohnten Lebensstandard notwendig werden. Von den drei Säulen der Altersvorsorge, gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche Altersversorgung und private Lebensversicherung, ist die erste merklich bröckelig geworden. Allein auf sie sollte man sich nicht mehr verlassen. Die betriebliche Rente wächst erst in ihre künftige Bedeutung hinein, die Lebensversicherung wird dagegen noch an Bedeutung zunehmen.

Als Kapitalanlage eignet sich nur die Kapitallebensversicherung auf den Todes- und Erlebensfall mit ihren vielen Variationsmöglichkeiten. Heute wie künftig kann ein 30jähriger, der einen 30 Jahre laufenden Vertrag mit einer Jahresprämie von 1200 Mark abschließt, zum 60. Geburtstag steuerfrei 104 000 Mark oder mehr erwarten.

Die endgültige Zahlung hängt vor allem von den (guten) Erträgen der Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften ab, die stets zwei Drittel der jährlichen Gesamtüberschüsse ausmachen. Von den Gesamtüberschüssen (nach Kosten) gehen in der Regel 96 bis 98 Prozent an die Kunden.

Die Rendite einer bei Auszahlung steuerfreien Kapitallebensversicherung, von einer kleinen Schar grundsätzlicher Gegner heruntergespielt, liegt – abhängig von den steuerlichen Prämissen des Sonderausgabenabzugs – unter äußerst geringen Schwankungen zwischen 7,8 (1974) und 8,3 Prozent (1983) und je nach Steuersatz zwischen acht und elf Prozent. Diese Rendite kann jeden Vergleich mit anderen Anlageformen, auch der von Sparplänen mit Versicherungsschutz, überzeugend bestehen.

Im Erlebensfall steht den Versicherten – je nach Alter und anderen finanziellen Polstern die (teilweise) Wiederanlage der ausgezahlten Versicherungssumme offen. Die Versicherer selbst haben sich Möglichkeiten für solche Anschlußanlagen überlegt, nachdem sie festellen mußten, daß viele Kreditinstitute an den ausgezahlten Geldern partizipieren wollen. Immerhin handelt es sich um etwa 80 Milliarden Mark in den nächsten fünf Jahren.

Die Versicherer bieten – natürlich – einmal eine Fortführung der Versicherung an, wenn der Kunde noch ein nicht zu hohes Alter hat, oder die Verrentung der ausgezahlten Summe. Wichtiger wird in naher Zukunft sicher die Anlage eines Teils der Versicherungssumme in einer Pflegerentenversicherung sein, die – auch wenn nicht der Pflegefall eintritt – in hohem Alter noch eine gute Summe abwirft.

Künftig werden sich auch einige allein oder mit Banken gegründete Spezial-Investmentfonds um die Versicherungsgelder bemühen. Mit diesen sogenannten Ablauffonds kann man unter anderem eine Zusatzrente aus dem Investmentvermögen vereinbaren, ohne auf die Substanz des Investmentkontos zurückgreifen zu müssen. Oder aber man lebt mit deutlich höheren Auszahlungen der Zusatzrente, bis das gesamte Investmentkonto bei Null angelangt ist. Dann haben nur die Erben das Nachsehen.

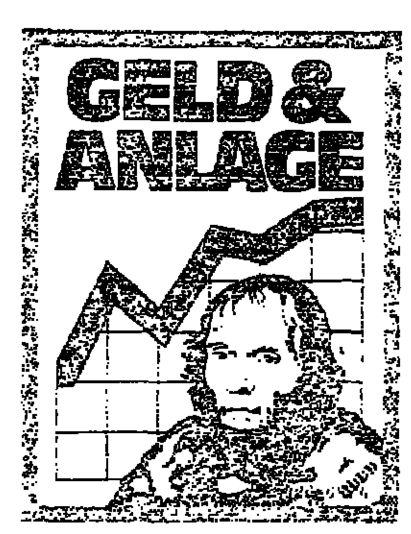
HARALD POSNY

GELD & ANLAGE

Kapitalerträge: Japan wird die USA überrunden

Die USA, die bis Anfang der 80er Jahre als einziges großes Industrieland ständig hohe Erträge aus ihrem Auslandsvermögen kassiert haben, müssen sich umstellen: Die Zinsen für die wachsenden Auslandschulden zehren auf, was US-Unternehmen im Ausland aus ihren Gewinnen in die Heimat überweisen. Aus dem Ertragsüberschuß, der in diesem Jahr von 90 auf nur noch etwa 20 Milliarden Dollar sinkt, wird spätestens 1988/89 ein Defizit, so die Deutsche Bank. Dagegen schieben sich die Japaner immer weiter vor. Sie werden im nächsten Jahr die Amerikaner überrunden. Denn sie ernten die Früchte eines Auslandsvermögens, das mit 130 Milliarden Dollar schon Ende 1985 dank der riesigen Leistungsbilanzüberschüsse auf eine Höhe geklettert ist, die das US-Vermögen noch nie erreicht hat. Die Bundesrepublik kassiert bislang nur kleine Kapitalerträge aus dem Ausland, obwohl ihr Vermögen dort nicht unbeträchtlich ist. Der Grund: Die deutschen Unternehmen im Ausland führen nur einen relativ kleinen Teil ihrer Gewinne ab. Außerdem bringen die staatlichen Entwicklungskredite nur Minizinsen. Auf mittlere Sicht wird die Bundesrepublik jedoch aufholen. (WB)





Italien: Neue Titel kommen an den Markt

Der Mailänder Aktienmarkt ist dabei, nach Zahl und Bedeutung der gehandelten Titel den Abstand gegenüber vergleichbaren ausländischen Plätzen aufzuholen. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden an der Mailänder Börse von 35 Gesellschaften insgesamt 73 neue Titel an den Markt gebracht. In einigen Fällen meldeten die Gesellschaften gleich drei verschiedene Aktien an: Stämme, Vorzüge und Sparaktien, also Titel, die stimmrechtslos, aber dafür dividenden- und steuervergünstigt sind.

Die „Entdeckung" der Börse durch diese Gesellschaften ist ein Faktor, der nach Expertenansicht den Mailänder Aktienmarkt auch in den kommenden Jahren kennzeichnen wird. Nach Angaben der italienischen Börsenaufsichtskommission sind es gegenwärtig etwa 300 Unternehmen, die den Gang an die Börse erwägen oder eine Entscheidung bereits getroffen haben. Nach dem letzten Stand sind es etwa 30 Firmen, die den Antrag zur Börsenzulassung gestellt haben und die voraussichtlich in der ersten Hälfte 1987 in den Kurszettel aufgenommen werden dürften. Somit könnte sich bis zum Ende des kommenden Jahres die Zahl der in Mailand gehandelten Titel gegenüber Anfang vergangenen Jahres fast verdoppeln haben. Damit wird der Mailänder Aktienmarkt zum erstenmal wirklich repräsentativ für die italienische Wirtschaft, die in den vergangenen Jahren große Fortschritte auch in ihren internationalen Beziehungen erzielt hat.

An der Basis dieser Entwicklung stehen verschiedene Ursachen, unter anderem die schnelle Expansion der vor zweieinhalb Jahren eingeführten italienischen Investment-Fonds, das im Vergleich zum Ausland weiterhin hohe Zinsniveau in Italien und schließlich das Bedürfnis der Anleger nach einer möglichst breiten Diversifizierung ihres Portefeuilles. Während bis in die siebziger Jahre hinein die italienischen Anleger überwiegend Kontensparer bei den Banken waren, haben sie sich inzwischen verstärkt dem Kapitalmarkt zugewandt, wobei sie ihr Augenmerk ausser auf Staatspapiere jetzt mehr auch auf Aktienemissionen von italienischen Wirtschaftsunternehmen richten.

GÜNTHER DEPAS

„Big Bang" läutete eine neue Zeit ein

Liberalisierung der Londoner Börse verlief problemlos

Von WILHELM FURLER

Es war nicht unbedingt ein „Big Bang" (lauter Knall), mit dem die Liberalisierung des Finanzplatzes London Anfang der vergangenen Woche eingeleitet wurde. Dazu war das Ende der überholten und vielfach wettbewerbsfeindlichen Praktiken im Londoner Börsenhandel sowie bei der Zulassung sogenannter „Außenseiter" zu gründlich vorbereitet und von den beteiligten Finanzinstituten und Brokerhäusern in Probeläufen zu minutiös durchgespielt worden. Dennoch hat dieser 27. Oktober, dem die Londoner City lange entgegenfieberte, Schallwellen ausgelöst, die in der Finanzwelt weit über die Grenzen Londons hinaus registriert werden.

Den Anstoß zum „großen Knall" hatte vor rund drei Jahren die Regierung Thatcher selbst gegeben. Sie wollte die wettbewerbsfeindlichen Praktiken wie Mindest-Maklergebühren im Wertpapierhandel und die strikte Funktionstrennung zwischen Brokern und Jobbern – jahrzehntelang ein stillschweigend geduldeter Anachronismus der London Stock Exchange – nicht länger hinnehmen.

Bislang schlossen in London die Brokerhäuser Wertpapiergeschäfte nur auf fremde Rechnung, also nur für ihre Kunden ab. Jobber dagegen unterhielten ihre eigenen Wertpapierbestände und wirtschafteten auf eigene Rechnung ausschließlich mit den Maklern (Brokern).

Diese nur noch in Großbritannien anzutreffende Funktionstrennung, die jetzt mit dem „Big Bang" abgeschafft wurde, hat nämlich nicht nur zur Folge gehabt, daß sich diese beiden Gruppen die Pfründe des lukrativen Geschäfts alleine teilten, wobei die festgesetzten Mindest-Maklergebühren zwangsläufig über denen an allen anderen Börsenplätzen lagen, sondern sie führte auch dazu, daß viele dieser Broker- und Jobberhäuser aufgrund der weitgehenden Abschirmung vom Wettbewerb unterkapitalisiert waren.

Mit den festgesetzten Mindestprovisionen für Wertpapierhändler ist es jetzt ebenso vorbei (die Maklercourtagen werden mit dem Kunden ausgehandelt) wie mit der starren Rollenverteilung zwischen den Jobbern, die ihre Einkommen aus den Kursspannen bezogen, und den Brokern.

Die von der Regierung angestrebte und von der Mehrheit der an den Finanzmärkten beteiligten Gruppen überwiegend positiv, teils geradezu enthusiastisch aufgenommene Entkrustung hat dazu geführt, daß eine Vielzahl von Außenseitern, also Finanzinstitute außerhalb des eigentlichen Börsengeschäfts, Beteiligungen an den bisherigen Börsenhandelshäusern erwarben oder sie ganz übernahmen. In den vergangenen zwölf Monaten kam es da zu einer regelrechten Übernahme-Stampede, die auf den „Big Bang" zugaloppierte. Dutzende von ausländischen, insbesondere amerikanischen Banken und Wertpapierhäusern (Securities houses) sowie nahezu alle britischen Großbanken und Merchant Banks haben rechtzeitig vor dem 27. Oktober für teures Geld Broker- und Jobberhäuser aufgekauft, um für den liberalisierten Wettbewerb am Platz London gerüstet zu sein. Schon seit März dieses Jahres hatten sie die Möglichkeit, sich bis zu 100 Prozent an den an der Stock Exchange als Mitglieder tätigen Broker- und Jobberfirmen zu beteiligen, um direkten Zugang zum Börsengeschäft vom Tage des „Big Bang" an zu erhalten.

Die vom Londoner Börsenvorstand geführte Liste zählt inzwischen gut 40 sogenannte „Marktmacher", die als Aktienhändler direkt Zugang zur Londoner Börse haben. Ihre Zahl ist mehr als doppelt so groß wie die der vor dem 27. Oktober als Börsenmitglieder zugelassenen Aktien-Jobber. Ihre Zahl wird sich mit Sicherheit weiter erhöhen.

Die Geschwindigkeit, mit der sich die „Revolution in der Londoner City" (wie die Liberalisierung mit dem „Big Bang" überschwenglich genannt wird) vollzogen hat, wurde besonders stark von der rasanten Entwicklung auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie bestimmt. So hat sich die City rechtzeitig vor dem „lauten Knall" mit einem Computer-Großsystem für die Börsennotierung vom Typ „Seaq" ausgerüstet, mit dessen Hilfe der Wertpapierhandel weitgehend außerhalb der Börsensäle abgewickelt werden kann.

Die Umstellung des Londoner Wertpapierhandels auf diese neuesten elektronischen Übertragungs- und Computer-Technologien gilt in erster Linie für die sich weltweit rapide entwickelnde Internationalisierung im Handel mit bedeutenden Wertpapieren. Diese sogenannte „Sekuritisierung", also die internationale Vermittlung von Kreditersatzähnlichen Papieren, zu denen neben Aktien und Anleihen unter anderem auch Swaps und Depositen-Zertifikate zählen, stellt für die Finanzinstitute und Wertpapierhäuser eine unwiderstehliche Attraktion dar.

Investmentbanken, Geschäftsbanken, Merchant Banks und Securities-Häuser aus Großbritannien, den USA und Japan, aber auch aus der Schweiz, Frankreich und Kanada, haben sich in der Londoner City entsprechend Kommunikationszentralen eingerichtet, die eher an das Raumfahrtzentrum in Houston als an die Arbeitsräume von Wertpapierhändlern und Investmentberatern erinnern. Für den „lauten Knall" hat die Londoner Börse insgesamt fast 240 Millionen Mark ausgegeben, davon 30 Millionen Mark für das neue Computersystem. Immerhin stehen inzwischen mehr als 60 Dividendenwerte von Großunternehmen auf der Londoner Börsenliste jener Aktien, die als „blue chips" oder, wie sie in London genannt werden, als „Alpha-Aktien", über das neue Bildschirmsystem der Börse weltweit 24 Stunden pro Tag per Bildschirm und neuester Kommunikationstechnologie unter der Aufsicht neugeschaffener Aufsichtsorgane gehandelt werden.

So überwiegt in London die Auffassung, daß mit dem „Big Bang" und der Einführung des elektronischen Handels die Standardwerte schon bald nicht mehr auf dem Börsenparkett gehandelt werden, sondern am Computer. Im Börsensaal selbst dürften dann nur noch die unbedeutenderen Papiere umgesetzt werden.

Mit der Liberalisierung des Finanzplatzes London geht eine erhebliche Verschärfung des Wettbewerbs einher. Abzuwarten bleibt allerdings, ob der „Big Bang" für alle Beteiligten zum erhofften Erfolgserlebnis wird. So bestehen gewisse Zweifel, ob es den kleineren Häusern ohne jede Anlehnung an große Institute gelingen wird, im Wettbewerb mit den großen, kapitalkräftigen, versierten und aggressiven Finanzkonzernen insbesondere aus den USA und Japan, aber auch im eigenen Lande, zu überleben. Dies wird für viele nur dann möglich sein, wenn sie sich auf Marktnischen konzentrieren. Umstritten ist auch nach dem „Big Bang" die Frage, ob denn alle Kunden von der Abschaffung der Mindest-Maklergebühren profitieren.

Die kleineren Investoren werden jetzt wohl schlechter gestellt sein – einfach deshalb, weil sie nicht über das finanzielle Potential und damit über die Macht verfügen, günstigere Konditionen auszuhandeln. Allein schon um niedrigere Gebühreneinahmen bei Großkunden wenigstens teilweise zu kompensieren, dürften sie von den Händlern zur Kasse gebeten werden.

Eines steht allerdings fest: Die „Quadratmeile", so wird das Londoner Banken- und Börsenviertel gerne genannt, wird mit dem freieren Wettbewerb erstarken. Die Kapazität der City wurde erheblich ausgeweitet, zusätzliches Geschäft aus aller Welt wird mit Sicherheit nicht ausbleiben. Auch von den deutschen Börsen wird einiges an Handel in bedeutenden Papieren an die Themse abwandern, wenngleich es verfrüht ist, auch nur annähernd konkrete Angaben über Größenordnungen zu machen. Doch dies scheint die deutschen Banken kaum zu beunruhigen.

Sie haben sich ohnehin bislang von der Jagd nach „noch unverheirateten" Londoner Broker- und Jobberhäusern ferngehalten: Sie könnte, wie ein deutscher Banker in London der WELT versicherte, „uns enorm teuer zu stehen kommen".


Aktienhandel per Bildschirm: Auch in die Londoner Börse zog jetzt die Elektronik ein

Zauberformel aus Paris für Börse und Rentner

Hilf dir selbst, dann hilft dir der französische Staat – mit dieser Formel will Wirtschafts- und Finanzminister Eduard Balladur die Franzosen anhalten, aus eigenen Kräften für das Alter zu sorgen. Sein Pensionssparplan (Epargne-Retraite), der im nächsten Jahr gesetzt werden soll, geht von der (alarmierenden) Überlegung aus, daß die Altersrenten aus der gesetzlichen Sozialversicherung künftig eher gekürzt als erhöht werden dürften. Denn die Zahl der Rentner wird wegen der zunehmenden Lebenserwartungen immer größer, während die Zahl der Beitragspflichtigen wegen des Geburtenrückgangs abnimmt.

Um aus diesem Dilemma herauszukommen, will die Regierung bedeutende Steuererleichterungen für die Anlage von individuellen Wertpapierportefeuilles gewähren, die im Pensionsalter neben der laufenden Rente verzehrt oder durch Einschaltung einer Lebensversicherungsgesellschaft in eine private Zusatzrente umgewandelt werden können. Balladur will dadurch den bei den Franzosen nach wie vor bestehenden Hang zu kurzfristigen (statt längerfristigen) Kapitalanlagen entgegenwirken. Außerdem kommt es ihm darauf an, den französischen Kapitalmarkt, der in den nächsten vier Jahren durch die gewaltige Privatisierungsaktion der Regierung belastet wird, im Gleichgewicht zu halten. Allerdings wird den Franzosen die freie Wahl zwischen Aktien und festverzinslichen Wertpapieren eingeräumt.

Von den dafür aufgewendeten Beträgen darf jeder bis zu 6000 Franc im Jahr (Ehepaare bis zu 12 000 Franc) von dem steuerpflichtigen Einkommen absetzen. Außerdem ist der Ertrag dieser Anlagen (Dividenden und Zinsen) steuerfrei, ohne daß dadurch die Steuervorteile aus anderen Anlagen beeinträchtigt werden. Schließlich aber gewährt der Staat auf das gesamte Rentenkapital, das nach mindestens zehnjähriger Spardauer zwischen dem 63. und 65. Lebensjahr liquidiert wird, eine Prämie von fünf Prozent und später sogar von zehn Prozent. Auf diese Weise sollen die Franzosen – entgegen den sozialistischen Ambitionen – veranlaßt werden, möglichst spät aus dem Berufsleben auszuscheiden, womit die gesetzliche Rentenversicherung indirekt entlastet würde.

Aber wer will sich schon auf 10 oder gar 30 Jahre festlegen? Bis dahin kann der derzeitige Zins einer Obligation von der Inflation voll aufgezehrt sein. Und was dann eine heute gekaufte Aktie noch wert ist, vermag niemand vorauszusagen. Deshalb erlaubt das Regierungprojekt laufende Umschichtungen des Wertpapierportefeuilles und Nettoverkäufe – dann allerdings müssen in den ersten zehn Jahren zehn Prozent und danach bis zum 60. Lebensjahr fünf Prozent „Strafe" an den Staat gezahlt werden.

JOACHIM SCHAUFUSS

Diskretion ist Ehrensache

Luxemburg: Bankgeheimnis auch für Ausländer attraktiv

Es klingelt an der Tür. Herr S., der sich eben auf den Weg in sein Büro machen will, sieht sich zwei Herren mit Aktenkoffern gegenüber, die ihn freundlich begrüßen. „Guten Morgen, Herr S. Wir kommen vom *Finanzamt. Hätten Sie einen Moment* Zeit? Wir haben uns nämlich die Zeit genommen, uns Ihre Bankkonten anzusehen, nachdem Sie uns Ihre Kontonummern für eventuelle Steuerrückzahlungen angegeben haben. Tja, aus den Rückzahlungen wird jetzt leider nichts mehr. Im Gegenteil. Wir dürfen Sie bitten, uns bis zum Monatsende soundsoviel Mark zu überweisen, Steuernachzahlungen für die paar Einkünfte, die Sie in den letzten Jahren bei Ihren Steuererklärungen vergessen haben ..."

Herr S. trifft fast der Schlag. Wenn der Fiskus zugreift, sind viele Annehmlichkeiten, die er sich bisher zu gönnen gewohnt war, in Frage gestellt. Um die Forderungen zu erfüllen, muß er vielleicht sogar seinen schmucken Wagen verkaufen. Kurz bevor sich Herr S. aus dem oberen Fenster seines Bürohochhauses stürzen kann, wacht er auf.

Dieser Alptraum von zu gründlichen Nachforschungen des Finanzamtes plagt ihn öfter, seitdem er mit etwas Glück an der Börse ein kleines Vermögen aufgebaut hat.

Sein Geschäftsfreund, dem er von diesem Traum erzählt, kann darüber nur lachen. Man könne ja einen Teil seines Vermögens dort anlegen, wo die Banken so diskret sind, daß kein Steuerfahnder Dinge erfährt, die man ihm lieber verschweigen will.

Der Einwand von Herrn S., der Weg auf irgendeine exotische Insel sei ihm zu weit, ist schnell widerlegt. *Ein Land mit solidem Bankgeheimnis* liegt praktisch gleich vor der Haustür: das Großherzogtum Luxemburg, das in den vergangenen 15 Jahren einen Finanzplatz von internationalem Rang aufgebaut hat, auf dem rund 118 Banken aktiv sind.

Sowohl die großen luxemburgischen Banken als auch die 29 hier aktiven Tochtergesellschaften deutscher Großbanken sind zudem neuerdings verstärkt bemüht, ihr Privatgeschäft auszubauen und mit dem Hinweis auf eben dieses solide Bankgeheimnis neue ausländische Anleger ins Land zu locken.

Mit dem Vorteil eines strikten Bankgeheimnisses konnte Luxemburg indes nicht immer werben. Bis 1981 gab es nämlich in Luxemburg kein Gesetz, das dem Bankier ausdrücklich verbot, Informationen, die er bei der Ausübung seines Berufes erhielt, weiterzugeben. Es gab andererseits auch kein Gesetz, das ihm erlaubt hätte, die Weitergabe solcher Informationen zu verweigern.

Da eine zwingende Gesetzgebung über das Bankgeheimnis fehlte, drehten sich die Diskussionen bis 1981 lediglich darum, ob der Paragraph 458 des Strafgesetzbuches, der Apothekern, Chirurgen, Ärzten, Hebammen und allen Personen, die de facto Heger vertraulicher Informationen sind, die Weitergabe dieser Geheimnisse bei Strafe verbietet, auch auf Bankiers anwendbar ist oder nicht.

Ende der 30er und bis in die 50er *Jahre hinein wurde die These vertreten*, ein Bankgeheimnis gebe es nur für die Staatssparkasse, für die allein ein diesbezüglicher Gesetzestext bestand. Allgemein aber sei der Beruf des Bankiers nicht unbedingt mit der Entgegennahme vertraulicher Informationen verbunden.

Im Laufe der Jahre aber wandelte sich diese Einstellung. So vertraten Anfang der 70er Jahre französische Autoren die Ansicht, es gebe für den Bankier eine Pflicht und ein Recht *auf Verschwiegenheit, die beide aber nicht absolut seien*. Die Autoren begründeten ihren Standpunkt damit, der Bankier sei Teil einer öffentlichen Einrichtung und übt eine Funktion aus, der das Gesetz den Stempel der Verschwiegenheit und der Geheimhaltung aufgedrückt habe.

Blieb also die Frage zu klären, ob der Bankier Teil einer öffentlichen Einrichtung ist oder nicht. Angesichts der Tatsache, daß die öffentliche Hand die Banken im Laufe der Jahre immer stärker zur aktiven Steuerung der Wirtschaft mit heranzog – sei es auf dem Gebiet der Devisenbewirtschaftung, des Geldwechsels, der Wirtschaftsförderung oder der Wohnungsbaukredite – setzte sich die Erkenntnis durch, daß eine Bank effektiv eine öffentliche Einrichtung ist. Ende der 70er Jahre wurde daher die Existenz eines Bankgeheimnisses kaum noch in Frage gestellt, obwohl ein solches noch immer nicht gesetzlich verankert war.

Ein entscheidender Schritt in Richtung öffentliche Anerkennung des Bankgeheimnisses wurde schließlich 1979 mit der Verabschiedung des Datenschutzgesetzes getan, in dem deutlich gesagt wurde, daß Personen, die in Ausübung ihres Berufes mit der Erfassung, Verarbeitung oder Weitergabe persönlicher Daten zu tun haben, dem Berufsgeheimnis unterliegen. Da die Banken praktisch alle über EDV-Anlagen für ihre Buchhaltung verfügten, mit denen sie auch *persönliche Daten zum Beispiel* über ihre Kreditnehmer speicherten, legte damit erstmals ein Gesetz formell das Berufsgeheimnis für einen Teil der Bankangestellten fest.

Die erste Bankenrichtlinie der EG schließlich bot die Gelegenheit, das Bankgeheimnis auch gesetzlich zu verankern.

Das jetzt gesetzlich geschützte Bankgeheimnis ist wohl nicht absolut, geht aber sehr weit. Da die Gesetzgebung auf diesem Gebiet aber *relativ jung ist, muß man erst die* Rechtsprechung verfolgen, um das ganze Ausmaß des Bankgeheimnisses zu erkennen.

So können die Geschäftsführer von Kreditinstituten, ohne allerdings dazu verpflichtet zu sein, an die Personen, die mindestens 50 Prozent des Gesellschaftskapitals oder der Eigenmittel ihrer Bank halten, Informationen weitergeben über Summe, Art und Fälligkeit von Krediten an einen einzelnen Kreditnehmer oder von Verpflichtungen der Bank gegenüber anderen Kreditinstituten, aber jeweils nur dann, wenn diese Summe eine bestimmte Größenordnung erreichen.



Auskünfte über Bankeinlagen sind generell untersagt: Was sich hinter den dicken Tresortüren verbirgt, geht niemand etwas an.

Diese Einschränkungen des Bankgeheimnisses ermöglichen dem Hauptaktionär eine gewisse Kontrolle, ohne die Interessen der Kunden zu verletzen. In der Tat sind Auskünfte über Einlagen der Bank bei anderem Kreditinstituten ebenso untersagt wie Informationen über das Wertpapierportfolio oder die Verpflichtungen der Bank gegenüber den Privatkunden (Anlegern).

Andere Ausnahmen vom strikten Bankgeheimnis sind im Interesse der öffentlichen Ordnung vorgesehen. So muß das Bankenkontrollkommissariat Zugang zu Informationen über Leitung und Geschäftsführung der Banken haben, um seine Überwachungs*funktion im Interesse des Finanzplatzes* ausüben zu können. Ähnliche Ausnahmen gibt es auch gegenüber dem belgisch-luxemburgischen Währungsinstitut.

Wird ein Bankier in einem zivil- oder handelsrechtlichen Prozeß als Zeuge gerufen, bleibt es seinem Ermessen überlassen, ob er aussagt oder sich auf das Bankgeheimnis beruft und die Aussage verweigert. Den Erben eines verstorbenen Kunden darf der Bankier alle vertraulichen Informationen über die Vermögenslage des Verstorbenen weitergeben, da die Erben sozusagen die Person des Verstorbenen weiterführen und daher die gleichen Rechte genießen. Der Bankier darf hingegen keine Informationen über die Einlagen eines Kunden an dessen Ehepartner weitergeben, auch dann nicht, wenn die Eheleute die Gütergemeinschaft vereinbart haben. Auf *strafrechtlichem* Plan ist der Bankier schließlich verpflichtet, jedes Verbrechen anzuzeigen, von dem er in Ausübung seines Berufes Kenntnis erhält.

Was die Geltendmachung des Bankgeheimnisses gegenüber den Steuerbehörden anbetrifft, so ist diese aus der Sicht des Kunden absolut. Die Steuerbehörden dürfen zwar die Buchhaltung der Banken kontrollieren, der Einblick in die Kundenkonten aber ist ihnen versperrt.

Der ausländische Bankkunde in Luxemburg ist sogar doppelt geschützt. Die luxemburgische Steuerbehörde achtet nämlich bei einer *eventuellen Amtshilfe gegenüber* ihren ausländischen Kollegen streng darauf, daß die Weitergabe von Informationen der luxemburgischen Wirtschaft keinen Schaden zufügt. Eine Mißachtung des Bankgeheimnisses und damit eine Unterhöhlung des Finanzplatzes aber würde der luxemburgischen Wirtschaft großen Schaden zufügen.

JEAN-JACQUES PICARD

Japans Finanzmarkt öffnet sich langsam

Ausländische Banken haben es immer noch schwer

Der japanische Finanzmarkt hat während der letzten zehn Jahre eine deutliche Wende vollzogen. War er noch Mitte der siebziger Jahre weitgehend abgeschottet, so sind im Sog des Wandels der Wirtschaftsstruktur Japans vor allem seit 1980 die Mehrzahl der Schranken gefallen. Die aufgeblähten chronischen Überschüsse der Leistungsbilanz, der ausländische Druck und die zunehmende internationale Orientierung spielten dabei wichtige Rollen. Der Kapitalfluß zwischen Japan und dem Ausland ist heute frei, die Kontrollen über die Zinsen sind gelockert.

Freizügigkeit auf dem Euro-Yen-Markt

Während sich die *kurzfristigen* Marktzinssätze und die Anleihezinsen nahezu frei bilden können, ist die Liberalisierung der Zinssätze auf Depositen langsamer vorangeschritten. Seit 1979 dürfen die Banken Depositenzertifikate (CD) ausgeben, deren Zinsen nicht reguliert werden.

Seit April dieses Jahres ist die Höchstlaufzeit der CD von bisher sechs Monaten auf ein Jahr ausgedehnt, und der Mindestanlagebetrag soll in Kürze von 100 Millionen Yen *auf 50 Millionen, also umgerechnet* von knapp 130 000 auf 65 000 Mark, vermindert werden. Die gleichen Konditionen gelten für die im vergangenen Jahr eingeführten Geldmarktzertifikate (MMC). Seit einem Jahr sind auch die Zinsen von Groß-Termineinlagen von über einer Milliarde Yen liberalisert. Für März 1987 ist eine Verminderung des Mindestbetrags auf 100 Millionen Yen vorgesehen.

Größere Freizügigkeit herrscht seit *zwei Jahren auch auf dem Euro-Yen-Markt*. So dürfen Euro-Yen-Depositenzertifikate mit einer Laufzeit von einem halben Jahr ausgegeben werden. Kurzfristige Euro-Yen-Kredite sind liberalisiert, mittel- und langfristige bisher nur für Gebietsfremde freigegeben. Die Emission von Yen-Anleihen an den Euro-Märkten ist japanischen Unternehmen voll gestattet, ausländischen Firmen aber nur unter bestimmten Auflagen.

Im Zuge der zunehmenden internationalen *Orientierung* der japanischen Wirtschaft haben sich die Finanztransaktionen der japanischen Kreditinstitute in Übersee beträchtlich erhöht. Die Bande zwischen dem inländischen und ausländischen Finanzmarkt sind so eng geworden, daß eine Verzögerung der Liberalisierung in Japan zu einer spürbaren Verlagerung der Geschäfte ins Ausland führen würde.

Die japanischen Kreditinstitute haben im vergangenen Jahr die *amerikanischen Banken überholt*, wozu allerdings die Yen-Aufwertung gegenüber dem Dollar entscheidend beitrug, und den ersten Platz unter den bedeutendsten Geldgebern der Welt erobert. Nach ihrer Bilanzsumme zählen die fünf größten Geschäftsbanken Japans zu den zehn führenden Kreditinstituten der Welt. Die Dai-Ichi-Kangyo ist gegenwärtig die weltgrösste Bank.

Der Zugang zum japanischen Finanzmarkt ist für ausländische Kreditinstitute auch dadurch freier geworden, daß ihnen seit anderthalb *Jahren Lizenzen für das Trust-Bank*geschäft genehmigt werden. Bisher haben sich hierfür neun ausländische Banken beworben und alle neun erhielten die Lizenz. Als besonders zukunftsträchtig gilt hier angesichts der überalterten Bevölkerungsstruktur Japans das Pensionskassengeschäft.

Trotz zunehmender Liberalisierung der japanischen Finanzmärkte haben die ausländischen Banken ihre Marktposition bisher nicht verbessern können. Im Gegenteil, ihr Anteil *am gesamten* Kreditvolumen sank während der drei letzten Jahre von 3,5 auf 2,5 Prozent und ihr Gesamterlös verminderte sich um etwa die Hälfte.

Die Auslandsbanken klagen vor allem über schlechte Refinanzierungsmöglichkeiten in Japan; die würden sich verbessern, wenn der bisher *noch nicht liberalisierte kurzfristige* Geldmarkt in der Form des Tagegeld- und des Bill-Marktes freigegeben würde.

Das, was Japan offiziell als Liberalisierung preist, wird im Ausland als allzu bescheiden empfunden, und man kritisiert vor allem die vielen bürokratischen Detailvorschriften als versteckten Protektionsmus.

Die japanischen Banken erkämpfen sich inzwischen neue Finanzmärkte im Ausland. Dieser Trend ist *nicht zuletzt vor dem Hintergrund* des Anstiegs der Refinanzierungskosten der Banken zu sehen, der mit der freieren Gestaltung der früher vom Staat künstlich niedrig gehaltenen Zinsen einhergeht. Dadurch haben sich die Gewinne der Kreditinstitute deutlich vermindert.

Gute Konditionen für Kreditnehmer

Trotz der niedrigen Margen ist für die japanischen Banken das Auslandsgeschäft einträglicher als die Aktivitäten im Inland, wo infolge der *großen Liquidität vieler Unternehmen* die Nachfrage nach Krediten gering ist. Die Kreditvergabe in Übersee bringt allerdings auch hohe Risiken *mit sich*, da ungefähr die Hälfte der japanischen Darlehen an Länder der Dritten Welt gehen, und das noch zu besonders günstigen Konditionen.

Ein Offshore-Bankenzentrum nach dem Vorbild von New York soll Anfang Dezember in Tokio eröffnet werden. Hier werden Gebietsfremde Gelder anlegen und Kredite erhalten *können, ohne den noch* bestehenden Restriktionen des japanischen Finanzmarkts unterworfen zu sein. Das Finanzministerium Japans rechnet für das erste Jahr mit einem Umsatz von 85 Milliarden Dollar.

FRED de LA TROBE (SAD)



Der Klartext für „Hieroglyphen" auf dem Kurszettel

Die Börsenkurse erhalten oft Zusätze, die über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage informieren sowie einzelne Sonderbewegungen erklären:

b, bz, bez und Kursangabe ohne Zusatz: Angebot und Nachfrage ausgeglichen. Ausgeführt wurden: Zum Kurs limitierte Aufträge, Bestens- und Billigst-Aufträge, höher limitierte Kaufaufträge, niedriger limitierte Verkaufaufträge.

G: Geld; *zu diesem Kurs nur Nachfrage*, kein Umsatz.

B: Brief; zu diesem Kurs nur Angebot, kein Umsatz.

bG, bzG, bezG: bezahlt und Geld; zum Kurs limitierte Kaufträge nicht voll ausgeführt, Nachfrageüberhang.

B, bzB, bezB: bezahlt und Brief; zum Kurs limitierte Verkaufaufträge nicht voll ausgeführt, Angebotsüberhang.

rG, repG, ratG: repartiert, rationiert; quotenmäßige Zuteilung des geringen Angebots an Käufer.

rB, repB, ratB: quotenmäßige Abnahme des überreichlichen Angebots.

–: gestrichen; kein Kurs notiert.

–G: *gestrichen Geld; ohne Angebot* lagen Billigst-Kaufordern vor.

–B: gestrichen Brief; ohne Nachfrage lagen Bestens-Verkaufordern vor.

ebG: *etwas bezahlt und Geld; weitere* Nachfrage zum notierten Kurs.

ebB: etwas bezahlt und Brief; weiteres Angebot zum notierten Kurs.

eB, ex B, ex BR: Ausschließlich Bezugsrecht.

ex, BA: Ausschließlich Berichtigungsaktien, Zusatz am Tag des Kursabschlags für Berichtigungsaktien.

ed, ex, D, ex Div: Ausschließlich Dividende; Zusatz am Tag des Dividendenabschlags.

ex Z, ex Ziehung: Bei festverzinslichen Wertpapieren der Zusatz am Tag, an dem die zur Tilgung fälligen Anleihestücke ausgelost werden. Der *notierte Kurs bezieht sich nur auf die* nicht ausgelosten Stücke.

D: Dividendenberechtigt (nur Berlin).

–: gestrichen, kein Kurs notiert.

kS: Kleine Stücke bezahlt (nur in Hamburg).

T: Taxkurs, geschätzter Kurs, wenn kein Umsatz zustande kam.

Z: Ziehung; an den beiden der Auslosung vorausgehenden Tagen wird die Notierung ausgesetzt. (H. WI.)



Eine Plastikkarte, die nur ihr Material wert ist

Ach ja. die Plastikkarten. Ohne sie ist man nichts mehr wert. Die Kreditkarten. die Karte von der Autovermietung, vom Kaufhaus. die Lufthansa-Karte, die Club-Karte und neuerdings auch noch die Karte von der Krankenversicherung. Was macht nun aber so ein armer Youngster, gerade in den Startlöchern für die große Karriere. dem die verschiedenen Kartenorganisationen noch nicht die Tür mit ihren Kartenangeboten einrennen ? Er schämt sich. Sieht doch die Freundin mit einem Blick. daß er noch nicht als kreditwürdig gilt.

Diese Not hat ein Ende. Die elegante Nothing Card kommt als Problemlöser. Links die Karte blitzen lassen, rechts mit bar bezahlen, nach dem Motto „in cash we trust". Das sind übrigens nach wie vor die beliebtesten Kunden, denn Bargeld lacht bekanntlich. Kater nach dem großen Kaufrausch? Kein Problem, die Nothing Card schont das Konto, das von allen anderen Karten gnadenlos geplündert wird. Das Auskommen mit dem Einkommen ist gesichert – für 20 Mark. Soviel will nämlich die Frankfurter The Nothing Card-Gesellschaft für das Kärtchen. adh.

GELD & ANLAGE
Verantwortlich: Claus Dertinger, Frankfurt
Redaktion: Heinz Kluge-Lübke, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg
Bildnachweis:
S. 1: Glöser & Partner, Kreissparkasse Köln
S. 5: Conti Press
S. 7: AP
S. 10: AP
S. 11: E. Rogge

Das WELT-Abc der Börse

Advance-Decline-Zahl: Element der Aktienanalyse. Differenz zwischen der Zahl aller am Markt befindlichen Aktien mit Kursgewinn und Kursverlust.

Agio: Differenz zwischen Nennwert und höherem Kurswert eines Wertpapiers.

Aktie: Wertpapier, das einen Anteil am Gesamtvermögen einer Aktiengesellschaft verbrieft. In der Bundesrepublik Mindestnennwert von 50 Mark. Der Börsenkurs bezieht sich auf den Tageswert in Mark je Aktie.

Aktienindex: Kennziffer. an der die täglichen Veränderungen einer Gruppe von Aktien gemessen werden.

Amtlicher Kurs: Kurs von Wertpapieren oder Devisen. der von einem von der Landesregierung bestellten Kursmakler notiert wird.

Anleihe: Urkunde. die eine verzinsliche Forderung verbrieft (Schuldverschreibung).

Arbitrage: Börsengeschäft. das Preisunterschiede für dasselbe Objekt an verschiedenen Märkten zur Gewinnerzielung ausnutzt.

Ausgabekurs: Auch Emissionskurs. bezeichnet den von den herausgebenden Instituten (IdR. Banken) festgelegten Preis für den Erwerb von neuen Aktien oder auch Anleihen.

Baisse: Kurseinbruch oder Periode anhaltender Kursverluste.

Baissier: Jemand, der auf sinkende Kurse spekuliert.

Berichtigungsaktie: Aus aufgelösten Rücklagen geschaffene Aktien. die den Aktionären ohne Gegenleistungen angeboten werden (Gratisaktien, Zusatzaktien).

Bestens: Zusatz zum Auftrag an eine Bank, Wertpapiere oder Devisen zum niedrigstmöglichen Kurs zu kaufen.

Billigst: Zusatz zum Auftrag an eine Bank. Wertpapiere oder Devisen zum höchstmöglichen Kurs zu verkaufen.

Bezugsrecht: Recht der Aktionäre, bei Kapitalerhöhungen junge Aktien in einem bestimten Verhältnis zum bisherigen Aktienbesitz zu einem unter dem Börsenkurs liegenden Preis zu beziehen.

Blue chips: An den Aktienmärkten gehandelte große Standardwerte.

Bulls and Bears: Die in internationalen Fachkreisen übliche Bezeichnung für Haussiers und Baissiers.

Call (1): Börsenbezeichnung für Kaufoption.

Chart: Graphische Darstellung von Kursverläufen für die Aktienanalyse.

Deport: Im Devisenhandel Abschlag des Terminkurses gegenüber dem Kassakurs.

Dividende: Der auf eine Aktie anfallende Anteil am ausgeschütteten Gewinn.

Disagio: Differenz zwischen Nennwert und niedrigerem Kurswert einer Anleihe, meist ausgedrückt in Prozent des Nennwerts.

Doppelplus: Ankündigung des Maklers an der Kursanzeigetafel für mehr als zehnprozentige Kurssteigerungen einer Aktie von einem auf den anderen Börsentag. Vice versa: Doppelminus.

Dow-Jones-Index: Bekanntester US-amerikanischer Aktienindex. Der Dow-Jones-industrial-Index ist ein gewichteter, aus den 30 umsatzstärksten US-Aktien zusammengesetzter Kurswert.

Emission: Ausgabe und Unterbringung (Plazierung) von Wertpapieren am Markt.

Emittent: Unternehmen oder Körperschaft, die Wertpapiere ausgibt.

Einheitskurs: Auch Kassakurs genannt, einmal während der Börsenzeit festgesetzter amtlicher Kurs für Wertpapiere, die nicht zur variablen Notierung zugelassen sind, ferner für zur variablen Notierung zugelassene Papiere, bei Aufträgen, die nicht die Mindeststückzahl für einen „Schluß", gewöhnlich 50 Stück, erreichen.

Eskomptiert: Die Börse nahm eine erwartete *gute Nachricht* durch Kurssteigerungen und eine schlechte durch Kursverluste vorweg.

Euro-Bonds: Auch Euro-Anleihen. Sie werden durch internationale Banken(konsortien) in verschiedenen Währungen am internationalen Kapitalmarkt aufgelegt.

Euro-Dollar: Von internationalen Banken außerhalb des Währungsgebietes der USA gehaltene Dollarguthaben, die an erste Adressen kurz- und mittelfristig ausgeliehen werden.

Feinunze: Gewichtseinheit für Edelmetalle. 1 Feinunze = 31,04 Gramm.

Fixing: Kursfestsetzung. (Übliche Bezeichnung für die Goldnotierungen in London).

Floating Rate Notes: Auch Floater und FRN genannt; Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung, die alle sechs Monate an die aktuellen Geldmarktzinsen angepaßt wird.

Freiverkehr: Ungeregelter-(Telefonverkehr) und geregelter Freiverkehr. Handel mit Wertpapieren. die zur amtlichen Notierung nicht zugelasssen sind.

Genußschein: Individuell ausgestaltetes Gläubigerrecht mit gewinnorientierter Verzinsung und Anspruch auf Teilnahme am Liquidationserlös eines Unternehmens.

Hausse: Periode anhaltender Kurssteigerungen.

Insider: Personen, die aufgrund ihrer beruflichen Stellung kursbeeinflussende Informationen früher als die interessierte Öffentlichkeit erhalten.

Intervention: Eingriff in den Markt durch gezielte Käufe oder Verkäufe (z.B.der Bundesbank). die Kursausschläge mildern oder einer Markttendenz entgegenwirken sollen.

Investmentgesellschaft: Kapitalanlagegesellschaft, die Wertpapiere oder Immobilien erwirbt und über das in einem Topf (Fonds) gesammelte Vermögen Anteilscheine (Zertifikate) ausgibt.

Insider: Personen, die aufgrund ihrer beruflichen Stellung kursbeeinflussende Informationen früher als die interessierte Öffentlichkeit erhalten.

Kassahandel: Bezeichnet Börsengeschäfte, die im Gegensatz zu Termingeschäften unmittelbar nach *Abschluß zu erfüllen sind. (Es gilt in* der Bundesrepublik eine Frist von zwei Börsentagen).

Kommunalobligation: Von Hypothekenbanken emittierte Schuldverschreibung, mit deren Verkaufserlös öffentliche Aufgaben finanziert werden.

Kulisse: Direkt am Börsenhandel teilnehmende Profis, die für eigene Rechnung handeln (Berufshandel).

Kupon: Sammelbezeichnung für zu einem Wertpapier gehörende Ertrags-, Dividenden-, oder Zinsscheine.

Kuxe: Anteile an einer bergrechtlichen Gesellschaft.

Kurs/Gewinn-Verhältnis: Das KGV, auch price-earning-ratio genannt, gibt an, mit dem wievielfachen des auf eine Aktie entfallenden Jahresgewinns eines Unternehmens, dessen Aktie aktuell an der Börse bewertet wird (Kurs dividiert durch Gewinn je Aktie).

Leaverage: Hebelwirkung, unter anderem bei Optionsscheinen, deren Kurssteigerungen prozentual stärker ausfallen als die der mit ihnen zu beziehenden Aktien.

Limit: Im Wertpapiergeschäft vom Auftraggeber gegebene Kursgrenze, die beim Verkauf nicht unter- und beim Ankauf nicht überschritten werden darf.

Libor: Abkürzung für London interbank offered rate = Kurzfristiger Geldmarktzins, zu dem eine Bank einer anderen kurzfristige Einlagen überläßt oder Kredite aufnimmt.

Loco *(loko)*: Beim Warengeschäft, sofort gegen Kasse.

Makler: Vermittler von Verträgen über Veräußerung oder Anschaffung von Wertpapieren, Waren, Versicherungen usw. Entgeld = Courtage.

Marge: Spanne zwischen Kursen, An- und Verkaufspreisen. Auch Kursunterschied bei der Arbitrage.

Mengentender: Tenderverfahren. bei dem der Preis vorgegeben und das Emissions-Volumen anhand der Gebote festgelegt wird (siehe auch Tender).

Metageschäfte: *Geschäfte, bei denen* die Partner Gewinne und Verluste teilen. Oft in der wird Wertpapierarbitrage gebräuchlich.

Mittelkurs: Im Devisenhandel amtlich notierter Kurs, Mitte zwischen Geld- und Briefkurs.

Namenspapiere: Aktien oder *Schuldverschreibungen, die auf* den Namen des Berechtigten ausgestellt sind und durch Indossament übertragen werden können. Namensschuldverschreibungen werden vor allem für Großzeichner ausgestellt.

Nennwert: Auch Nominalwert genannt, ist der auf einem Wertpapier aufgedruckte Wert, von dem der im Handel aufgrund von Angebot und Nachfrage entstehende Kurswert mehr oder weniger stark abweicht.

Notierungen: Vom amtlichen Makler festgestellte Börsenkurse.

Obligation: Festverzinsliches Wertpapier. das seinem Inhaber ein Forderungsrecht verbrieft. Die Aussteller (öffentliche Hand, Banken und die Industrie) beschaffen sich auf diese Weise - Zinssatz und Tilgung sind fixiert - Mittel direkt am Kapitalmarkt.

Option: Das handelbare Recht, innerhalb einer bestimmten Frist Wertpapiere oder Devisen zu einem im voraus festgesetzten Kurs (Basispreis) zu kaufen (Kaufoption oder call) oder zu verkaufen (Verkaufsoption oder put). Optionsgeschäfte. die der Spekulation oder Absicherung gegen Kursrisiken dienen, sind eine Spielart des Termingeschäfts.

Optionsanleihe: Anleihe, die mit Optionsscheinen (warrants) ausgestattet ist, welche innerhalb einer bestimmten Frist zum Erwerb von Aktien oder Schuldverschreibungen des Emittenten zu einem im voraus festgesetzten Kurs berechtigten. Optionsschein können von der Anleihe abgetrennt und als selbständiges Wertpapier gehandelt werden. So ergeben sich schließlich drei Kurse: Anleihe mit Optionsschein (cum). Anleihe ohne Optionsschein (ex) und Optionsschein. Auch werden ohne Zusammenhang mit der Auflegung von Anleihen Optionsscheine als selbständige handelbare Rechte emittiert, die zum späteren Kauf von Schuldverschreibungen berechtigen.

Pari: Ein dem Nennwert entsprechender Kurswert.

Pensionsgeschäfte: Verkauf von zum Beispiel Wertpapieren mit Rückkaufverpflichtung. Von der Bundesbank angewandtes Instrument der Offenmarktpolitik (oft im Tenderverfahren) zur Regulierung der Banken-Liquidität.

Performance: Die Wertentwicklung von Wertpapieren.

Pfandbriefe: Mündelsichere, durch Hypotheken besicherte Schuldverschreibungen (festverzinsliche Wertpapiere), die von Hypothekenbanken, öffentlich rechtlichen Kreditinstituten und Schiffspfandbriefbanken ausgegeben werden.

Plusankündigung: Ankündigung auf der Kursanzeigetafel bei mehr als fünfprozentigem Kursgewinn einer Aktie von einem auf den anderen Börsentag.

Privatplazierung: Unterbringung von Schuldverschreibungen ohne öffentliches Angebot bei institutionellen und privaten Anlegern.

Put: Börsenbezeichnung für Verkaufsoption.

Rating: Bewertende Klassifizierung eines Schuldners entsprechend seiner Bonität.

Rendite: Effektive Verzinsung (Ertrag) in Prozent des eingesetzten Kapitals unter Berücksichtigung von Laufzeit, Zins und Kurs.

Renten: Kurzbezeichnung für Schulverschreibungen.

Report: Im Devisenhandel Aufschlag des Terminkurses gegenüber dem Kassakurs.

Sammelanleihe: Zusammenfassung einzelner Anleihen mehrerer Schuldner zu einer gemeinsamen Anleihe. die durch ein Zentralinstitut begeben wird.

Schatzwechsel: Von öffentlichen Institutionen emittierte Schuldverschreibungen. deren Zinsen vorweg vom Ausgabepreis abgezogen (diskontiert) werden.

Short: Leerverkauf; Verkauf von Vermögenswerten, die später billiger erworben werden sollen.

Stämme: Im Aktienhandel übliches Unterscheidungskriterium, wenn das Unternehmen auch Vorzugsaktien ausgegeben hat.

Stop-loss-Marke: Vom Verkäufer festgesetztes Limit. zu dem seine Papiere zwecks Absicherung gegen einen weiteren Kursrückgang verkauft werden sollen.

Swapsatz: Im Devisenhandel Differenz zwischen Kassa- und Terminkurs.

Termingeschäfte: Käufe oder Verkäufe von Vermögensgegenständen (Waren, Wertpapieren, Währungen) auf Zeit. Zu einem heute festgelegten Kurs erfolgt die Erfüllung des Geschäfts zu einem auch heute festgelegten späteren Zeitpunkt.

Tranche: Teilbetrag einer Wertpapieremission.

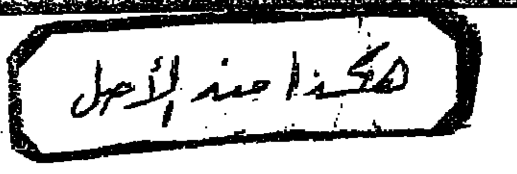
Variable Kurse: Notierungen von Aktien mit einem Mindesumsatz von 50 Stück oder einem beliebigen Vielfachen davon.

Wandelanleihe: Schuldverschreibung von Aktiengesellschaften. die über Verzinsung und Rückzahlung hinaus ein Umtauschrecht in Aktien zu im voraus festgelegten Kursen bieten.

Warrant: Fachjargon für Optionsschein.

Zero-bonds: Anleihen ohne Zinscoupon, auch Nullkuponanleihen genannt. Die Zinsen werden zusammen mit dem Kapitalbetrag zurückgezahlt (abgezinste Anleihen). Der Anleger erzielt seine Rendite aus der Differenz zwischen dem weit unter pari liegenden Ausgabe- oder Tageskurs und dem Nennwert bei Rückzahlung.

Zuteilung: Auch Repartierung genannt; wird vorgenommen. wenn bei knappem Angebot die starke Nachfrage nur teilweise befriedigt werden kann. (H. WI.)



Was die Deutschen dürfen und was den Ausländern verwehrt ist

Die Freizügigkeit im internationalen Kapitalverkehr ist noch lange nicht erreicht

Von HANNO WIEDENHAUS

Als einzige EG-Mitglieder genießen zur Zeit Briten und Deutsche völlige Freiheit im internationalen Kapitalverkehr. Die nationale Gesetzgebung beider Länder zumindest erlaubt ihnen:

- Jeden Betrag beliebiger Währung in bar, per Scheck oder Banküberweisung ins Ausland zu transferieren.
- Den unmittelbaren Erwerb von Beteiligungen oder Neugündungen von Unternehmen, Zweigniederlassungen, Geschäftsstellen, Verkaufsbüros und ähnliches im Ausland.
- Den Kauf und Verkauf von Grundstücken. Gebäuden und Einrichtungen in und aus dem Ausland.
- Die unentgeldliche Übertragung von Sach- und Finanzwerten an Ausländer (Schenkungen und Erbschaften).
- Die Gewährung von Darlehen, soweit sie Handels- und Dienstleistungsgeschäfte betreffen, aber auch reine Finanzkredite an Ausländer, sowie die Unterhaltung von Konten im Ausland.
- Den Kauf und Verkauf von Wertpapieren aller Art. aber auch die Börseneinführung, Emission und Placierung von Papieren Gebietsansässiger im Ausland sowie die Zulassung von ausländischen Papieren im Inland.

Jeder deutsche Investor kann also beispielsweise bei seiner Bank – oder einem Broker – Tokioter Wertpapiere kaufen und verkaufen. Er kann in Griechenland Grundstücke erwerben, ein Dollarkonto in Kanada unterhalten und brasilianischen Kaffee an einen Interessenten aus den USA veräußern.

Schwierige Geschäfte auf Rubel-Basis

Daß diese in der Bundesrepublik und Großbritannien so umfangreichen Möglichkeiten häufig nicht genutzt werden, liegt nicht nur an der fehlenden Kenntnis oder den nicht vorhandenen Mitteln der Investoren, sondern vor allem an den im Ausland praktizierten gesetzlichen Beschränkungen.

Will beispielsweise hierzulande jemand Rubel-Terminkäufe vornehmen, dann wird die beauftragte Institution – wie beispielsweise die Deutsche Bank AG auf Anfrage der WELT – dieses Ansinnen nur mit einem *„njet" quittieren.*

Briten und Deutsche jedenfalls erfüllen schon jetzt die in einem Zweistufenplan der Europäischen Gemeinschaft für ein integriertes Finanz-System in Europa festgelegten Anforderugen.

In seiner ersten Stufe umfaßt der EG-Katalog die Festschreibung des Liberalisierungsgrades in den Ländern, welche die ihnen zugestandenen Ausnahmeregelungen von den bereits seit Beginn der sechziger Jahre geltenden Richtlinien nicht mehr beanspruchen.

Diese Richtlinien regeln die völlige Liberalisierung von Direktinvestitionen, Immobilienkäufen, Privattransfers wie Schenkungen und Erbschaften, kurz- und mittelfristigen Krediten im Zusammenhang mit Handel und Dienstleistungen (Liste A), sowie von Transaktionen in börsennotierten Wertpapieren und Fremdwährungsguthaben im Ausland (Liste B).

Lästiger Stolperstein: Devisenkontrolle

Eine Ausweitung dieser Normen auf langfristige Handelskredite, den Kauf auch nicht an der Börse gehandelter Wertpapiere und die Zulassung (Emission, Placierung) von ausländischen Wertpapieren am nationalen Kapitalmarkt – und vice versa – (Liste C), ist in einem - noch zur ersten Stufe gehörenden - Richtlinienentwurf zusammengefaßt.

Danach sollen dann im zweiten Schritt sämtliche übrigen Kapitaltransaktionen, vor allem jene im Zusammenhang mit reinen Finanzkrediten und Geldmarktoperationen (Liste D), liberalisiert werden.

Nach dem derzeitigen Stand der nationalen „Befreiungsaktionen" für einen gemeinsamen „Kapitalmarkt Europa" jedoch, bleibt – so Fabio Colasanti, Sprecher der EG-Komission – für die meisten Länder noch manches zu tun:

Die Regierung Chirac beispielsweise müßte zunächst einmal die versprochenen, gleichwohl auf einen nicht fixierten Zeitpunkt verschobenen Devisenkontrollen aufheben. Ein Franzose kann nämlich weder Auslandskonten führen, noch 12 000 Francs übersteigende Barmittel ins Ausland „exportieren".

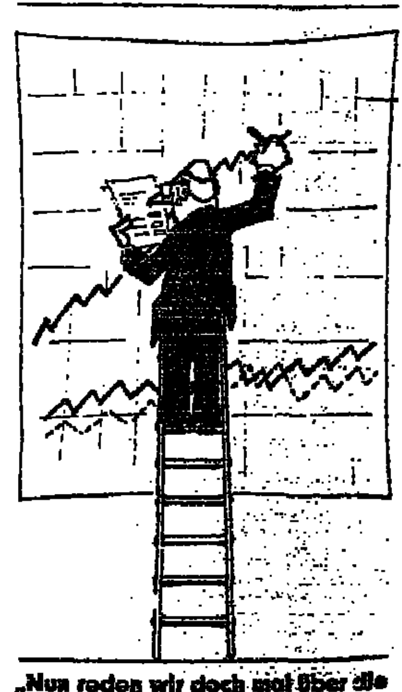
Gleiches gilt für Österreicher. Zwar dürfen sie statt 15 000 Schilling seit dem 1. November nun 50 000 Schilling in Noten und Münzen über die Grenze bringen; 10 000 Schilling (vor dem 1. November 2000 Schilling) übersteigende Überweisungen ins Ausland sind jedoch ohne Angabe von besonderen Gründen nicht zulässig.

Italiener andererseits müssen 15 Prozent jedweder Kapitaltransaktion mit dem Ausland als Bardepot hinterlegen. Die Belgier wiederum kämpfen noch immer mit dem gespaltenen Devisenmarkt (bei den genannten Ländern gilt dies allerdings nur für Gebietsansässige). In Griechenland hingegen ist – auch für nicht Gebietsansässige – praktisch nichts erlaubt, es sei denn, sie erhalten nach langwierigen und umständlichen Prozeduren Sondergenehmigungen.

Spanier und Portugiesen – die beiden Newcomer der EG – schließlich, wollen ganz pauschal zusätzliche Übergangsfristen von zwei Jahren. Madrid (bereits weitgehend auf EG-Kurs) bis 1990 und Lissabon (mit etwa dem gleichen Status wie Griechenland) bis 1992.

Bleibt abzuwarten, was die EG-Finanzminister auf ihrem noch für diesen Monat geplanten Treffen erreichen. Eins jedenfalls steht fest: Jeder Schritt auf diesem Gebiet ist wichtig auf dem Weg zur Harmonisierung und Stärkung des EWS und zur Finanzmacht Europa – auch wenn Wall Street wohl immer die Nummer Eins der Weltbörsen bleiben und Nordamerikas Finanzgenies, was Kreativität und Durchsetzbarkeit betrifft, immer wieder die ersten sein werden, die neue Möglichkeiten schaffen – sei es Certificates of deposit oder Floating-rate-notes –, um auch die letzten Nischen internationaler Anlage- und Geldtransaktionsmöglichkeiten zu entdecken und nutzbar zu machen.

ZU GUTER LETZT



„Nun reden wir doch mal über die Ausgaben ..." AU